

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Fachbereich Wirtschaftswissenschaft

Diplomarbeit

**zur Erlangung des Grades
einer Diplom-Volkswirtin**

DIE FINANZIERUNG DER DEUTSCHEN EINHEIT
1990-1997

eingereicht bei Professor Dr. Horst Tomann
von cand. rer. pol. Liv Kirsten Jacobsen

Berlin, den 23. November 1998

<i>I. Einleitung</i>	1
1. Fragestellung	2
2. Stand der Forschung/verwendete Quellen und Literatur	4
3. Abgrenzung des Themas	6
<i>II. Historische Ausgangslage</i>	9
1. Die Wirtschaft der DDR	9
2. Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion	14
3. Von der Währungsunion zur Deutschen Einheit	18
4. Folgen der Staatsverträge für die ostdeutsche Wirtschaft	21
<i>III. Kosten der Einheit</i>	25
1. Schleier der Unwissenheit / Statistische Probleme	25
2. Direkte Kosten und Einsparungen	27
3. Indirekte Kosten und Einsparungen	30
4. Die Höhe der Transfers – Politische Einschätzungen	36
5. Die tatsächliche Höhe der Transfers und Investitionen 1989-1998	40
6. Die Bedeutung der Transfers für die ostdeutsche Wirtschaft	44
<i>IV. Arten der Finanzierung</i>	45
1. Kreditaufnahme/Nettoneuverschuldung	46
2. Erhöhung von Steuern, Gebühren und Sozialabgaben	49
3. Einsparungen im Bundeshaushalt und zusätzliche Einnahmen	53
4. Strukturhilfen der Europäischen Union und weitere Finanzierungsinstrumente	55
5. Politische Einschätzung der Finanzierungsinstrumente	57
<i>V. Träger der Finanzierung und Lastenverteilung</i>	58
1. Bundeshaushalt	59
2. Länder/Gemeinden West	64
3. Fonds „Deutsche Einheit“	66
4. Treuhandanstalt	73

5. Andere Nebenhaushalte	78
6. Sozialversicherungen	78
6.1 Bundesanstalt für Arbeit	78
6.2 Gesetzliche Rentenversicherung	81
6.3 Gesetzliche Krankenversicherung	83
7. EU-Strukturfonds	84
8. Neuordnung nach 1995	86
8.1 Neuregelung des Länderfinanzausgleichs	86
8.2 Erblastentilgungsfonds	89
9. Private Investitionen	91
10. Die Verteilung der Lasten: Eine Bilanz	92
<i>VI. Anpassungsfortschritte und Wirksamkeit der Transfers</i>	96
1. Allgemeine Anpassungserfolge	97
2. Sektorale und regionale Unterschiede	100
3. Verwendung der Transfers	103
4. Perspektiven des Strukturwandels	105
<i>VII. Ökonomische, politische und gesellschaftliche Folgen der Einheit</i>	107
1. Die Finanzierung der deutschen Einheit – eine Bilanz	107
2. Innenpolitische und gesellschaftliche Konsequenzen	110
3. Ökonomische und außenpolitische Konsequenzen	111
<i>VIII. Anhang</i>	115
1. Abkürzungsverzeichnis	115
2. Tabellen	117
3. Literaturverzeichnis	118

I. Einleitung

Die deutsche Einigung sei vergleichbar mit einer „*Besteigung der Eigernordwand im Winter*“, bemerkte 1993 der damalige Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Wirtschaft, Christian Watrin. „... und zwar bei Nacht.“, soll der damalige Bundesbankpräsident Pöhl hinzugefügt haben.¹ Diese Vergleiche bezeugen: Die deutsche Einigung war ein riskanter wirtschaftlicher und sozialer Großversuch; sein Ausmaß war bisher ohnegleichen und die Wirkungen zu Beginn überhaupt nicht abzuschätzen. Wie man eine sozialistische Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft überführt, wußten die Beteiligten nicht. Es gab – anders als umgekehrt – weder theoretische Entwürfe noch historische Vorbilder für ein solches Unterfangen.

Auch, wie teuer ein solches Unternehmen letztlich werden würde, war niemandem wirklich bewußt. Zu Anfang überwog die Auffassung, man könne die Deutsche Einheit sozusagen „aus der Portokasse“ bezahlen. Denn die äußeren Rahmenbedingungen waren damals vergleichsweise günstig: Die westdeutsche Wirtschaft befand sich zur Zeit der Wende in einem stabilen Zustand, und die öffentlichen Finanzen verfügten über eine solide Ausgangsposition. Außerdem lebte in Ostdeutschland nicht einmal ein Viertel der Bevölkerung von Westdeutschland, und es hatte von allen Mitgliedsstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe den höchsten Entwicklungsstand. Besonders die Bundesregierung hat die finanziellen, politischen und sozialen Probleme, die eine schnelle Vereinigung beider deutscher Staaten mit sich bringen würde, nicht besonders ernst genommen, oder besser: nicht ernst nehmen wollen.

Dies, obwohl es schon sehr früh nicht an hellseherischen Mahnern vor einer zu schnellen wirtschaftlichen Einigung gefehlt hat, wie ein Zitat aus dem Brief des Sachverständigenrates für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung vom 9. Februar 1990 belegt:

„Die einheitliche Währung wird den Abstand der Einkommen schlagartig verdeutlichen... Der Druck auf die Bundesrepublik würde anwachsen, den Abstand der Ein-

¹ Beide Zitate nach WEGNER, Manfred (1995): Bankrott und Aufbau. Ostdeutsche Erfahrungen, Baden-Baden, S. 91.

kommen (Löhne und Renten) durch einen "Finanzausgleich" zugunsten der DDR zu verringern. Riesige Belastungen kämen auf die öffentlichen Haushalte zu. Es werden nicht nur erhebliche Steuererhöhungen unvermeidlich, es würden vielmehr auch öffentliche Mittel in Transfers für konsumtive Verwendungen gebunden, die bei der Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur fehlen müßten. ... Es kann nicht ausbleiben, daß die Hoffnungen enttäuscht werden, die an die Währungsunion geknüpft werden – und die mit dieser auch bewußt gefördert werden sollen.“²

Diese und andere Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Zwischen dem Fall der Mauer und der Einführung der D-Mark lagen knapp acht Monate. Es blieb keine Zeit zum Nachdenken über ein ausgewogenes, konsistentes Gesamtkonzept. Die Deutschen Einigung wurde – aus außenpolitischem Zeitdruck und wahltaktischem Kalkül – eine „Sturzgeburt“, und in ihrem Verlauf kam es zu gewaltigen Fehleinschätzungen, die noch heute die wirtschaftliche Lage Deutschlands prägen. „Politisch wurde bei der Wiedervereinigung alles richtig, wirtschaftlich alles falsch gemacht“, kommentierte Lothar Späth die Situation einige Jahre später.³

1. Fragestellung

Ziel dieser Arbeit ist es herauszuarbeiten, wie hoch die Kosten der Einheit waren und immer noch sind, wie ihre Finanzierung vonstatten ging, welche Fehler dabei begangen wurden und wer die Konsequenzen dafür tragen mußte. Es soll weiterhin dargestellt werden, wer die Hauptlasten bei der Finanzierung der Einheit bezahlt hat und wer von ihr profitierte. Schließlich soll geklärt werden, ob die Bundesrepublik als Ganzes durch die Deutsche Einheit tatsächlich Nachteile in Kauf nehmen mußte, wobei man sowohl zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Dimension als auch zwischen den kurz- und den langfristigen Wirkungen unterscheiden muß.

Um diese Fragen zu klären, muß zunächst die Höhe der Nettotransfers bestimmt werden. Am Ende kann jedoch keine genaue Summe stehen, weil unterschiedliche Abgrenzungen und statistische Ungenauigkeiten zu verschiedenen Ergebnissen füh-

² SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (1990a): Brief vom 9. Februar 1990 an den Bundeskanzler zur Frage einer Währungsunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR, in: DERS. (1990b): Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, Jahresgutachten 1990/1991, Stuttgart, S. 306 ff.

ren. Hinzu kommen die indirekten Kosten, die kardinal gar nicht meßbar sind. Es geht vielmehr darum, die erhebliche Dimension der Mittel darzustellen, die die deutsche Volkswirtschaft in den letzten neun Jahren aufgebracht hat, um dem Verfassungsauftrag zu folgen, die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ in Ost und West herzustellen (Art. 72, Abs. 2 GG).

Der Hauptteil dieser Arbeit beschäftigt sich damit, wie die Kosten der Einheit finanziert wurden. Zunächst werden die unterschiedlichen Arten der Finanzierung betrachtet, also die Suche nach dem optimalen „policy mix“, mit dem das Geld zur Finanzierung der Einheit aufgebracht wurde. Kreditaufnahme war die gebräuchlichste Maßnahme, weil hier die politischen Durchsetzungskosten am geringsten waren. Steuererhöhungen und Subventionsabbau in großem Ausmaß wurden der Bevölkerung nicht zugemutet. In diesem Zusammenhang soll geklärt werden, inwieweit die Entscheidung zugunsten einer hohen Nettoneuverschuldung angemessen war.

Im sich anschließenden Kapitel wird dargestellt, wie die Lasten der Finanzierung auf die unterschiedlichen Träger verteilt wurden. Hier wird insbesondere zwischen den offiziellen Haushalten des Bundes und der Länder, den Haushalten der Sozialversicherungsträger, den Sondervermögen (Fonds „Deutsche Einheit“, Treuhandanstalt u.a.) und der Unterstützung durch die Europäische Union unterschieden. Die Neuordnung der Finanzierung ab 1995 wird ebenfalls behandelt. Außerdem wird gefragt, welcher Teil der Gesellschaft überproportional zur Finanzierung der Einheit beigetragen hat und welcher Teil eher profitieren konnte.

Daran anschließend werden die Anpassungsfortschritte und die Wirksamkeit der Transfers untersucht. Der inzwischen erreichte wirtschaftliche Fortschritt der neuen Bundesländern ist beachtlich, es kam jedoch als Folge fehlender strukturpolitischer Konzepte zu erheblichen Fehlallokationen. Außerdem weist die Wirtschaftsentwicklung bedeutende sektorale und regionale Unterschiede auf. Bemerkenswert ist auch, daß weit mehr Geld für konsumtive als für investive Zwecke ausgegeben wurde.

Schließlich wird auf die ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Folgen der Deutschen Einigung eingegangen. Zahllast und Traglast sollen gegeneinander abgewogen werden, wobei zu klären ist, wie gerecht es bei der Finanzierung der Ein-

³ Zitiert nach WEGNER (1995), S. 60.

heit zuzuging. Abschließend soll beleuchtet werden, welche gesellschaftlichen, außenpolitischen und weltwirtschaftlichen Konsequenzen sich aus der Einheit ergeben haben, weil nur aus der Gesamtschau dieser verschiedenen Aspekte die tatsächlichen Kosten und Nutzen deutlich werden.

2. Stand der Forschung/verwendete Quellen und Literatur

Zum dem hier behandelten Thema gibt es eine Fülle von grundlegender Überblicksliteratur, zum Beispiel die Werke der Präsidenten der verschiedenen Forschungsinstitute SIEBERT⁴, WEGENER⁵ und HOFFMANN⁶, der Band von SCHILLER⁷, und auch die von HICKEL/PRIEWE⁸, VON DOHNANYI⁹, GROS¹⁰ und SINN/SINN¹¹. Sehr informativ waren auch der Sammelband von GUTMANN/WAGNER¹² und die Artikel von ANDERSEN¹³, HÖHNEN¹⁴, PETERS¹⁵ und VESPER¹⁶. Für diese, wie für die meisten an-

-
- 4 SIEBERT, Horst (1992): Das Wagnis der Einheit. Eine wirtschaftspolitische Therapie, Stuttgart. (Siebert ist Präsident des Instituts für Weltwirtschaft der Universität Kiel.)
- 5 WEGNER, Manfred (1995): Bankrott und Aufbau. Ostdeutsche Erfahrungen, Baden-Baden. (Wegner war von 1992 bis 1993 Gründungspräsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle.)
- 6 HOFFMANN, Lutz (1993): Warten auf den Aufschwung. Eine ostdeutsche Bilanz, Regensburg. (Hoffmann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin.)
- 7 SCHILLER, Karl (1994): Der schwierige Weg in die offene Gesellschaft. Kritische Anmerkungen zur deutschen Vereinigung, Berlin. (Schiller war Wirtschaftsminister der Großen Koalition und Wirtschafts- und Finanzminister unter Bundeskanzler Brandt bis 1972.)
- 8 HICKEL, Rudolf/Jan PRIEWE (1994): Nach dem Fehlstart. Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung, Frankfurt a. M.; DIES. (1991): Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung, Frankfurt a. M. (Hickel und Priewe gehören zur Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik und sind dem linken Flügel zuzurechnen.)
- 9 VON DOHNANYI, Klaus (1990): Das deutsche Wagnis. Über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Einheit, München (von Dohnanyi ist seit 1990 Vorsitzender des Aufsichtsrates eines ostdeutschen Unternehmens.)
- 10 GROS, Jürgen (1994): Entscheidung ohne Alternativen? Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik im deutschen Vereinigungsprozeß 1989/1990, Mainz.
- 11 SINN, Gerlinde/Hans-Werner SINN (1993): Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, München³.
- 12 GUTMANN, Gernot/Ulrich WAGNER (1994): Ökonomische Erfolge und Mißerfolge der deutschen Vereinigung – eine Zwischenbilanz, Stuttgart usw.
- 13 ANDERSEN, Uwe (1992): Die Finanzierung der deutschen Einheit, in: HARTWICH, Hans-Hermann/ Göttrik WEWER (Hrsg.) (1992): Regieren in der Bundesrepublik. Bd. IV: Finanz- und wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren des Regierens im Bundesstaat – unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Vereinigungsprozesses, Opladen, S. 227-243; ANDERSEN, Uwe (1996): Finanzierung der Einheit, in: WEIDENFELD, Werner/Karl-Rudolf KORTE (Hrsg.) (1996): Handbuch zur deutschen Einheit, Bonn, S. 294-307.
- 14 HÖHNEN, Wilfried (1991): Die Finanzierung der deutschen Einheit: Eine Zwischenbilanz, in: WSI-Mitteilungen 5/1991, S. 307-314 (Höhlen gehörte der wirtschaftspolitischen Abteilung des DGB-Bundesvorstandes an.)
- 15 PETERS, Hans Rudolf (1992): Transformation der Wirtschaftsordnung in Ostdeutschland, in: WiST 9/1992, S. 447-452.

deren Arbeiten zu diesem Thema gilt jedoch, daß sie zwischen 1991 und 1995 geschrieben wurden. Neuere Analysen der volkswirtschaftlichen Aspekte der deutschen Vereinigung sind kaum vorhanden.¹⁷ Das Thema scheint an wissenschaftlichem Reiz verloren zu haben, obwohl es noch immer wirtschaftswissenschaftliche Relevanz besitzt, wie der Bundestagswahlkampf 1998 gezeigt hat.

Verschiedene Einzelaspekte der Finanzierung der Deutschen Einheit sind hervorragend dokumentiert. Über die Währungsunion gibt es eine Anzahl wichtiger Publikationen.¹⁸ BOSS/ROSENSCHON¹⁹ haben sich insbesondere mit der Höhe der Transfers und ihren verschiedenen Abgrenzungen beschäftigt. CZADA²⁰ hat vor allem die Auseinandersetzungen zwischen den Gebietskörperschaften bei den Verhandlungen um die Finanzierung der deutschen Einheit bearbeitet. Zu einzelnen Aspekten der Finanzierung waren die von HANSMEYER²¹ und OBERHAUSER²² herausgegebenen Bände sehr hilfreich. Zur Auseinandersetzung um die Aufnahme der neuen Länder in den Länderfinanzausgleich wurden besonders die Artikel von GESKE²³ und MÄDING²⁴

¹⁶ VESPER, Dieter (1995): Finanzpolitisches Handeln und Vereinigungsprozeß – ein Rückblick auf fünf Jahre Deutsche Einheit, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 4/1995, S. 367-385.

¹⁷ Mit der Ausnahme einer Arbeit von Oliver SCHWINN (1997): Die Finanzierung der deutschen Einheit. Eine Untersuchung aus politisch-institutionalistischer Sicht, Opladen 1997. Hier wird das Thema aber mehr als politikwissenschaftlicher Sicht beleuchtet und einer Zwischenbilanz von Karl Heinrich OPPENLÄNDER (Hrsg.) (1997): Wiedervereinigung nach sechs Jahren: Erfolge, Defizite, Zukunftsperspektiven im Transformationsprozeß, Berlin. Der Artikel von Wolfgang RENZSCH (1998): Die Finanzierung der deutschen Einheit und der finanzpolitische Reformstau, in: Wirtschaftsdienst 6/1998, S. 348-356, identifiziert neben den wirtschaftspolitischen Entscheidungen im Einheitsprozeß auch andere Ursachen der heutigen Finanzkrise in Deutschland und hält erneut fest, daß die Länder im Verhältnis zu wenig und die Steuer- und Abgabenzahler überproportional viel zur Finanzierung der Einheit beigetragen haben.

¹⁸ Vgl. u.a. GAWEL, Erik (1994): Die deutsch-deutsche Währungsunion. Verlauf und geldpolitische Konsequenzen, Baden-Baden; THIEME, H. Jörg (1994): Währungsunion in Deutschland: Konsequenzen für die Geldpolitik, in: GUTMANN/WAGNER (1994), S. 131-159.

¹⁹ BOSS, Alfred/Astrid ROSENSCHON(1996): Öffentliche Transferleistungen zur Finanzierung der deutschen Einheit: Eine Bestandsaufnahme, Kiel; ähnlich: DIES. (1995): Öffentliche Finanzen im Dienste der deutschen Einheit – Bestandsaufnahme, Bewertung und wirtschaftspolitische Überlegungen, Kiel.

²⁰ CZADA, Roland (1995): Der Kampf um die Finanzierung der deutschen Einheit, in: LEHM-BRUCH, Gerhard (Hrsg.) (1995): Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen, S. 73 -102.

²¹ HANSMEYER, Karl-Heinrich (1993a): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit I: Staatsverschuldung, EG-Regionalfonds, Treuhandanstalt, Berlin; DERS. (1993b): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit II: Aufbau und Finanzierung der sozialen Sicherung, Berlin.

²² OBERHAUSER, Alois (1995): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit III: Ausbau der Infrastruktur und kommunaler Finanzausgleich, Berlin; DERS. (1996): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit IV: Spezielle Finanzierungsaspekte im Zeitablauf, Berlin.

²³ GESKE, Otto-Erich (1991): Die Finanzierung der ostdeutschen Länder nach dem Einigungsvertrag, in: Wirtschaftsdienst 1/1991, S. 33-39.

benutzt. Der Verlauf der internationalen Verhandlungen zur Deutschen Einheit ist besonders gut im Band von ZELIKOW/RICE²⁵ dargestellt.

Als Quellen dienten vor allem die Bände von WAIGEL²⁶, SCHÄUBLE²⁷ und TELTSCHIK²⁸, der Staatsvertrag²⁹ und der Einigungsvertrag³⁰. Für die Daten wurden das Statistische Jahrbuch der Bundesrepublik, die Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, verschiedene Sachverständigenrat-Gutachten und zahlreiche Nummern des DIW-Wochenberichts, des Ifo-Schnelldienstes, des Wirtschaftsdienstes und der Wirtschaft im Wandel verwendet. Zu den Anpassungserfolgen dienten als Quellen die Berichte, die das DIW Berlin, das IW Köln und das IWH Halle seit 1991 gemeinsam veröffentlichen. Zur Einschätzung der Arbeit der Treuhandanstalt wurde der Bericht des Untersuchungsausschusses des Bundestages³¹ und die Dokumentation zur Treuhandanstalt³² benutzt. Außerdem wurde eine Vielzahl von Zeitungsartikeln der Tages- und Wochenpresse zur Darstellung herangezogen.

3. Abgrenzung des Themas

Die Bezeichnung „Finanzierung der Deutschen Einheit“ ist ein sehr globaler Begriff und in sich eine interpretationsfähige Formulierung. Damit die Arbeit nicht zu umfassend wird, ist auf verschiedene Aspekte nur am Rande eingegangen worden. So werden die beiden Staatsverträge nur unter dem Gesichtspunkt themenrelevanter Fragen behandelt. Die geldpolitischen Probleme, die sich durch die Währungsunion ergaben, werden nur insoweit betrachtet, wie sie Auswirkungen auf die Zinsen hat-

²⁴ MÄDING, Heinrich (1995): Reform oder Rekonstruktion: Föderative Finanzkonflikte im Einigungsprozeß und ihre Beurteilung, in: LEHMBRUCH (1995), S. 103-114.

²⁵ ZELIKOW, Philip /Condoleezza RICE (1995): Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft, Cambridge, Mass./London.

²⁶ WAIGEL, Theo/Manfred SCHELL (Hrsg.) (1994): Tage, die Deutschland und die Welt veränderten, München.

²⁷ SCHÄUBLE, Wolfgang (1991): Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart.

²⁸ TELTSCHIK, Horst (1991): 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin.

²⁹ PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG (Hrsg.) (1990a): Der Staatsvertrag, Berlin/Bonn.

³⁰ PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG (Hrsg.) (1990b): Der Einigungsvertrag, Berlin/Bonn.

³¹ DEUTSCHER BUNDESTAG, REFERAT ÖFFENTLICHKEITSARBEIT (Hrsg.) (1994): Treuhandanstalt, Bericht des 2. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages, Bonn.

³² TREUHANDANSTALT (Hrsg.) (1994): Dokumentation 1990-1994, 15 Bde., Berlin.

ten.³³ Wenn es um die Kosten der Einheit geht, werden nicht nur die direkten, sondern auch eine Reihe von indirekten Kosten beleuchtet, wobei kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird. Die Abgrenzung der Berechnungen zur Höhe der Transfers sind sehr unterschiedlich. Es wurde auf eine detaillierte Diskussion der jeweiligen Kalkulationen verzichtet, weil es im Rahmen dieser Arbeit vor allem um die Dimension der Transfers geht. Wenn im Verlauf der Arbeit auf Teilkosten zurückgegriffen wird, dann entstammen die Daten, soweit nicht anders angegeben, den Angaben des Bundesministeriums der Finanzen.

Die Transferleistungen entsprechen nicht der Gesamtbelastung der öffentlichen Haushalte durch die Einheit. Es ist darauf verzichtet worden, die Haushalte der einzelnen Ministerien auf Überschneidungen zu untersuchen. Oft ist dies auch gar nicht möglich, weil bei den dort ausgewiesenen Ausgaben nicht nach Aufwendungen für Ost- und Westdeutschland unterschieden wurde. Im Rahmen dieser Arbeit wird zudem größeres Gewicht auf die öffentliche als auf die private Finanzierung gelegt, da diese insbesondere die Leistungen der Bürger erfaßt.³⁴ Um diese geht es auch, wenn die Frage nach der Lastenverteilung gestellt wird. Aber auch bei privaten Investitionen ist die öffentliche Hand beteiligt, z.B. über Bürgschaften und durch niedrigere Steuereinnahmen bei Abschreibung von Verlusten. Auf diese Verflechtungen wird in der Arbeit nicht weiter eingegangen. Ebenso wird darauf verzichtet, die Neuordnung des Bankensystems darzustellen, da dies nicht direkt zum Thema der Arbeit gehört.³⁵

³³ Zu diesem Thema vgl. u.a.: SPAHN, Heinz-Peter (1992): Geldmengenpolitik in der Bundesrepublik. Theoretische Grundlagen, empirische Erfahrungen und neue Probleme, in: RÜHL, Christof (Hrsg.) (1992): Probleme der Einheit 6: Konsolidierung des Binnenmarktes in den neuen Ländern, Marburg, S. 119-140; THIEME, H. Jörg (1995): Währungsunion in Deutschland: Konsequenzen für die Geldpolitik, in: GUTMANN/ WAGNER (1994), S. 131-158; FRANKE, Hans-Hermann/Harald NITSCH (1996): Der Beitrag der Währungsumstellung zur Finanzierung der deutschen Einheit, in: OBERHAUSER (1996), S. 37-68.

³⁴ Zur Privatisierung vgl. u.a.: SCHNABEL, Claus (1996): Structural Adjustment and Privatization of East German Economy, in: WELFENS, Paul J. J. (Hrsg.) (1996): Economic Aspects of German Unification, Berlin usw.², S. 287-315; DITGES, Johannes (1994): Privatisierungsstrategien in den neuen Bundesländern, in: GUTMANN/WAGNER (1994), S. 37-58.

³⁵ Zu diesem Thema vgl. z.B. SCHINASI, Garry J./Leslie LIPSCHITZ/Donogh MCDONALD (1990): Monetary and Financial Issues in German Unification, in: LIPSCHITZ, Leslie/Donogh MCDONALD (Hrsg.) (1990): German Unification. Economic Issues, Washington, D.C, S. 144-154. Vgl. auch: CARLIN, Wendy/Peter RICHTHOFEN (1994): The Financial System in the Transition: The Special Case of East Germany, in: HÖLSCHER, Jens u.a. (Hrsg.) (1994): Bedingungen ökonomischer Entwicklung in Zentralosteuropa, Bd. 2: Wirtschaftliche Entwicklung und institutioneller Wandel, Marburg; USZCZAPOWSKI, Igor (1992): Der Aufbau von Kredit- und Kapitalmärkten, in: RÜHL (1992), S. 61-67.

Die Finanzierung privater Investitionen wird ebenfalls nicht behandelt.³⁶ Auf die außenwirtschaftlichen Aspekte der Einigung wird nur insofern eingegangen, wie sie die Fragestellung direkt betreffen.³⁷

Soweit es möglich ist, werden in dieser Arbeit die neuesten erhältlichen Daten benutzt. An dieser Stelle sei den Sachbearbeitern des BMF, des BMWi und der Treuhandanstalt für ihre prompte und umfassende Bereitstellung von Datenmaterial gedankt. Werden Zahlen bereits für 1998 ausgewiesen, beinhalten sie die Angaben aus dem Haushalt 1998 oder sind zum Teil geschätzt. Zu bestimmten Aspekten stehen keine genauen Angaben für Ostdeutschland zur Verfügung, weil die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung seit 1995 die Angaben nicht mehr getrennt für Ost- und Westdeutschland ausweist.

Einschränkend muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß zusätzlich viele Daten, die von offiziellen Institutionen wie Deutsche Bundesbank, Bundesministerien, Treuhandanstalt, Sachverständigenrat, Forschungsinstitute u.a. in bezug auf die Deutsche Einheit publiziert worden sind, nicht nur voneinander abweichen, sondern auch lückenhaft und damit teilweise nicht kongruent sind. Das führt dazu, daß manche Angaben widersprüchlich erscheinen oder unvollständig sind. Wenn sich das bei den in dieser Arbeit behandelten Fragen als Problem erweist, wird darauf explizit hingewiesen. Schließlich soll angemerkt werden, daß der besseren Lesbarkeit wegen oftmals Summenangaben bzw. Prozentzahlen gerundet wurden.

³⁶ Vgl. zu diesem Thema u.a. POSEN, Adam S. (1995): Less than a Universe of Difference: Evaluating the Reality of German Finance, in: SHINGLETON, A. Bradley u.a. (Hrsg.) (1995): Dimensions of German Unification. Economic, Social and Legal Analyses, Boulder usw., S. 43-56; SCHMIDT, Hans (1991): Das Investitionsproblem in Ostdeutschland aus monetärer Sicht, in: BUSCH, Ulrich (Hrsg.) (1991): Probleme der Einheit, Bd. 3: Monetäre Probleme, Marburg, S. 31-45; HUMMEL, Detlev (1991): Reprivatisierung und Kapitalmarktfinanzierung in den neuen Ländern, in: EBENDA, S. 46-60.

³⁷ Dazu vgl. u.a.: SCHÄFER, Wolf (1993): German Unification and the External Value of the Deutschmark, in: GHAUSSY, A. Ghanie/Wolf SCHÄFER (Hrsg.) (1993): The Economics of German Unification, London/New York, S. 123-133; SINN, Hans-Werner (1996): Macroeconomic Aspects of German Unification, in: WELFENS (1996), S. 135-189.

II. Historische Ausgangslage

There is no better way to learn the power of the market system than to study the socialist economies.

Stanley Fischer (1993)

1. Die Wirtschaft der DDR

Nicht nur die SED behauptete, daß die DDR zu den zehn wichtigsten Industriestaaten der Welt zählte, auch viele westliche Beobachter waren lange der Ansicht, daß die DDR ein verhältnismäßig produktives, hochentwickeltes Land war. Tatsächlich aber stand die DDR bei ihrem politischen Zusammenbruch 1989 auch wirtschaftlich kurz vor dem Bankrott. Schon 1987 sei ihm klar gewesen, so berichtete Günther Mittag 1991³⁸, daß die DDR wirtschaftlich nicht mehr zu retten gewesen sei. Führende DDR-Wirtschaftsfachleute unter der Leitung von Gerhard Schürer, dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, zeichneten für das Politbüro des Zentralkomitees der SED ein schonungsloses Bild der Lage.³⁹ Doch die Schlußfolgerungen dieses Papiers, die den Experten selbst vermutlich schon länger bekannt waren, kamen im Oktober 1989 zu spät. Horst Bockelmann, damals bei der Bundesbank und jetzt Chefsvolkswirt der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, kommentierte 1991 die Lage: *„Wenn man eine Wirtschaft hätte ruinieren wollen, wäre dies [die DDR-Wirtschaftsführung, die Verf.] die Weise gewesen, um das richtig zu machen.“*⁴⁰

Vor dem Krieg gehörte das Gebiet der späteren DDR, besonders Teile von Sachsen und Thüringen, zu den am stärksten industrialisierten Wirtschaftsregionen Europas; sie standen in ihrer Wirtschaftskraft dem westlichen Teil Deutschlands in nichts nach. Beide Teile des Landes waren bis Kriegsende ein eng miteinander verflochte-

³⁸ Vgl. O.V. (1991d): „Es reißt mir das Herz kaputt“. Spiegel-Gespräch mit dem ehemaligen DDR-Wirtschaftslenker Günter Mittag über seine Politik und seine Fehler, in: Der Spiegel 37/1991, S. 88-104 (92).

³⁹ Vgl. SCHÜRER, Gerhard u.a. (1989): Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen (Schürer-Papier) vom 27. Oktober 1989. Sie wurde als geheime Verschlusssache unter der Verantwortung von Gerhard Schürer (Vorsitzender der Staatlichen Plankommission), Gerhard Beil (Außenhandelsminister), Alexander Schalck (Staatssekretär und Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung), Arno Donda (Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik) sowie Ernst Höfer (Finanzminister) erstellt, abgedruckt in: TREUHANDANSTALT (1994), Bd. 1, S. 833-841.

⁴⁰ Zitiert nach MARSH, David (1992): Die Bundesbank. Geschäfte mit der Macht, München, S. 262.

ner Wirtschaftsraum. Diese historisch gewachsenen Beziehungen wurden durch die Teilung jäh unterbrochen. Es kam zu massiven Strukturveränderungen, weil der Osten plötzlich von vormals einheimischen Rohstoff- und Energiequellen (Stahl, Eisen, Kohle) und Absatzmärkten abgeschnitten war. Die Kriegsschäden, Demontagen, fehlende wirtschaftliche Unterstützung (kein Marshall-Plan) und doppelt so hohe Reparationszahlungen wie im Westen taten das übrige, um die Ausgangslage der SBZ/DDR-Wirtschaft nach 1945 zu verschlechtern und die Abhängigkeit von den „sozialistischen Bruderländern“ zu verstärken. Als Folge dieser Ursachen entwickelten sich nach dem Krieg in beiden Teilen Deutschlands zwei getrennte, sehr unterschiedliche Volkswirtschaften.⁴¹

Ein Vergleich der beiden Volkswirtschaften anhand der Kennzahlen ist schwierig, weil die Berechnung der Indikatoren wie Produktivität, Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt, Realeinkommen u.ä. durch eine andere Systematik (z.B. der Unterscheidung zwischen „produktiver“ und „unproduktiver“ Arbeit), Erfassungsfehler und fiktive Annahmen verzerrt ist. Die Statistiken der DDR waren außerdem seit den 70er Jahren zunehmend geschönt. Deshalb herrschte nach der Wende auch ein großes Durcheinander bei dem Versuch herauszufinden, wie es um die Wirtschaft in Ostdeutschland tatsächlich bestellt war.

Noch 1990 herrschten über den Wert des ostdeutschen Volksvermögens höchst unterschiedliche Vorstellungen: von 1 400 Mrd. DM (Hans Modrow im Januar 1990) über 900 Mrd. DM (Christa Luft) bis zu den 600 Mrd. DM (Detlev Rohwedder, August 1990)⁴²; wahrscheinlich war der Betrag noch geringer. Auch über das Produktionspotential Ostdeutschlands zur Zeit der Wende gibt es keine verlässlichen Angaben, aber im zweiten Halbjahr 1991 erreichte das BIP in Ostdeutschland lediglich 7 Prozent des westdeutschen Niveaus.⁴³

Das DIW hatte die Produktivität der DDR 1987 auf etwa die Hälfte der westdeutschen beziffert, während das Institut für Weltwirtschaft von einem Drittel ausging, was der Wirklichkeit eher entsprach: für das 2. Halbjahr 1990 ist die Produktivität

⁴¹ Vgl. WEGNER (1995), S. 18, vgl. dazu ebenso: BAAR, Lothar/Rainer KARLSCH/Werner MATSCHKE (1993): Kriegsfolgen und Kriegslasten Deutschlands. Zerstörungen, Demontagen und Reparationen, Berlin.

⁴² Zu den verschiedenen Angaben vgl. WEGNER (1995), S. 73.

⁴³ Vgl. SIEBERT (1992), S. 21.

Ostdeutschlands, also das BIP pro Erwerbstätigem, mit 27 Prozent des westdeutschen Niveaus berechnet worden, für 1991 mit knapp 29 Prozent.⁴⁴ Auch das durchschnittliche Reallohniveau der DDR-Bevölkerung machte allenfalls ein Drittel des Westniveaus aus.⁴⁵

Ein Grund dafür war die viel zu hohe Beschäftigtenzahl in den Betrieben. Die verdeckte Arbeitslosigkeit betrug, wie später berechnet wurde, 15,6 Prozent.⁴⁶ Das lag vor allem daran, daß in der DDR Betriebe nicht allein Produktionsstätten waren, die nach wirtschaftlichen Kriterien operierten, „*sie hatten vielmehr auch den Charakter sozialer Klubs, in denen die Produktionstätigkeit bisweilen eine untergeordnete Rolle spielte*“⁴⁷. Hinzu kam, daß die Infrastruktur verschlissen, die Produkte überholt und die Industrie technisch zurückgeblieben waren, weil Know-how und Innovationen fehlten. Der Kapitalstock war völlig überaltert, Reparaturanfälligkeit und Produktionsausfälle bremsten das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Das Durchschnittsalter der Ausrüstungen in der Industrie lag Anfang 1989 in der DDR bei 18 Jahren, in der Bundesrepublik bei 8 Jahren.⁴⁸ Nach anderen Berechnungen waren sogar 67 Prozent des Kapitalstocks gänzlich obsolet.⁴⁹ Auch der Verfall der Bauten, besonders in den Innenstädten, war erschreckend.

Die meisten Betriebe arbeiteten nicht nur mit rückständigen Maschinen oder in veralteten Gebäuden, sondern auch sehr ineffizient: die Fertigungstiefe der einzelnen Unternehmen war oft zu hoch, weil die DDR nicht in die internationale Arbeitsteilung eingebunden war und viele Vorleistungen aus eigener Herstellung kamen. Das kann einerseits dem Wunsch der DDR nach Unabhängigkeit vom Westen und der Sowjetunion zugeschrieben werden, hing aber auch mit den Zwängen der CoCom-

⁴⁴ Das DIW ging Mitte der 80er Jahre von einem Produktivitätsrückstand der DDR von ca. 50 Prozent im Vergleich zum westdeutschen Niveau aus, das IfW von 30 Prozent. Tatsächlich lag es sogar noch darunter, nämlich bei etwa 27 Prozent, vgl. EBENDA, S. 45.

⁴⁵ Vgl. SINN/SINN (1993), S. 11.

⁴⁶ Vgl. SIEBERT (1992), S. 30. Daten nach VOGLER-LUDWIG, Kurt (1990): Verdeckte Arbeitslosigkeit in der DDR, in: Ifo-Schnelldienst 24/1990, S. 5-9 (7). Vgl. auch: CORNELSEN, Doris (1991): Die Wirtschaft der DDR 1990, in: FS Analysen 2/1991, S. 61-78.

⁴⁷ SINN/SINN (1993), S. 41-42.

⁴⁸ Vgl. WEGNER (1995), S. 46.

⁴⁹ Vgl. INSTITUT FÜR ANGEWANDTE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (Hrsg.) (1990): Die Ostdeutsche Wirtschaft 1990/1991, Berlin.

Liste zusammen.⁵⁰ Diese Liste führte weiterhin dazu, daß sich die DDR mit massiver finanzieller und technischer Anstrengung Prestigeobjekte, wie die Mikroelektronik, leistete. Sie erwiesen sich als kostspielige, nicht wettbewerbsfähige Fehlschläge, mit denen man den technischen Rückstand nicht aufholen konnte.

Doch nicht nur diese Probleme behinderten die DDR-Wirtschaft. Die gesamte Produktion und auch die Investitionen waren aufgrund der zentralen Mengenplanung ohnehin verzerrt, weil Konkurrenz, Leistungsanreize und Wettbewerb fehlten. Immer stärkere Zentralisierung führte zu bürokratischer Erstarrung, Schlüsselfunktionen wurden nicht nach Kompetenzen verteilt, sondern gingen an Parteifunktionäre. Dadurch nahmen die politischen Eingriffe zu, und es wurde immer weniger nach wirtschaftlichen Kriterien entschieden. Die Lenkung der DDR hat die Planungsbehörden schlicht überfordert. In vielen Bereichen kam es zu Engpässen, einer regelrechten Mangelwirtschaft, bei den Bürgern jedoch zu einem beträchtlichen Kaufkraftüberhang, weil die Warenproduktion hinter den Geldeinkommen zurückblieb.

Die Subventionen für Wirtschaft und Bevölkerung nahmen gegen Ende der DDR die ungeheure Größe von etwa 18,5 Prozent der Staatsausgaben in Anspruch⁵¹. Das verzerrte die Preise zusätzlich, und es kam nicht nur zu einer enormen Verschwendung von Arbeitskraft, sondern auch von knappen Ressourcen, wie z.B. Energie. Die dadurch entstehenden Umweltkosten waren in keine Kalkulation einbezogen.

Verglichen mit Ländern ähnlicher Größe war der Außenhandelsanteil der DDR gering. Bei einer Umrechnung des BSP und der Exporte auf westdeutsche Preise betrug er etwa 23 Prozent.⁵² Der RGW-Raum war das wichtigste Absatzgebiet für DDR-Produkte, rund 62 Prozent der gesamten DDR-Exporte fanden dort ihre Abnehmer. In die Sowjetunion gingen 32 Prozent aller Exporte, von ihnen hingen allein 900.000 Arbeitsplätze ab.⁵³ In den 80er Jahren ist die DDR-Wirtschaft von westlichen Importen immer abhängiger geworden, besonders von denen im Hochtechnologiebereich. Durch sie sollten das Wachstum beschleunigt und die aufgelaufene Verschuldung

⁵⁰ Vgl. JACOBSEN, Hanns-Dieter (1997): COCOM, in: ALBRECHT, Ulrich/Helmut VOLGER (Hrsg.): Lexikon der internationalen Politik, München/Wien, S. 95-97; SIEBERT (1992), S. 29; WEGNER (1995), S. 23.

⁵¹ Vgl. GROS (1994), S. 31.

⁵² Vgl. WEGNER (1995), S. 48; SINN (1993), S. 46.

verringert werden. Doch die Außenhandelsrentabilität sank stetig. Am Ende mußte die DDR 4,40 DDR-Mark im Inland einsetzen, um eine D-Mark im Export zu erwirtschaften, was dem damaligen Schwarzmarktkurs von 5:1 sehr nahe kam.⁵⁴ Für immer mehr Kredite mußten durch diese sinkende Rentabilität immer mehr Zinsen aufgebracht werden, wodurch weitere Kredite nötig wurden: ein Teufelskreis.

Die Verschuldung gehörte zu den bestgehütetsten Geheimnissen der DDR. Noch im Mai 1990 mußte selbst Ministerpräsident de Maizière erklären: „... *mir konnten keine Angaben gemacht werden zu der Struktur der Auslandsverschuldung. Wir wissen nicht, bei welcher Bank sie sind, wir wissen nicht, zu welchen Währungen sie sind, wir kennen nicht die Verwendungszwecke, ich kenne nicht die Fälligkeitstermine.*“⁵⁵ Im Schürer-Papier erklärten die DDR-Experten, daß es ihnen noch 1985 möglich gewesen wäre, die Zahlungsfähigkeit der DDR mit großen Anstrengungen zu sichern. „*Heute besteht diese Chance nicht mehr. Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25-30 Prozent erfordern und die DDR unregierbar machen.*“⁵⁶

Die Staatsbank der DDR gab ihre Nettoverschuldung bei westlichen Staaten am 31. 12.1989 mit 18,5 Mrd. US-Dollar an. Tatsächlich betrug sie Ende 1989 ca. 49 Mrd. Valutamark (ca. 26 Mrd. US-Dollar).⁵⁷ Die DDR stand mit 400 Banken in Geschäftsbeziehungen, und der jährliche Schuldendienst belief sich allein 1989 auf 19 Mrd. Valutamark. Diese Summe machte 150 Prozent der nicht-sozialistischen Exporte aus. Die DDR stand am Rande der Zahlungsunfähigkeit.⁵⁸

⁵³ Vgl. DIW BERLIN/ IFW (1991a): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Erster Bericht, in: DIW-Wochenbericht 12/1991, S. 123-143 (127).

⁵⁴ Vgl. BUSCH, Andreas (1991): Die deutsch-deutsche Währungsunion: Politisches Votum trotz ökonomischer Bedenken, in: LIEBERT, Ulrike /Wolfgang MERKEL (Hrsg.) (1991): Die Politik zur Deutschen Einheit. Probleme, Strategien, Kontroversen, Opladen, S. 185-207 (188).

⁵⁵ DDR-VOLKSKAMMER (1990): Stenographische Niederschrift, 10. Wahlperiode, 6. Tagung, 10.5.1990, S. 187.

⁵⁶ SCHÜRER (1989), S. 837.

⁵⁷ Vgl. O.V. (1990d): Die DDR ist mit mehr als 18 Mrd. Dollar verschuldet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.3.1990; WEGNER (1995), S. 20. Die DDR-Währung war eine nicht-konvertierbare Binnenwährung. Die Außenwirtschaftsbeziehungen wurden auf der Basis von Rechnungseinheiten (Transferrubel, Valutamark) abgewickelt, deren Umtauschkurse allerdings nicht veröffentlicht wurden. Wie das DIW später errechnete, entsprach 1988 der Kurs 1 DDR-Mark:0,23 Valutamark. Eine Valutamark entsprach in etwa einer DM, der damalige Dollarkurs betrug durchschnittlich 1 US\$:1,90 DM.

⁵⁸ Vgl. zur ungeklärten Schuldenlage: O.V. (1990a): Umschau 15. März bis 15. April, in: Deutschland Archiv 5/1990, S. 646-662 (648-49). Vgl. auch HERTLE, Hans-Hermann (1992a):

Es wurde behauptet, die DDR habe in ihrer Entwicklung 10-25 Jahre hinter der Bundesrepublik zurückgelegen. Doch so war es nicht. Eine „zweite“ Bundesrepublik von 1965 hätte man relativ schnell integrieren können. Doch Wirtschaft und Gesellschaft der DDR waren, wie soeben dargestellt, ganz anders: Es hatten sich völlig unterschiedliche Strukturen herausgebildet. Zwischen den beiden Wirtschaften herrschte kein gradueller, sondern ein prinzipieller Unterschied, der sich nicht als zeitlicher Rückstand beschreiben läßt. Deswegen, so von Dohnanyi, erfordere eine Integration auch „*keine kleinen Schritte, sondern einen Sprung*“⁵⁹.

2. Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion

„*East Germany offers the only example of true global shock therapy.*“⁶⁰

Domenico Mario Nuti/Richard Portes (1993)

Die Entwicklung in Ostdeutschland ging in rasantem Tempo vor sich. Nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989 gab es nur eine kurze Zeitspanne, in der die Möglichkeit einer souveränen DDR diskutiert wurde. Schon im Dezember begann die sogenannte „2. Wende“, hin zur politischen Einheit. Auf den Demonstrationen in Leipzig und andernorts waren Forderungen nach der Vereinigung beider deutscher Staaten zu hören: „*Wir sind ein Volk*“ und „*Deutschland, einig Vaterland*“. Auch Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Modrow bekannnten sich offiziell kurz nach der Jahreswende zu diesem Wunsch. Nur der Weg dorthin war noch unklar.

Am 7. Februar 1990 bot Bundeskanzler Kohl – zur Überraschung des Kabinetts und der Bundesbank – der DDR Verhandlungen über eine Währungsunion an. Der Sachverständigenrat, Bundesbankpräsident Pöhl, die Minister Haussmann (Wirtschaft) und Waigel (Finanzen) und auch der Ministerpräsident der DDR, Modrow, hatten zuvor alle von einer schnellen Währungsunion abgeraten, sie sei „*gefährlich*“, ein

Staatsbankrott. Der ökonomische Untergang des SED-Staates, in: Deutschland Archiv 10/1992, S. 1019-1030.

⁵⁹ VON DOHNANYI (1990), S. 76.

⁶⁰ NUTI, Domenico Mario/Richard PORTES (1993): Central Europe - The Way Forward, in: PORTES, R. (Hrsg.) (1993): Economic Transformation in Central Europe – A Progress Report, London/Luxemburg, S. 12.

„völlig falsches Signal“, „verfrüht“ und eine „phantastische Idee“.⁶¹ Trotz dieser eindeutigen Warnungen wurden unverzüglich Gespräche aufgenommen.

Offiziell begründet wurde der Kanzlervorschlag vom 7. Februar 1990 mit der Hoffnung, so die starke Ost-West-Wanderung („*Kommt die D-Mark nicht zu uns, kommen wir zur D-Mark*“), die nach der Wende eingesetzt hatte, in den Griff zu bekommen.⁶² Doch es gab auch andere Motive: Am 18. März 1990 standen die ersten Volkskammerwahlen bevor. Mit dem Angebot einer Währungsunion konnte die CDU ihre als nicht besonders gut eingeschätzten Chancen bei dieser Wahl schlagartig verbessern. Außerdem vermutete man innerhalb des Kabinetts, daß die gute internationale Stimmung zugunsten einer schnellen Deutschen Einigung wieder umschlagen könnte und Deutschland später nur mit viel mehr Zugeständnissen an die Sowjetunion und die NATO-Partner erreichen könnte, was jetzt schon zum Greifen nahe schien.⁶³

Am 18. Mai 1990 wurde der „Staatsvertrag über die Herstellung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ unterzeichnet. Er vereinbarte neben den Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft die Festlegung der D-Mark als gemeinsame Währung, die Grundsätze des Arbeitsrechts, der Sozialversicherung, der Finanzpolitik, der Steuern, der Staatsausgaben und die Finanzaufweisungen der Bundesrepublik Deutschland. Der Vertrag wurde durch die Übernahme der D-Mark auf dem Gebiet der DDR am 1. Juli 1990 in die Tat umgesetzt. Gleichzeitig wurde eine moderne Geldverfassung eingeführt, die Preise wurden freigegeben und die vollständige Konvertibilität der Währung hergestellt.

⁶¹ Alle Aussagen zitiert nach MARSH (1992), S. 274. Vgl. auch: BLOHM, Bernhard/Rainer HUPPE: „Das muß doch die DDR entscheiden.“ Ein Zeitgespräch mit Karl-Otto Pöhl, in: Die Zeit, 26.1.1990. Daß diesem Angebot kein wohlabgewogener Plan zugrunde liegen konnte, weil der Zeitraum zwischen der erstmaligen Formulierung und dem politisch verbindlichen Angebot viel zu kurz war, wird dargestellt in: GAWEL, Erik/Michael THÖNE (1996): Zur Neuen Politischen Ökonomie der deutsch-deutschen Währungsunion, in: Kredit und Kapital 1/1996, S. 1-30 (7-8). Die historischen Entwicklungen sind dokumentiert in: TELTSCHIK (1991), S. 129ff.

⁶² 343 000 DDR-Bürger waren seit Öffnung der Grenzen bis Ende 1989 in die alte Bundesrepublik umgezogen, 85 000 in den ersten sechs Wochen des Jahres 1990. Umfragen hatten ergeben, daß weitere 3 Millionen Menschen daran dachten, in den Westen überzusiedeln. Die Gefahr war also sehr real, der Slogan eine regelrechte Drohung, vgl. CHRIST, Peter/Ralf NEUBAUER (1991): Kolonie im eigenen Land, Berlin, S. 66. Vgl. ebenso SIEBERT (1992), S. 19.

⁶³ Vgl. RAUSCHNING, Dietrich (1990): Der deutsch-deutsche Staatsvertrag als Schritt zur Einheit Deutschlands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 33/1990, S. 3-16. Vgl. insbesondere auch: ZELIKOW/ RICE (1995), S. 149-327; GAWEL/THÖNE (1996) zum innenpolitischen Kalkül S. 14-20, zum außenpolitischen Kalkül S. 9-14.

Lange war über den Punkt verhandelt worden, der die größten Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft haben würde: den Umtauschkurs zwischen DDR- und D-Mark. Der Kurs mußte einerseits Anreize für Investitionen in Ostdeutschland und wettbewerbsfähige Löhne gegenüber Westdeutschland bieten, andererseits aber auch ausreichend hohe Löhne ermöglichen, um die Abwanderungswelle in den Westen zu stoppen.⁶⁴ Das Ergebnis der Verhandlungen war ein Kompromiß: Löhne und Gehälter wurden 1:1 auf der Basis der am 1. Mai geltenden Tarifverträge umgestellt. Die Renten wurden neu berechnet und dadurch im Durchschnitt um 30 Prozent angehoben. Für Bestandsgrößen galt grundsätzlich ein Kurs von 2:1, wobei Sparguthaben je nach Alter für einen Betrag zwischen 2000-6000 Mark im Verhältnis 1:1 umgestellt wurden.⁶⁵ Der Umtauschkurs wurde international mit großen Bedenken aufgenommen. Angesichts der Schwarzmarktkurse, die noch zu Jahresbeginn bei 7:1 oder gar darüber gelegen hatten⁶⁶, empfand man die vereinbarten Austauschrelationen als übermäßig großzügig. Es wurden ein Nachfrageschub und eine damit einhergehende inflationäre Entwicklung erwartet, deren Bekämpfung ganz Europa betreffen könnte. Die Finanzausstattung der DDR wurde im Staatsvertrag folgendermaßen geregelt: Die DDR erhielt eine Kreditermächtigung für 1990 in Höhe von 10 Mrd. DM und für 1991 in Höhe von 14 Mrd. DM. Außerdem gewährte die Bundesrepublik Deutschland der DDR zweckgebundene Finanzzuweisungen zum Haushaltsausgleich für 1990 von 22 Mrd. DM und für 1991 von 35 Mrd. DM aus dem neu entstandenen Fonds „Deutsche Einheit“. Weiterhin zahlte der Bund als Anschubfinanzierung für die DDR-Sozialversicherung (Renten- und Arbeitslosenversicherung)

⁶⁴ Vgl. WEGNER (1995), S. 70.

⁶⁵ Der Kurs von 2:1 galt allerdings auch für die Verbindlichkeiten der Betriebe, welche in der Zeit der Planwirtschaft ohne Rücksicht auf Rentabilitäts Gesichtspunkte von oben „verteilt“ worden waren. Die Betriebe (ohne Wohnungswirtschaft) waren mit Altschulden in Höhe von 116 Mrd. DM belastet, wofür sie sofort auch einen Zins von westlichem Niveau in Höhe von 5 Prozent zahlen mußten, vgl. CORNELSEN, Doris (1991): Wirtschafts- und Währungsunion, in: WEIDENFELD, Werner/Karl-Rudolf KORTE (Hrsg.) (1991): Handbuch zur Deutschen Einheit, Bonn, S. 755-764 (760).

⁶⁶ Allerdings muß man bedenken, daß die Schwarzmarktkurse die spekulativen Erwartungen am Vorabend des Zusammenbruchs der DDR widerspiegeln. Der tatsächliche Umrechnungskurs, der auch von der DDR-Plankommission zugrunde gelegt wurde und den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten bekannt war, stimmte in etwa mit der Devisenertragskennziffer überein, also dem Valutaerlös je Mark Exportproduktion. Sie betrug 1989 etwa zwischen 0,23 und 0,265, was einem Kurs von 3,77 bis 4,40 Ostmark:1 DM entspricht, vgl. WEGNER (1995), S. 50.

insgesamt 2,75 Mrd. DM für 1990 und 3 Mrd. DM für 1991.⁶⁷ Ferner wurde der Kreditrahmen der Treuhandanstalt zur Privatisierung der volkseigenen Betriebe auf maximal 7 Mrd. DM für 1990, für 1991 auf 10 Mrd. festgelegt. Gleichzeitig sollte die Treuhand durch die Privatisierung der Betriebe zum Abbau der Staatsschulden der DDR beitragen. Ergänzend wurde vereinbart, daß die dadurch nicht abgedeckten Schulden je zur Hälfte vom Bund und den neuen Bundesländern übernommen werden sollten.

Finanzpolitisch kam die Bundesrepublik mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages in eine äußerst prekäre Lage. Sie mußte in den drei Monaten zwischen seinem Inkrafttreten und der staatsrechtlichen Vereinigung einen anderen Staat finanzieren, ohne daß sie die Kontrolle und Rechtsaufsicht über dessen Mittelverwendung besaß. Zwar war in Art. 27, Abs. 2 festgelegt worden, daß die Kreditaufnahme, Kreditbürgschaften und das Einräumen von Ausgleichsforderungen (im Fall abzuschreibender Kredite) „im Einvernehmen“ zwischen dem DDR-Finanzminister und dem Bundesfinanzminister zu erfolgen hatten, womit die Finanzhoheit quasi auf den Bund überging. Problematisch aber war, daß die Verantwortung für die Schließung von Finanzierungslücken ebenfalls dem Bund zufiel, was in Art. 28 des Staatsvertrags zum Ausdruck kommt. Der Bund ging dabei ein hohes Risiko ein, weil die künftigen Belastungen überhaupt nicht abzusehen waren.⁶⁸

Wie die Folgekosten der staatlichen Einheit Deutschlands zunächst bis Ende 1994 finanziert werden sollten, wurde erst kurz vor der Unterzeichnung des 1. Staatsvertrages, nämlich am 16. Mai 1990, geklärt: Die Regierungschefs der Länder einigten sich mit der Bundesregierung auf folgende Punkte: Erstens werden die neuen Bundesländer bis zum 31. Dezember 1994 nicht in das System des Länderfinanzausgleichs einbezogen. Zweitens werden die Ost-Länder an der horizontalen Verteilung der Umsatzsteuer unter den Ländern nicht voll nach der Einwohnerzahl, sondern nur

⁶⁷ Vgl. PILZ, Frank/Heike ORTWEIN (1992): Das vereinte Deutschland. Wirtschaftliche, soziale und finanzielle Folgeprobleme und die Konsequenzen für die Politik, Stuttgart/Jena, S. 12.

⁶⁸ Vgl. CZADA (1995), S. 76. Zu den Leistungen der Bundesbank in diesem Zusammenhang vgl. GADDUM, Johann Wilhelm (1991): Die Probleme der ökonomischen Vereinigung, in: Börsen-Zeitung, 29.6. 1991. Angaben über die Außenverschuldung und das zu erwartende Haushaltsdefizit konnte Walter Romberg (DDR-Finanzminister) sogar erst einen Tag vor der Vertragsunterzeichnung am 18. Mai 1990 machen. Daten nach dpa-Pressemeldung, bas 429, 17.5. 1990, zitiert nach GROS (1994), S. 156-157.

eingeschränkt beteiligt, und drittens bleibt die Umsatzsteuerverteilung im Verhältnis 65:35 (Bund/Länder) bis einschließlich 1994 erhalten.

Statt des Länderfinanzausgleichs sollte zur Finanzierung des Finanzbedarfs ein sogenannter Fonds „Deutsche Einheit“ mit einem Finanzvolumen von 115 Mrd. DM eingerichtet werden. Zu finanzieren war dieser überwiegend aus Krediten (je 50 Prozent Bund und Länder, beim Länderanteil 40 Prozent Beteiligung der Kommunen) und aus 40 Mrd. DM ersparten Teilungskosten des Bundes.⁶⁹ Dem Bund sollten 15 Prozent der Mittel des Fonds zur Erfüllung zentraler öffentlicher Aufgaben auf dem Gebiet der früheren DDR zufließen. Der gemeinsame Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern wurde Bestandteil des Gesetzes zum 1. Staatsvertrag, das am 1. Juli 1990 in Kraft trat.

3. Von der Währungsunion zur Deutschen Einheit

Nachdem die Regierung der DDR ihre währungspolitische Souveränität aufgegeben hatte, war die Auflösung des ostdeutschen Staates am 3. Oktober 1990 eigentlich nur noch eine Formsache.⁷⁰ Die Regelungen zur Finanzierung der deutschen Einheit allerdings erwiesen sich als größter Stolperstein auf dem Weg zum endgültigen Vertragsschluß. Schon zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des 1. Staatsvertrages hatte sich gezeigt, daß die dort getroffenen Regelungen nicht ausreichten und noch eine Reihe von Fragen abschließend geklärt werden mußten.

Die Verhandlungen wurden auf zwei Ebenen geführt, einerseits zwischen Bund und Ländern und andererseits zwischen diesen beiden Parteien und der DDR-Regierung. Untereinander ergaben sich zwangsweise Interessenkonflikte.⁷¹ Die DDR forderte ausreichende finanzielle Mittel zur Bewältigung künftiger staatlicher Aufgaben und ein Aufbauministerium, die alten Bundesländer wollten ihre finanzielle Situation möglichst nicht weiter verschlechtern, und die Bundesregierung mußte darauf achten, daß sie durch weitere Belastungen ihre eigene staatliche Leistungsfähigkeit nicht

⁶⁹ Diese Entscheidung war ein Kompromiß. Alles, was über die festgestellten Beträge hinausging, war vom Bund zu tragen, dazu vgl.: GESKE (1991), S. 33-36.

⁷⁰ Allerdings wurde noch Ende April 1990 im Finanzministerium der Haushalt für die DDR für das Jahr 1991 konzipiert, und zwar für eine weiterhin existente DDR, man ging also zu diesem Zeitpunkt selbst in hohen Regierungsetagen noch nicht davon aus, daß die politische Einigung Deutschlands so kurz bevorstand. Vgl. KLEMM (1994), Peter: Die Verhandlungen über die deutsch-deutsche Währungsunion, in: WAIGEL/SHELL (1994), S. 135-148 (138).

⁷¹ Vgl. hierzu insbesondere: CZADA (1995), S. 94, GROS (1994), S. 152.

einschränkte.⁷² Auch zwischen Kanzleramt und Finanzministerium herrschten oft unterschiedliche Auffassungen: Die Aufbaugruppe Ost im Bundeskanzleramt wirkte an jeder wichtigen Entscheidung der Vereinigungspolitik mit, während sich Wirtschafts- und Finanzministerium in unterschiedlichen, oft parteipolitisch begründeten Einschätzungen gelegentlich gegenseitig schwächten.⁷³

Der Einigungsvertrag, auch 2. Staatsvertrag genannt, wurde am 31. August 1990 unterzeichnet und trat am 3. Oktober 1990 in Kraft. Er konkretisierte den 1. Staatsvertrag in etlichen Punkten. Wirtschafts- und finanzpolitisch enthielt er insbesondere folgende Regelungen: Ein vom Bundesfinanzminister verwaltetes „Sondervermögen des Bundes“, der Kreditabwicklungsfond, übernahm die bis dahin aufgelaufene Gesamtverschuldung der DDR, für das der Bund haftete. Bund und Treuhandanstalt sollten bis Ende 1993 jeweils zur Hälfte für die Zinsleistungen dieses Sondervermögens aufkommen. Am 1. Januar 1994 würde das Sondervermögens aufgelöst werden, Bund, ostdeutsche Länder und Treuhandanstalt übernehmen dann die unterdessen aufgelaufene Gesamtverschuldung. Weiterhin wurde geregelt, daß die frühere DDR in die bestehende Wirtschaftsförderung des Bundes einbezogen wurde (Art. 28 EV), den neuen Bundesländern erhielten eine Förderpräferenz. Es sollten konkrete Maßnahmen zur Modernisierung der Wirtschaftsstruktur veranlaßt werden, besonders durch die Förderung des Mittelstands und verbesserte Rahmenbedingungen in den Gemeinden. Die Entschuldung von Betrieben unterlag der Einzelfallprüfung.⁷⁴ Der Einigungsvertrag bestätigt außerdem in Art. 7, was vor dem 1. Staatsvertrag finanzwirtschaftlich schon festgelegt worden war, vor allem den Ausschluß der neuen Bundesländer aus dem horizontalen und vertikalen Finanzausgleich bis zum 31.12.1994.

Ein wichtiger Teil der im festgelegten Übergangsgesetze betraf die Eigentumsfrage. Die Regierung de Maizière setzte sich für die Entschädigung von ehemaligen Eigentümern ein, um den Investitionsprozeß zu beschleunigen und die Vermögenswerte der DDR-Betriebe möglichst weitgehend zu erhalten. Entschädigung gibt es laut endgültigem Einigungsvertrag aber nur dann, wenn Grundstücke oder Gebäude für

⁷² Vgl. hierzu FIEDLER, Jürgen (1990): Die Regelungen der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen im Einigungsvertrag, in: DVB, 1.12.1990, S. 1263. Vgl. auch: SCHÄUBLE (1991), S. 21.

⁷³ Vgl. CZADA (1995), S. 76.

⁷⁴ Vgl. PILZ (1992), S. 12-13.

die Sicherung des Betriebs oder von Arbeitsplätzen dringend benötigt werden. Ansonsten gilt der Grundsatz der dinglichen Rückgabe von Vermögensobjekten.

Außerdem wurden die Regelungen für die Treuhandanstalt bekräftigt. Die „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums“ war am 1. März 1990 noch unter der Regierung Modrow ins Leben gerufen worden und hatte aus 316 Kombinate 8000 rechtlich selbständige Unternehmenseinheiten gemacht. Die Treuhand sollte damals lediglich der „Verwaltung des volkseigenen Vermögens im Interesse der Allgemeinheit“⁷⁵, nicht ihrer Privatisierung, dienen. Im Treuhandgesetz vom 17. Juni 1990, das das Gesetz vom März ersetzte, wurden der Auftrag und die Aufgaben der Treuhandgesellschaft den veränderten Zielsetzungen angepaßt. Konsequente Privatisierung stand nun im Vordergrund, außerdem die Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler Unternehmen, die Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen, die Bereitstellung von Grund und Boden für wirtschaftliche Zwecke und die Bestandsaufnahme des volkseigenen Vermögens. Was an Erlösen nach der Finanzierung der wirtschaftlichen Strukturanpassung und der Sanierung des Staatshaushaltes übrig blieb, sollte den Sparern in der DDR als Anteilsrecht am volkseigenen Vermögen eingeräumt werden.

In Artikel 25 des Einigungsvertrages wurde das Treuhandgesetz vom 17. Juni 1990 mit kleinen Änderungen übernommen. Die Treuhandanstalt wurde als eine „rechtsfähige bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts“ geführt und gehörte insofern wie andere große Bundesunternehmen nicht zum öffentlichen Gesamthaushalt. Die der Treuhandanstalt im 1. Staatsvertrag eingeräumte Kreditermächtigung wurde um 8 Mrd. DM auf 25 Mrd. DM erhöht. Die Zins- und Tilgungsleistungen von einigen Krediten wurden bis zur Feststellung der DM-Eröffnungsbilanz ausgesetzt.⁷⁶

⁷⁵ GBL DDR, Teil I, Nr. 18, 19.3.1990, S. 167.

⁷⁶ Vgl. PILZ (1992), S. 13. Vgl. ebenso: KLEMM (1994), S. 144. Doch auch das war schon damals viel zu wenig, vgl. O.V. (1990c): Die Betriebe in der DDR benötigen 50 Mrd. DM, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.5.1990.

4. Folgen der Staatsverträge für die ostdeutsche Wirtschaft⁷⁷

Für die Menschen war der Übergang zur Marktwirtschaft ein gewaltiger Umbruch. Die gewohnten Strukturen brachen zusammen: Leben, Wohnen, Arbeiten – alles veränderte sich.⁷⁸ Doch eine Marktwirtschaft entsteht nicht über Nacht: Auf die ostdeutsche Wirtschaft wirkte der Umbruch wie ein gewaltiger Schock. Dieser hat sich ökonomisch auf verschiedenen Feldern ausgewirkt: als institutioneller Schock, als Angebots- und Wettbewerbsschock und als Währungsschock.⁷⁹

Der institutionelle Schock kam durch das völlig anders geartete Zusammenspiel von Unternehmen und Staat zustande. Die ostdeutschen Unternehmen waren dabei zum größten Teil schlicht überfordert, ihnen fehlte es an nötigem Know-How und Erfahrung, beispielsweise an Marketingpraktiken oder entsprechender Infrastruktur, wie z.B. Vertriebsabteilungen. Der Angebots- und Wettbewerbsschock wurde dadurch deutlich, daß nach dem Inkrafttreten der Währungsunion augenblicklich das Leistungsgefälle zwischen beiden Wirtschaftsgebieten offenbar wurde. Dem unvermeidlichen Preis- und Qualitätswettbewerb der Anbieter aus Westdeutschland und dem westlichen Ausland waren die ostdeutschen Produzenten – bis auf wenige Ausnahmen – nicht gewachsen.

Der Währungsschock hatte die weitreichendsten Folgen für die ostdeutsche Wirtschaft. Die Währungsumstellung mit dem Kurs von 1:1 für laufende Kontrakte und Lohnzahlungen begünstigte zwar zunächst die 16 Millionen Verbraucher in Ostdeutschland, aber die Wettbewerbs- und Exportfähigkeit der ostdeutschen Industrie verschlechterte sich durch diese Entscheidung dramatisch. Sie wirkte wie eine effektive Aufwertung der DDR-Mark von rund drei- bis vierhundert Prozent⁸⁰, denn der

⁷⁷ Auf verschiedene Folgen der Staatsverträge wird weiter unten noch detailliert eingegangen, deswegen werden sie in diesem Kapitel nicht erwähnt. Dazu gehört u.a. der Ausschluß der neuen Länder aus dem Länderfinanzausgleich, das Prinzip der Rückgabe vor Entschädigung und die hohe Arbeitslosigkeit, vgl. Kapitel III.3.

⁷⁸ Vgl. SIEBERT (1992), S. 28.

⁷⁹ Vgl. FLASSBECK, Heiner/Wolfgang SCHEREMET (1991): *Economic Aspects of German Unification*, Berlin, S. 4-18; GÖTZ-COENENBERG, Roland (1990): *Währungsintegration in Deutschland: Alternativen und Konsequenzen*, Köln, S. 26-67.

⁸⁰ Nimmt man das oben beschriebene Prinzip der Devisenertragskennziffer als Maßstab, dann betrug die Aufwertung ca. 400 Prozent. Das tatsächliche Ausmaß des Aufwertungseffekts ist in der Literatur umstritten. Aus einer Studie von Wissenschaftlern der University of California, Berkeley, stammt die Zahl 84 Prozent, vgl. AKERLOF, George A./Andrew K. ROSE u.a. (1991): *East Germany in from the Cold - The Economic Aftermath of Currency Union*, Washington D.C., S. 1-87, Tabellen 6-8. Dabei handelt es sich um eine gewichtete Kalkulation, die

DDR war es nicht mehr möglich, einen drastischen Wettbewerbsdruck durch eine starke Abwertung mit der Folge verbilligter Exporte und verteuert Importe auszugleichen. Das mußte zu einem großen Produktionseinbruch führen.⁸¹

Und so kam es auch: Von Anfang 1990 bis Anfang 1991 nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion um rund 37 Prozent ab. Dem verarbeitenden Gewerbe blieben nur 40 Prozent des Produktionsniveaus von 1989. In Verbindung damit hat sich die Gesamtzahl der 9,8 Millionen Erwerbstätigen von 1989 bis Ende 1991 um fast drei Millionen auf 6,8 Millionen, d.h. um fast ein Drittel verringert. Das lag auch daran, daß sich die Löhne mit der Aufwertung ebenfalls enorm erhöht hatten, ohne daß die Produktivität im gleichen Ausmaß gestiegen wäre. Die Lohnstückkosten waren in der ostdeutschen Industrie 1990 doppelt so hoch wie in Westdeutschland.⁸²

Der Einbruch in der Produktion ist untrennbar mit dem Kollaps der Exporte verbunden, die von 1990-1991 ebenfalls auf ein Drittel ihres Niveaus zurückgingen.⁸³ Bis Ende 1990 konnte die Exporte in die RGW-Länder, in die 70 Prozent des gesamten Exportvolumens flossen, noch ungefähr auf dem ursprünglichen Niveau gehalten werden. Der Export dorthin wurde, aufgrund von Vertrauensschutzregelungen im Einigungsvertrag, für einige Zeit nach dem Umtauschverhältnis von 1 Transferrubel zu 2,34 DM abgerechnet, zum Teil subventioniert (es wurden zusätzlich 3 Mrd. DM Haushaltsmittel bereitgestellt) und mit staatlichen sogenannten Hermes-Bürg-

bereits die beträchtliche Verringerung der Steuerlast und die Senkung der Importpreise berücksichtigt. Der ehemalige Wirtschaftsminister Karl Schiller hält diesen Aufwertungssatz für realistisch, vgl. SCHILLER (1994), S. 57-59.

⁸¹ Vgl. u.a. SIEBERT (1992), S. 19, 27; PILZ (1992), S. 21; WEGNER (1995), S. 93; MARSH (1992), S. 261. Jürgen Möllemann, Wirtschaftsminister im Kabinett Kohl von 1991, erklärte im Juni 1991 vor einem amerikanischen Publikum: „Wenn der Dollar um 300 bis 400 Prozent aufgewertet worden wäre, hätte auch eine ausgesprochen konkurrenzfähige Wirtschaft beträchtliche Rückschläge erlitten“, Rede in Washington, 7. Mai 1991, zitiert in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln 40/1991, S. 1-3. Auch der damalige Bundesbankpräsident Pöhl gab der überhasteten Einführung der D-Mark die Schuld an der Zerstörung der Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft, vgl. seine Aussage vor dem Treuhand-Untersuchungsausschuß, in: DEUTSCHER BUNDESTAG, REFERAT ÖFFENTLICHKEITSARBEIT (1994), S. 797, 802.

⁸² Vgl. WEGNER (1995), S. 94-95; SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (1991): Marktwirtschaftlichen Kurs halten. Zur Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer, Sondergutachten vom 13. April 1991, S. 1-4, S. 32-35; DIW/IFW (1991b): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland, Zweiter Bericht, in: DIW-Wochenbericht 24/1991, S. 323-346.

⁸³ Vgl. O.V. (1991c): Wiedervereinigung führt zur Wende im Außenhandel, in: Süddeutsche Zeitung, 15.2. 1991.

schaften abgesichert.⁸⁴ Doch das reichte nicht aus. Die Exportmärkte brachen durch die fundamentalen politischen Umbrüche in den Ostblockländern ab 1991 fast völlig zusammen. Außerdem führte die Währungsumstellung dazu, daß die ostdeutschen Exporte in den RGW-Raum von den osteuropäischen Handelspartnern plötzlich mit harter D-Mark bezahlt werden mußten, auch wenn der Kurs verhältnismäßig günstig war. Dem Exportausfall allein kann man insgesamt den Verlust von etwa einer Million Beschäftigten zuschreiben.⁸⁵ Der Einbruch der Produktion führte zu einem bedenklich hohen Außenbeitrag. Privater Verbrauch, Staatsverbrauch und Bruttoinvestitionen lagen 1990 in Ostdeutschland um 54 Mrd. DM höher als das selbstgeschaffene Bruttoinlandsprodukt. Bis 1994 wuchs dieser Außenbeitrag auf 210 Milliarden DM an.⁸⁶ Um dieses Defizit zu finanzieren, waren hohe öffentliche Transferzahlungen Westdeutschlands unvermeidlich.

Gewinner der Währungsunion gab es auch. Rund zwei Drittel der Ersparnisse der Bevölkerung fielen unter die Eins-zu-eins-Umtauschregelung, weshalb die Sparer bei der Umstellung relativ gut wegkamen. Auch die Senioren profitierten von der neuen Berechnung der Renten. Das war politisch so beabsichtigt gewesen, „*damit sie sich nicht um alles geprellt fühlen mußten, für was sie viele Jahre gearbeitet haben*“⁸⁷. Ein anderer Vorteil für die ehemalige DDR war – im Gegensatz zu anderen Reformländern –, daß sie mit der Währungsunion schlagartig und fast mühelos die Glaubwürdigkeit einer funktionierenden Währungsordnung erwarb: die Rahmenbedingungen waren klar und sicher, und durch die Solidargemeinschaft mit der Bundesrepublik bestand eine annähernd unbegrenzte Zuschußpflicht.⁸⁸

Die Währungsunion war eine politische Entscheidung und hatte vornehmlich politische Ziele. Sie sollte unumkehrbare Fakten schaffen. Die deutsche Vereinigung sollte nun unausweichlich werden, und den Ostdeutschen wollte man so signalisieren,

⁸⁴ Vgl. SINN/SINN (1993), S. 48; PILZ (1992), S. 32; HALLER, Gert (1994): Das Wort „Anschluß“ war tabu. Einige persönliche Erinnerungen, in: WAIGEL/SHELL (1994), S. 149-159 (156).

⁸⁵ Vgl. SIEBERT (1992), S. 33-34; INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE (1992): Frühjahrsgutachten 1992, Halle, S. 83-84; NEUBAUER, Ralf (1992): Russisches Roulett. Die Ost-Ausfuhren brechen dramatischer ein als bisher befürchtet. In den neuen Bundesländern droht ein zusätzliches Arbeitslosenheer, in: Die Zeit, 4.9.1992.

⁸⁶ Daten nach NOÉ, Claus (1995): Mark, Markt und Macht, in: Zeit-Punkte 5/1995, S. 70.

⁸⁷ SHELL, Manfred (1994): Zusammenbruch mit Perspektive, in: WAIGEL/SHELL (1994), S. 24.

⁸⁸ Vgl. WEGNER (1995), S. 61-66, 70.

daß sich eine Umsiedlung nach Westen aus ökonomischen Gründen nicht mehr lohnte.⁸⁹ Den Ökonomen hingegen erschien es so, als sei das normale Vorgehen in Transformationsprozessen aus politischen Gründen „auf den Kopf gestellt“⁹⁰ worden. Sie rieten von Beginn an von einer Währungsunion ab, weil damit die bisherigen Wettbewerbsvorteile der ostdeutschen Unternehmen mit einem Schlage beseitigt würden und eine kostendeckende Produktion nicht mehr möglich wäre. Sie wiesen ebenfalls darauf hin, daß dieses Vorgehen mit langfristigen, extrem hohen und anhaltenden Kosten für das Gemeinwesen und die Menschen verbunden sein würde. Ihre Warnungen trafen allerdings auf taube Ohren. Im Nachhinein ist sogar vermutet worden, die Regierung hätte bei ihrer Entscheidung „soweit es bekannt ist, [...] überhaupt keinen Rat von außenstehenden Fachleuten eingeholt. Es sieht so aus, als habe sie nicht einmal ihre eigenen Fachleute gehört“⁹¹. Ein Kritiker kommentierte es so, daß die Regierung Kohl sich gezwungen sah „zuerst zu handeln und dann zu denken“⁹².

So war es wohl auch: Die Ereignisse überschlugen sich, und ganz offensichtlich hat die Bundesregierung die Konsequenzen der Entscheidung zugunsten der Währungsunion für die öffentlichen Finanzen anfänglich enorm unterschätzt. Viele Ökonomen bewerteten dies nachträglich als „politisch grob fahrlässig“, „Schönfärberei“, „Wahltaktik“, „Nichtwissenwollen“ oder sogar „bewußte Irreführung“.⁹³ Auch nach Meinung des Bundesfinanzministers hat die Währungsunion „sicherlich in einer Größenordnung von 20 bis 80 Milliarden Mark mehr gekostet, als nach rein ökonomischen

⁸⁹ Vgl. SINN/SINN (1993), S. 63.

⁹⁰ SIEBERT (1992), S. 19. Vgl. auch: TIETMEYER, Hans (1994): Erinnerungen an die Vertragsverhandlungen, in: WAIGEL/SHELL (1994), S. 57-117 (73).

⁹¹ ENGELS, Wolfram (1991): Rat-Schläger, in: Wirtschaftswoche 23 (1991), 31.5.1991, S. 162. In der gleichen Zeitschrift hatte Bundesbankpräsident Pöhl die Währungsunion am 16.2.1990 als eine „sehr phantastische Idee“ bezeichnet. Offiziell paßte er sich dem Regierungskurs an, distanzierte sich aber von der Verantwortung für die Folgen: „Es ist selbstverständlich, daß die Bundesbank und ich selbst als Bundesbankpräsident, aber auch als Staatsbürger, uns verpflichtet fühlen, eine so wichtige Entscheidung der Bundesregierung loyal zu unterstützen. Die Bundesbank ist dazu schon gesetzlich verpflichtet... Die Entscheidung selbst ist eine politische Entscheidung der Bundesregierung, die auch von der Bundesregierung zu verantworten ist. Dies ist nicht etwa eine Entscheidung, die die Bundesbank zu treffen hätte.“ Pöhl, zitiert nach HOFFMANN (1993), S. 11-12. Später sprach Pöhl von der Währungsunion in einem englischen Vortrag als einem „disaster“. Auf Deutsch, so wird vermutet, hätte er sich wohl des Wortes „Katastrophe“ nicht bedient.

⁹² MARSH (1992), S. 261.

⁹³ Alle Zitate nach JOCHIMSEN, Reimut (1997): Die Rolle der Geldpolitik im Entwicklungsprozeß der Bundesrepublik Deutschland – Lehren aus der Wiedervereinigung, in: Deutsche Bundesbank. Auszüge aus Presseartikeln 38/1997, S. 20.

*mischen Verhältnissen vertretbar gewesen wäre.*⁹⁴ Doch er weist erneut darauf hin, daß es für ihn ein Abwägen zwischen sozialen und ökonomischen Kosten gewesen sei, wobei die sozialen schlicht schwerer gewogen hätten.

Die Bundesregierung kam nach der Entscheidung zugunsten der Währungsunion zunehmend unter Handlungsdruck. Das einzige, was der Bund noch beeinflussen konnte, war die Geschwindigkeit, mit der die Transferzahlungen in eine bestimmte Richtung gelenkt wurden, und die Art ihrer Finanzierung. Aber selbst dieser Entscheidungsspielraum wurde durch den Gang der Ereignisse mehr und mehr eingengt.⁹⁵ Sprichwörtlich sagt man: „*Economics takes revenge*“, die Ökonomie rächt sich immer an falscher Politik.

III. Kosten der Einheit

1. Schleier der Unwissenheit / Statistische Probleme

Zum Zeitpunkt der Wende hatte niemand – weder Experten noch Politiker, auch nicht die westlichen Geheimdienste – eine Vorstellung vom dem tatsächlichen Ausmaß der wirtschaftlichen Misere in der DDR. Das galt auch für die westdeutschen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, obwohl dort ganze Abteilungen damit beschäftigt waren, ein Bild der wirtschaftlichen Lage der DDR zu zeichnen. Sie stützten sich zu großen Teilen auf die Statistiken der DDR, aber auch auf eigene Schätzungen.⁹⁶ Die veröffentlichten Daten waren auch nicht direkt falsch. Das Problem bestand jedoch darin, daß sie nicht alle Wirtschaftsbereiche der DDR umfaßten, sondern den offiziellen DDR-Statistiken folgten und deshalb selektiv nur auf diejenigen Daten eingingen, die ein verhältnismäßig positives Bild der DDR-Wirtschaft vermittelten.⁹⁷ Daß die veröffentlichten Zahlen der DDR-Statistik nicht die ökonomische Realität der DDR wiedergaben, bestätigte auch der Vorsitzende der Staatli-

⁹⁴ Zitiert nach SCHELL (1994), S. 24.

⁹⁵ Vgl. HOFFMANN (1993), S. 110.

⁹⁶ Autoritative Daten wurden zum letzten Mal 1987 vorgelegt in: DEUTSCHER BUNDESTAG (1987): Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, Drucksache 11/11, Bonn. Die Studie war in Verantwortung des DIW Berlin und der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin, entstanden. Hierin wurden Daten der amtlichen Statistik der DDR mit Berechnungen der Institute ergänzt und verglichen.

⁹⁷ Nach den Daten erschien die DDR dem Betrachter tatsächlich als ein führendes Industrieland. Ihre Bevölkerungszahl entsprach etwa der Nordrhein-Westfalens und die Wirtschaftskraft dem

chen Plankommission: „Nur der positive Teil der Entwicklungen wurde festgehalten, Negatives, wie z.B. die hohe Verschuldung der DDR, dagegen als geheim behandelt, so daß man kein exaktes Bild der ökonomischen Lage hatte“⁹⁸.

Erschwerend kam hinzu, daß die Daten aufgrund der unterschiedlichen Systeme der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auch kaum vergleichbar waren, und es einen realistischen Umtauschkurs für die Valuta-Mark oder den Transfer-Rubel nicht gab. Finanzminister Waigel äußerte sich später zum damaligen Kenntnisstand: „Wir hatten fast nichts in der Hand, was die ökonomische Lage der DDR betraf. Es gab alte Haushaltspläne. Wir waren darauf angewiesen, was das Finanzministerium der DDR sagte. Vieles war gefälscht, vieles war geschönt.“⁹⁹

Doch selbst die Mitglieder der ostdeutschen Führungsriege schienen sich nach dem Fall der Mauer – trotz des Schürer-Papiers – über das tatsächliche Ausmaß der ökonomischen Katastrophe nicht im klaren zu sein. Im Unterschied zu DDR-Ministerpräsident de Maizière und seinem Delegationschef Krause, so stellte der damalige Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen Klemm fest, konnten die eingeweihten Kader, mit denen sie sprachen, die wirkliche Lage besser einschätzen.¹⁰⁰ Doch die wurden nicht gefragt.

Als Grundlage für die Verhandlungen der beiden Staatsverträge wurden schließlich vorwiegend die „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“ von 1987 benutzt.¹⁰¹ Außerdem stellte das Finanzministerium anhand der Einwohnerzahlen und der Höhe des gegriffenen Bruttosozialproduktes Modellrechnungen an und versuchte, den Finanzbedarf hochzurechnen. Die ersten verlässlichen ökonomischen Daten, die das Ausmaß der ostdeutschen Wirtschaftskatastrophe be-

Bruttoinlandsprodukt Hessens oder Portugals. Hätte dies zugetroffen, wäre eine Integration der DDR-Wirtschaft in die der Bundesrepublik sehr viel problemloser zu bewältigen gewesen.

⁹⁸ Zitiert nach HERTLE, Hans-Hermann (1992b): „Das reale Bild war eben katastrophal.“ Gespräch mit Gerhard Schürer, in: Deutschland Archiv 10/1992, S. 1031-1038.

⁹⁹ Zitiert nach SCHELL (1994), S. 15. Daß die Daten tatsächlich gefälscht waren und daß die DDR sogar ihre Partner im RGW mit falschen Informationen versorgt hat, stellte sich in der Kommission zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ heraus, vgl. O.V. (1994b): Lug und Trug im Comecon. DDR fälschte Wirtschaftsdaten, in: Der Tagesspiegel, 27.1.1994.

¹⁰⁰ Vgl. KLEMM (1994), S. 139.

¹⁰¹ Vgl. VON DER LIPPE, Peter (1994): Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987 als statistische Grundlage für die Staatsverträge mit der ehemaligen DDR, in: GUTMANN/WAGNER (1994), S. 3-35.

schrieben und damit als Basis für eine genauere Berechnung der „Kosten der Einheit“ dienen konnten, lagen erst Mitte/Ende 1990 vor.¹⁰²

2. Direkte Kosten und Einsparungen

Schon 1990 wurde vom Internationalen Währungsfonds (IWF) der gesamte Investitionsbedarfs in Ostdeutschland auf ca. 1500-2000 Mrd. DM (in konstanten Preisen) geschätzt, um die ostdeutsche Wirtschaft in 10-15 Jahren dem Produktivitätsniveau der westdeutschen Wirtschaft etwa anzunähern.¹⁰³ Von einer Untergrenze des Investitionsbedarfs von 1300 Mrd. DM für den Zeitraum von 1992 bis 2000 (in Preisen von 1990) ging auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung aus.¹⁰⁴

Die Daten mußten nach kurzer Zeit jedoch nach oben korrigiert werden. Die Aufwendungen insbesondere für die Strukturerneuerung und Sanierung waren erheblich unterschätzt worden. Das Ifo-Institut ging von 1991 bis zum Jahre 2005 nur für den Baubereich von einem Finanzierungsbedarf von rund 2 400 Mrd. DM aus.¹⁰⁵ Der Wohnungsbau würde hierbei die Hauptrolle spielen. Zwar war quantitativ die Wohnungsversorgung in der DDR höher als in der Bundesrepublik, aber ihre Qualität ließ zu wünschen übrig. Rund 20 Prozent des Wohnungsbestands war überhaupt nicht mehr bewohnbar, und besonders die Neubauten boten nur geringen Wohnkomfort und waren sehr reparaturanfällig. Allein 1000 Mrd. DM würden nach Ifo-Berechnungen auf den Wohnungsbau entfallen, für die Verbesserung und Erweiterung der Wohnungs-Infrastruktur veranschlagt das IW Köln ca. 235 Mrd. DM.¹⁰⁶

Für Infrastrukturinvestitionen in den neuen Bundesländern wurde für den gleichen Zeitraum eine Gesamtsumme von fast 860 Mrd. DM erwartet, also etwa 60 Mrd. DM jährlich.¹⁰⁷ (Vgl. Tabelle 1.) In diesem Bereich bedurfte besonders das Energieversorgungssystem dringender Modernisierung. Es war technisch veraltet,

¹⁰² Vgl. GROS (1994), S. 27.

¹⁰³ Vgl. MCDONALD, Donogh/Günther THUMANN (1990): Investment Needs in East Germany, in: LIPSCHITZ/MCDONALD (1990), S. 71-77 (77).

¹⁰⁴ Vgl. BARTH, Alfons (1992): Investitionsbedarf bis zum Jahr 2000, in: IAB Werkstattbericht Nr. 12, Nürnberg.

¹⁰⁵ Zitiert nach WEGNER (1995), S. 80.

¹⁰⁶ Vgl. KLÖS, Hans-Peter (1990): Wohnungs- und Städtebau, in: IW-Trends 2/1990 (Schwerpunkt: Bestandsaufnahme DDR), S. V-1 - V-8 (V-7).

¹⁰⁷ Vgl. dazu: BACH, Stefan (1994): Private Bereitstellung von Infrastruktur unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in den neuen Bundesländern, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 3/1994, S. 208-243 (211); HEDTKAMP, Günther (1995): Die Bedeutung der Infrastruktur aus makroökonomischer Sicht, in: OBERHAUSER (1995), S. 9-69; PFÄHLER,

versorgungssystem dringender Modernisierung. Es war technisch veraltet, einseitig auf Braunkohle ausgerichtet und neigte aufgrund der hohen Subventionierung zu Energieverschwendung. Auch die Wasserversorgung war mangelhaft: die Hälfte der Gewässer war stark belastet, und nur noch 2,4 Prozent konnten für die Trinkwasserversorgung genutzt werden. Das lag daran, daß die Kläranlagen technisch veraltet und nicht alle Haushalte ausreichend an die Kanalisation angeschlossen waren. Außerdem haben riesige Mülldeponien das Grundwasser stark verschmutzt. Auch die Luft war belastet, besonders durch Schwefeldioxyd und Stickoxyd, die durch die Verarbeitung der Braunkohle und die Herstellung von Grundstoffchemie entstanden. Der Investitionsbedarf für diese Bereiche wurde für die 90er Jahre insgesamt auf 130-220 Mrd. DM veranschlagt.¹⁰⁸

Die Verkehrsinfrastruktur war ebenfalls in einem miserablen Zustand. Wenige Zugstrecken waren mehrgleisig, noch weniger elektrifiziert und ein Drittel der Eisenbahnbrücken nur noch beschränkt befahrbar. Auch das Straßennetz wies große Defizite auf. Es wurden kaum neue Strecken gebaut; der Reparaturaufwand überstieg bei weitem den für Investitionen. Hier berechnete man einen Investitionsbedarf von ca. 230-450 Mrd. DM.¹⁰⁹ Die Telekommunikation war ein weiteres Sorgenkind. Hier gab es großen Nachholbedarf: noch 1988 kamen nur 106 Hauptanschlüsse auf 1000 Einwohner. Das Netz war überdies sehr veraltet, es stammte z.T. noch aus den 30er Jahren. Außerdem gab es sehr lange Wartezeiten für neue Anschlüsse, und es fehlten moderne Kommunikationsmittel wie Telefax, Telex oder BTX. Hier wurde mit einem Kapitalbedarf von zwischen 30 bis 90 Mrd. DM gerechnet.¹¹⁰

Die Berechnungen für Abwasser- und Abfallbeseitigung betragen insgesamt ca. 130 Mrd. DM, für die Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur ca. 170 Mrd. DM.¹¹¹ Noch nicht eingerechnet sind hierbei Investitionen für Aus- und Wei-

Wilhelm u.a. (1995): Infrastruktur und Wirtschaftsentwicklung. Kritische Bestandsaufnahme, Erweiterungen und Fallstudien, in: EBENDA, S. 71-187.

¹⁰⁸ Vgl. KLÖS (1990), S. 15-17, BACH (1994), S. 212, WEGNER (1995), S. 80.

¹⁰⁹ Vgl. BACH (1994), S. 211; O.V. (1990b): DDR Verkehr. Instandsetzung kostet 300 Mrd. DM, in: Handelsblatt 13./14.7.1990; WEGNER (1995), S. 80.

¹¹⁰ Vgl. BACH (1994), S. 211; BUSCH, Berthold (1990): Verkehrs- und Telekommunikationsstruktur, in: IW Trends, 2/1990, S. III-1 - III-13 (III-12).

¹¹¹ Vgl. BACH (1994), S. 211.

terbildung, für Forschung und Entwicklung und für den Aufbau der administrativen Infrastruktur.¹¹² Mittel für diese Zwecke kämen also noch hinzu.

Bei all diesen Berechnungen wurden relativ hohe Wachstumsraten für die ostdeutsche Wirtschaft unterstellt. Diese mußten mindestens erreicht werden, damit die Schätzungen nicht Makulatur wurden. Doch wie hoch dieses Wachstum tatsächlich sein würde, hing auch davon ab, auf welche Weise die Transferzahlungen in Westdeutschland finanziert und ob sie für investive oder für konsumtive Zwecke verwendet werden sollten.¹¹³ Der Investitionsbedarf für die Erneuerung und Modernisierung des privaten Kapitalstocks würde jedoch höchstwahrscheinlich etwas geringer als zunächst geschätzt ausfallen, weil der Kapitalbedarf für moderne Industriezweige und den immer wichtiger werdenden Dienstleistungsbereich niedriger lag und die kapitalintensive Schwerindustrie zunehmend wegfallen würde. Dieser Einwand galt allerdings nicht für die eben erwähnten Infrastruktur- und Sanierungsaufgaben, die in voller Höhe zu Buche schlugen.

Weitere Kosten entstanden durch die übernommenen Verbindlichkeiten, z.B. die Altschulden der Unternehmen, die ca. 116 Mrd. DM betrugten oder die des kommunalen Wohnungsbaus mit ca. 29 Mrd. DM.¹¹⁴ Sie führten dazu, daß viele Unternehmen weniger wettbewerbsfähig waren. Die Treuhandanstalt mußte mehr zuschießen, und damit erhöhte sich ihre Schuldenlast, die letztlich vom Staat übernommen wurde.¹¹⁵

Der Staat selbst trat in alle Verbindlichkeiten der DDR-Regierung ein. Er mußte beispielsweise seine Verpflichtungen aus den noch zu DDR-Zeiten abgeschlossenen Regierungsabkommen, besonders mit der UdSSR, erfüllen. Außerdem mußte der Staat die Transformationskrise für die Bürger mildern. Dazu gehörten z.B. soziale Abfederungsmechanismen wie Umschulungen der Arbeitskräfte oder Zahlung von Vorruhestandsgeldern. Neben den Infrastrukturinvestitionen bestanden die staatliche Aufgaben z.B. in Zuschüssen an die ostdeutschen Rentenversicherungsträger und an die Bundesanstalt für Arbeit, die Zahlung von Kindergeld, Förderung von Kinder-

¹¹² Vgl. EBENDA; WEGNER (1995), S. 79-80.

¹¹³ Vgl. FUEST, Winfried/Rolf KROKER (1993): Die Finanzpolitik nach der Wiedervereinigung, Köln, S. 21.

¹¹⁴ Daten nach GROS (1994), S. 28 und DEUTSCHE BUNDESBANK (7/1990): Die Währungsunion mit der Deutschen Demokratischen Republik, in: Monatsbericht Juli 1990, S. 14-29 (26).

tagesstätten, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, die Zahlung von Zinsen für die zusätzlichen Kredite und vielem mehr.

Aber es gab auch einigungsbedingte Ersparnisse, die den Netto-Transfers gegengerechnet werden müssen, um zu einem realistischen Bild zu kommen, etwa daß die Zonenrand-Strukturförderung und die Berlinzulage wegfielen. Während 1990 die Berlin-Förderung zusammen mit dem Zuschuß zum Berliner Haushalt insgesamt ca. 23 Mrd. DM betrug, kostete die gesamte Zonenrandförderung deutlich weniger, nur etwa 2,6 Mrd. DM. Andere teilungsbedingte Ausgaben, die wegfallen würden, waren der Reisedevisenfonds (2,2 Mrd. DM), die Leistungen an Übersiedler (3,3 Mrd. DM) und ähnliche Ausgaben der Länder und der Sozialversicherungen (7,5 Mrd. DM). Insgesamt ging das BMF 1990 von ca. 40 Mrd. DM aus, die aufgrund der Vereinigung eingespart werden könnten.¹¹⁶

Die aufgeführten Kosten und Einsparungen sollen hier nicht summiert werden. Sie dienen lediglich als Überblick über den immensen Finanzierungsbedarf. Staat und die private Wirtschaft haben sich an der Finanzierung der Kosten beteiligt. Der genaue Anteil eines jeden ist allerdings schwer zu berechnen, da durch verschiedene Fördermaßnahmen der Staat die privaten Investitionen bezuschußte (s. Kapitel V.9.).

3. Indirekte Kosten und Einsparungen

Neben den direkten Kosten entstanden auch indirekte Kosten, die nicht sofort ins Auge fielen. Dazu gehören zum Beispiel die Leistungen, die in Folge der Einigung an die Sowjetunion gezahlt wurden. In einem Überleitungsvertrag wurden für den gesamten Rückzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland 12 Mrd. DM für Wohnungsbauprogramme und Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen und ein zusätzlicher Kredit über 3 Mrd. DM bereitgestellt. Ein 5-Mrd. DM-Kredit war den Einigungsverhandlungen bereits im Mai 1990 vorausgegangen.¹¹⁷ Diese Summe überstieg bei weitem den Betrag, mit dem Waigel und Kohl gerechnet hatten, aber

¹¹⁵ Vgl. HOFFMANN (1993), S. 19.

¹¹⁶ Vgl. PILZ/ORTWEIN (1992), S. 107; SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (1990b), S. 137.

¹¹⁷ Vgl. WAIGEL, Theo (1994): Tage, die die Welt veränderten, in: WAIGEL/SHELL (1994), S. 26-56 (52-56); SHELL (1994), S. 16. Mit diesen 15 Mrd. DM sollten auch die wirtschaftlichen Reformmaßnahmen in der Sowjetunion unterstützt werden.

„*finally, Moscow named the price*“¹¹⁸: insgesamt rund 40 Mrd. DM. Waigel hatte bei den Einigungsverhandlungen gegenüber dem sowjetischen Finanzminister erklärt, daß weitere Leistungen nur auf internationaler Ebene in Zusammenarbeit mit IWF und G7 bewilligt werden könnten. Nichtsdestotrotz wird es auf sowjetischer Seite die implizite Erwartung gegenüber den Deutschen gegeben haben, daß sich ein vereinigtes Deutschland in finanziellen Belangen auf internationaler Ebene für die Sowjetunion einsetzen würde.¹¹⁹ Das hat es auch getan. Die Bundesrepublik selbst unterstützte den Reformprozeß in der GUS zwischen 1990 und 1995 mit weiteren knapp 40 Mrd. DM.¹²⁰

Ein weiterer Bestandteil der indirekten Kosten war die Geldpolitik der Bundesbank. Sie hatte auf den Kosten- und Preisaufrieb und die Defizitfinanzierung der Einheitskosten mit Zinserhöhungen reagiert. Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank legte im Juli 1992 den Leitzins auf die historische Höchstmarke von $8 \frac{3}{4}$ Prozent für den Diskontsatz und $9 \frac{3}{4}$ Prozent für den Lombardsatz fest. Die damit einhergehende hohe Bewertung der D-Mark auf den internationalen Finanzmärkten verschärfte für die deutsche Industrie den Preiswettbewerb auf dem Weltmarkt zusätzlich.¹²¹ Die Hochzinspolitik der Bundesbank führte 1992 sogar das EWS fast in den Ruin, weil so die Schwäche der italienischen Volkswirtschaft und die Überbewertung des britischen Pfundes im EWS offengelegt wurden. Der Zinserhöhung der Leitwährung im europäischen Währungssystem zu folgen, bedeutete für Italien und Großbritannien eine Verlängerung der Wirtschaftskrise und Abwertungstendenzen ihrer Währung. Die anderen Länder im EWS waren gezwungen, diese Währungen zu stützen. Weil Devisenhändler in Kenntnis dieser Zusammenhänge die Flucht aus Lira und Pfund antraten, schieden Italien und Großbritannien nach mehreren Spekulationswellen am

¹¹⁸ ZELIKOW/RICE (1995), S. 352.

¹¹⁹ Vgl. EBENDA, S. 338; KAISER, Karl (1991): Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte, Bergisch-Gladbach, S. 48, 61.

¹²⁰ Vgl. O.V. (1998f): Helmut im Glück, in: Der Spiegel 24/1998, S. 61.

¹²¹ Vgl. GROS, Jürgen (1996): Wirtschaft, in: WEIDENFELD/KORTE (1996), S. 740-755 (744). Trotz der restriktiven Geldpolitik war der reale Außenwert der D-Mark bis Mitte 1992 nur wenig höher als das Durchschnittsniveau der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Erst später hat die D-Mark wegen des aufgestauten Anpassungsdrucks kräftig an Wert gewonnen. Ihr realer Außenwert (im gewogenen Durchschnitt gegenüber den Währungen der 18 wichtigsten Industrieländer) stieg während der EWS-Krise in den Jahren 1992 und 1993 um 5,5 Prozent. Ein erneuter Schub war Anfang 1995 zu verzeichnen. Inzwischen hat sich die starke Höherbewertung der D-Mark aus dem letzten Jahr aber weitgehend wieder korrigiert, vgl. DEUTSCHE

17. September 1992 aus dem EWS aus. In diesem Zusammenhang beschwerte sich nicht nur der damalige französische Premierminister Bérégovoy, daß ganz Europa die deutsche Einheit mit Arbeitslosigkeit bezahlen müßte.¹²²

Die hohe Bewertung der D-Mark hatte allerdings auch positive Einkommensgewinne aus der relativen Verbilligung der deutschen Importe zur Folge: Die kumulierten Terms of Trade-Gewinne betragen nach Angaben der Bundesbank seit der Vereinigung etwa 1,5 bis 2 Prozent des gesamtdeutschen BIPs und generierten somit einen Einkommenszuwachs. Dieser ging nach Angaben der Bundesbank sogar über den Zuwachs der inländischen Produktion hinaus.¹²³

Die Veränderung der außenwirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik ist eine weitere Folge der deutschen Vereinigung. 1989 hatte der deutsche Leistungsbilanzüberschuß mit rund 108 Mrd. DM 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht: den höchsten Überschuß in der deutschen Nachkriegsgeschichte und auch den höchsten unter allen Industrieländern. Im Zuge der Vereinigung verschlechterte sich die deutsche Leistungsbilanz in nur zwei Jahren um fast 140 Mrd. DM (6 Prozent des BIP). 1991 schloß sie mit einem Defizit von über 30 Mrd. DM (oder 1 Prozent des BIP) ab.¹²⁴ Diese Entwicklung hatte verschiedene Ursachen. Zum einen waren die Importe nach der Vereinigung sprunghaft gestiegen, vereinigungsbedingt um monatlich durchschnittlich ca. 10 Milliarden DM.¹²⁵ Dieser Anstieg lag darin begründet, daß die hohe Nachfrage aus Ostdeutschland befriedigt werden mußte, denn die Produktionskapazitäten in Westdeutschland waren durch den sogenannten „Vereinigungsboom“ ausgelastet, und die zusätzliche Nachfrage konnte nur durch zusätzliche Einfuhren befriedigt werden. Während die Importe stiegen, nahmen umgekehrt die deutschen Exporte ab, weil erstens die Konjunktur in vielen westlichen Industrieländern und damit deren Nachfrage zurückging, zweitens die westdeutschen Firmen ihr Warenangebot verstärkt auf die drängende Nachfrage aus Ostdeutschland ausrichteten

BUNDESBANK (5/1996): Zum Stand der außenwirtschaftlichen Anpassung nach der deutschen Vereinigung, in: Monatsbericht Mai 1996, S. 49-61 (55-57).

¹²² Vgl. CZADA (1995), S. 83. Vgl. dazu auch: IPSEN, Erik (1992): A Debate on the Cost of United Germany. Expense of Reunification Spills into Rest of Europe, in: International Herald Tribune, 4.3.1992.

¹²³ Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (5/1996), S. 55-57.

¹²⁴ Vgl. EBENDA, S. 50-52.

und drittens die angestammten Außenhandelsbeziehungen der ehemaligen DDR-Wirtschaft mit den früheren RGW-Ländern nach 1991 fast vollständig zusammenbrachen.¹²⁶

Zum hohen Leistungsbilanzdefizit hat auch beigetragen, daß Dienstleistungen aus dem Ausland vermehrt in Anspruch genommen wurden, von 1989 bis 1991 stieg das deutsche Defizit in der Dienstleistungsbilanz um über 9 Mrd. DM auf ca. 16 Mrd. DM. U.a. waren die vielen Auslandsreisen der ostdeutschen Bevölkerung dafür verantwortlich. Verstärkt wurden die Belastungen der deutschen Leistungsbilanz zusätzlich durch die hohen Transfers. Die Nettozahlungen an die EU stiegen, obwohl das Pro-Kopf-Einkommen des vereinigten Deutschlands niedriger geworden war; es existierten weiterhin hohe Zahlungsverpflichtungen durch den Überleitungsvertrag, den die Bundesrepublik mit der Sowjetunion abgeschlossen hatte, und schließlich entstanden Belastungen durch den Golfkrieg (einmalige Zahlung von 12 Mrd. DM).¹²⁷

Nicht nur Waren und Dienstleistungen, sondern auch ausländisches Kapital wurde nach der Vereinigung in großen Mengen eingeführt. Hatte die Bundesrepublik 1989 noch die höchsten Kapitalexporte ihrer Geschichte in Höhe von knapp 135 Mrd. DM verzeichnet, importierte sie 1991 bereits etwa 21 Mrd. DM aus dem Ausland, um den Aufbau Ostdeutschlands nach der Vereinigung mitzufinanzieren.¹²⁸ Denn wie sich herausstellte, reichte die gesamtwirtschaftliche Ersparnis der deutschen Volkswirtschaft nicht aus, um die immensen Kosten für staatliche Unterstützungsleistungen zum Aufbau einer effizienten Infrastruktur in Ostdeutschland und zur Abfederung der sozialen Anpassung zu tragen und die Kapitalnachfrage der Wirtschaft zu decken, denn die Bevölkerung war zu einem Konsumverzicht nicht bereit.

Die deutsche Fiskalpolitik griff zum Großteil auf ausländische Kredite zurück, weil sich diese inländische „Ersparnislücke“ ergeben hatte. Das Szenario der außenwirtschaftlichen Entwicklung des vereinten Deutschlands ist schon früh, 1990, erkannt

¹²⁵ Vgl. GROS, Daniel (1991): *The Effects of Unification on Germany's External Accounts*, London, S. 2; MÖLLER, Michael (1994): *Auswirkungen der Vereinigung auf Handelsströme, Leistungsbilanz und Kapitalbilanz*, in: GUTMAN/WAGNER (1994), S. 253-266.

¹²⁶ Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (5/1996), S. 51.

¹²⁷ Vgl. GROS (1996), S. 743. Da ein Großteil der Geldforderungen an das Ausland zur Finanzierung der Einheit aufgelöst wurden, kam es zu einem großen Ressourcentransfer, für den aber keine extra Mittel bereitgestellt werden mußten (vgl. Kapitel V.10.).

worden: Steigende Kapitalimporte Deutschlands führen zu weltweit steigenden Realzinsen und zu einer realen Aufwertung der DM, in deren Folge die Leistungsbilanz ins Defizit gerät.¹²⁹

Eindeutig als indirekte Kosten müssen die Entwicklung der Renten und insbesondere der Löhne in Ostdeutschland gewertet werden. Denn obwohl die Aufwertung der D-Mark eher eine Senkung der internen Kosten in Ostdeutschland verlangt hätte, stiegen die Löhne im Beitrittsgebiet stark an und koppelten sich damit von der Produktivitätsentwicklung ab. Der ungewöhnlich rasche Aufholprozeß der Löhne war ein Vorgriff auf noch nicht realisierte Produktivitätssteigerungen, der zu enormen Kosten für die Unternehmen führte. Sie waren so mit einem Mal viel weniger wettbewerbsfähig und mußten Arbeitskräfte in erheblichem Umfang entlassen, um diesem Kostendruck zu begegnen. Der wirtschaftliche und soziale Umbau in Ostdeutschland wurde durch die Lohnanpassung gebremst und die Arbeitslosigkeit, die ebenfalls hohe Kosten mit sich brachte, enorm erhöht.¹³⁰ Ein französischer Beobachter bezeichnete die rasanten Lohnerhöhungen als „*kollektiven Selbstmord*“¹³¹. Auch im Fall der Lohnangleichung muß man, wie schon beim Umtauschkurs, von einer politischen Entscheidung ausgehen, die schnell westliche Verhältnisse schaffen sollte, denn bewußt niedrig gehaltene Löhne hätten sehr wahrscheinlich zu verstärkten Abwanderungen aus den Lohnniedriggebieten geführt, da die Einkommen und Sozialansprüche in der alten Bundesrepublik höher waren.¹³²

Auch das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“, das im Einigungsvertrag verankert war, brachte Kosten mit sich. Insgesamt wurden rund zwei Millionen Anträge auf Rückübertragung eingereicht, mehr als eine Million davon auf Rückgabe von Immobilien. Dies erwies sich bald als eines der größten Hemmnisse bei der Privatisierung, bei den Investitionen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze, weil Unsicherheiten

¹²⁸ Vgl. CZADA (1995), S. 84.

¹²⁹ So ein Szenario des IWF, vgl. MASSON, Paul R./Guy MEREDITH (1990): Domestic and International Macroeconomic Consequences of German Unification, in: LIPSCHITZ/MCDONALD (1990), S. 93-114 (108).

¹³⁰ Vor der Währungsunion waren die ostdeutschen Löhne im Durchschnitt dreimal niedriger als die westlichen Löhne, was der Arbeitsproduktivität etwa entsprach. Zwar erreichten sie nach der Wende nicht gleich Westniveau, aber schon die Auszahlung von 70-80 Prozent der Löhne führten zu einem hohen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, vgl. SCHILLER (1994), S. 58.

¹³¹ Zitiert nach WEGNER (1995), S. 104-105.

¹³² Vgl. PETERS (1992), S. 449; SIEBERT, Horst (1997): Wenn wir die Arbeitslosigkeit wirklich halbieren wollen, in: Handelsblatt, 19./20.12.1997.

beim Eigentumserwerb entstanden und juristische Auseinandersetzungen befürchtet werden mußten.¹³³ Beziffern kann man diese Kosten jedoch nicht genau.

Das gilt auch für den Wegfall der industriellen Zentren durch Privatisierung und Abwicklung, die besonders durch die Treuhand forciert wurde. Privatisierung mag oft die beste Sanierung sein, häufig wurden aber nach der Übernahme durch westliche Firmen die Werke in Ostdeutschland, die ja eine potentielle Konkurrenz darstellten, einfach stillgelegt. In diesem Zusammenhang ist sogar ein *Mezzigiorno*-Szenario heraufbeschworen worden, doch von einer tatsächlichen Deindustrialisierung zu sprechen, wäre – wie man heute sagen kann – übertrieben. Jüngste Berichte stellen fest, daß immerhin der „industrielle Neuaufbau in Ostdeutschland gut vorankommt – und zwar auf weiter Basis“¹³⁴.

Kaum genau zu berechnen sind z.B. auch die Kosten dafür, daß sich im Zuge der Einheit das soziale Klima in Deutschland deutlich verschlechtert hat. Die Maschen des sozialen Netzes sind größer geworden. Die anfänglichen hohen Erwartungen sind einem Gefühl von Ernüchterung und Enttäuschung gewichen, so daß sich inzwischen sogar 11 Prozent der Ostdeutschen die DDR zurückwünschen.¹³⁵ (s. Kapitel VII.2.)

Was der Euro kosten wird, kann zu diesem Zeitpunkt nicht festgestellt werden. Doch auch er ist in gewisser Hinsicht eine Folge der deutschen Einheit. Mitterand, der wie viele Franzosen noch immer Angst vor einem zweiten *Rapallo* hatte, bestand in den 2 + 4-Gesprächen darauf, daß sich der Wunsch der Deutschen nach Einheit der europäischen Einigung unterzuordnen habe. Seine Zustimmung zur Einheit benutzte er als Druckmittel, um die deutsche Regierung stärker auf die Wirtschafts- und Währungsunion zu verpflichten.¹³⁶ Oskar Lafontaine ging sogar so weit zu behaupten:

¹³³ Vgl. WEGNER (1995), S. 78. Im novellierten „Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen“ ist deshalb eine „Vorfahrtsregelung“ für Investoren geschaffen worden, welche die Rechte der Alteigentümer bis Ende 1992 stark einschränkt. Vgl. dazu: OPITZ, Gerhard (1994): Enteignung und Restitution, in: GUTMANN/WAGNER (1994), S. 59-76.

¹³⁴ DIW/IFW/IWH (1998): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Achtzehnter Bericht, in: DIW-Wochenbericht 33/1998 (erhalten per e-mail am 1.9.1998).

¹³⁵ Vgl. O.V. (1998i): Studie „Sozialreport“. Ostdeutsche über Einheit enttäuscht, in: Süddeutsche Zeitung, 4.9.1998.

¹³⁶ Vgl. KAISER (1991), S. 65; FRITSCH-BOURNAZEL, Renata (1990): Europa und die deutsche Einheit, Bonn, S. 237-248. Vgl. ebenso: BRUNS, Wilhelm (1990): Die äußeren Aspekte der

„Historisch war es so, [...] daß der Euro nicht von Helmut Kohl durchgesetzt wurde. Der Euro wurde von dem französischen Staatspräsidenten durchgesetzt, der nach der deutschen Einheit diesen Vertrag zur Bedingung des weiteren Vorgehens gemacht [...] Es lag in der großen Linie französischer Außenpolitik, so vorzugehen.“¹³⁷

Doch neben den Kosten gab es auch positive indirekte wirtschaftliche Effekte der Deutschen Einheit. Besonders die europäischen Partnerländer empfanden die durch die Einheit angestiegene Nachfrage aus Deutschland als eine willkommene Belebung ihrer Konjunktur, sie konnten ihren Absatz auf dem deutschen Markt 1991 gegenüber 1989 um knapp 30 Prozent steigern und stellten damit mehr als zwei Drittel des deutschen Importwachstums.¹³⁸ Doch auch in Deutschland hat der sogenannte „Einigungsboom“ die Rezession, die sich schon andeutete, hinausgeschoben und den Unternehmen zumindest bis 1992 volle Auftragsbücher beschert.

Wiegt man die Fakten gegeneinander ab, so sollte die Entwicklung, die in Ostdeutschland in den letzten Jahren stattgefunden hat, gewürdigt werden, auch wenn Erfolge noch nicht überall sichtbar sind. Die gesamte Infrastruktur wurde und wird erneuert, das Telekommunikationssystem z.B. ist das modernste der Welt. Vielerorts entstehen neue Gebäude, Straßen, Eisenbahntrassen, etc.. Ostdeutschland erfährt seit der Wende einen Modernitätsschub, von dem Länder in Osteuropa nur träumen können. Der Fortschritt ist insgesamt beachtlich und stellt eine gute Grundlage für die zukünftige Entwicklung dar.

4. Die Höhe der Transfers – Politische Einschätzungen

Als der damalige sozialdemokratische Kanzlerkandidat, Oskar Lafontaine, im Juli 1990 voraussagte, die Einheit werde den Finanzminister hundert Milliarden Mark im Jahr kosten, lachte man ihn aus.¹³⁹ Zur gleichen Zeit ging die Bundesregierung nämlich noch davon aus, daß die Finanzierung der Einheit kapitalmarktneutral und ohne Abgabenerhöhungen möglich sei: Im Planungszeitraum bis 1994, so hatte man be-

deutschen Einigung, Bonn; POND, Elizabeth (1993): Beyond the Wall. Germany's Road to Unification, Washington D.C.

¹³⁷ So Oskar Lafontaine in der 246. Sitzung des 13. Bundestages am 2.9.1998, abgedruckt in: Das Parlament, 11.9.1998.

¹³⁸ Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (7/1992): Der Einfluß des deutschen Vereinigungsprozesses auf die wirtschaftliche Entwicklung in den europäischen Partnerländern, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank Juli 1992, S. 23-29.

¹³⁹ Vgl. MARSH (1992), S. 264.

rechnet, könne die einigungsbedingte Belastung des Bundeshaushalts auf jährlich 9 Mrd. DM begrenzt werden.¹⁴⁰ Diese optimistische Prognose basierte u.a. darauf, daß die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland 1990 sehr günstig war. Auch im darauf folgenden Jahr sollte es den Prognosen nach mit der deutschen Wirtschaft weiter bergauf gehen.¹⁴¹ In diesem Fall – so meinte man – hätten die für das kommende Jahr berechneten wachstumsbedingten Mehreinnahmen aus Steuern sogar ausgereicht, um die zusätzlichen einigungsbedingten Lasten zu tragen.¹⁴²

Die zunächst eher bescheidenen Beträge, die die beiden Nachtragshaushalte im 1. Halbjahr 1990 erforderten, mögen die Regierung in dem Glauben bestärkt haben, daß sich die Kosten in Grenzen halten würden. (Als Übersicht über die Nachtragshaushalte vgl. Tabelle 2.) Der erste Nachtragshaushalt vom 23. März 1990 war durch den rapide anschwellende Strom von Übersiedlern notwendig geworden. Der mit der DDR-Regierung vereinbarte Reisedevisenfonds und erste Maßnahmen zur Förderung der mittelständischen Wirtschaft machten zusammen 3,1 Milliarden DM aus. Weitere 0,8 Milliarden DM für Sofortmaßnahmen im Verkehrs- und Umweltbereich der DDR wurden hinzugefügt, insgesamt also 3,9 Mrd. DM.¹⁴³ Der zweite Nachtragshaushalt entstand in der Folge des Staatsvertrags über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 22. Juni 1990. Es wurden knapp 2,8 Milliarden DM für die Anschubfinanzierung der Renten- und Arbeitslosenversicherung und 2 Milliarden DM als erster Bundeszuschuß zum Fonds „Deutsche Einheit“ zur Verfügung gestellt, insgesamt also etwa 4,8 Mrd. DM.

Doch schon bald nach dem 1. Staatsvertrag wurde klar, daß der Finanzbedarf unterschätzt und die Finanzkraft der neuen Bundesländer zu hoch veranschlagt worden war. Die Prognosen für die Kosten mußten immer weiter nach oben korrigiert werden.¹⁴⁴ Dennoch hielt die Bundesregierung als Basis für die Verhandlungen zum

¹⁴⁰ Vgl. PRESSE- UND INFORMATIONSAMTS DER BUNDESREGIERUNG (Hrsg.) (1990c): Entwurf des Bundeshaushalts 1991 und Finanzplan 1991-1994, in: Bulletin Nr. 89 vom 5.6.1990, S. 770.

¹⁴¹ Vgl. SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (1990b), S. 7.

¹⁴² Vgl. HÖHNEN (1991), S. 309.

¹⁴³ Vgl. „Papier über Vorstellungen der Bundesregierung über Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vom 8.2.1990“, zitiert nach KÖHLER, Horst (1994): Alle zogen mit, in: WAIGEL/SHELL (1994), S. 118-134 (126).

¹⁴⁴ Das lag, wie der Leiter des Referats „Nationale Währungsfragen“ im BMF, Sarrazin, deutlich macht, u.a. daran, daß zum Stichtag der Währungsunion die Hauptfinanzierungsquelle des

Einigungsvertrag weiter an den im 1. Staatsvertrag für 1990 und 1991 festgelegten Größen des DDR-Staatshaushaltes fest. Grund dafür war vor allem, daß sie vor der ersten gesamtdeutschen Wahl im Dezember 1990 eine Diskussion über die tatsächlichen Kosten der Einheit aus taktischen Gründen auf jeden Fall vermeiden wollte.¹⁴⁵

Der von der Volkskammer der DDR kurz nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion verabschiedete Haushaltsplan für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1990 wurde mit der Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 als Abschnitt B in den Bundeshaushalt übernommen. Die Ausgaben waren nun veranschlagt mit 64 Mrd. DM und die Einnahmen mit 54 Mrd. DM. Diese Summen enthielten auch die Anschubfinanzierung des Bundes für die Arbeitslosen- und Rentenversicherung sowie der Mittel aus dem Fonds „Deutsche Einheit“. Bald wurde jedoch deutlich, daß die Planungen erneut auf zu optimistischen Annahmen beruhten. Deshalb wurde am 26. Oktober 1990 ein dritter Nachtragshaushalt mit einem Volumen von 33 Mrd. DM verabschiedet; diese Summe enthielt u.a. die veranschlagte Finanzierungslücke des DDR-Haushalts für das zweite Halbjahr 1990 von über 24 Mrd. DM. Sie sollte durch einen Bundeszuschuß von 20 Mrd. DM an den Fonds „Deutsche Einheit“, eine zusätzliche Kreditaufnahme von 10 Mrd. DM und eine weitere Anschubfinanzierung für die Krankenversicherung von 3 Mrd. DM finanziert werden.

Das endgültige „Soll“ des Haushalts 1990 nach diesem letzten Nachtragshaushalt sah Ausgaben von 82 Mrd. DM und Einnahmen von 48 Mrd. DM vor. Am Ende zeigte sich aber, daß die Ausgabenansätze, insbesondere in den Bereichen Arbeit und Soziales sowie Land- und Forstwirtschaft, zu hoch gewesen waren; insgesamt wurden rund 10 Mrd. DM weniger ausgegeben. Das lag allerdings nicht daran, daß der

Staatshaushalts, die planwirtschaftlichen Unternehmensablieferungen, wegfielen. Da die Finanzverwaltung ganz neu aufgebaut werden mußte, dauerte es einige Zeit, bis das bundesdeutsche Steuersystem funktionsfähig war. Und selbst dann würden für lange Zeit große Haushaltslöcher bleiben, weil die Ausgaben sich dem in Westdeutschland üblichen Standard schneller anpaßten als die Einnahmen. Besondere Belastungen, etwa der im Vergleich zur Bundesrepublik weit überhöhte Bestand öffentlicher Bediensteter, kamen noch hinzu. *„Aus diesem Grund kamen bei der Prüfung des Kredit- und Zuschußbedarfs der DDR ständig Zahlen heraus, die unter kapitalmarkt- und allgemeinpoltischen Verhältnissen viel zu hoch schienen, während sie aus rein haushaltswirtschaftlicher Betrachtung eher zu gering angesetzt waren.“*, so SARRAZIN, Thilo (1994): Die Entstehung und Umsetzung des Konzepts der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion, in: WAIGEL/SHELL (1994), S. 160-225 (210).

¹⁴⁵ Vgl. GROS (1994), S. 165; HOFFMANN (1993), S. 115-116. Dies wird auch der Grund dafür gewesen sein, daß es Waigel Ende Mai 1990 ablehnte, weitere Mittel zur Absicherung des Strukturwandels in der DDR zur Verfügung zu stellen, vgl. O.V. (1990e): Keine zusätzlichen Mittel für die DDR-Wirtschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.5.1990.

Finanzbedarf niedriger war, sondern daß die Mittel wegen der zahlreichen institutionellen Hemmnisse langsamer als angenommen abflossen.¹⁴⁶

Mit den Haushaltseckwerten für 1991, die im November 1990 aufgestellt wurden – also nach der von CDU/CSU und FDP gewonnenen Wahl –, legte die Bundesregierung dann schließlich eine revidierte und realistischere Auflistung der einigungsbedingten Ausgaben vor. Sie beliefen sich nun auf insgesamt auf ca. 80 Mrd. DM für 1991.¹⁴⁷ Diese Summe war damit ungefähr neunmal so hoch wie die jahresdurchschnittlichen Belastung, mit der die Bundesregierung noch einige Monate zuvor offiziell rechnete.¹⁴⁸ Und selbst dieser Betrag sollte sich letztendlich als noch viel zu gering erweisen. Erst viel später kam Finanzminister Waigel zu der Einsicht, daß „auf längere Sicht öffentliche Finanztransfers (netto) in Höhe von 4 bis 6 Prozent des westdeutschen Bruttosozialprodukts notwendig sein werden“¹⁴⁹. In der Tat ist das bis heute der Fall.

Anfang 1990 konnte man vielleicht nur ahnen, wie hoch die Transfers nach Ostdeutschland schließlich sein würden.¹⁵⁰ Deshalb ist es um so erstaunlicher, daß bereits im Februar 1990 eine ziemlich realistische Gesamtkostenschätzung der damaligen EG-Kommission vorlag, die von *Bruttotransfers* – also ohne Einnahmen im Osten und einigungsbedingte Einsparungen¹⁵¹ – in Höhe von knapp 190 Mrd. DM ausging (vgl. den Überblick in Tabelle 3), die jährlich bis 1994 in gleicher Höhe anfal-

¹⁴⁶ Vgl. VESPER (1995), S. 369.

¹⁴⁷ Sozialbereich: 26 Mrd. DM, Verkehr: 12 Mrd. DM, Wirtschaft: 7 Mrd. DM, Zinsen: 12 Mrd. DM und Sonstiges (u.a. Verpflichtungen des Verteidigungshaushaltes aus der Abwicklung der NVA, weitere Verpflichtungen aus dem Abkommen mit der UdSSR und anderes): 23 Mrd. DM. Zur Deckung dieser Mehrausgaben sollten Steuer- und Verwaltungseinnahmen aus dem Beitrittsgebiet in Höhe von 25 Mrd. DM beitragen; für die Deckung der restlichen Ausgaben sollte der größte Teil der Rekord-Neuerschuldung von 70 Mrd. DM benötigt werden. Darüber hinaus wurden vereinzelte Ausgabeneinsparungen beschlossen. Steuererhöhungen wurden zu diesem Zeitpunkt offiziell noch nicht für erforderlich gehalten. Zur gleichen Zeit kamen die wirtschaftswissenschaftlichen Institute in ihrer ersten Gemeinschaftsdiagnose auf nötige Transfers in Höhe von 50 Mrd. DM für 1990 und zwischen 70 und 75 Mrd. DM für 1991.

¹⁴⁸ Vgl. HÖHNEN (1991), S. 309.

¹⁴⁹ SCHELL, Manfred (1994): War der Weg richtig? Ein Rückblick nach vier Jahren. Interview mit Bundesfinanzminister Waigel, in: WAIGEL/SCHELL (1994), S. 243-247 (246). Vgl. dazu auch SARRAZIN (1994), S. 224

¹⁵⁰ Vgl. CZADA (1995), S. 76.

¹⁵¹ Es ist sehr wichtig, bei den Schätzungen der Kosten immer zwischen Brutto- und Nettokosten zu unterscheiden. Um auf die Nettogrößen zu kommen, muß man den Bruttobetrag um Steuer- und Beitragseinnahmen in den neuen Ländern kürzen, die jedoch zum Teil wiederum aus öffentlichen Mitteln, etwa kreditfinanzierten Löhnen in Treuhandunternehmen, stammten. Eine ganz eindeutige Abgrenzung ist deshalb kaum möglich, vgl. u.a. CZADA (1995), S. 77.

len und dann bis zum Jahr 2000 abnehmen würden. Auch das Institut der deutschen Wirtschaft (Köln) kam, allerdings ein Jahr später, zu einer verhältnismäßig wirklichkeitsnahen Analyse. Hier ging man von *Nettotransfers* in Höhe von ca. 150 Mrd. im Jahr 1991, und von etwa 170 Mrd. DM in den zwei folgenden Jahren aus (vgl. Tabelle 3). Auch eine Analyse von Morgan Stanley & Co., London¹⁵² schätzte als jährliche Kosten des Wiederaufbaus 130-160 Mrd. DM im Jahr, also ca. 5-6 Prozent des gesamten BSP. (Vgl. Tabelle 4.)

Angesichts dieser Vorlagen kann man schließen, daß die Kosten der Einheit hätten realistischer bemessen werden können, als es die Bundesregierung getan hat. Die Kosten wurden von ihr nicht unterschätzt, sie wurden ganz bewußt heruntergespielt, obwohl die Dimension zumindest Bundeskanzler Kohl in etwa bekannt sein mußte.¹⁵³ Die ersten Pläne zum Finanzbedarf in Ostdeutschland wurden von Fachleuten schon von Anfang an als viel zu niedrig kritisiert. Statt sich gleich zu Beginn der großen Herausforderung zu stellen und den Umstrukturierungsprozeß mit einem groß angelegten Hilfsprogramm abzustützen, paßte die Bundesregierung ihre Berechnungen immer wieder neu den lawinenartig anwachsenden Einheitskosten an.¹⁵⁴ Für dieses Vorgehen sind sicherlich mehrere Faktoren entscheidend gewesen, wobei jedoch die bevorstehende Bundestagswahl die größte Rolle gespielt haben dürfte. Denn von großen Anstrengungen für die Einheit wollte man damals weder im Osten noch im Westen etwas wissen. SPD-Kanzlerkandidat Lafontaine und andere Vertreter der Opposition, die das aussprachen, verloren die Wahl.

5. Die tatsächliche Höhe der Transfers und Investitionen 1989-1998

Wie hoch die „Kosten der Einheit“ bisher wirklich gewesen sind oder insgesamt sein werden, vermag niemand genau anzugeben.¹⁵⁵ Allein schon über die Höhe der

¹⁵² Vgl. die Studie von David C. ROCHE (Morgan Stanley & Co.), aus dem Jahre 1990, zitiert nach VON DOHNANYI (1990), S. 271.

¹⁵³ Vgl. O.V. (1997c): Die Mär von der nicht erkennbaren Wirtschaftsmisere. Über den katastrophalen Zustand der DDR-Ökonomie nach der Wende wußte niemand besser Bescheid als Helmut Kohl, in: Süddeutsche Zeitung, 2./3.10.1997.

¹⁵⁴ Vgl. HÖHNEN(1991), S. 308.

¹⁵⁵ „Einheit“ ist nach wie vor ein sehr dehnbarer Begriff, und obwohl seit dem Fall der Mauer inzwischen neun Jahre vergangen sind, wurde er bisher nicht präzise definiert. Ganz besonders fraglich ist, ob damit lediglich die nationale Vereinigung der Staaten oder auch die regionale und soziale Angleichung der Bundesländer gemeint ist. Wenn das zweite der Fall ist, ist ebenfalls unklar, wann genau die Einheit vollzogen wäre. Entweder, wenn die ostdeutschen Länder auf dem Standard der bisher ärmsten Regionen der Bundesrepublik angelangt sind, oder, wenn

Transferzahlungen von West- nach Ostdeutschland kursieren sehr unterschiedliche Angaben, was an der unterschiedlichen methodische Abgrenzung, Zuordnung und Bewertung der Daten liegt. Zum einen wird, wie oben schon erwähnt, zwischen den Brutto- und den Nettoströmen unterschieden und es spielt auch eine Rolle, ob die Treuhandanstalt mitgerechnet wird oder nicht. Darüber hinaus gibt es aber noch weitere Probleme: In der Finanzstatistik der Deutschen Bundesbank werden Kredite beispielsweise einbezogen, in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dagegen werden sie nicht berücksichtigt.¹⁵⁶ Des weiteren kommt man zu unterschiedlichen Angaben, wenn die Ausgaben des Bundes für zentrale Aufgaben in Ostdeutschland seinen hoheitlichen Aufgaben zugeordnet werden, die er nun in einem größeren Einflußgebiet erfüllen muß und somit unausweichlich sind, oder wenn diese Ausgaben als besondere Begünstigung Ostdeutschlands interpretiert werden.¹⁵⁷

Auch gibt die reine Höhe der Transfers keine Auskunft darüber, ob sie in voller Höhe der ostdeutschen Wirtschaft und Bevölkerung zufließen. Denn z.B. die Steuereinnahmen, die den westdeutschen Ländern und Gemeinden infolge der Nachfrage Ostdeutschlands nach westdeutschen Gütern zufließen, müßten, um genau zu sein, von den Nettotransfers abgezogen werden. Besonders im Bereich der Wirtschaftsförderung ist es sehr schwer, den Subventionswert von Sonderabschreibungen, Krediten oder Garantien zu berechnen, wenn z.B. der Nutznießer der Fördermaßnahmen für

sie den des bisherigen Durchschnitts erreicht haben. Ein weiteres Hindernis stellen die indirekten Kosten, wie z.B. die Auswirkungen der Zinspolitik der Bundesbank, der 1:1-Umtauschkurs oder die sozialen Kosten dar, die in Zahlen gar nicht auszudrücken sind. Vgl. VON DOHANNYI (1990), S. 255-256.

¹⁵⁶ Die Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist für eine Beurteilung der Leistungen, die Westdeutschland zugunsten von Ostdeutschland erbringt, sinnvoller, weil Kredite verzinsliche und rückzahlungspflichtige Verbindlichkeiten darstellen. Aus der Finanzstatistik hingegen läßt sich die Gesamtheit der finanziellen Verpflichtungen besser beurteilen. Zu den unterschiedlichen Abgrenzungen vgl. BOSS/ROSENSCHON (1996), S. 10-18; DEUTSCHE BUNDESBANK (10/1996): Zur Diskussion über die öffentlichen Transfers im Gefolge der Wiedervereinigung, in: Monatsbericht Oktober 1996, S. 17-31.

¹⁵⁷ 1997 entfielen nahezu 60 Prozent der Transfers auf die Bereiche Finanzausgleich, passive Arbeitsmarktpolitik und Soziales, die fast ausschließlich keine Sonderleistungen an die neuen Länder darstellen, sondern lediglich die Folge der Einbeziehungen der neuen Länder in die gesamtdeutsche Sozial- und Finanzverfassung sind. Auch in Westdeutschland kommt es zudem z.B. über die Sozialversicherungen zu einer interregionalen Umverteilung, sie ist Bestandteil der föderalen Staatsordnung der Bundesrepublik. Vgl. SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (1992): Für Wachstumsorientierung – gegen lähmenden Verteilungsstreit, Jahresgutachten 1992/ 1993, Stuttgart, S. 150; MÜLLER-KÄSTNER, Burkhard (1994): Finanzierungsaspekte der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern: Stand – Probleme – Perspektiven, in: Ifo-Schnelldienst 20/1994, S. 3-9.

Ostdeutschland in Westdeutschland wohnt. Und nicht nur den Ostdeutschen kommt auch beispielsweise der regionsübergreifende Ausbau der Infrastruktur zugute.¹⁵⁸

Nach Angaben des IW Köln flossen von 1991 bis 1998 Bruttotransfers in Höhe von 1.636 Mrd. DM von West- nach Ostdeutschland, was Nettotransfers in Höhe von 1.262 Mrd. DM entspricht.¹⁵⁹ Die meisten anderen Angaben zur Höhe der Transfers sind niedriger, was mit den unterschiedlichen Berechnungsmethoden zusammenhängt. Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute (DIW, IfW Kiel und IWH Halle) kamen auf eine Gesamtsumme der Nettotransfers von 926 Mrd. DM für die Jahre 1991-1997. Deutsche Bundesbank und BMF gehen von ähnlichen Summen bis einschließlich 1997 aus, nämlich Transfers in Höhe von brutto 1.181 Mrd. DM, was netto 890 Mrd. DM entspricht.¹⁶⁰ (Die unterschiedlichen Abgrenzungen und Einschätzungen sind, soweit verfügbar, in Tabelle 5 dargestellt.)

In der öffentlichen Diskussion sowie im Zahlenmaterial von Bundesbank, Sachverständigenrat oder Bundesfinanzministerium wird der Eindruck vermittelt, die Transfers für die ostdeutsche Wirtschaft seien in den letzten Jahren ständig aufgestockt worden, wobei sie 1995 ihren Höhepunkt erreichten und frühestens nach 1999 zu sinken beginnen. Diese Rechnungen beachten jedoch lediglich, zu welchem Zeitpunkt die fiskalischen Belastungen auf Bundesebene haushaltswirksam werden. Berechnet man aber die Transfers zu dem Zeitpunkt, an dem sie tatsächlich ausgabewirksam geworden sind – worauf es besonders aus ostdeutscher Sicht eher ankommt –, sind die Transferzahlungen schon seit 1992 kontinuierlich gesunken. Das liegt zum einen daran, daß für die Ablösung des Fonds „Deutsche Einheit“, des Kreditabwicklungsfonds und der Treuhandanstalt Zinszahlungen und Tilgungen nötig wur-

¹⁵⁸ Vgl. VESPER (1995), S. 378.

¹⁵⁹ Vgl. LICHTBLAU, Karl (1998): Transferzahlungen nach Ostdeutschland: Faß ohne Boden?, in: WISU 3/1998, S. 201-202 (201). Ähnlich abgegrenzt sind auch die Berechnungen von BOSS/ROSENSCHON (1996), S. 19.

¹⁶⁰ Der Sachverständigenrat hat in seinem letzten Gutachten erstaunlicherweise auf Angaben über die Höhe der Transfers verzichtet. Auch die Bundesbank machte dazu in den letzten Monatsberichten keine Angaben, ebenfalls ist die Höhe der Transfers nicht im letzten Herbst- bzw. Frühjahrsgutachten der Forschungsinstitute zu finden. Die einzig verfügbaren Daten stammen vom Finanzministerium/Bundesbank, vom IW Köln und von den Forschungsinstituten DIW, IWH und IW Kiel.

den, die zuvor aus Nettokreditaufnahme finanziert wurden, und auch, daß sich der Aufschwung Ost verzögerte und ganz Deutschland in eine Rezession glitt.¹⁶¹

Die Transfer-Leistungen 1991-1997 kommen zum größten Teil aus dem Bundeshaushalt (durchschnittlich ca. 65 Prozent). Der Bundesanteil ist ab 1995 gestiegen und liegt nun etwa bei 70 Prozent, nachdem er in den Anfangsjahren zwischen 50 und 60 Prozent betragen hatte. Das liegt vor allem daran, daß Nebenhaushalte wie der Fonds „Deutsche Einheit“ oder das Defizit der Treuhandanstalt ab 1995 im sogenannten „Erblastentilgungsfonds“ aufgegangen sind, für dessen Tilgung und Zinszahlung der Bund zuständig ist. Die restlichen durchschnittlich 35 Prozent der Transfers teilen sich auf zwischen der Bundesanstalt für Arbeit, deren Anteil in den letzten Jahren wieder zugenommen hat (gegenwärtig ca. 16 Prozent), der gesetzlichen Rentenversicherung (6 Prozent), der Länder und Gemeinden (5 Prozent), der EG-Hilfen (3 Prozent) und bis 1995 der Fonds „Deutsche Einheit“ (ca. 6 Prozent).¹⁶²

Die Größenordnung dieser Transfers ist in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellos. Aber auch verglichen mit anderen „historischen Transfers“ ist ihre Dimension außergewöhnlich groß, zumindest dann, wenn man sie in Relation zum gesamtwirtschaftlichen Output setzt. Die Reparationszahlungen, die Deutschland zwischen 1924 und 1931 aufgrund der Dawes- und Young-Pläne zu erbringen hatte, entsprachen etwa 2,3 Prozent des jährlichen Volkseinkommens. Auch die Mittel des Marshallplanes und anderer amerikanischer Hilfen nach dem Zweiten Weltkrieg an Deutschland machten zum damaligen Wechselkurs lediglich ca. 3,5 Prozent des deutschen Volkseinkommens in dieser Periode aus.¹⁶³ Die gegenwärtigen öffentlichen Netto-Transfers in die neuen Bundesländer hingegen erreichen die Höhe von durchschnittlich 5 Prozent des gesamtdeutschen Inlandsproduktes. Jedoch hat sich die Transferintensität inzwischen verringert. Betrug sie noch 1991 fast 87 Prozent

¹⁶¹ Vgl. KLODT, Henning (1996): West-Ost-Transfers und Strukturprobleme in den neuen Ländern, in: Die Weltwirtschaft, Jahresverzeichnis 1996, S. 158-170 (161); BOSS/ROSENSCHON (1996), S. 22.

¹⁶² Eigene Berechnungen nach den Angaben des Bundesfinanzministeriums. Ab 1995 hat der Bund aufgrund der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs auf Steuern verzichtet, die Länder haben ihre Leistungen in den letzten Jahren im Rahmen dieser Neuordnung erbracht.

¹⁶³ Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (1976): Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876-1975, Frankfurt a. M., S. 327; HOFFMANN, Walther G./Hans Jürgen MÜLLER (1959): Das deutsche Volkseinkommen 1851-1957, Tübingen. Die Reparationszahlungen für den 1. Weltkrieg betragen ca. 10,4 Mrd. Goldmark, die Marshallplanhilfen 1,32 Mrd. US-Dollar, weitere Hilfen betragen 2,7 Mrd. US-Dollar.

der erbrachten Güter und Dienstleistungen in Ostdeutschland, so ist die Quote auf 48 Prozent im Jahr 1998 gefallen.¹⁶⁴

Neben den staatlichen Leistungen müssen die privaten Investitionen berücksichtigt werden. Sie haben sich nach Schätzungen des Ifo-Instituts von 1991-1996 fast verdoppelt, seit 1994 ist das Wachstum jedoch immer mehr abgeflacht. Die Investitionen belaufen sich für den Zeitraum 2. Halbjahr 1990 bis 1997 auf insgesamt ca. 1150 Mrd. DM, wobei die Investitionen in Dienstleistungsunternehmen den größten Anteil ausmachen. Die Investitionsquote liegt mit 45 Prozent des ostdeutschen BIP (1997) auf einem verhältnismäßig hohen Niveau. In Bereichen, die mit Fördermaßnahmen versehen waren, wie z.B. in der Bauwirtschaft, waren die Investitionen schon von Beginn an sehr hoch, sie fielen jedoch mit der Einschränkung der Sonderabschreibung 1997/1998 scharf ab. Die Direktinvestitionen blieben in den Anfangsjahren stark hinter den Erwartungen zurück, was vor allem an Investitionshindernissen der deutschen Bürokratie, den hohen Tariflöhnen und den juristischen Unsicherheiten beim Eigentumserwerb lag.¹⁶⁵

6. Die Bedeutung der Transfers für die ostdeutsche Wirtschaft

Bis die ostdeutsche Wirtschaft das westdeutsche Niveau erreicht, werden noch Jahre vergehen. Die Kosten für die Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur, den gesamten Kapitalstock sowie die Wohnungswirtschaft sind immens gewesen, und ihr Aufbau ist noch lange nicht abgeschlossen. In Westdeutschland hatte die Wirtschaft in den ersten Jahren trotz eines weltweiten Konjunkturrückgangs überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten. Das lag jedoch daran, daß die Transferzahlungen überwiegend durch Verschuldung des Staates finanziert wurden und in Form von Käufen bei westdeutschen Unternehmen meist wieder nach Westdeutschland zurückflossen: ein gewaltiges keynesianisches Konjunkturprogramm.¹⁶⁶ Zu einem gesamtdeutsche Wir-

¹⁶⁴ Vgl. HARTWIG, Karl-Hans/Ingo PIES: Das Finanzmanagement der deutschen Einheit: Eine politökonomische Betrachtung, in: GUTMANN/WAGNER (1994), S. 159-182 (167); eigene Berechnungen.

¹⁶⁵ Vgl. Schätzungen des Ifo-Instituts laut BMWi, erhalten per e-mail am 20.10.1998; DIW/IFW/IWH (1998): S. 1-2. Zur Lage der Bauwirtschaft: DEUTSCHE BUNDESBANK (4/1996): Zur Entwicklung und gegenwärtigen Lage der Bauwirtschaft in Deutschland, in: Monatsbericht April 1996, S. 19-33.

¹⁶⁶ Vgl. HOFFMANN (1993), S. 114-115. Den Zusammenhang zwischen Löhnen und Wechselkursen und Beschäftigung beschreibt SELL, Friedrich L. (1996): Die Verantwortung der Lohnpolitik für die Beschäftigung, in: Neue Züricher Zeitung, 12.3.1996.

tschaftswunder, das allenthalben erwartet wurde, ist es jedoch nicht gekommen (vgl. Kapitel VI.)

IV. Arten der Finanzierung

„Kredit aufzunehmen, ist einfach. [...] Die Technik der permanenten Schuldenaufnahme erlaubt ihr [der Regierung, die Verf.], zusammen mit einer laufenden, aber geringfügigen Anhebung der Steuern, Jahr für Jahr das für die Fortführung des Krieges benötigte Geld aufzubringen: Mit Hilfe dieser Methode kann sie jährlich ein Höchstmaß an Geldern bekommen, ohne die Steuern nennenswert erhöhen zu müssen.“¹⁶⁷

Adam Smith (1776)

Zur Finanzierung der Einigungslasten standen drei Wege offen: Ausgabeneinsparungen und -umschichtungen im Bundeshaushalt und in den westdeutschen Länderhaushalten, höhere oder zusätzliche Steuern und schließlich eine höhere Staatsverschuldung. Mit Blick auf die Bundestagswahl im Dezember 1990 hatte die Regierung die Bevölkerung lange Zeit glauben machen wollen, sie könne auf Steuererhöhungen verzichten. Unmittelbar nach der Bundestagswahl Ende 1990 setzte eine geänderte Finanzierungspolitik ein. Es wurde eine massive einjährige Steuererhöhung verabschiedet, auch andere Abgaben sollten schrittweise angehoben und die Staatsausgaben insbesondere im Bereich der Sozialsysteme gesenkt werden.¹⁶⁸

Die unterschiedlichen Finanzierungsmöglichkeiten haben ökonomische, aber auch politische Kosten. Die Staatsverschuldung hat bei der Finanzierung der Einheit, von vielen Ökonomen scharf kritisiert, die größere Rolle gespielt. Schätzungen deuten darauf hin, daß nur knapp 18 Prozent der öffentlichen Transfers aus Steuern und nur etwa 6 Prozent aus Haushaltsumschichtungen stammen. 75 Prozent beruhen demnach auf Verschuldung.¹⁶⁹

¹⁶⁷ SMITH, Adam (1776): *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, deutsch (1978): *Der Wohlstand der Nationen*, München, S. 793.

¹⁶⁸ Vgl. HICKEL/PRIEWE (1994), S. 162.

¹⁶⁹ Vgl. FUEST, Winfried/Rolf KROKER: Die Vorschläge sind ökonomisch und verfassungsrechtlich problematisch, in: *Wirtschaftsdienst* 7/1992, S. 345-348; ähnlich: DEUTSCHE BUNDESBANK (5/1993): *Die Bedeutung von Nebenhaushalten im Zuge der deutschen Vereinigung*, in: *Monatsbericht* Mai 1993, S. 43-57.

1. Kreditaufnahme/Nettoneuverschuldung

Die öffentlichen Haushalte verzeichneten bis Ende 1997 eine Verschuldung von gut 2200 Mrd. DM (vgl. Tabelle 6). Das ist weit mehr als das Doppelte des Jahres 1989, als die Verschuldung 929 Mrd. DM betrug. Im Jahr vor der deutschen Vereinigung (1989) befand sich die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte mit knapp 1,5 Prozent des BIP auf einem Tiefpunkt, im Jahre 1991 und 1993 erreichte sie ihren höchsten Stand, 1997 ihren bisher niedrigsten seit der Einheit (vgl. Tabelle 6). Seit 1993 beträgt die Neuverschuldung etwa 2-3 Prozent des BIP. Die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte lag 1996 mit ca. 130 Mrd. DM bei 12 Prozent des Ausgaben volumens und bei 16 Prozent des gesamten Steueraufkommens (vgl. Tabelle 6). Unter Einschluß aller Nebenhaushalte mußte die öffentliche Hand ab 1991 rund 5,5 bis 6 Prozent des gesamten Bruttoinlandsproduktes auf dem Kapitalmarkt aufnehmen. Auf dem Höhepunkt der Neuverschuldung im Jahre 1990 hat der öffentliche Sektor rund 90 Prozent der inländischen Ersparnisse beansprucht, während der Anteil 1989 noch unter 5 Prozent lag.

Die Schuldenstandsquote entsprach 1997 etwa DM 27.700 pro Einwohner oder 61 Prozent des Bruttosozialprodukts (vgl. Tabelle 6). 1991 hatte sie noch DM 11.600 pro Einwohner oder 42 Prozent des BSP betragen, Ende der sechziger Jahre lag sie noch bei 20 Prozent und Ende der 70er Jahre bei 30 Prozent. In einem Zeitraum von sieben Jahren ist diese Quote also um fast 20 Prozentpunkte gestiegen (vgl. Tabelle 6). Damit belegt die Bundesrepublik im Industrieländervergleich zwar immer noch einen recht günstigen Platz vor Japan (72 Prozent) oder den USA (64 Prozent) und weit vor Belgien, das mit über 100 Prozent des BSP öffentlich verschuldet ist. Das Problem liegt jedoch in der Größenordnung und im Tempo, mit dem sich die staatlichen Finanzen verschlechtert und somit die Zinsbelastungen vergrößert haben.¹⁷⁰

Wichtigste Gläubiger waren die Banken im Inland, die in den Jahren 1990 bis 1996 knapp die Hälfte der Nettokreditaufnahme absorbierten. Zwei Fünftel wurden von Gläubigern im Ausland übernommen. Die privaten Haushalte und Versicherungen im Inland haben sich dagegen am Erwerb öffentlicher Schuldtitel nur wenig betei-

¹⁷⁰ Vgl. CZADA (1995), S. 74-75.

ligt. Das hat besonders an den seit 1992 sinkenden Zinsen gelegen.¹⁷¹ Die Schuldarten teilen sich zu knapp zwei Drittel in Wertpapiere und zu knapp einem Drittel in Schuldscheindarlehen und noch nicht refinanzierte einigungsbedingte Altschulden auf. Die Kreditaufnahme in Form von Wertpapieren hat in den letzten Jahren abgenommen, die Schuldscheindarlehen dagegen, zu denen seit 1995 zum ersten Mal auch unterjährige Schatzanweisungen ausgegeben wurden, zugenommen.

Insgesamt entfällt von 1989 bis 1997 ein Betrag von rund 1200 Mrd. DM auf die Vereinigung, das ist mehr als die Hälfte der gesamten Nettoneuverschuldung dieser Zeit. Ein großer Teil dieser Summe wurde dazu benötigt, die übernommenen Verbindlichkeiten, die direkt aus dem DDR-Staatshaushalt stammten oder in Verbindung mit der Währungsunion und der Sanierung des ostdeutschen Unternehmenssektors entstanden sind, zu begleichen. Diese „Schulden-Erblast“ der DDR läßt sich auf annähernd 340 Mrd. DM veranschlagen. Eindeutig können sonst nur noch die Verschuldung der ostdeutschen Länder und Gemeinden, die Neuverschuldung des Fonds „Deutsche Einheit“ sowie der Großteil des ERP-Sondervermögens seit 1990 als Folgekosten der Deutschen Einheit bezeichnet werden. Ein Teil des Defizits und der zu dessen Finanzierung aufgenommenen Kredite des Bundes und der westdeutschen Länder und Gemeinden sind ebenfalls vereinigungsbedingt, aber sie sind nicht genau bezifferbar.¹⁷² Ein Teil der Mehrverschuldung ab 1992 ist auch rezessionsbedingt und kann nicht ausschließlich der Einigung zugerechnet werden.¹⁷³ Außerdem hatten aber auch die Länder und Gemeinden in Westdeutschland einen Anteil daran. Im Jahr 1990 verzeichneten sie die höchsten Ausgabenzuwächse seit 1980.¹⁷⁴

Die Entscheidung, die deutsche Einheit zunächst vor allem über Kredite zu finanzieren, fiel in der Phase der Hochkonjunktur. Und die Regierung hoffte offensichtlich, daß ein kreditfinanziertes Programm „Deutsche Einheit“ diesen Aufschwung nicht nur verlängern, sondern eine solche Kraft entfalten würde, daß aus den wachstums-

¹⁷¹ Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (3/1997): Die Entwicklung der Staatsverschuldung seit der deutschen Vereinigung, in: Monatsbericht März 1997, S. 17-32 (28-29).

¹⁷² Weder können die gesamten vereinigungsbedingten Ausgaben eindeutig abgegrenzt werden, noch ist es möglich, die Neuverschuldung bestimmten Ausgabenkategorien zuzuordnen.

¹⁷³ Vgl. Deutsche Bundesbank (3/1997), S. 17-19.

¹⁷⁴ Vgl. KITTERER, Wolfgang (1993): Finanzierung der deutschen Einheit durch Staatsverschuldung, in: HANSMEYER (1993a), S. 39-76 (71).

bedingten Mehreinnahmen die Einheit weitgehend finanziert werden könnte.¹⁷⁵ Aber das ist wohl nicht die ganze Wahrheit. Die Kosten der Einheit über eine Erhöhung der Staatsschuld aufzubringen, war nämlich auch eine politische Versuchung, der die Bundesregierung erlegen ist. Kreditfinanzierung hat erfahrungsgemäß die geringsten politischen Durchsetzungskosten und ist deshalb – kurzfristig – viel bequemer, um aus dem Stand die notwendigen Mittel aufzubringen, als nervenraubende, lange Diskussionen über Steuererhöhungen oder Subventionsabbau.¹⁷⁶

Tatsächlich hatte die westdeutsche Bevölkerung bis 1992 nur minimale Einbußen erfahren, es schien, als müßte sie für die Deutsche Einheit gar nicht zahlen.¹⁷⁷ Ein Großteil der Verschuldung wurde anfangs in Schattenhaushalten verwaltet. Dazu gehörten der Fonds „Deutsche Einheit“, der Kreditabwicklungsfonds, die kommunale Wohnungswirtschaft der neuen Länder und die Treuhand. Die Zinslasten dieser Fonds waren in den öffentlichen Haushalten gar nicht als solche erkennbar. Besonders bedenklich war, daß selbst die Zinskosten für die zusätzliche Verschuldung zunächst durch weitere Kreditaufnahme beglichen wurden, und die Schulden so immer weiter kumulierten.

Einerseits ist es, angesichts der einmaligen historischen Situation, gerechtfertigt gewesen, daß die Neuverschuldung für wertschaffende Investitionen in Ostdeutschland sehr hoch angesetzt wurde, denn so konnten auch künftige Generationen an den Lasten beteiligt werden.¹⁷⁸ Wenn die Kredite dann auch noch zu höheren Wachstumsraten des BIP geführt hätten, wären sie erst recht angemessen, denn dann hätte man davon die zusätzlichen Schulden bezahlen können.¹⁷⁹ Doch eine hohe Verschuldung barg auch Gefahren: Über die Zinsbelastung wurde der zukünftige Haushaltsspiel-

¹⁷⁵ Vgl. VESPER (1995), S. 372; DEUTSCHE BUNDESBANK (3/1997), S. 18.

¹⁷⁶ Daß es auch innerhalb des Finanzministeriums unterschiedliche Meinungen zur Finanzierung der Einheit gab, ist dem Artikel des Staatssekretärs im BMF zu entnehmen: SARRAZIN, Thilo (1992): Die Finanzierung der Einheit ist ein Ritt über den Bodensee. Die Grundannahmen der mittelfristigen Finanzplanung sind unrealistisch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.10.1992.

¹⁷⁷ Vgl. CZADA (1995), S. 73, 97. Vgl. ebenso: O.V. (1992c): „Ein mühsamer Hürdenlauf“. Opfer für den Osten. Das Teilen beginnt, in: Der Spiegel 18/1992, S. 18-27.

¹⁷⁸ Daß dies auch mit einer Steuerfinanzierung möglich gewesen wäre, belegt KITTERER (1993), S. 62-67.

¹⁷⁹ Vgl. CZADA (1995), S. 83.

raum stark eingeengt.¹⁸⁰ Um die Schuldenquote zu stabilisieren oder gar abzubauen, ist in der Zukunft ein Kurs der Haushaltskonsolidierung unumgänglich. Je später dieser Kurs eingeschlagen wird, desto schärfer muß er ausfallen.¹⁸¹

Neben der eingeschränkten Manövrierfähigkeit der Finanzpolitik hat die hohe Verschuldung der öffentlichen Haushalte weitere Folgen. Sie verdrängt zinsensible Privatinvestitionen, behindert eine stabilitätsorientierte Geldpolitik und hat ganz generell einen Vertrauensverlust zur Folge. Doch diese Reaktionen werden erst längerfristig sichtbar. Die Bundesbank forderte schon 1991 eine strengere „finanzpolitische Notbremse“¹⁸², was von der Regierung aber nicht beachtet wurde. Selbst Art. 115 GG, in dem die Begrenzung der Kreditaufnahme auf die Höhe der Investitionen (mit der Ausnahmeklausel zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts) festgelegt ist, hat das Finanzministerium nicht davon abgehalten, die zusätzlichen Kosten weiterhin durch Kreditaufnahme zu finanzieren.¹⁸³

2. Erhöhung von Steuern, Gebühren und Sozialabgaben

Bundesbankpräsident Pöhl hatte schon vor den Wahlen im Dezember 1990 erklärt, daß – politisch sehr umstrittene – Steuererhöhungen wahrscheinlich notwendig sein würden, um die Kosten der Einheit zu finanzieren.¹⁸⁴ Er widersprach damit der Regierung, die mit Blick auf die Wähler in Westdeutschland immer wieder versicherte, daß höhere Steuern nicht erforderlich wären. Nach der eindeutig zugunsten der Regierung ausgegangenen Wahl verabschiedete das Kabinett Kohl dann aber doch im Februar/März 1991 eines der größten Steuererhöhungs-Pakete der Geschichte. Um dem Vorwurf der Steuerlüge zu entgehen, wurde die Maßnahme vor allem mit dem Golfkrieg begründet, doch darum ging es eigentlich nicht.¹⁸⁵ Die Steuern wurden

¹⁸⁰ Der Anstieg der Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte wurde dadurch gemildert, daß die Zinssätze unter das Anfang der neunziger Jahre erreichte Niveau zurückgingen, vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (3/1997), S. 26.

¹⁸¹ Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (3/1997), S. 23. Vgl. auch: GERMIS, Carsten (1996): Portokasse ohne Boden. Jetzt rächt sich der Versuch, die Einheit größtenteils über Schulden zu finanzieren, in: Der Tagesspiegel, 19.3.1996.

¹⁸² Vgl. TIETMEYER, Hans (1991): Gründe und Grenzen der Staatsverschuldung, in: Deutsche Bundesbank. Auszüge aus Presseartikeln Nr. 35/1991, S. 11-17 (15).

¹⁸³ Vgl. ANDERSEN (1996), S. 231-232.

¹⁸⁴ Pöhls Ansicht nach sei es von den Politikern „schäbig“ gewesen, dreißig Jahre lang die Wiedervereinigung herbeizuwünschen und dann, wenn sie da sei, nicht dafür bezahlen zu wollen, zitiert nach MARSH (1992), S. 283.

¹⁸⁵ Vgl. EBENDA, S. 264.

viel dringender benötigt, um das am 8. März 1991 beschlossene „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ zu finanzieren. Dieses Programm wurde auf zwei Jahre befristet und mit einem zusätzlichen Finanzvolumen von insgesamt 24 Mrd. DM für 1991 und 1992 ausgestattet. Es enthielt eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen zur Förderung von privaten und öffentlichen Investitionen, wie z.B. kommunale Infrastrukturinvestitionen, Wohnungsmodernisierungen, Erhaltungssubventionen, Umweltschutzmaßnahmen und eine zwölfprozentige Investitionszulage, sowie die Bereitstellung von Mitteln für zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.¹⁸⁶

Die Steuererhöhungen zugunsten dieses Vorhabens sahen folgendermaßen aus: Für den Zeitraum vom 1. Juli 1991 bis 30. Juni 1992 wurde ein sogenannter Solidaritätszuschlag zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 7,5 Prozent erhoben. Weiterhin wurden Mineralöl-, Tabak- und Versicherungssteuer erhöht.¹⁸⁷ Das Steuerpaket sollte die Einnahmen des Bundes 1991 um 17 Mrd., 1992 um 27 Mrd. DM verbessern. Bereits zu diesem Zeitpunkt kündigte die Bundesregierung an, nach dem Auslaufen des Solidaritätszuschlags ab 1993 – im Hinblick auf die Steuerharmonisierung in der EG und die Neuregelung der Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern – auch die Mehrwertsteuer zu erhöhen.¹⁸⁸ In den neuen Ländern ist die Erhebung von Vermögenssteuer, Gewerbesteuer und betrieblicher Vermögenssteuer aus investitionsfördernden Gründen zunächst ausgesetzt worden. Auch die Sozialabgaben wurden verändert: Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung stieg ab 1. April 1991 um 2,5 Prozent auf 6,8 Prozent, wurde später wieder um 0,5 Prozent gesenkt und ab 1993 erneut um 0,2 Prozent erhöht. Der Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung sank von 18,7 Prozent um 1 Prozent zum 1. April 1991, ab 1. Januar 1993 nochmals um 0,2 Prozent und stieg zum 1. Januar

¹⁸⁶ Vgl. MÄDING (1992), S. 194.

¹⁸⁷ Die Mineralölsteuer auf verbleites Benzin wurde von 67 auf 92 Pfennig pro Liter, für bleifreies Benzin von 60 auf 82 Pfennig und für Diesel von 44 auf 54 Pfennig angehoben. Gegenüber den Autofahrern werden zur Förderung eines verstärkten Heizöleinsatzes (anstelle von Braunkohle) und der Beheizung mit dem umweltfreundlichen Erdgas seit dem 1. Juli 1991 Heizöl- und Erdgasverbraucher um 2,34 Pfennig je Liter weniger belastet. Zur Abschwächung der Belastungen der angehobenen Mineralölsteuer wurde die Kilometerpauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte von 50 auf 65 Pfennig erhöht. Die Versicherungssteuer stieg von 7 auf 10 Prozent, die Tabaksteuer um einen Pfennig pro Zigarette ab 1.1.1992. All diese Erhöhungen waren unbefristet, vgl. PILZ (1992), S. 176; HICKEL/PRIEWE (1994), S. 164.

¹⁸⁸ Zumindest die Berufung auf die EG-Steuerharmonisierung ist nicht überzeugend, da die Mehrwertsteuersätze der Bundesrepublik innerhalb der von der EG-Kommission vorgeschlagenen Spannen liegen, vgl. HÖHNEN (1991), S. 312.

1994 auf 19,2 Prozent, sank dann wieder auf 18,6 Prozent für 1995, stieg erneut auf 19,2 Prozent für 1996 und auf 20,3 Prozent für 1997 und 1998.

Auch die alten Bundesländer und der Bund mußten sich am „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ zusätzlich zu den bisher geleisteten Beiträgen beteiligen. Die Konferenz der Ministerpräsidenten hatte in Abänderung des Einigungsvertrags schon vor dem Beschluß über die Steuererhöhungen Ende Februar festgelegt, daß die fünf neuen Länder ab 1991 voll an der Umsatzsteuer beteiligt werden sollten, was den alten Länder im Jahr 1991 einen Einnahmenverlust von 4,8 Mrd. DM bescherte. Gleichzeitig verzichtete der Bund auf seinen 15-Prozent-Anteil am Fonds „Deutsche Einheit“ (1991: 5,3 Mrd. DM). Mit diesen Mitteln sollte die Finanzausstattung der neuen Länder und ihrer Kommunen im Umfang von rund 10 Mrd. DM verbessert werden. Darüber hinaus profitierten die neuen Bundesländer von weiteren Einzelleistungen des Bundes, die sie aus den Etats verschiedener Ministerien als reguläre oder als Sonderleistungen erhielten.¹⁸⁹ Der Beitrag des Bundes zur Einheitsfinanzierung im Jahr 1991 betrug nun insgesamt mehr als das Zehnfache des vorherigen Finanzplanungsansatzes, summa summarum ein Volumen von rund 100 Mrd. DM.

Doch auch das Programm „Aufschwung Ost“ war in Umfang und Befristung nicht ausreichend. Im Spätsommer 1991 sah sich die Regierung erneut gezwungen, die Mittel für Ostdeutschland aufzustocken. Der Bund erhöhte seinen Beitrag zum Fonds „Deutsche Einheit“ um 3,45 Mrd. DM pro Jahr, und die Strukturhilfe, die bis dahin in strukturschwache alte Bundesländer geflossen war, wurde ebenfalls in den Fonds eingebracht (2,45 Mrd. DM); als Ausgleich erhielten die bisherigen westlichen Teilnehmerländer eine einmalige Zahlung von 1,5 Mrd. DM.¹⁹⁰ Ab 1. Januar 1993 wurde – wie 1992 schon angekündigt – der Mehrwertsteuersatz von 14 auf 15 Prozent erhöht, wobei der niedrigere Steuersatz von 7 Prozent für Nahrungsmittel unverändert blieb. Die Mehreinnahmen von knapp 11 Mrd. DM (1993) und rd. 13 Mrd. DM (1994) dienten erneut der Finanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ und kamen damit ausschließlich den ostdeutschen Ländern zugute. Ebenfalls zum 1. Januar 1993 wurde die Zinsabschlagssteuer eingeführt und die Versicherungssteuer nochmals ab 1. Juli

¹⁸⁹ Vgl. SINN/SINN (1993), S. 29.

¹⁹⁰ Vgl. PILZ (1992), S. 177-179; VESPER (1995), S. 372.

1993 um 2 Prozentpunkte erhöht. Der Umsatzsteueranteil der Länder wurde, wie ebenfalls schon 1992 festgelegt, von 35 auf 37 Prozent gesteigert.

Aber die Mittel reichten erneut nicht aus. Infolgedessen wurde im Rahmen des „Föderalen Konsolidierungsprogramms“ (auch „Solidarpakt“ genannt) vom März 1993 beschlossen, den Solidaritätszuschlag zur Einkommenssteuer und Körperschaftsteuer in Höhe von 7,5 Prozent, der am 30. Juni 1992 ausgelaufen war, zum 1. Januar 1995 erneut einzuführen, dieses Mal zeitlich unbegrenzt. Allein dadurch wurde das Steueraufkommen des Bundes um 26 Mrd. DM erhöht. Der Solidarzuschlag ist 1997 auf 6,5 Prozent und 1998 auf 5,5 Prozent gesenkt worden. Ebenfalls ab Anfang 1995 sollten die neuen Bundesländer in den Länderfinanzausgleich einbezogen werden. Außerdem wurden die Vermögenssteuer und erneut die Versicherungssteuer (um weitere 3 Prozent) angehoben.¹⁹¹

Steuererhöhungen waren und sind eines der politisch umstrittensten Finanzierungsmittel im Prozeß der Deutschen Einheit. Einerseits gibt es unterschiedliche Meinungen über die Wirkungen einer Steuererhöhung: der Sachverständigenrat warnte vor ihr, die Bundesbank forderte sie.¹⁹² Das Thema wurde aber auch zu einem parteipolitischen Spielball. Sicherlich wird eine Steuererhöhung immer einen Teil der Bevölkerung verstimmen, denn aus der Sicht des Steuerzahlers wiegt die Mark, die er aufgrund einer Steuererhöhung bezahlt, immer deutlich mehr als die, die er durch eine Steuersenkung spart. Diese Gunst des Steuerzahlers wollte sich das Kabinett Kohl unbedingt erhalten und hat deshalb *„in unverantwortlicher, kurzsichtiger Weise auf die Thematisierung eines tragfähigen Finanzierungskonzepts verzichtet und unvermeidbare Abgabenerhöhungen verdrängt“*¹⁹³.

Im Falle der Einheit wäre das Verschleiern von Steuererhöhungen wahrscheinlich gar nicht nötig gewesen. Aufgrund der Umstrukturierungen im Rahmen des europäischen Binnenmarkts und der Verbesserung der Wettbewerbsstrukturen hatte es in

¹⁹¹ Vgl. EBENDA, S. 374.

¹⁹² Wird die Steuererhöhung voll auf den Konsumenten überwält, besteht die Gefahr inflationärer Impulse und einer Lohn-Preis-Spirale. Gelingt die Überwälzung dagegen nicht, so gehen die höheren Steuern zu Lasten der Gewinne der Unternehmen, und die Investitionsrentabilität sowie die Investitionsfähigkeit verschlechtern sich weiter. Auch aus diesem Grund sollte mittelfristig die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vor allem über die Ausgabenseite erfolgen, vgl. FUEST/KROKER (1993), S. 47. Die Bundesbank allerdings sah Steuererhöhungen als notwendig an, um die hohe Nettokreditaufnahme des Bundes zu begrenzen.

¹⁹³ HICKEL/PRIEWE (1994), S. 139.

den Jahren zuvor merkbare Lohn- und Einkommenssteuersenkungen gegeben. Außerdem war den Bürgern die Einmaligkeit und große Herausforderung der Deutschen Einheit bewußt – sie hätten für einheitsbedingte Steuererhöhungen vermutlich sogar Verständnis gehabt. Nicht verstanden haben sie hingegen, daß man diese allein aus wahltaktischen Überlegungen hinauszögerte. Der Solidaritätszuschlag, der erst eingeführt, dann wieder abgeschafft und zwei Jahre später erneut erhoben wurde, ist das beste Beispiel dafür.¹⁹⁴

Welche Steuerform finanzwirtschaftlich am sinnvollsten war, ist umstritten. Einerseits, so wird argumentiert, habe der Solidaritätszuschlag eine regressive Wirkung, weil die Erhöhung von Einkommen- und Körperschaftssteuer negative Wirkungen auf den Leistungswillen habe und die „kalte“ Progression sowieso zu höheren Steuereinnahmen führe.¹⁹⁵ Andererseits sei der Solidaritätszuschlag gerechter als die Anhebung der Mehrwertsteuer, gerade weil er eben an der Leistungsfähigkeit der Bürger anknüpfe und die Belastung mit steigenden Einkommen überproportional zunähme. Eine Erhöhung der indirekten Steuern und der Sozialabgaben würden die unteren und mittleren Einkommensschichten, auch Rentner, Arbeitslose und andere Transfereinkommensbezieher vergleichsweise stärker belasten.¹⁹⁶ Insofern hat die Bundesregierung also eine Mischung von direkten und indirekten Steuern durchgesetzt, wobei – zumindest während der Phase der Abschaffung des Solidaritätszuschlags – ein größeres Gewicht auf den indirekten Steuern lag.

3. Einsparungen im Bundeshaushalt und zusätzliche Einnahmen

Eine Überprüfung der bestehenden Ausgabenstruktur und die Suche nach Kürzungsmöglichkeiten im Bundeshaushalt wäre im Grunde das nächstliegende Instrument zur Finanzierung der Einheit gewesen.¹⁹⁷ Die Kürzung der Verteidigungsausgaben und der ständig gestiegenen Subventionen (Finanzzuweisungen und Steuervergünstigungen) boten sich hierbei besonders an. Der damalige Wirtschaftsminister Haussmann hatte versprochen, 1991 im Haushalt so mindestens 10 Mrd. DM Subventionen

¹⁹⁴ Vgl. HANKE, Thomas (1997): Tricks mit Fonds. Der Solidaritätszuschlag wird auf Pump gesenkt, in: Die Zeit, 10.10.1997.

¹⁹⁵ Vgl. ANDERSEN (1996), S. 234.

¹⁹⁶ Vgl. VESPER (1995), S. 372-373; HICKEL/PRIEWE (1994), S. 161-170.

¹⁹⁷ Vgl. z.B. SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (1991): Marktwirtschaftlichen Kurs halten. Zur Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer, Sondergutachten vom 13.4.1991, S. 11.

einzusparen. Aber in Besitzstände einzugreifen war wegen der starken Interessenverbände politisch fast noch schwieriger als die Durchsetzung von Steuererhöhungen. Nach massiven öffentlichen Protesten (besonders eindrucksvoll bei IG Bergbau und Energie) nahm die Bundesregierung große Teile ihrer ersten zaghaften Ansätze zum Subventionsabbau, z.B. die langfristige Reduzierung von Knappheitszuschüssen, sofort zurück.¹⁹⁸ Auch die Idee einer generellen prozentualen Subventionskürzung, die verteilungspolitisch zwar nicht sinnvoll, aber realpolitisch leichter durchzusetzen gewesen wäre, wurde abgelehnt.¹⁹⁹

Erst im „Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm“ (SKWP) vom Herbst 1993 kam es zu größeren Einsparungen im Bundeshaushalt, das Entlastungsvolumen sollte 21 Mrd. DM für das Jahr 1994 betragen und auf über 28 Mrd. DM in den folgenden Jahren ansteigen. Ein solches Konzept war nötig geworden, weil der Finanzbedarf für die neuen Bundesländer erneut gestiegen war, ergänzt durch die Belastungen des Konjunkturabschwungs in Westdeutschland. Die im SKWP enthaltenen Einsparungen gingen jedoch zum größten Teil zu Lasten der Sozialleistungen. Das Kindergeld und das Erziehungsgeld wurden stärker einkommensabhängig. Außerdem wurden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld sowie das Unterhaltsgeld abgesenkt. Überdies waren noch Kürzungen bei Sozial- und Arbeitslosenhilfe geplant, die aber, weil man im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat zu keinem Kompromiß kam, modifiziert und teilweise fallengelassen werden mußten. Im gleichen Paket wurde ein, wenn auch nur kleiner Teil der Steuervorteile eingeschränkt. U.a. wurde die Arbeitnehmer-Sparzulage in den alten Ländern gestrichen, und es gab Einschränkungen des Mißbrauchs der Übergangsregelungen zur Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit. Das sollte zum gesamten Volumen 5-6 Mrd. DM beitragen, 1994 waren es aber tatsächlich nur 1,4 Mrd. DM.

Weitere Einsparungen im Bundeshaushalt betrafen den Wegfall der Berlinhilfe und der Zonenrandförderung und auch anderer teilungsbedingter Ausgaben, die von Waigel im März 1990 in einer weiten Abgrenzung mit etwa 40 Mrd. beziffert waren. Im Finanzplan 1991-1994 erhoffte man sich ca. 7,6 Mrd. DM Einsparungen im Vertei-

¹⁹⁸ Vgl. ANDERSEN (1996), S. 230.

¹⁹⁹ Vgl. EBENDA, S. 231.

digungshaushalt und 0,5 Mrd. aus Privatisierungserlösen, die so allerdings nicht realisiert wurden.²⁰⁰ Auch die Veräußerung des staatlichen Unternehmensvermögen der DDR wurde in der Anfangsphase enorm überschätzt und hat letztlich per Saldo ein gewaltiges Minus eingebracht. Trotz Privatisierungserlösen in Höhe von 67 Mrd. DM schloß die Bilanz der Treuhand Ende 1994 negativ mit einem Defizit von 256,4 Mrd. DM (darin enthalten sind u.a. auch Altschulden der DDR-Betriebe).²⁰¹

Ferner flossen zusätzliche Einnahmen aus Steuer- und Verwaltungseinnahmen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR in die Bundeskasse. Die Steuereinnahmen stiegen von 31 Mrd. DM im Jahre 1991 auf 45 Mrd. DM 1997, die Verwaltungseinnahmen betrug gleichbleibend ca. 2 Mrd. DM pro Jahr (vgl. Tabelle 7).

4. Strukturhilfen der Europäischen Union und weitere Finanzierungsinstrumente

Die Mittel aus den Strukturfonds²⁰² der Europäischen Union leisteten einen nicht unerheblichen Beitrag zur Finanzierung der deutschen Einheit. Mit dem Beitritt der DDR wurde das gesamte Gebiet der neuen Länder als „Ziel 1-Region“ in das Förderkonzept der Europäischen Union einbezogen.²⁰³ Am 4. Dezember 1990 war den neuen Bundesländern bereits ein Beihilfevolumen von 3 Mrd. Ecu (ca. 6 Mrd. DM) zur Verfügung gestellt worden. Im März 1991 wurde dann von der Europäischen Gemeinschaft das Sonderprogramm „Gemeinschaftliches Förderkonzept 1991-1993“ in Kraft gesetzt, das die Entwicklungsschwerpunkte, die Interventionsformen und einen Finanzierungsplan enthielt.²⁰⁴ Zusätzlich zu diesen Mitteln wurden 2,5 bis 3 Mrd.

²⁰⁰ Vgl. EBENDA, S. 230; HÖHNEN (1991), S. 310.

²⁰¹ Vgl. BUNDESANSTALT FÜR VEREINIGUNGSBEDINGTE SONDERAUFGABEN (1995): Abschlußstatistik der Treuhand per 31.12.1994, Berlin; Tabelle 16.

²⁰² Die Europäischen Strukturfonds bestehen seit 1986 aus: Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE, auch „Regionalfonds“ genannt), Europäischer Sozialfonds (ESF), Europäischer Fonds für Ausrichtung und Garantie in der Landwirtschaft – Abteilung Ausrichtung (EAGFL-A) – und dem Finanzierungsinstrument zur Ausrichtung der Fischerei (FIAP). Sie haben fünf Ziele: Die Förderung der Entwicklung und der strukturellen Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand, die Umstellung der Regionen, Grenzregionen oder Teilregionen, die von der rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind, die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, die beschleunigte Anpassung der Agrarstrukturen und die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums.

²⁰³ Vgl. hierzu BIEHL, Dieter (1993): Die Rolle des EG-Regionalfonds bei der Regionalpolitik und ihre Finanzierung in den neuen Bundesländern, in: HANSMEYER (1993a), S. 11-38.

²⁰⁴ Vgl. EG-KOMMISSION (1991): Gemeinschaftliches Förderkonzept 1991-1993 für die Gebiete Ost-Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen, Bundesrepublik Deutschland, Luxemburg, S. 29ff.

Ecu über Ausleihungen der Europäischen Investitionsbank, der EGKS und ähnliches bereitgestellt.²⁰⁵ Die Hälfte der Strukturfondsmittel war für die regionale Wirtschaftsförderung vorgesehen, die andere Hälfte teilte sich auf den Sozialfonds (60 Prozent) und die Landwirtschaftsförderung (40 Prozent) auf. Sie beliefen sich insgesamt auf 1-1,5 Prozent der gesamten Nettotransfers in dieser Zeit. Die Strukturförderung ist für 1994-1999 auf 13,6 Mrd. Ecu deutlich aufgestockt worden, wodurch ihr Anteil an den Gesamtleistungen für Ostdeutschland anstieg, bis auf zuletzt 3 Prozent der Nettotransfers. In den Bereichen Wirtschaft, Infrastruktur und Arbeitsmarkt machten die Strukturfondsmittel 1996 sogar 4,5 Prozent der Transfermittel aus.²⁰⁶ Insgesamt erhält Deutschland bis 1999 mit 18,7 Mrd. Ecu den zweithöchsten Betrag aus den Strukturfonds nach Spanien. Berechnet im Verhältnis zum BIP ist das jedoch weniger als die europäische Hilfe für Länder wie Portugal und Griechenland, die rund 2 bis 5 Prozent des BIP ausmachen.²⁰⁷

Vorschläge für weitere Finanzierungsinstrumente gab und gibt es viele. Eine fünfjährige Zwangsanleihe oberhalb einer bestimmten Freigrenze, deren Verzinsung auf einen Inflationsausgleich beschränkt bleiben sollte, war von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik vorgeschlagen worden.²⁰⁸ Andere Vorschläge beinhalteten zeitlich befristete Investitionshilfeabgaben der westdeutschen Unternehmen, die Veräußerung staatlicher Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen in den alten Bundesländern, ein Immobilienleasing für öffentliche Infrastrukturprojekte, die Einführung einer allgemeinen Arbeitsmarktabgabe zur Entlastung der Sozialversicherung, ein erweiterter Soldiaritätszuschlag, eine niedrigere Umsatz- und Gewerbesteuer in Ostdeutschland, einen neuen Lastenausgleich mittels einer Vermögensab-

²⁰⁵ Vgl. WEGNER (1995), 146-147; HOFFMANN (1993), S. 126-127.

²⁰⁶ Vgl. IFO-INSTITUT DRESDEN (Hrsg.) (1997): Die Europäischen Strukturfonds in den neuen Bundesländern, München, S. 27. Vgl. auch: O.V. (1993b): EG-Milliarden für Ostdeutschland. Nach Tauziehen einigen sich Finanzminister auf die Regionalhilfe, in: Süddeutsche Zeitung, 5.7.1993.

²⁰⁷ Vgl. WEGNER (1995), S. 146-147.

²⁰⁸ Vgl. ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK (1991): Memorandum 1991. Gegen Massenarbeitslosigkeit und Chaos – Aufbaupolitik in Ostdeutschland, Köln, S. 266. Doch diese Idee wurde sofort zurückgewiesen, weil man sich damit den „Ast absägen würde, an dem vor allem der ganze Vorgang der wirtschaftlichen Vereinigung hängt“, so SCHILLER (1994), S. 74.

gabe und die Einbringung der Goldreserven der Bundesbank zur Finanzierung der Einheit.²⁰⁹ All diese Empfehlungen wurden nicht verwirklicht.

5. Politische Einschätzung der Finanzierungsinstrumente

Bei der Finanzierung der Deutschen Einheit hat sich also gezeigt, daß die Verschuldung das wichtigste und gebräuchlichste Finanzierungsinstrument wurde, wohingegen Steuererhöhungen und Ausgabeneinsparungen weit weniger genutzt wurden.²¹⁰ Sowohl Steuererhöhungen als auch die Kreditfinanzierung haben prinzipielle Nachteile, und zu welchem Mittel eine Regierung greift, ist letztlich eine Entscheidung zwischen zwei Übeln. Gegen eine Steuererhöhung spricht die plötzliche Marktreaktion, wogegen Kreditaufnahmen eher graduelle Veränderungen ökonomischer Größen bewirken, auf die sich Private und Staat flexibel einrichten können. Ferner können Kredite relativ zügig getilgt werden; Steuererhöhungen dagegen sind politisch und institutionell schwieriger abzubauen. Eine Steuerfinanzierung ist auch dann problematisch, wenn das Ausmaß des zusätzlich benötigten Finanzvolumens nur schwer zu übersehen ist, in diesem Fall sind Kredite anpassungsfähiger. Der Nachteil der Kreditfinanzierung besteht darin, daß eine Regierung eine besonders solide Finanzpolitik betreiben muß, um verläßlich und kreditwürdig zu bleiben. Zum zweiten geht ihr bei hohen Krediten der finanzpolitische Haushaltsspielraum zunehmend verloren, weil allein für Zinszahlungen schon ein Großteil der Einnahmen benötigt wird. Zum dritten kann eine hohe Nettokreditaufnahme in zu großem Ausmaß zur Überwälzung heutiger Lasten auf die zukünftigen Generationen führen.²¹¹ Im Prozeß der deutschen Einheit wären frühere und umfassendere Steuererhöhungen vermutlich finanzpolitisch sinnvoller gewesen, zumal sie auch innerhalb der Bevölkerung – wie schon erwähnt – sicherlich auf Verständnis gestoßen wären. Dadurch, daß die Regierung dies zunächst strikt ablehnte und stattdessen extensiv zur politisch einfacher durchzusetzenden Nettokreditaufnahme griff, untergrub sie ihre Glaubwürdigkeit. Außerdem hat sie durch die Kreditfinanzierung expansive Konjunktur-

²⁰⁹ Vgl. hierzu insbesondere: HICKEL/PRIEWE (1994), S. 206-214; ANDERSEN (1996), S. 235; HARTWIG/PIES (1994), S. 166; SINN/SINN (1993), S. 230.

²¹⁰ „Die Rechnungen kamen später und damit unweigerlich der Katzenjammer“, kommentierte Prof. Wegner, Leiter des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle, das Problem, zitiert nach WEGNER (1995), S. 60.

politik in großem Ausmaß betrieben und sich für den späteren Verlauf des Einheitsprozesses den finanzpolitischen Spielraum genommen, um die beginnende Rezession abzuschwächen. Auch das Hin und Her über die Einführung, Suspendierung und Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags zeugte nicht unbedingt von einer vorausschauenden, soliden Finanzpolitik.²¹² In den letzten Jahren hat sich die Bedeutung der Finanzierungsinstrumente allerdings verlagert: Die Verschuldung wurde – nicht zuletzt im Hinblick auf die Erfüllung der Maastricht-Kriterien für die Einführung des Euro – eingeschränkt, Steuern und Ausgabeneinsparungen übernahmen einen größeren Anteil. Insbesondere die Sozialabgaben wurden erhöht und die Ausgaben vor allem für die soziale Sicherung beschnitten.²¹³

Letztlich läßt sich feststellen, daß bei der Finanzierung der Deutschen Einheit weitgehend „auf Sicht“ gefahren wurde. Die verantwortlichen Politiker verkannten die Situation und stellten sich den Problemen immer nur dann, wenn sie nicht mehr zu ignorieren waren. Der Grund dafür war zum einen, daß die Regierung nicht wahrhaben – oder es der Bevölkerung zunächst verheimlichen – wollte, daß die Einheit teuer würde als zunächst erhofft, und zum zweiten, daß die Kosten der Einheit tatsächlich erst im Laufe der Zeit offensichtlich wurden. Diese Fehleinschätzungen führten u.a. dazu, daß der Fonds „Deutsche Einheit“ mehrfach aufgestockt werden mußte, das Anschubprogramm „Aufschwung Ost“ 1991 ebenso wie der „Solidarpakt“ 1993 zu knapp befristet waren und die Erhöhung der Sozialabgaben und die Einsparungen im Bundeshaushalt ab 1994 vor allem die sozial Schwächeren belasteten. Gruppen mit starken Interessenvertretungen hatten kaum Einsparungen hinzunehmen.

V. Träger der Finanzierung und Lastenverteilung

Großes Engagement war und ist auch weiterhin nötig, um die Wirtschaft in Ostdeutschland zu unterstützen. Die Einnahmen müssen stabilisiert werden, weil die

²¹¹ Vgl. KRAUSE-JUNK, Gerold (1990): Die Finanzierung der deutschen Einheit und Art. 115 I, 2 GG, in: Wirtschaftsdienst 12/1990, S. 607-610 (608).

²¹² Vgl. VESPER (1995), S. 382. Vgl. dazu ferner: HERZ, Wilfried (1992): Vom Traum zum Trauma, in: Die Zeit, 11.9.1992.

²¹³ Vgl. VESPER (1995), S. 374; FRITZSCHE, Bernd u.a. (1995): Konsolidierungs- und Wachstumserfordernisse – Fiskalperspektiven der Bundesrepublik in den neunziger Jahren, in: RWI-Mitteilungen 1/1995, S. 1-21 (2). Daß nur Schuldenabbau und Steuersenkungen neue Handlungsspielräume in der Finanzpolitik schaffen können, ergab eine Studie des Bundesfinanzmi-

Möglichkeiten, Markteinkommen zu erzielen, zunächst begrenzt waren und sind. Die Infrastruktur und Verwaltung mußten auf-, aus- und umgebaut sowie modernisiert, die Sozialversicherungen unterstützt und die Aktivitäten der Treuhandanstalt finanziert werden. Es sollten so attraktive Standortbedingungen für private Investitionen und neue Arbeitsplätze geschaffen werden, nicht zuletzt durch massive Gewährung von Wirtschafts- und Investitionsförderung und durch den Abbau von Investitionshemmnissen.²¹⁴ Der weit überwiegende Teil der Mittel für diese Aufgaben stammte aus den Öffentlichen Haushalten (80 Prozent der Bruttotransfers), vor allem aus dem Bundeshaushalt (ca. 60 Prozent). Gut 20 Prozent der Transfers wurden von Beitragszahlern der Arbeitslosen- und Rentenversicherung in Westdeutschland aufgebracht. Die restlichen Anteile entfielen auf die Länder und Gemeinden (5 Prozent), Europäische Union (3 Prozent ohne Agrarsektor) sowie auf die Sondervermögen Treuhandanstalt (7 Prozent) und Fonds „Deutsche Einheit“ (gut 4 Prozent).²¹⁵ (Berechnet auf Grundlage von Tabelle 7.²¹⁶)

1. Bundeshaushalt

Die Finanzhilfen des Bundes für Ostdeutschland summierten sich 1990 auf insgesamt auf etwa 53 Mrd. DM. Der jährliche Beitrag stieg bis 1993/1994 an, als er seinen Höchststand mit 114 Mrd. DM erreichte. Seitdem sank zwar die Gesamtsumme der Ist-Ausgaben stetig bis 1997, die Gesamtsumme der Leistungen, die seit 1995 Einnahmeminderungen aus der Neuregelung des Finanzausgleichs und ab 1996 geringere Einnahmen durch die Systemänderung beim Kindergeld sowie das Regionalisierungsgesetz für den Schienen-Personen-Nahverkehr (SPNV) enthielt, stieg jedoch auf 138 Mrd. DM im Jahr 1996 und 131 Mrd. DM im Jahr 1997. Das Soll für 1998 und der Regierungsentwurf 1999 sehen wieder höhere Ausgaben (95 Mrd.

nisteriums relativ spät, vgl. O.V. (1996b): Waigel: Bonner Finanzpolitik muß über das Jahr 2000 hinausschauen, in: Süddeutsche Zeitung, 22.3.1996.

²¹⁴ Vgl. VESPER (1995), S. 377; WEGNER (1995), S. 78.

²¹⁵ Eigene Berechnungen nach den Angaben des Finanzministeriums. Lichtblau nennt in seinem Artikel andere Zahlen: Öffentliche Haushalte 72 Prozent, Arbeitslosen- und Rentenversicherung in Westdeutschland 14 Prozent, EU 3 Prozent, Treuhandanstalt 7 Prozent, Fonds Deutsche Einheit 7,5 Prozent, vgl. LICHTBLAU (1998), S. 201.

²¹⁶ Tabelle 7 und Tabelle 8 stellen zwei unterschiedliche Berechnungen der Brutto- und Nettoleistungen der öffentlichen Haushalte an die neuen Länder dar. Die verschiedenen Endsummen sollen illustrieren, daß die Abgrenzungen der Berechnungen sehr unterschiedlich und kaum vergleichbar sind, weil hier verschiedene Daten als Berechnungsgrundlage benutzt und unterschiedlich interpretiert werden.

DM) und demnach auch höhere Leistungen (140 Mrd. DM) pro Jahr vor (vgl. Tabelle 9). Insgesamt entspricht das Ist-Ausgaben von 673 Mrd. DM und Leistungen von 715 Mrd. DM in den Jahren 1991-1997. Für den Fonds „Deutsche Einheit“ zahlte der Bund zwischen 1991 bis 1994 Zuschüsse in Höhe von 47,6 Mrd. DM (vgl. Tabelle 9, I., Zeile 15) und zwischen 1990 und 1994 11,8 Mrd. an Schuldendienstleistungen (vgl. Tabelle 10), zusammen knapp 60 Mrd. DM.

Der Bund hat einen Anteil von 23 Prozent direkt an die Länder- und Gemeinden in den neuen Ländern gezahlt, dazu gehörten z.B. Leistungen für den kommunalen Straßenbau, den Ausbau von Hochschulen, Wohnungen und Pflegeeinrichtungen, BAföG, Wohngeld, Kindergeld u.a.. Das summierte sich von 1991-1997 auf 159 Mrd. DM, (1997: rund 15 Mrd. DM, vgl. Tabelle 9). In diesen Zusammenhang gehören auch die Aufwendungen des Bundes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben „Regionale Wirtschaftsstruktur“ und „Agrar“ und des Gemeinschaftswerks „Aufbau Ost“. Das letztere gilt als das bislang umfangreichste Subventions- und Infrastrukturförderprogramm der Nachkriegsgeschichte.

Eine „Gemeinschaftsaufgabe“ wird in Planung und Finanzierung von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam getragen, wenn Güter und Leistungen erstellt werden, die überregional bedeutsam sind. Die „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ erstreckt sich auf drei Felder: die Infrastrukturinvestitionen, die gewerblichen Investitionen sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wohnungs- und Städtebau, Forschung, Umweltschutz.²¹⁷ Mit dem Einigungsvertrag wurde dieses Regionalkonzept, das schon vor der Einigung für die alten Bundesländer existierte, unverändert auf die neuen Bundesländer übertragen, und Ostdeutschland erhielt für einen Übergangszeitraum von fünf Jahren sogar einen Sonderstatus mit einem bis zu 7 Prozent höheren Fördersatz als die alten Bundesländer. Zwar gelten auch nach dem Ablauf dieser Frist alle neuen Bundesländer und Berlin als so stark unterentwickelt, daß sie bis 2001 vollständig in die regionale Strukturförderung aufgenommen wurden, seit 1997 werden allerdings die Fördersätze differenziert.²¹⁸

²¹⁷ Vgl. WEGNER (1995), S. 82-83.

²¹⁸ Vgl. MIHM, Andreas (1998): Nahaufnahmen aus dem wilden Osten, in: Der Tagesspiegel, 13.8.1998.

Zu gut 40 Prozent gingen die Leistungen des Bundes nicht über Länder und Gemeinden, sondern als Arbeitslosenhilfe, ABM-Maßnahmen und Sozialversicherungsleistungen direkt an die Bevölkerung (1991-1997: 289 Mrd. DM, 1997: 41 Mrd. DM, vgl. Tabelle 9). Zu den sonstigen Aufgaben des Bundes gehören der überregionale Ausbau von Straßen, Eisenbahnstrecken und Bundeswasserstraßen, die Ausgaben für die Verteidigung, Lehrstellenprogramme u.a. Dafür wurde etwas mehr als ein Drittel der gesamten Bundeshilfen zur Verfügung gestellt, 1991-1997 insgesamt 255 Mrd. DM (1997: 30 Mrd. DM, vgl. Tabelle 9).

Die Bundesregierung sah und sieht es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, zur Belebung der Wirtschaft durch Subventionen private Investitionen zu fördern. Diese Fördermaßnahmen sollten – als Kreditprogramm oder steuerliche Vergünstigung – die Transformation für eine Übergangszeit durch direkte, angebots- und strukturpolitische Maßnahmen begleiten. Dafür wandten der Bund, Länder, Gemeinden und EU bis Ende 1996 ca. 220 Mrd. DM auf.²¹⁹

Die wichtigste Fördermaßnahme²²⁰ war die allgemeine Investitionszulage, sozusagen eine steuerfreie Prämie für Ausrüstungsinvestitionen, die bis Mitte 1992 in Höhe von 12 Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten gewährt wurde, danach bis Ende 1994 mit 8 Prozent und bis Ende 1996 mit 5 Prozent (für mittelständische Betriebe weiterhin 10 Prozent). 1996 wurde die allgemeine Investitionszulage von 5 bzw. 10 Prozent – beschränkt auf das Verarbeitende Gewerbe – nochmals für weitere zwei Jahre gewährt, sie wird ab 1999 nochmals modifiziert weiterlaufen (vgl. Tabelle 12). Bis Ende 1996 wurden dafür 21,7 Mrd. DM aufgewandt.

Die Zulage konnte mit einer zunächst bis Ende 1996 befristeten Sonderabschreibung auf gewerbliche Ausrüstungen (einschließlich des privaten Mietwohnbaus) in Höhe von 50 Prozent der Herstellungskosten (zusätzlich zur linearen AfA) kombiniert werden, die zum 1. Juli 1991 eingeführt worden war. Auch die Sonderabschreibungen wurden, wenn auch in den einzelnen Bereichen in reduziertem Umfang, bis Ende 1998 fortgesetzt, danach laufen sie aus. Diese steuerlichen Vergünstigungen machten insgesamt bis Ende 1996 40,3 Mrd. DM aus.

²¹⁹ Hierzu und zu dem folgenden vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (7/1995): Fortschritte im Anpassungsprozeß in Ostdeutschland und der Beitrag der Wirtschaftsförderung, in: Monatsbericht Juli 1995, S. 39-66 (56).

²²⁰ Einen Überblick über die verschiedenen Fördermaßnahmen bietet Tabelle 11.

Investitionszuschüsse wurden im Rahmen der oben beschriebenen Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ seit 1990 gewährt und betragen zwischen 15-23 Prozent der gewerblichen Investitionen (ohne Wohnungsbau). Über ihre Höhe und Berechtigung entschieden die Länder. Diese Zuschüsse wurden ab 1997 modifiziert, sind aber im Prinzip solange gültig, wie Ostdeutschland als strukturschwach eingeschätzt wird. Bis Ende 1994 wurden hier von Bund, Ländern und der EU rund 42 Mrd. DM ausgezahlt. Davon kam der größte Teil der gewerblichen Wirtschaft zugute, der Rest war zur Unterstützung von wirtschaftsnahen Infrastrukturprojekten auf kommunaler Ebene bestimmt, die damit z.T. rund 70 Prozent ihrer Anschaffungskosten abdecken konnten.²²¹

Bei den Kreditprogrammen stieß das European Recovery Program (ERP) auf die größte Resonanz. In Rahmen dieses Programms waren ab 1990 langfristige Kredite mit niedrigen Zinsen für Existenzgründungen, Unternehmensmodernisierungen und Umweltschutzinvestitionen in Ostdeutschland zu erhalten, die bis zu 50 Prozent der Investitionssumme ausmachen konnten.²²² Außer dem ERP gab es noch weitere Programme für Investitions- und Kommunalkredite, zur Eigenkapitalhilfe und für Investitionen zur Verbesserung der Wohnsubstanz. Die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die Deutsche Ausgleichsbank und die Berliner Industriebank waren teils gemeinsam, teils allein mit der Durchführung dieser Programme betraut.²²³ Insgesamt wurden bis Ende 1994 Kredite in Höhe von 117,5 Mrd. DM ausgezahlt, bis Ende 1996 hat der Bund diese Kreditprogramme mit 124,29 Mrd. DM unterstützt (berechnet auf der Grundlage von Tabelle 11).²²⁴

Ein weiteres Investitionsförderinstrument waren die Kreditbürgschaften der öffentlichen Hand, die Kredite bis zu 80 Prozent absicherten. Dafür wurden spezielle Bürgschaftsbanken eingerichtet, die von den Industrie- und Handelskammern sowie den

²²¹ Auch diese Fördermaßnahme konnte mit Investitionszulage und Sonderabschreibung kombiniert werden. Insgesamt durften jedoch maximal ein Drittel der Investitionskosten durch die Öffentliche Hand rückvergütet werden, vgl. VESPER (1995), S. 371.

²²² Zur Finanzierung dieses Programms wurden Kredite am Kapitalmarkt aufgenommen, die sich 1992 bereits auf 60 Prozent der Gesamtausgaben beliefen. Dies geschah aber im Rahmen des Nebenhaushalts „ERP-Sondervermögen“, nicht aus dem Bundeshaushalt. Durch die Kreditaufnahmen stieg jedoch der Zinsanteil an den Ausgaben. Diese Zinsverbilligung für Darlehen des ERP-Sondervermögens führte zu Ausgaben im Haushalt des Bundes von knapp 10 Mrd. DM Umfang, vgl. auch: DEUTSCHE BUNDESBANK (5/1993), S. 44-45.

²²³ Vgl. FUEST/KROCKER (1993), S. 21.

²²⁴ Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (7/1995), S. 56.

Spar- und Genossenschaftsbanken getragen werden.²²⁵ Außerdem wurden Liefer- und Zahlungsgarantien für westdeutsche Unternehmen vergeben, die ihnen bis zu 80 Prozent des Lieferwertes bzw. des Finanzierungsvolumens durch den Bund garantierten. Eine weitere Fördermaßnahme bestand darin, daß westdeutsche Unternehmen steuerfreie Rücklagen für Anlaufverluste westdeutscher Tochtergesellschaften in Ostdeutschland bilden durften. Weiterhin kam investitionsfördernd die (temporäre) Befreiung von der Gewerbesteuer- und Vermögenssteuer hinzu.

Für den Außenhandel Ostdeutschlands hat sich die Bundesregierung besonders engagiert. Sie übernahm ab Juli 1990 Ausfuhrgarantien und Ausfuhrbürgschaften für Exporte Ostdeutschlands, sogenannte Hermes-Bürgschaften. Diese wurden zum 1. Juli 1994 reformiert, weil die Defizite ein zu großes Ausmaß annahmen; allein in den Jahren 1991-1993 entstanden kassenmäßige Defizite in Höhe von 6,7 Mrd.²²⁶ DM. Angesichts der großen Bedeutung der Sowjetunion als Handelspartner der DDR liefen weitere Sonderprogramme. Bis Ende 1990 gab es zur Rettung der Exporte nach Osteuropa zusätzlich ein Transferrubel-Verrechnungsverfahren, durch das die Exporteure ihre Rubeleinnahmen zum Umrechnungskurs von 2,34 DM umtauschen konnten. Die Bundesregierung hat durch dieses Verfahren bis zum Jahresende 1990 Forderungen gegenüber der Sowjetunion in Höhe von umgerechnet 15,2 Mrd. DM angesammelt, von denen jedoch ein großer Teil nicht eingebracht werden konnte. Zur Förderung von Investitionsgüterexporten in die Sowjetunion galten von Ende 1990 bis Ende 1991 Kreditsonderkonditionen.²²⁷

Zu diesen allgemeinen Fördermaßnahmen kommt eine verwirrende Vielzahl anderer Hilfsprogramme, insgesamt mehr als 400. Diese Förderpolitik des Bundes ist in zweierlei Hinsicht kritisiert worden. Zum einen sprechen schon allein ordnungspolitische Gründe gegen flächendeckende Subventionen, denn durch das Außerkraftset-

²²⁵ Vgl. HOFFMANN (1993), S. 124-125.

²²⁶ Die Hermes-Kreditversicherung besteht schon seit 1917 und war bereits zu Zeiten des Deutschen Reichs für staatliche Exportgarantien zuständig. An der Hermes Kreditversicherung sind zu 50 Prozent die Münchner Rückversicherung, zu 25 Prozent die Allianz und eine Reihe anderer privater Versicherungsunternehmen beteiligt. Hermes wickelt im Auftrag und auf Rechnung des Bundes die staatlichen Ausfuhrgarantien ab, betreibt aber auch ein umfangreiches privates Geschäft.

²²⁷ Vgl. HOFFMANN (1993), S. 125-126. Weil die Exportversicherungen immer mehr zu einem Zuschußgeschäft wurden, handelte sich die Bundesrepublik den Vorwurf ein, GATT-widrige Exportsubventionierung zu betreiben. Vgl. RICHTER, Wolfram F./Kerstin SCHNEIDER

zen der Märkte kann es zu Fehlallokationen kommen. Das gilt insbesondere für die Sonderabschreibungen, die Ende 1998 auslaufen. Dieses Förderinstrument hat dazu geführt, daß es im ostdeutschen Wohnungsbau seit Jahren erhebliche Überkapazitäten gibt. Viele Wohn- und Bürogebäude stehen leer, sie dienen oft lediglich als Abschreibungsobjekte für westdeutsche Investoren.²²⁸ Zum anderen macht es die große Menge an unterschiedlichen Bestimmungen und ihre geringe Transparenz außerordentlich schwierig, die wirtschaftliche Effizienz dieser Maßnahmen zu beurteilen. Das liegt u.a. auch daran, daß, abgesehen von der Investitionszulage, keine zeitnahen und umfassenden statistischen Daten über diese Fördermaßnahmen existieren. Bekannt ist aber, daß besonders die gewählte Strategie der Kapitalsubventionierung wenig zielgenau wirkt und, wenn überhaupt, nur indirekt Arbeitsplätze schafft.²²⁹

2. Länder/Gemeinden West

Länder und Gemeinden hatten im Vergleich zu den Leistungen des Bundes einen relativ geringen Anteil an den Transfers für Ostdeutschland, zwischen 1990 und 1997 insgesamt ca. 66 Mrd. DM, was insgesamt etwa 5 Prozent der Gesamtsumme entspricht. Der kurze Vereinigungsboom entlastete bis 1993 kurzfristig die Haushalte der Weststädte und -länder so beträchtlich, daß zumindest den kommunalen Haushalten per Saldo in dieser Zeit gar keine zusätzliche Belastung entstand. In den Folgejahren sind die Kosten dann allerdings merklich angewachsen.²³⁰

Die Zahlungen der Bundesländer bestanden zum größten Teil im Umsatzsteuerausgleich zwischen West- und Ostländern, der 1992 allein knapp zwei Drittel der gesamten Ländertransfers umfaßte und auch heute noch den größten Anteil ausmacht.

-
- (1996): Staatliche Exportkreditversicherungen. Eine theoretische Analyse, in: OBERHAUSER (1996), S. 69-104; O.V. (1994c): Schatten über Hermes, in: Der Tagesspiegel, 15.2.1994.
- ²²⁸ Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (4/1998), S. 52-54. Vgl. ebenso: O.V. (1995b): DIHT: Die Ost-Subventionen bis 2000 abbauen, in: Rheinische Post, 28.7.1995.
- ²²⁹ Vgl. WEGNER (1995), S. 81-84. Das allgemeine Urteil über die Fördermaßnahmen ist jedoch positiv, es wurde aber seitens der Investoren bemängelt, daß die Richtlinien so unübersichtlich seien, vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT (Hrsg.) (1994): Wirtschaftliche Förderung in den neuen Bundesländern, Bonn. Zu Vorschlägen für eine Neugestaltung der Wirtschaftsförderung, vgl. DIW BERLIN/IFW/ IWH (1997): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, Fünftehnter Bericht, in: DIW-Wochenbericht 3/1997, S. 45-64 (53-55).
- ²³⁰ Zur Lage der Länderhaushalte in West- und Ostdeutschland vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (4/1995): Zur Finanzentwicklung der Länder seit der Vereinigung, in: Monatsbericht April 1995, S. 35-50; INSTITUT „FINANZEN UND STEUERN“ E.V. (1995): Die Entwicklung der Haushalte der Flächenländer in West- und Ostdeutschland. Ist-Ergebnisse bis 1993, Bonn.

Hinzu kamen die einigungsbedingten Mindereinnahmen, die sie wegen der Gewährung der Investitionszulage an westdeutsche Unternehmen bei der Einkommensteuer hinnehmen mußten. Die Sach- und Personalleistungen im Rahmen von sogenannten Patenschaften für ostdeutsche Länder summierten sich auf ca. 2 Mrd. DM.²³¹ Auch der Länderanteil am Fonds „Deutsche Einheit“ verhältnismäßig gering. Er bestand aus der Hälfte des Schuldendienstes (die andere Hälfte zahlte der Bund) in Höhe von 11,6 Mrd. DM (1991-1994) und von 1993-1994 aufgrund der Aufstockungen des Fonds aus zusätzlichen Zahlungen in Höhe von 16,1 Mrd. DM. Zwischen 1991-1994 zahlten die Länder also insgesamt knapp 28 Mrd. DM für den Fonds „Deutsche Einheit“, der Bund hingegen ca. 60 Mrd. DM. Danach zahlten die Länder jährlich 2,1 Mrd. für die Abwicklung des Fonds. Seit der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs stieg ihre Belastung auf 25 Mrd. DM im Jahr.²³²

Wären die ostdeutschen Länder schon ab 1990 in das System des Länderfinanzausgleichs einbezogen worden, hätten die westdeutschen Länder sehr viel mehr Mittel zur Finanzierung der Einheit aufbringen müssen. Die Einbeziehung der neuen Länder hätte das Volumen der Transfers um das fast Zehnfache des ursprünglichen Betrags (ca. 2,5 Mrd. DM), auf ca. 25 Mrd. DM, aufgebläht. Nach Grobschätzungen hätten jährlich 10-20 Mrd. DM an die neuen Länder transferiert werden müssen, und fast alle jetzigen Empfängerländer wären zu Geberländern geworden. Das hätte tiefe Einschnitte in die Länderbudgets und vermutlich eine deutliche Einschränkung der Leistungen der Länder an ihre Bürger zur Folge gehabt.²³³

Wie die Länder wurden auch die westdeutschen Gemeinden bis 1992 kaum zur Finanzierung der nach Ostdeutschland fließenden Transferzahlungen herangezogen. Sie mußten zwar ebenfalls Mindereinnahmen aufgrund der Investitionszulagen für Ostdeutschland hinnehmen und zahlten 20 Prozent des Länderanteils am Schuldendienst des Fonds „Deutsche Einheit“. Das erreichten die Länder dadurch, indem sie die Gewerbesteuerumlage erhöhten und die Länderleistungen im kommunalen Fi-

²³¹ Das ist zwar ein relativ geringer Betrag, er ist aber wegen seiner Praxisorientierung im tatsächlichen Nutzen höher zu veranschlagen. Allerdings waren diese Leistungen zum größten Teil freiwillig und deshalb unterschiedlich engagiert und effektiv, vgl. ANDERSEN (1996), S. 237; HOFFMANN (1993), S. 119.

²³² Vgl. RENZSCH (1998), S. 355.

²³³ Vgl. MÄDING (1995), S. 105; GOTTFRIED, Peter/Wolfgang WIEGARD (1991): Finanzausgleich nach der Vereinigung: Gewinner sind die alten Länder, Regensburg, S. 16.

nanzausgleich senkten.²³⁴ Auch die Gemeinden haben bilateral ihre Partnerkommunen in Ostdeutschland vor allem mit Personahilfe und Sachmitteln unterstützt. Es gab auch multilaterale Hilfe für den Aufbau der kommunalen Selbstverwaltungen, beispielsweise durch eine Sonderumlage des Deutschen Städtetages.²³⁵

Der Bund hat bisher in allen Jahren wesentlich mehr Mittel aufbringen müssen als die Länder und Gemeinden, und selbst diese vergleichsweise spärlichen Leistungen mußten den Ländern mühsam abgerungen werden. Allgemein herrscht heute die Meinung vor, daß sich der Bund von den Ländern in den Verhandlungen zur Finanzierung der Einheit zu viele Zugeständnisse hat abringen lassen, um so schnell wie möglich zu einer Einigung über die Finanzierungsmodalitäten zu kommen.²³⁶ Doch der Bund hat auch bestimmte Einnahmen zur Ausgabenfinanzierung lediglich zu seinen Gunsten erhöht, ohne die Länder daran zu beteiligen (u.a. Mineralölsteuer, Solidaritätszuschlag, Umsatzsteuer). Außerdem konnte der Bund bestimmte teilungsbedingte Ausgaben leichter reduzieren (z.B. Verteidigung, regionale Subventionen, speziell: Berlin-Hilfe), als es den Ländern möglich war. Diese Einsparungen und Mehreinnahmen müßten den Leistungen des Bundes gegengerechnet werden.

Zwischen den westlichen Ländern und den Ländern und Gemeinden ihrerseits ist die regionale Gerechtigkeit im allgemeinen gewahrt worden, wenn auch die zusätzlichen Zahlungen einigen ärmeren Ländern wie Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und dem Saarland besonders schwer fielen. Allerdings sind unter den Gemeinden bisher die Großstädte und Gewerbezentren überproportional zur Finanzierung der Einheit herangezogen worden, weil die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage diese besonders belastete.²³⁷

3. Fonds „Deutsche Einheit“

Dem Fonds „Deutsche Einheit“ wird ein eigenes Kapitel gewidmet, weil er gemeinsam von Bund, Ländern und Gemeinden finanziert wurde und deshalb den oberen

²³⁴ Vgl. HOFFMANN (1993), S. 119-120.

²³⁵ Die hohe Schuldenquote der Kommunen ist also nicht auf die hohen Transfers nach Ostdeutschland zu schieben. Einen Großteil ihrer heutigen Finanzprobleme haben die Kommunen selbst zu verantworten. Bei gleichem Tempo des Ausgabenanstiegs (ohne Sozialhilfe) wie im Zeitraum 1983-1989 hätten die Kommunen in den Jahren 1990 bis 1992 kumuliert 45 Milliarden DM weniger ausgegeben und dadurch ihre Haushalte konsolidieren können.

²³⁶ Vgl. SARRAZIN (1994), S. 213.

²³⁷ Vgl. MÄDING (1995), S. 111.

Kategorien nicht eindeutig zuzuordnen ist. Er gehört zu der Gruppe der sogenannten Sondervermögen. Sie umfaßten Haushalte, die nicht in die Budgets von Bund und Ländern einbezogen waren, weshalb sie auch als Nebenhaushalte bezeichnet wurden. Man kritisierte die Einrichtung solcher Nebenhaushalte häufig als „Flucht aus dem Budget“, weil sie die politische Kontrolle der Finanzierung der Einheit bedeutend erschwerten und der Bevölkerung gegenüber die tatsächlichen Kosten zunächst verdeckten.²³⁸ (Vgl. hierzu die Übersicht in Tabelle 13.)

Der Fonds „Deutsche Einheit“ war in den Jahren 1990 bis 1994 das wichtigste Sondervermögen und das wesentliche Finanzierungsinstrument der Einheit; er hatte – nach drei Aufstockungen – ein Gesamtvolumen von 160 Mrd. DM. Mit diesen Mitteln sollten die Haushaltsdefizite der ostdeutschen Länder abgedeckt und die dortigen Gebietskörperschaften durch allgemeine, nicht zweckgebundene Zuweisungen finanziell gestärkt werden.²³⁹

Über das Gesamtkonzept, wie die entstehenden Lasten der Einheit auf die verschiedenen Gebietskörperschaften aufgeteilt werden sollten, gab es seit Februar/März 1990 vehemente Auseinandersetzungen. Zu dieser Zeit drangen Ergebnisse von Proberechnungen der Landesfinanzministerien Niedersachsens und Baden-Württembergs an die Öffentlichkeit, die bei einer Einbeziehung der neuen Bundesländer in den bisherigen Länderfinanzausgleich untragbar hohe Transfers der alten Ländern prophezeiten.²⁴⁰ Zur Lösung dieses Problems fand am 20. April 1990 ein Treffen der Finanzminister und -senatoren des Bundes und der Länder statt. Hier legte Bundesfinanzminister Waigel dar, wie er sich eine Verteilung der Lasten, die durch die Vereinigung entstehen würden, vorstellte: Bund, westdeutsche Länder und die DDR sollten jeweils zu einem Drittel zur Deckung des Haushaltsdefizits in der DDR beitragen, u.a. durch die Einbeziehung der neuen Länder in den Länderfinanzausgleich.

²³⁸ Vgl. MACKSCHEIDT, Klaus (1990): Die parlamentarische Kontrolle muß gewährleistet bleiben, in: Wirtschaftsdienst 5/1990, S. 301ff. Ohne eine Gesamtübersicht müßten sich die Deutschen „als Mitglieder einer Firma fühlen, deren Bilanz weder die Belegschaft noch der Betriebsrat noch (anscheinend) der Vorstand kennen, und zwar eines Unternehmens, das durch eine Fusion in schwere Wasser geraten ist“, so SCHILLER (1994), S. 80, 170.

²³⁹ Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (6/1993): Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 1993, in: Monatsbericht Juni 1993, S. 5-75 (47).

²⁴⁰ Vgl. GESKE (1991), S. 34-35. Zum Finanzierungskonzept des Niedersächsischen Finanzministeriums vgl. PRESSESTELLE DES NIEDERSÄCHSISCHEN FINANZMINISTERIUMS (1990): Breuel: "Deutschlandfonds" – Instrument zur Finanzierung der DDR-Hilfen, Presseinformation Nr. 49/1990, 8.5.1990, zitiert nach GROS (1994), S. 153.

Ein noch nicht präzisiertes Betrag der Umsatzsteuer sollte – da ihre Neuverteilung ohnedies anstand – als zweckgebundener „Solidarbeitrag“ für Investitionen und Infrastrukturbeihilfen für zwei Jahre an die neuen Länder gehen.²⁴¹ Obwohl zu diesem Zeitpunkt kaum verwendbare Daten vorlagen, wies Waigel in diesem Zusammenhang darauf hin, daß er das Haushaltsdefizit auf ca. 60 Mrd. DM einschätzte, ein Drittel davon ergäbe für die Länder eine zu zahlende Summe von ca. 20 Mrd. DM. Diese Summe wurde für die alten Länder im Verlauf der weiteren Diskussion die Richtgröße, auf die sie sich immer wieder beriefen.²⁴²

Doch Waigels Vorschlag wurde von den westlichen Bundesländern so nicht akzeptiert. Sie lehnten die Einbeziehung der neuen Länder in den horizontalen Länderfinanzausgleich und eine volle Einbeziehung der Ostländer in die Umsatzsteuerverteilung vehement ab.²⁴³ Mehr als die am 20. April 1990 vereinbarten 20 Mrd. DM wollten sie für die Finanzierung der deutschen Vereinigung nicht aufbringen. Am 15. Mai 1990 einigten sich dann der Bundesfinanzminister mit den Finanzministern der Länder auf einen Kompromiß. Als Übergangslösung sollte außerhalb des Bundeshaushalts ein „Fonds zur Finanzierung der deutschen Einheit“ mit einem Gesamtvolumen von zunächst 115 Mrd. DM eingerichtet werden, wovon 1990 22 Mrd., 1991 35 Mrd., sowie 1992 28 Mrd., 1993 20 Mrd. und 1994 10 Mrd. DM an Ostdeutschland auszuführen waren (vgl. Tabelle 14). 14 Mrd. DM sollten dem Bund zur Erfüllung seiner zentralstaatlichen Aufgaben zukommen.

Zur Finanzierung sollte der Bund 20 Mrd. DM aus der Umschichtung von Haushaltsmitteln bereitstellen, die restlichen 95 Mrd. DM wurden je zur Hälfte vom Bund sowie den westdeutschen Ländern und Kommunen durch Kreditaufnahme finanziert; die Kredite sollten innerhalb von dreißig Jahren getilgt sein. Bremen und das Saarland wurden aufgrund ihrer Finanzschwäche von den auf sie entfallenden Beiträgen freigestellt, die die übrigen westdeutschen Ländern übernahmen.²⁴⁴ Der durch-

²⁴¹ Vgl. GESKE (1991), S. 35.

²⁴² Vgl. MÄDING (1995), S. 105; MÄDING (1992), S. 189; GESKE (1991), S. 35. Grundlegend hierzu auch: STERN, Klaus/Bruno SCHMIDT-BLEIBTREU (Hrsg.) (1990): Staatsvertrag zur Währungs- Wirtschafts- und Sozialunion. Mit Vertragsgesetz, Begründungen und Materialien, München, S. 310ff.

²⁴³ Der Länderanteil an der Umsatzsteuer betrug zu dieser Zeit noch 35 Prozent des gesamten Umsatzsteueraufkommens.

²⁴⁴ Vgl. FORSCHUNGSINSTITUT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, ABT. WIRTSCHAFTSPOLITIK (1992): Finanzierung der deutschen Einheit, Bonn, S. 10.

schnittliche Umsatzsteueranteil pro Einwohner sollte nicht, wie in den westdeutschen Ländern üblich, 100 Prozent betragen. Für die neuen Bundesländer einigte man sich auf die Verteilung von 55 Prozent im Jahr 1991, 60 Prozent für 1992, für 1993 auf 65 Prozent und für 1994 auf 70 Prozent.

Mit der Einrichtung des Fonds „Deutsche Einheit“ war beabsichtigt, wie von Waigel im April vorgeschlagen, zwei Drittel des DDR-Staatshaushaltes zu finanzieren, das letzte Drittel sollte die DDR durch eigene Kreditaufnahme beisteuern.²⁴⁵ Diese Mittel galten zunächst der Finanzierung von Defiziten der ostdeutschen Sozialversicherung (zu 45 Prozent). Sie sollten auch die auftretenden Steuerausfälle (zu 27 Prozent), die aus der mangelnden Funktionsfähigkeit der Steuerbehörden und der verzögerten Einführung des westlichen Steuersystems entstanden, kompensieren. Die noch zu beschließende Neuordnung des Länderfinanzausgleichs und der neuen Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern wurde auf den 1. Januar 1995 ver­tagt.²⁴⁶ Am 16. Mai 1990, also einen Tag nach den Verhandlungen mit Waigel und zwei Tage vor der Unterzeichnung des 1. Staatsvertrags, wurde diese Übergangslösung in einem Gespräch zwischen den Ministerpräsidenten der Länder und Bundeskanzler Kohl bestätigt. Die Vereinbarungen waren schließlich – wahrscheinlich aus Zeitmangel – nicht Bestandteil des 1. Staatsvertrages, wurden aber in das Vertragsgesetz zum 1. Staatsvertrag eingegliedert.²⁴⁷

Für den Fall, daß der Finanzbedarf doch höher sein würde als erwartet, wurde in den Einigungsvertrag eine Revisionsklausel integriert, die besagte, daß „*bei grundlegender Veränderung der Gegebenheiten die Möglichkeit weiterer Hilfen zum angemessenen Ausgleich der Finanzkraft für die ostdeutschen Länder von Bund und Ländern gemeinsam geprüft werden*“ (EV, Art. 7, Abs. 6). Darauf mußte sich der Bund relativ schnell berufen. Der Finanzbedarf erwies sich bald als sehr viel höher als 1990 vermutet, und es bedurfte weiterer Verhandlungen zwischen Bund und Ländern. Im

²⁴⁵ Angaben nach: BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (Hrsg.) (1990): Finanznachrichten Nr. 28/1990, 22.5.1990, Bonn, S. 2-4. Zur Aufteilung der Fondsmittel auf Länder und Gemeinden vgl. Tabelle 15.

²⁴⁶ Die von den Ländern zu finanzierenden Zinszahlungen bedeuteten eine erhebliche Belastung ihrer Haushalte, sie erschienen ihnen jedoch erträglich, weil dadurch die Forderung des Bundes, den Bundesanteil an der Umsatzsteuer von 65 auf 71 Prozent zu erhöhen, abgewehrt werden konnte, vgl. RENZSCH, Wolfgang (1991): Finanzverfassung und Finanzausgleich, Bonn, S. 275.

²⁴⁷ Vgl. GROS (1994), S. 155.

Februar 1991 erklärten sich die alten Länder dazu bereit, die neuen Bundesländer voll in die Umsatzsteuerverteilung zwischen den Länder einzubeziehen. Gleichzeitig verzichtete die Bundesregierung auf ihren 15-Prozent-Anteil aus dem Fonds „Deutsche Einheit“. Diese beiden Maßnahmen steigerten die Einnahmen der ostdeutschen Länder 1991 um jeweils 5 Mrd. DM.²⁴⁸

Im Spätsommer 1991 erhöhte der Bund für 1992 das erste Mal seinen Beitrag zum Fonds „Deutsche Einheit“ um 3,45 Mrd. DM pro Jahr, und die Strukturhilfe, die bis dahin in die alten Bundesländer geflossen war, wurde ebenfalls in den Fonds eingebracht (2,45 Mrd. DM). Das entsprach für 1992 bis 1994 insgesamt 31,3 Mrd. DM, womit sich sein Gesamtumfang auf 146,3 Mrd. DM erhöhte (vgl. Tabelle 14). Diese Anhebung wurde im Bundeshaushalt durch die ab 1993 geplanten Einnahmen aus der Erhöhung der Umsatzsteuer von 14 auf 15 Prozent, die veränderte Umsatzsteueraufteilung zwischen Bund und Ländern, einem Zuschuß aus dem Bundeshaushalt und den Einnahmen aus der Zinsabschlagsteuer gegenfinanziert.

Auf eine weitere Fondsaufstockung um 14,4 Mrd. DM für 1993-1994 einigten sich Bund und Länder im Rahmen des Solidarpaktes im März 1993 (vgl. Tabelle 14), indem auch die Aufnahme der neuen Bundesländer in den horizontalen Finanzausgleich ab 1995 festgelegt wurde.²⁴⁹ Mit diesen Aufstockungen wurde allerdings die degressive Staffelung für die Jahre 1993 und 1994 keineswegs aufgehoben, so daß die absolute Erhöhung im Grunde nicht besonders umfänglich war, wohingegen der Finanzbedarf jedoch immer weiter stieg.

Die ostdeutsche Position war in der Frage des Länderfinanzausgleichs gespalten. Verhandlungsführer Krause sprach sich für die sofortige Einbeziehung der neuen Länder in den Länderfinanzausgleich aus, Finanzminister Romberg plädierte dagegen.²⁵⁰ Die Unerfahrenheit und die schwierige Interessenkoordination innerhalb der

²⁴⁸ Vgl. FORSCHUNGSINSTITUT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, ABT. WIRTSCHAFTSPOLITIK (1992), S. 9. Die Regelung war schon seit Beginn als unhaltbar kritisiert worden, weil die Umverteilung so gering ausfiel, daß man von vornherein hätte darauf verzichten können, vgl. GOTTFRIED/WIEGARD (1991), S. 5.

²⁴⁹ Vgl. HARTWIG/PIES (1994), S. 162.

²⁵⁰ DDR-Finanzminister Romberg forderte statt dessen, daß alle Umsatzsteuereinnahmen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR direkt den Ländern und Kommunen zugute kommen sollten. Diese Auffassung soll de Maizière zum Anlaß genommen haben, Romberg die weitere Mitwirkung an den Verhandlungen zum Einigungsvertrag zu untersagen. Auch der Bund befürwortete Rombergs Vorschlag nicht, weil der Verzicht auf den Bundesanteil an der Umsatzsteuer ihnen Mindereinnahmen von 30-40 Milliarden DM beschert hätte. Dieses Geld wurde vom Bund

ostdeutschen Delegation²⁵¹ sowie die unsicheren Schätzungen schwächten die ostdeutsche Position noch weiter. Das führte dazu, daß sie selbst die wenigen Mitsprachemöglichkeiten, die sie hatten, kaum ausschöpften.

Dies wiederum stärkte die Verhandlungsmacht der ohnehin schon starken alten Bundesländer. Sie waren die eigentlichen Sieger der Verhandlungen, da sie mit der vereinbarten Regelung nicht nur von einer Einnahmeeinbuße bei der Umsatzsteuer von vier bis fünf Mrd. DM verschont wurden, sondern auch aufgrund verschiedener Sonder- und Übergangsregelungen von weiteren Beiträgen zur Finanzierung der deutschen Einheit ausgenommen blieben.²⁵² Für den hohen Kreditanteil am Fonds (82 Prozent) und für die langen Tilgungsfristen hatte sich besonders der damalige bayrische Finanzminister, Gerold Tandler, eingesetzt.

Bei dieser Regelung zeigte sich die Bundesregierung nicht zuletzt auch deshalb kompromißbereit, weil sie unter Druck stand, schnell zu handfesten Ergebnissen zu kommen. Der Termin der Vertragsunterzeichnung stand fest, und Bonn brauchte eine mit den Ländern koordinierte Finanzierungsstrategie. Der Bund wollte „*sehr, sehr lange Verhandlungen*“²⁵³ vermeiden und den Einigungsprozeß nicht noch weiter verzögern. Mit den Modalitäten des Fonds sollte aber auch ein politisches Signal gegeben werden: Die Fonds-Degression von 35 Mrd. DM (1991) auf 10 Mrd. (1994) suggerierte, daß im Osten ein zügiger Aufschwung stattfinden würde. Das sollte Finanzmärkte und ostdeutsche Wähler beruhigen. Das Vertagen der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs auf Ende 1994 ließ erwarten, daß man über die Reform lange und ausführlich nachdenken würde. So wurde allenthalben die Hoffnung geweckt, im Verlauf der Diskussion die eigenen Ziele noch rechtzeitig einbringen und erreichen zu können.

dringend für die Wahrnehmung seiner hoheitlichen Aufgaben auf dem Gebiet der DDR gebraucht, vgl. GROS (1994), S. 160. Verhandlungsführer Krause schließlich verbuchte – entgegen seiner vorherigen Auffassung – das erreichte Verhandlungsergebnis als Gewinn für Ostdeutschland. Offenbar erkannte er, daß mehr nicht erreicht werden können, vgl. AHLERS, Detlev (1990): Krause: Neuer Finanzausgleich erst 1995, in: Die Welt, 16.8.1990.

²⁵¹ Vgl. GROS (1994), S. 165.

²⁵² Vgl. EBENDA, S. 163-164. Vgl. dazu auch: GOTTFRIED/WIEGARD (1991), S. 18.

²⁵³ So Bundesfinanzminister Waigel vor dem Bundestagsausschuß Deutsche Einheit, vgl. DEUTSCHER BUNDESTAG (1990): Bundestagsausschuß Deutsche Einheit, 3. Sitzung, 16.5.1990, S. 32.

Die Ergebnisse der Verhandlungen wurden in der Öffentlichkeit stark kritisiert. Von einigen Verfassungsrechtlern wurde dieses Vorgehen als „*verfassungswidrig*“²⁵⁴ bezeichnet, die Länder wurden als „*Versammlung von Egozentrikern*“²⁵⁵ und „*Charakterdarsteller des Geizes*“²⁵⁶ dargestellt, weil es ihnen gelungen war, ihre Interessen fast gänzlich zu wahren und sich an der Finanzierung der Einheit kaum zu beteiligen. Doch auch wenn die Hauptlasten der Bund getragen hat, trifft die Behauptung, daß die Länder als „Gewinner“ aus diesen Verhandlungen hervorgegangen seien, nur bedingt zu. Belastungen können nur bei den einzelnen Bürgern entstehen, und jeder Bürger ist sowohl einem Bundesland als auch dem Bund zugehörig. Die eigentliche Lastenverschiebung ist dadurch entstanden, daß der Fonds „Deutsche Einheit“ zum überwiegenden Teil aus Kreditaufnahme finanziert wurde, die bei einem Zinssatz, der höher als die Wachstumsrate ist, die zukünftigen Generationen belastet.²⁵⁷

Einerseits ist sicher richtig, daß der Fonds „Deutsche Einheit“ ein Hilfspaket dargestellt hat, von dem die anderen früheren Ostblockländer nur träumen konnten.²⁵⁸ Doch ein solcher Vergleich ist nicht ganz schlüssig, denn Ostdeutschland wurde mit der Einheit ein Teil der Bundesrepublik mit allen Pflichten, aber auch mit allen Rechten. Dazu gehörte auch die Teilnahme am föderativen System. Daß dies zu Konflikten mit den bestehenden Gebietskörperschaften führen mußte, war von Anfang an klar. Das eigentliche Problem an dieser Regelung war ja, daß mit dem Fonds „Deutsche Einheit“ die Lösung des Finanzierungsproblems lediglich auf einen späteren Termin verschoben worden war und letztlich alles noch einmal von vorn beginnen mußte. Es ist also an dieser Stelle zu konstatieren, daß es auch in diesem Abschnitt der Finanzierung der deutschen Einheit kein Gesamtkonzept gegeben hat. Ob dies nun am allgemeinen Zeitdruck, an der Unerfahrenheit der ostdeutschen Delega-

²⁵⁴ MÄDING (1995), S. 106.

²⁵⁵ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, zitiert nach GRUNENBERG, Nina (1991): Zaunkönigs Klage. Der Hamburger Bürgermeister fürchtet um seinen Handlungsspielraum, in: Die Zeit, 1.3.1991.

²⁵⁶ Vgl. EBENDA.

²⁵⁷ Vgl. PILZ/ORTWEIN (1992), S. 193-194; vgl. GOTTFRIED/WIEGARD (1991), S. 17. Zu der Auseinandersetzung über die Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern vgl. auch: VESPER, Dieter (1992): Finanzierung öffentlicher Aufgaben in den neuen Ländern, in: RÜHL (1992), S. 15-33.

²⁵⁸ Vgl. SINN/SINN (1991), S. 27.

tion oder gar an der Struktur der föderativen Entscheidungsprozesse im Finanzsystems der Bundesrepublik selbst lag, ist jedoch nicht eindeutig zu beantworten.²⁵⁹

4. Treuhandanstalt

Ein weiteres Sondervermögen zur Finanzierung der Einheit war die Treuhandanstalt (THA) (vgl. Kapitel II. 3.). Ihre Aufgabe war es, eine rasche Privatisierung der von ihr übernommenen Betriebe durch Verkauf möglichst an Einzelinteressenten durchzusetzen. In der Arbeit der Treuhandanstalt bis 1994 gab es drei Phasen. In der ersten Phase unter Präsident Carsten Rohwedder (1990-1991) sollte nur in Ausnahmefällen saniert werden, nämlich dann, wenn Betriebe Aussicht auf spätere Rentabilität boten. Rohwedder definierte diese Idee als „*schnelle Privatisierung, entschlossene Sanierung und behutsame Stillegung*“²⁶⁰. Unter seiner Nachfolgerin, der ehemaligen niedersächsischen Finanzministerin Birgit Breuel, änderte sich dieses Konzept dahingehend, daß nun „*Privatisierung als die beste Sanierung*“²⁶¹ erschien. Ab 1992/1993 kamen arbeitsmarkt- und sozialpolitische Ziele hinzu. Die Treuhandanstalt betrieb immer mehr „aktive Sanierung“, sie übernahm also die Rolle eines Unternehmens und leitete strategisch ausgerichtete Investitions- und Umstrukturierungsvorhaben ein. Das galt besonders für die Unternehmen, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht privatisiert waren und deren Privatisierung immer unwahrscheinlicher wurde.²⁶²

Im 1. Staatsvertrag war der Treuhandanstalt ein Kreditermächtigungsrahmen von 7 Mrd. DM für 1990 und 10 Mrd. DM für 1991 eingeräumt worden. Nachdem die DM-Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 einen Fehlbetrag von knapp 210 Mrd. DM auswies, wurde der Kreditrahmen der Treuhandanstalt auf 25 Mrd. DM erweitert. Da aber auch diese Summe schnell aufgebraucht war, wurde im Juli 1992 das Treuhandkreditaufnahmegesetz verabschiedet, gemäß dem die Treuhand in den Jahren 1992 bis 1994 jährlich 30 Mrd. DM am Kapitalmarkt aufnehmen durfte. Mit dem Solidarpakt vom März 1993 konnte schließlich dieser Kreditrahmen – im Falle eines

²⁵⁹ Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (5/1993), S. 49. Vgl. dazu auch GESKE (1991), S. 38-39; VESPER (1995), S. 372.

²⁶⁰ Zitiert nach TUREK, Jürgen (1996): Treuhandanstalt, in: WEIDENFELD/KORTE, S. 664.

²⁶¹ Zitiert nach SCHILLER (1994), S. 54.

²⁶² Vgl. O.V. (1993a): Treuhandanstalt – Vor dem Endspurt, in: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, Nr. 27/1993, S. 1-10 (4); SCHILLER (1994), S. 54; WEGNER (1995), S. 74.

unabweisbaren Mehrbedarfs und mit der Zustimmung des Bundesfinanzministers – nochmals um 8 Mrd. DM überschritten werden.²⁶³ Um die Finanzierungsbedingungen der Treuhand im allgemeinen zu verbessern, hatte der Gesetzgeber frühzeitig die rechtlichen Voraussetzungen für die Börsenfähigkeit der THA geschaffen.

Die Treuhand verwaltete als größte Staatsholding der Welt 12.350 Unternehmen. Diese waren in ca. 45.000 Betriebsstätten aufgeteilt. Hinzu kamen ca. 25.000 Hotels, Gaststätten, Apotheken, Filmtheater und Ladengeschäfte. Ferner war die THA im Besitz von 2,3 Mio. Hektar landwirtschaftlicher Fläche und 1,9 Mio. Hektar Wald. Sie hatten einen geschätzten Vermögenswert von ca. 200-600 Mrd. DM. Insgesamt fielen knapp 50 Prozent der Arbeitsplätze auf dem Gebiet der ehemaligen DDR (ca. 3 Mio.) in den Verantwortungsbereich der Treuhand.²⁶⁴

Nach Abschluß des operativen Geschäfts Ende 1994 verfügte die Treuhand nur noch über weniger als 200 Unternehmen; zwei Drittel (8 134) waren vollständig oder mehrheitlich privatisiert worden, 860 davon entfielen auf ausländische Investoren. Der Rest war liquidiert oder durch Gesamtvollstreckung aufgelöst worden. Nimmt man die sogenannten „kleinen Privatisierungen“ der Gaststätten usw. noch hinzu und rechnet auch die Verkäufe von Liegenschaften mit ein, so summiert sich die Gesamtzahl auf mehr als 90 000 Privatisierungen. Die mit den Investoren ausgehandelten beziehungsweise von ihnen in Aussicht gestellten Investitionszusagen allein betrugen 211 Mrd. DM. Die vereinbarten Privatisierungserlöse beliefen sich jedoch lediglich auf 67 Mrd. DM. Die Kosten lagen demnach weit höher als die Erlöse; Aufwendungen von 332 Mrd. DM stand den Erlösen von 67 Mrd. DM gegenüber, d.h. das Defizit betrug somit insgesamt 256 Mrd. DM²⁶⁵, (vgl. Tabelle 16). Der Arbeitsplatzabbau in den Treuhand- und Ex-Treuhand-Unternehmen betrug im Durchschnitt ca. 70 Prozent, in der Industrie sogar knapp 80 Prozent.

Ein Großteil dieses gewaltigen Defizits resultierte aus übernommenen Altschulden der Unternehmen, die nicht unter die Kreditbeschränkung fielen. Bis Ende 1994 hat

²⁶³ Vgl. BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (Hrsg.) (1993): Finanzbericht 1994, Bonn, S. 11.

²⁶⁴ Vgl. PETERS (1992), S. 451. Die großen Spannweiten der Angaben erklären sich aufgrund der unterschiedlichen Abgrenzungen und Schätzungen.

²⁶⁵ Ein Teil der Summe, insgesamt 88 Mrd. DM waren für erst in Zukunft anfallende Ausgaben der Treuhand-Nachfolger von 1995 bis zu deren Ende veranschlagt worden. Allgemein vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (7/1995), S. 42; TUREK (1996), S. 665; BUNDESANSTALT FÜR

die Treuhand knapp 80 Mrd. DM an Altkrediten übernommen. Insgesamt entfielen 1994 auf von der Treuhand zu zahlende Zinsen für Alt- und Neukredite 23,3 Prozent ihrer Gesamtausgaben. Ferner kamen die Zinsverpflichtungen gegenüber dem Kreditabwicklungsfonds hinzu. Dieser Fonds faßte Schulden in Höhe von rund 140 Milliarden DM zusammen und war berechtigt, seine Verpflichtungen mittels Kreditaufnahme zu finanzieren.²⁶⁶ Ursprünglich sollten Bund und Treuhandanstalt die Zinszahlungen jeweils zur Hälfte erstatten. Die THA war dazu aber nicht in der Lage, vielmehr mußte sie sich selbst verschulden, um dieser Verpflichtung nachzukommen.²⁶⁷ Anfangs war auch vorgesehen gewesen, daß die Schulden nach Auflösung des Fonds auf die Treuhandanstalt übertragen und durch deren Verkaufserlöse getilgt werden. Bekanntlich hat die Treuhand dies nicht leisten können, weshalb der Fonds mit einem Schuldenstand von 102 Mrd. DM ab 1995 in den Erblastentilgungsfonds übernommen wurde.²⁶⁸ (Vgl. Tabelle 13).

Darüber hinaus ergaben sich weitere Verpflichtungen aus zusätzlichen Ausgleichsforderungen, Zuschüssen zu Sozialplänen für entlassene Mitarbeiter und der Beseitigung ökologischer Altlasten und aus Entschädigungen und Reprivatisierungen.²⁶⁹ Zudem mußte die Anstalt weit mehr Mittel für Zinsen aufwenden, als sie durch den Verkauf von Betrieben erlöste.

Auch für die niedrigen Erlöse gab es verschiedene Gründe. Bei Beginn der Arbeit der Treuhandanstalt war die desolate Lage der DDR-Wirtschaft noch nicht offensichtlich. Daß so wenige Arbeitsplätze überhaupt rentabel waren (8,2 Prozent in den Treuhandunternehmen), mußte zu einer Korrektur der ersten Schätzungen führen. Hinzu kam, daß die ab 1993 eintretende Rezession und der verlangsamte Transformationsprozeß für erhebliche Abweichungen sorgten. Es gab jedoch noch andere

VEREINIGUNGSBEDINGTE SONDERAUFGABEN (1995): Abschlußstatistik der Treuhand per 31.12.1994, Berlin.

²⁶⁶ 28 Mrd. DM davon waren Verpflichtungen aus dem Republikaushalt der ehemaligen DDR, 110 Mrd. DM Verbindlichkeiten aus der Zuteilung von Ausgleichsforderungen an die rund 600 ostdeutschen Geldinstitute und die Außenhandelsbetriebe im Zuge der Währungsumstellung (Ausgleichsfonds „Währungsumstellung“) und 2 Mrd. DM waren die Kosten der Abwicklung von Forderungen und Verbindlichkeiten im Rahmen des Außenhandels- und Valutamonomopols der DDR im zweiten Halbjahr 1990, vgl. TUREK (1996), S. 665.

²⁶⁷ Vgl. HARTWIG/PIES (1994), S. 163-4; FUEST/KROCKER (1993), S. 34-35.

²⁶⁸ Vgl. VESPER (1995), S. 370-71

²⁶⁹ Zu der Bedeutung der Ausgleichsforderungen vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (3/1996): Funktion und Bedeutung der Ausgleichsforderungen für ostdeutsche Banken und Unternehmen, in: Monatsbericht März 1996, S. 35-53.

Gründe für das hohe Defizit in der Schlußbilanz: Innerhalb der Treuhand führten Fehleinschätzungen, schädliches Insiderverhalten, mangelnde Effizienzkontrolle, Dilettantismus und einige kriminelle Aktivitäten ebenfalls zu geringeren Einnahmen, die aber wohl angesichts des vorgegebenen Zeitdrucks kaum zu vermeiden waren.²⁷⁰

Erschwert wurde die Privatisierung durch die umweltschutzbedingten Altlasten (besonders bei Chemie-Betrieben) und auch durch die arbeitsrechtlichen Verpflichtungen insbesondere bei der Personalübernahme.²⁷¹ Aus diesem Grund richtete die Treuhand entgegen ihrer ursprünglichen Grundsätze ab 1992/1993 zunehmend Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften ein, in denen überschüssige Arbeitskräfte zeitweise eingesetzt wurden. Die Ausgaben für die Löhne in solchen Gesellschaften nahmen im Zeitablauf immer mehr zu. Für die ökologischen Altlasten wurden Gesamtausgaben von 45 Mrd. DM angenommen.²⁷²

Die Arbeit der Treuhandanstalt ist in der Öffentlichkeit und von Fachleuten im In- und Ausland sehr unterschiedlich bewertet worden.²⁷³ Die einen rühmen ihre beachtliche Privatisierungserfolge, ihre strategisch richtigen Entscheidungen und ihre effiziente Arbeit unter den sehr schwierigen Bedingungen. Für andere ist sie verantwortlich für die Zerstörung der Wirtschaftssubstanz in den neuen Bundesländern; sie hätte den Ausverkauf der DDR betrieben und diente lediglich der Bereicherung der – zumeist westdeutschen – Käufer. Beide Einschätzungen erscheinen bei näherer Be-

²⁷⁰ Vgl. SINN/SINN (1993), S. 128; WEGNER (1995), S. 75; TUREK (1996), S. 669.

²⁷¹ Nach § 613 a BGB tritt der Erwerber eines Betriebes in die Rechte und Pflichten der bestehenden Arbeitsverhältnisse ein. Das bedeutet, daß der Käufer so zur Übernahme des vorhandenen Personals verpflichtet ist. Weil die Betriebe oft personell überbesetzt waren, wurde eine schon festgelegte Übernahmeverpflichtung des gesamten Personals zur Privatisierungsbremse, vgl. PETERS (1992), S. 451. Zu den Umweltlasten vgl.: BORNER, Joachim (1991): Unsere neuen ökologischen Altlasten und wie wir sie uns leisten, in: BUSCH (1991), S. 61-79.

²⁷² Gemessen von 1990 bis zur endgültigen Aufgabenerfüllung auch der Nachfolgeorganisationen. Genauere Zahlen gibt es nach Aussagen von Prof. H. Schmidt von der BvS nicht, weil die Mittel lediglich anhand der verschiedenen Aufgabenbereiche/Projekte erfaßt wurden. Zur ökologischen Aufbaupolitik im Osten vgl. KAISER, Johannes (1996): Die Industrie ging, die Autos kamen, in: Der Tagesspiegel, 10.11.1996.

²⁷³ Vgl. HICKEL/PRIEWE (1994), S. 48. Vgl. auch BREUEL, Birgit (1993): Treuhand intern. Tagebuch, Frankfurt. Zu kritischen Einschätzungen vgl. u.a.: JÜRGS, Michael (1997): Die Treuhändler. Wie Helden und Halunken die DDR verkauften, München/Leipzig; VOIGT, Manfred (1995): Fünf Jahre Treuhandanstalt – treu zu wessen Händen?, in: STEINITZ, Klaus: (Hrsg.) (1995): Vereinigungsbilanz, Hamburg, S. 57-68; CHRIST, Peter/Ralf NEUBAUER (1991): Kolonie im eigenen Land. Die Treuhand, Bonn und die Wirtschaftskatastrophe der fünf neuen Länder, Berlin; MAIER, Harry (1998): Gefährliche Schlagseite. Die Folgen der Treuhand-Politik wirken sich bis heute verheerend auf die ostdeutsche Wirtschaft aus, in: Die Zeit, 20.5.1998. Zusammengefaßt sind die Argumente in: DEUTSCHER BUNDESTAG, REFERAT ÖF-

trachtung zu undifferenziert. Die erste Schwierigkeit bei der Bewertung der Treuhandanstalt entsteht schon dadurch, daß ihre Arbeit nicht isoliert von der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung und den Staatsverträgen betrachtet werden kann. So sind beispielsweise durch die Staatsverträge und den Umtauschkurs Ausgangsbedingungen entstanden, die für die ostdeutschen Unternehmen kaum zu bewältigen waren und für die die Treuhandanstalt selbst nicht haftbar zu machen ist.

Bei einer Bewertung weiterhin problematisch ist die Aufteilung der Kompetenzen zwischen Treuhand und Bundesregierung. Im Grunde übernahm die Treuhand im Einigungsprozeß an Stelle der Bundesregierung die Verantwortung dafür, die Grundlage für eine positive gesamtdeutsche Wirtschaftsentwicklung zu legen, indem sie die wirtschaftliche Katastrophe in Ostdeutschland einen marktwirtschaftlichen Rahmen gab. Ihr wurden die unangenehmen Aufgaben im Einigungsprozeß zugewiesen: der rigorose Beschäftigungsabbau, die Liquidationen und Abwicklungen; Probleme, denen sich die Bundesregierung selbst nicht stellte. Um diese heiklen Aufgaben schnell und effizient zu erfüllen, stattete die Regierung die Treuhand mit einer großen Machtfülle aus. Gleichzeitig stellte sie die Verantwortlichen bei der Treuhand von der Verantwortung für die Folgen ihrer Entscheidungen frei: Das gesamte finanzielle Risiko übernahm der Bund, und von der zivilrechtlichen Haftung für fahrlässiges Fehlverhalten wurden Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder befreit.

Darüber hinaus wurden der Treuhandanstalt eine große Fülle von Funktionen und Aufgaben übertragen, um ihrer großen Verantwortung nachzukommen. Diese vielen Kompetenzen haben nicht selten miteinander konkurriert und werden unter normalen Umständen zwischen unterschiedlichen Akteuren aufgeteilt. Interessenkonflikte, Korruption und zwielichtige Geschäfte bei den mit der Privatisierung betrauten Personen waren bei einer so großen Aufgabenanhäufung vermutlich unausweichlich, zumal es auch kein eingefahrenes Kontrollsystem gab. Eine wirksame Kontrolle fehlte vor allem auch bezüglich der Aufteilung der Mittel.²⁷⁴

FENTLICHKEITSARBEIT (1994): Treuhandanstalt. Bericht des 2. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages, Bonn.

²⁷⁴ Nach Angaben der Präsidentin Breuel war die THA mit ihren Aufgaben „grenzenlos überfordert“, vgl.: BREUEL, Birgit: Grenzenlos überfordert, in: Die Zeit, 13.11.1992.

5. Andere Nebenhaushalte

Außer in den anlässlich der Vereinigung errichteten Sonderfonds, wie dem Fonds „Deutsche Einheit“ und der Treuhandanstalt, sind öffentliche Schulden auch in weiteren Nebenhaushalten für längere Zeit „geparkt“ worden. Beispielsweise ging die Deutsche Reichsbahn in das Sondervermögen des Bundes ein. Sie wurde zum Jahresbeginn 1994 mit der Deutschen Bundesbahn zu einem Bundeseisenbahnvermögen zusammengefaßt, aus dem dann der unternehmerische Bereich durch Gründung der Deutschen Bahn AG ausgegliedert wurde. Die Verbindlichkeiten der Bahnen in Höhe von 71 Mrd. DM blieben beim neuen Sondervermögen und sollten in drei Jahrzehnten getilgt sein. Dieser Fonds konnte überdies zur Finanzierung seines laufenden Defizits in den Jahren 1994 und 1995 Kredite aufnehmen, insgesamt 7 Mrd. DM. Ab 1996 wurden Finanzierungslücken durch Zuweisungen des Bundes geschlossen. Der gesamte Schuldenstand betrug Ende 1996 78 Mrd. DM.²⁷⁵

Der Vollständigkeit halber soll auch noch der „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes“ genannt werden, der seit 1974 existiert. Seine Aufgabe war es, die Subventionierung der deutschen Steinkohle sicherzustellen, seit 1990 ist er auch für Ostdeutschland zuständig. Zur Finanzierung floß ihm der bis Ende 1995 erhobene „Kohlepennig“ zu. Nachdem die aus diesem Fonds finanzierten Subventionen seit 1996 vom Bundeshaushalt übernommen wurden, hatte er noch die bestehenden Forderungen und Verbindlichkeiten abzuwickeln, wobei ihm eine Kreditermächtigung von insgesamt 6 Mrd. DM eingeräumt wurde. Bis Ende 1996 wurden aber lediglich Kredite in Höhe von 3 Mrd. DM in diesem Zusammenhang aufgenommen.²⁷⁶

6. Sozialversicherungen

6.1 Bundesanstalt für Arbeit

Die Bundesanstalt für Arbeit ist die zentrale Institution zur Absicherung von Risiken, die mit dem Verlust des Arbeitsplatzes einhergehen. Ihre örtlichen Geschäftsstellen sind die Arbeitsämter, die, anders als Krankenkassen und Rentenversicherungen, eine von der Zentrale festgelegte einheitliche Politik betreiben. Das bedeutet, daß im ganzen Bundesgebiet die gleichen Beitragsverpflichtungen und die gleichen

²⁷⁵ Vgl. HARTWIG/PIES (1994), S. 165.

²⁷⁶ Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (3/1997), S. 21.

Leistungen gelten. Durch diese zentrale Gesamtzuständigkeit für das ganze Bundesgebiet wurde die Bundesanstalt für Arbeit bei der Finanzierung der Einheit besonders in Anspruch genommen, und bei gleichen Leistungen und Verpflichtungen aller Beteiligten in Ost und West mußte es zu einer großen Umverteilung kommen. Diese Umverteilung wird auch als „*versteckter Finanzausgleich*“²⁷⁷ bezeichnet, weil die Bundesanstalt ihre Einnahmen in Gebieten mit niedriger Arbeitslosigkeit und überproportional hohen Einkommen bezieht und sie in Regionen mit großen Arbeitsmarktproblemen umleitet.²⁷⁸

Durch die wirtschaftliche Not nach der Vereinigung ist ein enormer Bedarf an Leistungen der Bundesanstalt entstanden, sowohl im Bereich der Arbeitslosenversicherung als auch bei der Arbeitsmarktpolitik. Die Bundesanstalt hätte also selbst bei unveränderten Leistungen ihren Etat massiv aufstocken müssen. Zusätzlich zu ihren üblichen Verpflichtungen hat die Bundesanstalt in den neuen Ländern aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage einige Leistungen zu großzügigeren Konditionen gewährt, beispielsweise Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) oder Kurzarbeitergeld. Deshalb nimmt es nicht Wunder, daß das Volumen des Haushalts der Bundesanstalt in den Jahren nach der Einigung explosionsartig gewachsen ist, von knapp 40 Mrd. DM 1989 auf 103 Mrd. DM 1997. Insgesamt machen die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, die ausschließlich in die neuen Bundesländer fließen, 40 Prozent des gesamten Volumen aus, was bei einem Fünftel der Bevölkerung eine enorme Größenordnung darstellt.²⁷⁹ Die Beiträge aus den neuen Ländern sind in den letzten Jahren zwar gestiegen und damit die Nettotransfers gesunken, sie entsprechen aber insbesondere wegen der hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland den Leistungen in keiner Weise. Hierbei ist anzumerken, daß ein Großteil des Beitragsaufkommens im Osten vor allem in den ersten Jahren ebenfalls aus öffentlichen Mitteln bestritten wurde, da ein Großteil der Einkommen vom Staat subventioniert wurde.

Die Bundesanstalt für Arbeit hatte unter den Sozialversicherungsträgern die weitaus höchsten Nettotransfers zu bestreiten. Geht man nach den Bruttoleistungen, ist sie

²⁷⁷ Vgl. MACKSCHEIDT, Klaus (1993): Die Transferaktivität der Bundesanstalt für Arbeit nach der Deutschen Vereinigung, in: HANSMEYER (1993b), S. 113-153 (129).

²⁷⁸ Der Unterschied zum Länderfinanzausgleich besteht lediglich darin, daß viel seltener bemängelt wird, daß der eine zu viel und der andere zuwenig zahle, vgl. CZADA (1995), S. 81-2.

²⁷⁹ Vgl. BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT (1998): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 1/1998, Statistischer Teil, S. 20-24.

nach dem Bund (einschließlich Treuhandanstalt) der bedeutendste Finanzier der Einheit, weit vor dem Fonds „Deutsche Einheit“, den alten Bundesländern und der Europäischen Gemeinschaft/Union. Zwischen 1991 und 1997 hat sie fast 15 Prozent aller öffentlichen Transfers nach Ostdeutschland aufgebracht, das entspricht einer Summe von brutto 204 Mrd. DM.²⁸⁰ Sie finanziert sich aus Beiträgen der Arbeitnehmer und aus dem Bundeszuschuß, der das unter Umständen entstandene Defizit ausgleicht (Defizithaftung des Bundes, Art. 120 GG).

Als „Anschubfinanzierung“ erhielt die Bundesanstalt für die Arbeitslosenversicherung 1990 2 Mrd. DM und 1991 weitere 3 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt. Doch auch hier waren diese Summen zu gering bemessen. Bis 1991 reichten die Beitragsüberschüsse im Westen noch aus, um die Lücken im Etat zu füllen, 1992 jedoch konnten die Überschüsse der Arbeitslosenversicherung trotz Beitragserhöhungen nur noch 60 Prozent des Defizits im Osten ausgleichen.²⁸¹ Mit der beginnenden Rezession im Westen 1993 fielen die Überschüsse nur noch halb so hoch aus. Trotz gleichzeitiger Leistungskürzungen und Entnahmen aus der Rücklage mußte der Bund für 1993 einen höheren Zuschuß als je zuvor an die Bundesanstalt überweisen, knapp 25 Mrd. DM, (vgl. Tabelle 9). Insgesamt machte der Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit den größten Posten der sozialen Leistungen des Bundes aus, zwischen 1991 und 1997 allein 70 Mrd. DM.²⁸² Durch die Belebung der Konjunktur konnten die Leistungen der Bundesanstalt in Westdeutschland sinken, in Ostdeutschland aber blieben sie konstant oder stiegen sogar.²⁸³ Die Arbeitslosenversicherung hilft durch ihr großes Engagement in den neuen Ländern auch mit, die dortigen Landes- und Gemeindehaushalte zu entlasten. Häufig wird statt der eigentlich fälligen Sozialhilfe

²⁸⁰ Vgl. KÜHL, Jürgen (1993): Beitragszahler tragen die Hauptlast der vereinigungsbedingten Arbeitsmarktkosten, in: IAB Kurzbericht 11/1993, Nürnberg.

²⁸¹ Zum 1. April 1991 wurden die Beitragssätze von 4,3 Prozent auf 6,8 Prozent angehoben. Zum 1. Januar 1992 wurden sie wieder auf 6,3 Prozent gesenkt und ab 1. Januar 1993 abermals auf 6,5 Prozent erhöht und ist seitdem auf diesem Stand geblieben. Die BA hat hierdurch im Jahre 1991 in Westdeutschland schätzungsweise 18 Milliarden DM und im Jahre 1992 20 Mrd. an Mehreinnahmen erzielt. Die Erhöhung des Beitragssatzes stieß dann doch auf ordnungs- und verteilungspolitische Kritik: So werde nur die sogenannte „Verschiebebahnhofpolitik“ fortgesetzt, ohne daß eine „aufgabengerechte“ Abgrenzung der Ausgabenzuständigkeit des Bundes und der Sozialversicherungsträger gewährleistet sei, vgl. ANDEL, Norbert (1991): Die Steuer-tabuisierung und ihre Folgen, in: Wirtschaftsdiens 2/1991, S. 69-75 (71).

²⁸² Vgl. HOFFMANN (1993), S. 119; MACKSCHEIDT (1993), S. 113-153.

²⁸³ Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (7/1994): Die Finanzentwicklung der Bundesanstalt für Arbeit seit Beginn der neunziger Jahre, in: Monatsbericht Juli 1994, S. 33-49; DEUTSCHE BUN-

Arbeitslosengeld gezahlt. Wäre dies nicht der Fall, hätte man vermutlich eine andere Art von Finanzausgleich schaffen müssen.²⁸⁴

6.2 Gesetzliche Rentenversicherung

Das Rentenversicherungssystem Westdeutschlands wurde nach der Einheit übernommen und die Renten gemäß den ehemaligen Einkommensrelationen umgerechnet. Im Prinzip wurde versucht, das relative westdeutsche Rentenniveau auf die DDR zu übertragen. Im Durchschnitt erhöhten sich die Renten durch diese Anpassung um brutto ca. 110 Prozent und netto um die Hälfte.²⁸⁵ Anders als bei der Bundesanstalt für Arbeit wurde bei der Zusammenführung der Rentenversicherungssysteme eine gemeinsame finanzielle Verwaltung zunächst ausgeschlossen. Schon im Einigungsvertrag war vorgesehen, daß die in den alten Bundesländern erhobenen Beiträge nicht zur Deckung von in den neuen Bundesländern anfallenden Ausgaben verwendet werden durften, damit es nicht zu einer höheren Belastung der Beitragszahler in den alten Bundesländern käme.

Anfang 1992 hat sich das mit dem Rentenüberleitungsgesetz geändert: Die zu diesem Zeitpunkt in Kraft getretene Rentenreform galt nun in ganz Deutschland. Für Ost- und Westdeutschland wurde ein gemeinsamer Kassenverbund eingeführt. Aufgrund eines Antragsstaus und unerwartet geringer Forderungen nach Vorauszahlungen waren die Transfers in den ersten Jahren relativ gering. Durch die Senkung der Beitragssätze um ein Prozent zum 1. April 1991 gingen die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung jedoch gleichzeitig um insgesamt 7 Mrd. DM für 1991 und 10 Mrd. DM für 1992 zurück, so daß der Transfer nach Ostdeutschland stieg. Er betrug allein 1992 14 Prozent der im Westen geleisteten Rentenzahlungen aus. Nach einer Anschubfinanzierung von 0,75 Mrd. DM für das Jahr 1990 beträgt er inzwischen fast 20 Mrd. DM jährlich. Insgesamt umfaßten die Leistungen der Ren-

DESBANK (9/1998): Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 1998, in: Monatsbericht September 1998, S. 43-44.

²⁸⁴ Vgl. hierzu MACKSCHEIDT (1993), S. 132.

²⁸⁵ Vgl. ANDEL, Norbert (1993): Die Rentenversicherung im Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands, in: HANSMEYER (1993b), S. 63-111 (91); O.V. (1991b): Westdeutsches Rentenrecht - Vorteile und Nachteile für die Sozialversicherten in Ostdeutschland, in: DIW-Wochenbericht 21/1991, S. 279-286.

tenversicherung an die ostdeutschen Länder zwischen 1992 und 1997 brutto 80 Mrd. DM.²⁸⁶

Wie die Arbeitslosenversicherung wird auch die Rentenversicherung vornehmlich durch Beiträge finanziert. Die Defizithaftung des Bundes gilt hier ebenfalls, wenn auch in modifizierter Form. Die Zuschüsse sind nicht variabel, sondern sind im voraus auf 19,8 Prozent der Rentenausgaben festgelegt. Wenn ein höheres Defizit entsteht, stellt der Bund unverzinsliche Betriebsmittel-Darlehen zur Verfügung, die bei Einnahmeüberschüssen wieder an den Bund zurückgezahlt werden müssen. Die Finanzierung der Transfers nach Ostdeutschland erfolgte jedoch zunächst nicht aus den Beiträgen, sondern aus Schwankungsreserven der Rentenversicherung. 1990 war eine solche Reserve in Höhe von 40 Mrd. DM aufgelaufen. Nur diese ermöglichte 1991 die Absenkung des Beitragssatzes, der aber in Folge des fortwährend steigenden Defizits auf 19,2 Prozent im Jahre 1994 wieder erhöht werden mußte und nach einer erneuten Senkung bis 1998 auf 20,3 Prozent des versicherungspflichtigen Einkommens stieg.

In den Jahren 1995 und 1996 schloß die Rentenversicherung mit einem Defizit, 1997 war sie etwa ausgeglichen. In den ersten zwei Quartalen des Jahres 1998 ist es trotz der Einnahmen aus der Erhöhung der Umsatzsteuer im April 1998 zu einem erneuten Defizit gekommen. Die Transfers nach Ostdeutschland blieben zwischen 1995 und 1997 in etwa gleich hoch, um 18 Mrd. DM, der gleiche Umfang pro Jahr ist für 1998 und 1999 vorgesehen.²⁸⁷

Die Rentner in den neuen Ländern gehören ganz eindeutig zu den Gewinnern der Wiedervereinigung. Die Angleichung der Renten an das westdeutsche Niveau war eine klare politische Entscheidung gewesen, denn diese Bevölkerungsgruppe hat die geringsten Möglichkeiten, sich aus eigener Kraft zu helfen. Auch werden sie von den potentiellen langfristigen Vorteilen der Wende den geringsten Nutzen haben. Deutlichen Nutzen zogen die Rentner aus dem Wechsel von ihrem ehemals starren zu einem dynamischen Rentensystem, der ihnen durch die finanzpolitisch problematische Lohnaufholjagd im Osten weitere Rentenerhöhungen bescherte, ohne daß sie, wie

²⁸⁶ Vgl. ANDEL (1993), S. 76, 99; HOFFMANN (1993), S. 120; GROS (1994), S. 157.

²⁸⁷ Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (9/1998), S. 42-43.

die noch im Arbeitsprozeß Stehenden, damit einem erhöhten Beschäftigungs- und Einkommensrisiko ausgesetzt wären.²⁸⁸

Die vorübergehende Senkung der Beitragssätze war ein Zugeständnis der Regierung an die Beitragszahler für die gleichzeitige Erhöhung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung im Jahr 1991. Per Saldo jedoch wurden die Beitragszahler 1991 trotz dieses Ausgleichs stärker zur Kasse gebeten als im Jahr zuvor.²⁸⁹ Da die Gegenfinanzierung aus Reserven erfolgte, war außerdem augenfällig, daß spätere Erhöhungen der Beiträge absehbar waren, was die Beitragszahler noch weiter belasten würde.

Arbeitern und Angestellten, welche den größten Teil der Beitragszahler zu den Sozialversicherungen ausmachen, wurde demnach im Vergleich zu anderen sozialen Gruppen (z.B. Beamten und Selbständigen) eine überproportional große Last bei der Finanzierung der Einheit aufgebürdet. Durch den „versteckten“ Finanzausgleich der Bundesanstalt für Arbeit seit 1990 und bei der Rentenversicherung seit 1992 ist diese Belastung jedoch in der Öffentlichkeit nicht so deutlich geworden. Überdies führten diese indirekten Transfers dazu, daß der Bevölkerung die tatsächliche Höhe der Einheitskosten unklar blieb. Es muß an dieser Stelle festgestellt werden, daß die Regierung mit der Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge erneut zu einer Verschleierungstaktik griff, die sich für die Finanzierung der Einheit auch deshalb besonders eignete, weil die politischen Durchsetzungskosten dieser Maßnahme gering waren.²⁹⁰

6.3 Gesetzliche Krankenversicherung

Die Krankenkassen sind die einzige beitragspflichtige Sozialversicherung mit nach wie vor getrennter Haushaltsführung, bei der ferner keine Zuschußpflicht des Bundes existiert. Hier gibt es einen eigenen Beitragssatz für Ostdeutschland, der 1991 für alle Kassen auf einheitlich 12,8 Prozent festgesetzt wurde. Dieser stieg bis 1997 auf 14,0 Prozent. Auch die Finanzausgleiche werden getrennt für Ost und West durchgeführt. Diese Trennung wurde beibehalten, um die Erfolge des Gesundheits-Struktur-

²⁸⁸ Vgl. ANDEL (1993), S. 101-102.

²⁸⁹ Vgl. O.V. (1991a): Zur Finanzsituation der Sozialversicherungen in West- und Ostdeutschland, in: DIW-Wochenbericht 8/1991, S. 69-74.

²⁹⁰ Vgl. HOFFMANN (1993), S. 121.

gesetzes nicht durch einen unzumutbar großen finanziellen Bedarf für das Gesundheitswesen in den neuen Bundesländern zu gefährden und die Gebühren und Preise von Leistungen und Medikamenten in etwa den Löhnen und Gehältern anzupassen. Diese Teilung soll erst aufgehoben werden, wenn sich die Leistungsfähigkeit in Ostdeutschland, auf 90 Prozent des westdeutschen Niveaus angeglichen hat.

Zunächst haben die Krankenversicherungen in Ostdeutschland vergleichsweise ausgeglichen abgeschlossen, weil die Relation von Beitragszahlern zu Leistungsempfängern relativ gut war und die Bundesregierung eine Anschubfinanzierung von knapp 3 Mrd. DM gewährte. In den Jahren 1991-1994 konnten die ostdeutschen Träger insgesamt sogar ein Überschuß erwirtschaften.²⁹¹ Ein Großteil der Gesamtausgaben wurde anfangs von anderen Sozialversicherungsträgern durch deren Zahlungen von Beiträgen für Rentner oder Arbeitslose finanziert.²⁹² Die zunächst gute Lage hat sich aber mit den Jahren verändert und trotz verschiedener gesetzlicher Maßnahmen, die die Einnahmen erhöhten und die Ausgaben senkten, schloß die ostdeutsche Gesetzliche Krankenversicherung 1997 wie auch schon in den Jahren davor mit einem hohen Defizit ab, was insbesondere an der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit liegt.²⁹³

7. EU-Strukturfonds

Ostdeutschland hat nicht nur Transferzahlungen aus Westdeutschland erhalten, sondern auch von der Europäischen Gemeinschaft (vgl. Kapitel IV. 4.). Hierbei handelt es sich vor allem um Finanzmittel aus den drei europäischen Strukturfonds und Garantiezahlungen für die Landwirtschaft, aber auch um andere Hilfen, die nicht nur Ostdeutschland, sondern der gesamten Bundesrepublik zugute kommen. Die gesamten Leistungen der EU betragen zwischen 1991 und 1997 ca. 41 Mrd. DM (vgl. Tabelle 7; für 1998 und 1999 sind wie in den Jahren zuvor EU-Transfers in Höhe von jeweils 7 Mrd. DM vorgesehen). 1996 entsprach dies ca. 3 Prozent aller öffentlichen

²⁹¹ Vgl. O.V. (1992a): Differenzierte Entwicklung bei der Sozialversicherung, in: DIW-Wochenbericht 38/ 1992, S. 453-456; HENKE, Klaus-Dirk/Wulf-Dietrich LEBER (1993): Territoriale Erweiterung und wettbewerbliche Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), in: HANSMEYER (1993b), S. 11-62 (17, 33).

²⁹² Vgl. HENKE/LEBER (1993), S. 17, 34-36; CZADA (1995), S. 78, 99.

²⁹³ Vgl. SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (1997): Wachstum, Beschäftigung, Währungsunion – Orientierungen für die Zukunft, Jahresgutachten 1997/1998, Stuttgart, S. 123.

Transfers nach Ostdeutschland (vgl. Tabelle 17). Dies allerdings ist eine grobe Schätzung, da nur die Ausgaben der EU-Strukturfonds bundesländerweise aufgeteilt werden können, also nach Ost- und Westdeutschland getrennt errechenbar sind.

Mit den Strukturfonds stellte die Gemeinschaft für den Zeitraum 1991 bis 1993 6 Mrd. DM zur Verfügung, von 1994 bis 1999 werden es mehr als 26 Mrd. DM. Voraussetzung ist eine Mitfinanzierung durch den Bund oder die Länder. Die Europäische Investitionsbank hat Darlehen zu Marktbedingungen vergeben, die von 1990 bis Ende 1993 ein Gesamtvolumen von etwa 3,5 Milliarden DM erreichten. Über ein Drittel wurde dem Aufbau der Automobilindustrie in Eisenach, Zwickau und Chemnitz gewidmet. Zwei weitere größere Darlehen gingen an die Deutsche Telekom und die Gaswirtschaft. Die Darlehen der EGKS sind Umstellungsdarlehen für die Eisen- und Stahlindustrie. Im Unterschied zur Europäischen Investitionsbank werden sie mit Zinsvergünstigungen vergeben. Sie haben ein sehr viel geringeres Volumen als die der EIB, es betrug in den Jahren 1991 und 1992 etwa 300 Mio. DM. Nach neueren Untersuchungen hat die Strukturhilfe der Europäischen Union netto ca. 62.000 Arbeitsplätze geschaffen.²⁹⁴

Mit der Einheit ist die Bundesrepublik zu dem bevölkerungsreichsten Land mit dem höchsten Sozialprodukt innerhalb der Europäischen Union geworden. Gesamtdeutschland stellt 22 Prozent der EU Bevölkerung und 28 Prozent des Europäischen Bruttoinlandsprodukts. Gleichzeitig ist mit dem Beitritt Ostdeutschlands aber auch der Abstand zwischen wirtschaftlich gut entwickelten und benachteiligten Regionen in der Bundesrepublik stark gestiegen. So kommt es, daß die Bundesrepublik zwar der größte Nettozahler an die Europäische Union, gleichzeitig aber auch einer der größten Empfänger ist. Der Rückstand Ostdeutschlands hat das Regionalgefälle innerhalb der Europäischen Union weiter verstärkt, es ist ein zusätzliches „Kohäsions-Problem“ entstanden, das unter den Partnerländern nicht nur positiv aufgenommen wurde und die Skepsis gegenüber einer Osterweiterung der Union noch verstärkte.²⁹⁵

²⁹⁴ Vgl. IFO-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG DRESDEN (1997), S. 439; RIEDEL, Jürgen/Frank SCHARR (1998): Die Europäischen Strukturfonds in den neuen Bundesländern, in: Ifo-Schnelldienst 1-2/1998, S. 7-17 und 7/1998, S. 16-24.

²⁹⁵ Vgl. O.V. (1997d): Ostdeutsche profitieren von Konzentration, in: Handelsblatt, 16.7.1997.

8. Neuordnung nach 1995

Der Fonds „Deutsche Einheit“ war als Finanzierungsinstrument bis Ende 1994 befristet, auch die Treuhandanstalt gab zum Jahresende 1994 ihre Arbeit an ihre Nachfolgeorganisationen ab. Mit dem Jahr 1995 begann somit eine neue Phase im Prozeß der Finanzierung der deutschen Einheit. Im Rahmen des FKPG hatten Bund und Länder im Frühjahr 1993 beschlossen, die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern sowie zwischen den einzelnen Länder neu zu regeln, wodurch der Bund zusätzlich belastet wurde.²⁹⁶ (Vgl. Tabelle 18.)

8.1 Neuregelung des Länderfinanzausgleichs

Der wichtigste Inhalt dieses Programms war, daß die neuen Länder mit dem 1. Januar 1995 in das System des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen integriert wurden, der dadurch auf ein Volumen von ca. 60 Mrd. DM für 1995 anwuchs.²⁹⁷ Um die Finanzierung dafür sicherzustellen, wurde die Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern deutlich geändert. Der Anteil der Länder am gesamten Umsatzsteueraufkommen wurde von 37 Prozent auf 44 Prozent erhöht. Das allgemeine System des Finanzausgleichs hat sich in seinen Regeln jedoch kaum verändert.²⁹⁸

Die erste Stufe im System des Länderfinanzausgleichs ist der Umsatzsteuervorwegausgleich.²⁹⁹ Das bedeutet, daß zunächst nur drei Viertel des Umsatzsteueranteils der

²⁹⁶ Vgl. „Gesetz über Maßnahmen zur Bewältigung der finanziellen Erblasten im Zusammenhang mit der Herstellung der Einheit Deutschlands zur langfristigen Sicherung des Aufbaues in den neuen Länder, zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Entlastung der öffentlichen Haushalte“ vom 26. Juni 1993, in: BGBl I 933. Dieses Gesetz ist Bestandteil des FKPG. Zu der Auseinandersetzung um die Einbeziehung der neuen Länder in den Länderfinanzausgleich vgl. GESKE (1991), PEFFEKOVEN, Rolf (1995): Reform des Finanzausgleichs – eine vertane Chance, in: Finanzarchiv 3/1995, S. 281-311; HOMBURG, Stefan (1995): Anreizwirkungen des deutschen Finanzausgleichs, in: EBENDA, S. 312-330.

²⁹⁷ Der Finanzausgleich sollen die Länder und Gemeinden unabhängig von der regionalen Wirtschaft- und Steuerkraft in die Lage versetzen, ein ähnliches Angebot an öffentlichen Gütern bereitzustellen. Die Verfassung setzt fest, daß ein steuerschwaches Land nach dem Länderfinanzausgleich über eine Finanzkraft je Einwohner von 95 Prozent des Durchschnitts aller Länder haben muß (Art. 30 GG und Art. 70ff. GG). Zusätzlich bekommen finanzschwache Länder Ausgleichshilfen vom Bund, sogenannte Ergänzungszuweisungen, vgl. O.V. (1996a): Sind die Finanzprobleme in Ostdeutschland durch die Neuordnung des Finanzausgleichs gelöst?, in: DIW Wochenbericht 17/1996, S. 267-276 (267).

²⁹⁸ Vgl. BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (1998): Finanzbericht 1999, Bonn, S. 147-157.

²⁹⁹ Diesen Finanzausgleich gab es auch schon in den Jahren 1991-1994, jedoch war der Umfang nicht so groß, da der Umsatzsteueranteil der Länder noch geringer war, vgl. BOSS/ROSEN-SCHON (1996), S. 7.

Länder nach der Einwohnerzahl auf die einzelnen Länder verteilt werden. Mit den übriggebliebenen 25 Prozent (sogenannte Ergänzungsanteile) wird die Finanzkraft der steuerschwachen Länder auf 92 Prozent des Bundesdurchschnitts angehoben. Was davon noch übrig bleibt, wird dann wieder nach der Einwohnerzahl verteilt. Den westdeutschen Ländern wird durch diese Regelung sozusagen ein Teil der ihr zustehenden Umsatzsteuer zugunsten der ostdeutschen Länder wieder entzogen. Die „Entzugswirkung“ wurde allerdings für die finanzstarken Länder gemäßigt gestaltet, und es wurde Vorsorge dafür getragen, daß sich die Finanzkraftfolge der einzelnen Länder nicht durch den Finanzausgleich veränderte. 1995 erhielten alle ostdeutschen Flächenländer und das Saarland diese Ergänzungsanteile, alle anderen Bundesländer wurden in Anspruch genommen. Im allgemeinen ließ sich jedoch feststellen, daß die westdeutschen Länder nach Einführung dieser Regelung nicht schlechter dastanden als im Jahr zuvor, sondern eher etwas besser. Durch den gesamten Vorewegausgleich sind 1995 14,6 Mrd. DM von den alten in die neuen Bundesländer geflossen, 1996 und 1997 etwa 13,5 Mrd. DM, bis 1997 insgesamt also 41,6 Mrd. DM.

Der Länderfinanzausgleich im eigentlichen Sinne hat das Ziel, für die Finanzkraft von 95 Prozent des Durchschnitts je Einwohner in den finanzschwachen Ländern zu sorgen. Hier werden die finanzkräftigen Länder nun progressiv belastet: je höher die originäre Finanzkraft, desto höher die Einzahlungen in den Ausgleichstopf. Der größte Teil dieses Ausgleichs floß ebenfalls nach Ostdeutschland, aber auch Niedersachsen, das Saarland, Rheinland-Pfalz und Bremen wurden bedacht. Mit diesem Teil des Finanzausgleichs flossen 1995 weitere 9 Mrd. DM nach Ostdeutschland, ebenso 1996 und 1997. Durch beide Teile des Finanzausgleichs flossen bis 1997 insgesamt 60 Mrd. DM aus den alten Bundesländern nach Ostdeutschland.³⁰⁰

Die finanzielle Lage der ostdeutschen Länder hat sich durch ihre Einbeziehung in den Länderfinanzausgleich deutlich verbessert, ihre Einnahmen stiegen insbesondere durch die neue Umsatzsteuerverteilung um 11 Prozent. Dadurch konnten die direkten Transferzahlungen aus Bund und Ländern verringert werden. Auch die Finanzierungsdefizite der ostdeutschen Länder sanken, allein im Jahre 1995 um 3,5 Mrd. DM

auf 13 Mrd. DM. Die Pro-Kopf-Verschuldung stieg allerdings dennoch weiter, sie kommt dem Westniveau immer näher.³⁰¹

Die neuen Bundesländer profitierten weiterhin davon, daß 1995 auch das Volumen der Bundesergänzungszuweisungen stark erhöht wurde, von 7 Mrd. auf gut 25 Mrd. DM, von denen fast 19 Mrd. DM auf Ostdeutschland im Rahmen von Sonderbedarfs-, Fehlbetrags- und Übergangs-Bundesergänzungszuweisungen entfielen. Weiterhin hat sich der Bund verpflichtet, den ostdeutschen Ländern zusätzliche Finanzhilfen für öffentliche Infrastrukturmaßnahmen in Höhe von 6,6 Mrd. DM jährlich zu gewähren.³⁰² Obwohl also die direkten Transfers sanken, sind tatsächlich 1995 aufgrund der Finanzreform erheblich mehr öffentliche Mittel als in den Vorjahren nach Ostdeutschland geflossen. An den Mehreinnahmen der Länder wurden die Gemeinden jedoch nicht adäquat beteiligt. Aufgrund ihrer extrem niedrigen Steuerkraft sind die ostdeutschen Gemeinden weit mehr als die Kommunen aus Westdeutschland auf Transferzahlungen der Länder bzw. des Bundes angewiesen.³⁰³

Durch diese Regelung kamen auf die Westländer jährlich zusätzliche Belastungen von brutto 20-25 Mrd. DM, netto ca. 9 Mrd. DM (vgl. Tabelle 19), zu. 40 Prozent davon sollen ihre Gemeinden erbringen. Zusammen mit weiteren Änderungen wird die direkte Beteiligung der westdeutschen Gemeinden am West-Ost-Transfer ab 1995 auf fast 9 Mrd. DM (nicht zu verwechseln mit den Länder-Nettoleistungen im horizontalen Finanzausgleich in gleicher Höhe) pro Jahr geschätzt.³⁰⁴ Die westdeutschen Gemeinden haben allerdings noch zusätzliche Lasten zu tragen. Spart die Regierung, wie z. B. durch die Maßnahmen im Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm von 1993, an den Sozialausgaben, etwa an der Arbeitslosenhilfe, werden automatisch die Kommunen belastet, da sie für die Zahlung der Sozialhilfe zuständig sind. Außerdem entgeht ihnen durch das Auslaufen der Strukturhilfen, den Rückgang von Finanzhilfen, Bundesinvestitionen und -subventionen und den Rück-

³⁰⁰ Vgl. O.V. (1996a): Sind die Finanzprobleme..., S. 268; HICKEL/PRIEWE (1994), S. 146-147; HUBER, Bernd/Karl LICHTBLAU (1997): Systemschwäche des Finanzausgleichs. Eine Reformskizze, in: IW Trends 4/1997, S. 24-45 (27).

³⁰¹ Vgl. O.V. (1996a): Sind die Finanzprobleme..., S. 267, 274-275.

³⁰² Vgl. HICKEL/PRIEWE (1994), S. 147.

³⁰³ Vgl. dazu BOHLEY, Peter: Der kommunale Finanzausgleich in den neuen Bundesländern, in: OBERHAUSER (1995), S. 189-245; KÖRNER, Josef (1997): Steueraufkommen neue Bundesländer: Steuerquote erreicht nur drei Viertel des Westniveaus, in: Ifo-Schnelldienst 21/1997, S. 10-17.

gang von Länderleistungen im kommunalen Finanzausgleich ein erheblicher Teil ihrer Einnahmen. Durch das Jahressteuergesetz 1996 wurden die Gemeinden entlastet, indem ihnen 2,2 Prozent des Umsatzsteueraufkommens zufällt, die übriggebliebenen Mittel gehen dann im Verhältnis von 50,5 : 49,5 Prozent an den Bund und die Bundesländer.

Mit dieser Neuordnung ist es relativ schnell und unproblematisch gelungen, Ostdeutschland in das System des Länderfinanzausgleichs zu integrieren. Doch mit einer schnellen Lösung wurde gleichzeitig auf eine nachhaltige Reform verzichtet. Vielerorts ist ordnungspolitische Kritik am Länderfinanzausgleich laut geworden.³⁰⁵ Zum einen würden die westlichen Kommunen durch die Gewerbesteuerumlage zu schwer belastet. Außerdem würde der Länderfinanzausgleich den finanzschwachen Ländern keinen Anreiz bieten, ihre Wirtschaftslage zu verbessern, weil sie einen angemessenen Ausgleich erhielten. Bayern und Baden-Württemberg haben beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen den Länderfinanzausgleich eingereicht.³⁰⁶

8.2 Erblastentilgungsfonds

Eine weitere Neuerung entstand Anfang 1995 durch die Einrichtung des Erblastentilgungsfonds (ELF), vgl. Tabelle 13. Ihm wurden zum 1. Januar 1995 die Gesamtverbindlichkeiten einigungsbedingter Nebenhaushalte in Höhe von 352 Mrd. DM zugeschlagen. Der Bund sollte ursprünglich den Schuldendienst für den Erblastentilgungsfonds mit einem jährlichen Anteil von 7,5 Prozent des Schuldenstands leisten. Mit seiner Tilgung wurde in einem Zeitraum von 30 Jahren gerechnet, diese Frist ist aber aufgrund von geringeren Tilgungsbeträgen inzwischen durch das Bundesfinanzministerium gestreckt worden.³⁰⁷

³⁰⁴ Vgl. MÄDING (1995), S. 108-109.

³⁰⁵ Vgl. FACK, Fritz Ulrich (1993): Hoffen auf den Solidarpakt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.2. 1993.

³⁰⁶ Es wird diskutiert, ob die hohen Transferleistungen den Aufholprozeß nicht im allgemeinen verhindern, weil sie die Anreize zur Selbsthilfe und eine gute Wirtschaftspolitik bestrafen, vgl. BOSS/ROSENSCHON (1996), S. 33. Vgl. dazu auch: O.V. (1998b): Länderfinanzausgleich: Neuer Verteilungsstreit zwischen West und Ost, in: DIW-Wochenbericht 7/1998, S: 122-141; O.V. (1997b): Wirtschaftsschwache Bundesländer trotz Finanzausgleich in der Klemme. Zur Entwicklung der Länderfinanzen seit 1992, in: DIW-Wochenbericht 34/1997, S. 601-612.

³⁰⁷ Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT (1995): Jahreswirtschaftsbericht 1995, Bonn, S. 15; SACHVERSTÄNDIGENRAT (1997), S. 192; VESPER (1995), S. 378. Durch den Euphemismus „Erblastentilgungsfonds“ wird ein Großteil der im Einigungsprozeß gemachten Schulden zur „Erblast“. Das verwischt ihre tatsächlichen Ursachen. Schulden, die beispielsweise aus

Der Erblastentilgungsfonds besteht zu knapp 60 Prozent aus den Schulden des Sondervermögens der Treuhandanstalt (vgl. Tabelle 13). Diese hatte Ende 1994 ihr operatives Kerngeschäft beendet und hinterließ ein Soll in Höhe von rund 256 Mrd. DM (Verschuldung 205 Mrd. DM). Dieses Defizit setzt sich zusammen aus den übernommenen Altkrediten und eingeräumten Ausgleichsforderungen der Unternehmen in Höhe von 99 Milliarden DM, aus der ökologischen Sanierung in Höhe von 43 Mrd. DM und aus der „unternehmerisch-finanziellen Sanierung“ einschließlich Abwicklung von 153 Mrd. DM. 45 Milliarden DM sind für die ab 1995 finanzwirksamen Verpflichtungen vor allem aus den Privatisierungsausfrägen und noch nicht abgeschlossenen Liquidationsverfahren schon eingerechnet. Da die Treuhand jedoch nicht alle ihre Aufgaben bis Ende 1994 zu Ende führen konnte, existieren seit 1995 vier Nachfolgeinstitutionen: Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), die Liegenschaftsgesellschaft (TLG), die Beteiligungsmanagement-Gesellschaft Berlin (BMGB) und die Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG). Sie beschäftigen sich mit dem Vertragsmanagement, der Liquidierung von unrentablen Betrieben, der Betreuung der land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen, dem Verkauf von volkseigenen Liegenschaften, der treuhänderischen Verwaltung des Ost-Bundesvermögens und der Restprivatisierung. Die Durchführung dieser Aufgaben wird voraussichtlich noch bis weit über das Jahr 2000 hinaus dauern.³⁰⁸

Zu einem Drittel ist das Defizit des Kreditabwicklungsfonds in den Erblastentilgungsfonds eingegangen (vgl. Kapitel V.4.), den Rest der Summe macht die Teilübernahme der Altschulden im kommunalen Wohnungsbau und die Übernahme von Ausgleichsforderungen seit Anfang 1995 aus. Seit Beginn 1997 sind dem Erblastentilgungsfonds außerdem die Schulden auf gesellschaftliche Einrichtungen der Gemeinden in der DDR in Höhe von 8,4 Mrd. DM übertragen worden, deren Zuordnung lange strittig war.³⁰⁹

der Währungsumstellung resultierten, waren das Ergebnis der Entscheidungen der bundesdeutschen Politiker.

³⁰⁸ Vgl. WEGNER (1995), S. 74; NEUBAUER, Ralf (1994): Arbeit bis zum Jahr 2000, in: Die Zeit, 30.12. 1994. Vgl. dazu auch: BRYCHCY, Ulf (1997): Am Tropf bis in alle Ewigkeit?, in: Süddeutsche Zeitung, 14.7.1997. Der ursprünglichen Planung nach sollte die BvS ihre Tätigkeit zum Ende des Jahres 1998 einstellen, ist aber auf unbestimmte Zeit verlängert worden.

³⁰⁹ Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (3/1997), S. 21; FUEST/KROCKER (1993), S. 35.

Zur Finanzierung des Erblastentilgungsfonds waren verschiedene Quellen vorgesehen. Zum einen wurde zum 1. Januar 1995 der Solidaritätszuschlag von 7,5 Prozent auf Einkommen und Löhne wieder eingeführt, der allerdings 1997 auf 6,5 und 1998 auf 5,5 Prozent gesenkt wurde. Zum zweiten sollten Ausgaben und Steuervergünstigungen abgebaut werden, wie z. B. Kindergeld, BAföG oder Lohnersatzleistungen. Zum dritten sollte der Mißbrauch von Sozialleistungen bekämpft werden. Weiterhin war geplant, einen Teil des Bundesbankgewinns zur Tilgung dem Erblastentilgungsfonds zuzuführen. Im Jahr 1998 lag der Bundesbank-Anteil an der Tilgung bei 17 Mrd. DM.³¹⁰ Seit seiner Einrichtung wurden bis Ende 1997 ein Teil der Summe getilgt, zum 31.12.1997 betrug der Schuldenstand 328 Mrd. DM.

9. Private Investitionen

Neben den öffentlichen Trägern haben die privaten Investoren aus Westdeutschland und dem Ausland einen verhältnismäßig großen Anteil an der Finanzierung der deutschen Einheit. Dieser ist zwar nicht so hoch, wie anfangs erhofft. Die privaten Investitionen sollten – so die frühen Pläne – zur führenden Kraft im wirtschaftlichen Anpassungsprozeß werden, die staatlichen Transfers waren ursprünglich nur als Anschubfinanzierung gedacht. Das es anders herum kam, gehört zu den Fehleinschätzungen und Überraschungen bei der Betrachtung des ganzen Prozesses.³¹¹

Das Bundeswirtschaftsministerium weist dennoch ein kontinuierlich steigendes Engagement privater Investoren in Ostdeutschland aus. Das liegt daran, daß die hohen staatlichen Investitionsförderungen und die damit verbundenen steigenden Renditeerwartungen westdeutscher Investoren erst mit zeitlicher Verzögerung zu einem kräftigen Investitionsanstieg in Ostdeutschland führten. 1991 betrug die gesamten Brutto-Unternehmensinvestitionen 77 Mrd. DM (Summe der Ausrüstungsinvestitionen und Bauten, berechnet auf Grundlage von Tabelle 20), 1994 ca. 154 Mrd. DM (ebenda) und 1997 ca. 161 Mrd. DM (vgl. Tabelle 21). Die Gesamtsumme der westdeutschen und ausländischen Unternehmensinvestitionen ist für den Zeitraum 1991-

³¹⁰ Diese hohe außerordentliche Tilgung hat Bundesfinanzminister Waigel 1997 und 1998 dazu genutzt, seine eigenen Tilgungsleistungen an den Erblastentilgungsfonds zu strecken. 1997 wurde durch diese Maßnahme die Senkung des Solidaritätszuschlags finanziert, vgl. PEFFEKOVEN, Rolf (1998): „Theo im Glück“ wäre zu märchenhaft. Die Bundesbank darf nur wenig vom Rekordgewinn nach Bonn überweisen, in: Der Tagesspiegel, 2.6.1998.

³¹¹ Vgl. SCHILLER (1994), S. 67.

1997 auf insgesamt ca. 950 Mrd. DM (vgl. Tabelle 21) bemessen worden und machte damit mehr als 80 Prozent der Gesamtinvestitionen in Ostdeutschland aus.³¹² (Vgl. Tabelle 21.) Der größte einzelne private Investor war bisher die Deutsche Telekom.

Doch die Summe der privaten Investitionen sagt noch gar nichts über die Höhe der Direktinvestitionen aus. Letztere erweisen sich für die neuen Länder als wertvoller, weil sie mit einem vorwiegend festen und längerfristigen Engagement ausländischer Investoren verbunden sind. Die Direktinvestition blieben allerdings schon in den Anfangsjahren stark hinter den Erwartungen zurück.³¹³ Als gravierendste Investitionshindernisse galten und gelten hohe Lohnkostensteigerungen, die unklaren Eigentumsverhältnisse, die Übernahmeverpflichtungen bei der Belegschaft, die Ineffizienz der Behörden, die unzulängliche Infrastruktur und die Haftung für die ökologischen Altlasten.

10. Die Verteilung der Lasten: Eine Bilanz

Zunächst gibt es neutrale Wirkungen der Vereinigung. Die Geldforderungen, die die Bundesrepublik Deutschland über viele Jahre angesammelt und dem Ausland zur Verfügung gestellt hatte (Leistungsbilanzüberschüsse), wurden in der Folge der Einheit aufgelöst und in „reale“ Vermögenswerte im Rahmen des Aufbau Ost investiert. Da diese Mittel nicht erst geschaffen, sondern schon vorhanden waren, kam es gewissermaßen zu einem Vermögens-“Shift“, bzw. zu einem Ressourcentransfer, der vom Ausland finanziert wurde. Die Höhe dieser Mittel war zwar beträchtlich (vgl. Kapitel III.3.), aber nicht ausreichend.

Die Träger der sonstigen Finanzierung waren vornehmlich staatliche Institutionen. Die Hauptlast trug der Bund. Er hat die hohen Kosten der Einheit nicht nur aus dem Bundeshaushalt bezahlt, sondern zahlreiche Sondervermögen eingerichtet, die die Finanzierung der Einheit zu einem großen Teil übernahmen. Die Länder und Gemeinden Westdeutschlands haben sich an der Finanzierung bis 1995 sehr wenig be-

³¹² Vgl. SACHVERSTÄNDIGENRAT (1997), S. 79, 344; GERSTENBERGER, Wilhelm/Friedrich NEUMANN (1996): Der Um- und Neubau der ostdeutschen Wirtschaft im Spiegel der Investitionstätigkeit, in: Ifo-Schnelldienst 13/1996, S. 8-21; JÄCKEL, Peter (1996): Investitionen in der ostdeutschen Industrie: Rückentwicklung zur „Normalität“ noch durch Großprojekte überlagert, in: Ifo-Schnelldienst 36/1996, S. 3-8; GROS (1996), S. 751; PILZ/ORTWEIN (1992), S. 31; BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT (1998): Fakten zum Aufbau Ost, erhalten per e-mail am 20.10.1998.

teilt. Anstatt die neuen Länder gleich in den horizontalen Länderfinanzausgleich einzubeziehen, was eine starke Belastung der westlichen Bundesländer zur Folge gehabt hätte, ist das Sondervermögen Fonds „Deutsche Einheit“ eingerichtet worden, das zum größten Teil durch Verschuldung finanziert wurde und dessen Zinslast sich Bund und Länder teilen.

Nach der Einbeziehung der neuen Länder in den Finanzausgleich sind die westdeutschen Länder stärker belastet worden. Die westdeutschen Kommunen schnitten bei der Aufteilung der Lasten nach Gebietskörperschaften am schlechtesten ab, sie müssen durch den kommunalen Finanzausgleich 40 Prozent der Lasten mittragen. Besonders Großstädte und Gewerbezentren sind überproportional zur Finanzierung der Einheit herangezogen worden, weil die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage diese besonders belastete.³¹⁴

Die neuen Länder haben sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch an der Finanzierung der Einheit beteiligt. Da die Einnahmen durch den langsamen Aufbau der öffentlichen Infrastruktur und die geringere Steuerkraft der Bevölkerung jedoch nicht ausreichten, waren und sind sie auf die Hilfe des Westens angewiesen. Dadurch, daß ihre Finanzausstattung aber von vornherein viel zu niedrig angesetzt war, hat sich die Verschuldung der neuen Länder auf ein belastend hohes Maß erhöht. Sie näherte sich nach nur fünf Jahren der westlichen Länder an, die über 40 Jahre Zeit hatten, diese aufzuhäufen. Die Verbesserung der Finanzausstattung durch den Länderfinanzausgleich mußte deshalb von den neuen Ländern zu einem großen Teil für die Rückführung der Nettokreditaufnahme benutzt werden. Dennoch ist die Nettoneuverschuldung je Einwohner in den ostdeutschen Flächenländern immer noch um fast ein Drittel höher als in den alten Bundesländern. Die zunehmenden jährlichen Zinsausgaben schränken ihren Haushaltsspielraum ein, besonders im investiven Bereich.

Doch ganz abgesehen von dem Streit über die Lastenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften: Die steuerzahlenden Bürger waren diejenigen, die zur Finanzierung der Einheit am meisten beitragen haben. Sie wurden durch alle Gebietskörperschaften belastet, sowohl durch den Bund, das Bundesland und ihre Kommune.

³¹³ Vgl. SCHILLER (1994), S. 134. Es gibt zu diesem Aspekt keine genauen Angaben, vgl. SACHVERSTÄNDIGENRAT (1997), S. 50.

³¹⁴ Vgl. ANDERSEN (1996), S. 239; WEGNER (1995), S. 80-81.

Nicht nur die direkten Transfers, auch die zusätzlichen Anreize für mehr Investitionen und Arbeitsplätze wurden von den Bürgern bezahlt, sei es über Sozialversicherungsbeiträge, Steuern, Gebührenerhöhungen oder über Einsparungen in den öffentlichen Haushalten.³¹⁵ Hierbei waren insbesondere die Bürger mit niedrigen Einkommen gegenüber denen mit höheren Einkommen benachteiligt. Vor allem die Erhöhungen der indirekten Steuern wirkten regressiv, d.h. sie belasteten die unteren Einkommensbezieher stärker als die oberen Einkommensbezieher. Empfänger von Sozialeinkommen, die aufgrund der Einheit gekürzt wurden, sind durch die Finanzierung der Einheit ebenfalls überproportional belastet worden.³¹⁶

Besonders die Sozialversicherungen haben sich an der Finanzierung der Einheit und namentlich an der in ihrer Folge aufgetretenen wirtschaftlichen Not beteiligt. Das wiederum belastete durch Beitragserhöhungen die Beitragszahler, die von allen Bürgern den relativ größten Anteil der Lasten trugen. Auch diese Erhöhungen wirkten regressiv, belasteten also die unteren Einkommensbezieher stärker als die mit höherem Einkommen. Die Nettoallöhne sind seit 1992 kontinuierlich gesunken. Arbeiter und Angestellte zahlten im Jahr 1995 ca. 6 Prozent, Beamte 4,7 Prozent, Selbständige sogar nur 4 Prozent ihres Einkommens für einigungsbedingte Aufgaben. Diese Asymmetrien haben sich allerdings in den letzten Jahren zunehmend ausgeglichen, da der wiedereingeführte Solidaritätszuschlag die Lasten stärker nach der Leistungsfähigkeit verteilte.

Zu den direkten Profiteuren der Einheit gehörten die meisten ostdeutschen Bürger. Sie wurden zum einen durch die Transfers für die Allgemeinheit (z.B. bei Infrastrukturinvestitionen), aber auch als Mitglieder der privaten Haushalte und Unternehmen, die Subventionen erhielten, begünstigt. Von der Einheit ganz besonders profitiert haben die ostdeutschen Rentner, deren Renten netto um die Hälfte stiegen.

Aber auch viele westdeutsche Unternehmen waren Nutznießer der Entwicklungen. Für sie kam die Einheit zum richtigen Zeitpunkt. Der ostdeutsche Nachfragesog

³¹⁵ Von der Erhöhung der Kommunalgebühren waren besonders die Gebühren betroffen, die zumeist aus sozialen Gründen einen niedrigen Kostendeckungsgrad aufwiesen, z.B. Kindergartengebühren, Eintrittspreise in Museen, Bestattungsgebühren etc., vgl. CZADA (1995), S. 95.

³¹⁶ Vgl. O.V. (1995a): Die Belastung der privaten Haushalte in West- und Ostdeutschland durch direkte und indirekte Steuern, in: DIW-Wochenbericht 46/1995, S. 781-788. Zu den besonders benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen gehören Frauen, Kinder und Jugendliche, vgl.:

sorgte für die Auslastung der in der Boomphase der 80er Jahre in Westdeutschland aufgebauten Produktionskapazitäten. Die seit Ende der 80er Jahre weltweit eintretende Rezession konnte so um einige Zeit herausgezögert werden. Begünstigt waren weiterhin all diejenigen, die die von Bund und Ländern gewährten Steuervergünstigungen wahrgenommen haben (vgl. Tabelle 22).³¹⁷

Während die Westdeutschen für die Einheit in erster Linie materielle Opfer leisteten, trugen die Ostdeutschen überwiegend immaterielle Lasten, wie z.B. die Desorientierung durch den Wandel des Wertesystems, die umgeworfenen Lebensentwürfe und vielfach beträchtliche berufliche Dequalifizierungen. Diese unterschiedlichen Belastungen von Ost- und Westdeutschen waren in der Vergangenheit ein steter Quell von Mißverständnissen und haben die Menschen beider Seiten einander zunehmend entfremdet.

Insgesamt kann man bei den Verteilungswirkungen der Finanzierung der deutschen Einheit weiterhin die „Gerechtigkeitslücke“ erkennen, die eine Studie des RWI schon 1992 feststellte.³¹⁸ Die „gerechteste“ Lösung zur Finanzierung der Einheit, die auch vom Sachverständigenrat gefordert worden war, wäre eine entsprechende Erhöhung der Einkommens- und Körperschaftssteuer, also eine Belastung im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit gewesen. Diese aber war politisch nicht durchsetzbar.

O.V. (1994a): Kinder und Jugendliche Verlierer der Einheit, in: Süddeutsche Zeitung, 21.1.1994.

³¹⁷ Vgl. GROS (1996), S. 741; BOSS/ROSENSCHON (1996), S. 3-6.

³¹⁸ Vgl. O.V. (1992b): Wer finanziert die deutsche Einheit? Zur Diskussion um die Gerechtigkeitslücke, in: RWI-Konjunkturbrief 3/1992.

VI. Anpassungsfortschritte und Wirksamkeit der Transfers

*„Ich habe gar keinen Zweifel daran, daß wir eine breite Investitionswelle bekommen werden. ... Wir werden in wenigen Jahren, in drei, vier Jahren in Thüringen, in Sachsen-Anhalt, in Sachsen, in Mecklenburg, in Vorpommern, in Brandenburg eine blühende Landschaft vor uns sehen.“*³¹⁹

Helmut Kohl, 18. Juni 1990

„Blühende Landschaften“ waren der ostdeutschen Bevölkerung versprochen worden. Die hohen Transfers und privaten Investitionen sollten die ostdeutsche Wirtschaft innerhalb kurzer Zeit ankurbeln und selbsttragend werden lassen. Es kam anders, das erhoffte zweite Wirtschaftswunder gab es nicht. Der Regierung und vielen Fachleuten trat das wirkliche Ausmaß der Misere erst im Laufe der Zeit vor Augen: Der Aufbau Ost wurde viel teurer als erwartet, und trotz der hohen Investitionen stiegen Insolvenzen, Arbeitslosigkeit und in deren Folge Gewalt und Hoffnungslosigkeit. Doch Empfindungen und tatsächliche Anpassungserfolge klaffen auseinander.³²⁰

Bei der Transformation einer sozialistischen Zentralplanwirtschaft in eine Marktwirtschaft gibt es drei große Aufgabenbereiche, an denen die Anpassungserfolge zu messen sind: die Schaffung der institutionellen Infrastruktur, die monetäre Stabilisierung und die reale Anpassung der Volkswirtschaft.³²¹ In Ostdeutschland sind die ersten zwei Aufgaben erfüllt. Diese wurden mit dem ersten Staatsvertrag und der Einheit nach westdeutschem Muster übernommen.³²² Das Engagement der Bundesrepublik hat in diesem Fall nicht auf brüderlicher Solidarität gefußt, wie oft vermutet, sondern auf einem bewußten „Tausch“ des Staatsgebietes der DDR gegen die

³¹⁹ Interview im deutschen Fernsehen, zitiert nach MARSH (1994), S. 286.

³²⁰ Vgl. BISCHOFF, Joachim (1995): Das Scheitern der Vereinigung, in: STEINITZ, Klaus (Hrsg.): Vereinigungsbilanz, Hamburg.

³²¹ Näher erläutert in: SIEBERT (1992), S. 25. Neben der Rechtssicherheit und den Verwaltungsstrukturen bildet das Bankensystem einen wichtigen Teil des institutionellen Rahmens.

³²² Vgl. HARTWIG/PIES (1994), S. 176; SINN/SINN (1993), S. 30. Die positiven Aspekte der Einheit für Ostdeutschland waren die Sofortteilhabe an einer der härtesten Währungen der Welt durch Einführung der DM, die sofortige Eingliederung in die EG und damit Integration in die arbeitsteilige Weltwirtschaft, die sofortige Verfügbarkeit einer bewährten marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung, die schlagartige Beseitigung des Warenmangels, die soziale Abfederung des notwendigen Umstrukturierungsprozesses der ostdeutschen Wirtschaft und die prinzipiell unbegrenzten finanziellen Transferzahlungen Westdeutschlands im gemeinsamen Bundesstaat. Inzwischen sind viele dieser Strukturen auch in anderen Ländern Osteuropas vorhanden.

Sicherheit vor Transformationsrisiken seitens Westdeutschlands. Dieser Handel ist in einer Analogie auch als „Versicherungskontrakt“ bezeichnet worden.³²³

In Ostdeutschland fehlt es demnach heute „nur“ noch an der realen Anpassung, an der Herstellung der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“, die das Grundgesetz vorsieht. Diese Aufgabe ist durch die Währungsumstellung, die schnellen Lohn- und Rentenanpassungen und verschiedene andere Faktoren erschwert worden, und bis sie erreicht ist, werden vermutlich noch etliche Jahre vergehen. Auf dem Weg dorthin ist man jedoch schon ein gutes Stück vorangekommen.³²⁴

1. Allgemeine Anpassungserfolge

Der wirtschaftliche Aufholprozeß der ostdeutschen Wirtschaft ist unübersehbar und durchaus beachtlich. Von 1991 bis 1997 ist das reale Bruttoinlandsprodukt um insgesamt 41 Prozent und durchschnittlich um 6 Prozent jährlich gestiegen.³²⁵ Trotz dieses insgesamt starken Wachstums wird das Bruttoinlandsprodukt 1998 indessen immer noch nicht das Niveau von 1989 erreichen. Es machte 1997 mit 290 Mrd. DM (zu dieser und den weiteren Angaben vgl. Tabelle 23) lediglich ca. 12 Prozent des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts aus.³²⁶

³²³ In dieser Interpretation war die Bundesrepublik der Versicherer, der durch annähernd unbegrenzte Zuschußpflicht, die Garantie von institutioneller Sicherheit und massiver Aufbauhilfe die DDR gegen die Transformationsrisiken „versicherte“; der Umtauschkurs von 2:1 und die dementsprechende Lohnanhebung seien Teil der Abmachung. Als „Prämie“ erhielt die Bundesrepublik das Land und Vermögen der DDR. Daß eine solche teils explizite und teils implizite Abmachung den Unterzeichnern des Vertrages durchaus bewußt war, belegt SCHRETTL, Wolfram (1992): Transition with Insurance: German Unification Reconsidered, in: Oxford Review of Economic Policy, 1/1992, S. 144-155 (147-148). Das Problem dieses Ansatzes besteht darin, daß die Risikokomponente des „Versicherungskontraktes“ unklar war und auch immer noch unklar ist.

³²⁴ Der Präsident des DIW Hoffmann erkennt bei der Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland „schöne Knospen und ein paar Blumen“. Er erwartet, daß die Transferzahlungen ab 2004 erheblich zurückgefahren werden können, weil sich die Wirtschaft in den neuen Ländern zunehmend selbst trage, vgl.: BEISE, Marc (1998): Sag mir, wo die Blumen blühen, in: Handelsblatt, 2./3.10.1998; ähnlich wird die Lage vom Handelsblatt-Konjunkturbarometer eingeschätzt, vgl. VAN SUNTUM, Ulrich (1998): Die sieben mageren Jahre im Osten gehen zu Ende, in: Handelsblatt, 30.5.1998. Bei der Bewertung der Anpassungsfortschritte sollte gleichwohl bedacht werden, daß diese „Einheitlichkeit“ auch im Westen nie vollständig erreicht wurde, und daß es zwischen den verschiedenen Bundesländern große Unterschiede in Produktivität, Wirtschafts- und Finanzkraft gibt.

³²⁵ Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (4/1998), S. 42. Vgl. ebenfalls BUNDESREGIERUNG (1998): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 1998, 3. Kapitel: Wirtschaft im Umbruch, erhalten per e-mail am 20.10.1998 (Bericht auf Grundlage der Beschlüsse des Deutschen Bundestages, Bundestagsdrucksache 13/3643 und 13/7835).

³²⁶ Vgl. SCHMID, Klaus-Peter (1998): Bescheidene Blüte. Ostdeutschland hat immer noch nicht die Wirtschaftskraft der Zeit vor der Wende erreicht, in: Die Zeit, 16. Juli 1998; SACHVER-

Der Aufbauprozess in Ostdeutschland war mit einem starken Zuwachs bei der Arbeitsproduktivität verbunden. Lag diese 1991 noch bei ca. 30 Prozent des westdeutschen Niveaus, ist sie bis 1997 auf gut 60 Prozent gestiegen, hat sich also verdoppelt. Dafür waren vor allem der rasche Beschäftigungsabbau, aber auch die vielen Verbesserungen in der industriellen Organisation sowie im Management innerhalb der ostdeutschen Unternehmen verantwortlich.³²⁷ Rascher als die Produktivität haben sich jedoch die Löhne angeglichen. Erreichten die ostdeutschen Tariflöhne ohne Zusatzleistungen wie Urlaubs- oder Weihnachtsgeld 1991 erst knapp 55 Prozent des westdeutschen Standards, waren es zum Jahresende 1997 schon fast 90 Prozent.³²⁸ Einschließlich der nicht so umfangreichen tariflichen Nebenabsprachen (insbesondere beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld) sowie der längeren Jahresarbeitszeit entsprach dies 83 Prozent der Vergleichsgröße zum Westen. Fast 40 Prozent der verfügbaren Einkommen kamen in den Jahren 1992-1994 aus den laufenden Übertragungen an die privaten Haushalte. Mehr als die Hälfte davon entfiel auf Rentenzahlungen. Die schnelle Anpassung hat durch den Kostendruck viele Ost-Unternehmen überfordert. Die Lohnstückkosten sind in vielen Bereichen sehr viel höher als im früheren Bundesgebiet, sie entsprechen etwa 123 Prozent. Von daher haben viele Unternehmen als „Notausweg“ die Aufweichung der Tarifbindung oder den Verzicht auf Mitgliedschaft in einem Arbeitgeberverband gesucht. Hierdurch war es möglich, den Anstieg der Effektivverdienste abzubremsen und den Kostenschub einzuschränken. Gut zwei Fünftel vorwiegend kleine Unternehmen zahlen Löhne, die unter den branchenüblichen Tarifen liegen.³²⁹

Die rasante Aufholjagd der Löhne ist besonders auf Kosten der Arbeitsplätze gegangen. Die Arbeitslosenquote in den neuen Ländern hat sich zwischen 1991 und 1997 auf 18,1 Prozent (1,36 Mio. Menschen) fast verdoppelt. Vom Abbau der Arbeitsplätze war neben der Landwirtschaft vor allem die Industrie (ohne Baugewerbe) betroffen. Die Beschäftigung verringerte sich allein in der Industrie 1996 und 1997 um

STÄNDIGENRAT (1997), S. 72, 326; BUNDESREGIERUNG (1998): Stand der deutschen Einheit, erhalten per e-mail am 20.10.1998. Die Angaben sind zu Preisen von 1991 berechnet.

³²⁷ Vgl. WEGNER (1995), S. 101.

³²⁸ Diese Anpassung hat sich in letzter Zeit allerdings verlangsamt, vgl. O.V. (1998a): Einkommensanpassung in den neuen Ländern verliert an Tempo, in: DIW-Wochenbericht 39/1998 erhalten per e-mail am 17.9.1998.

³²⁹ Vgl.: DIW/IFW/IWH (1998); BRANTZSCH, Hans-Ulrich/Christian DREGER (1998): Im Osten nichts Neues: Die Lohnbelastung ist zu hoch, in: Wirtschaftsdienst 1/1998, S. 34-39.

mehr als 4 Prozent. Ein Überhang findet sich noch im öffentlichen Dienst, vor allem in den Kommunen. Die Gesamtbeschäftigung sank im Jahresdurchschnitt 1997 um 3,3 Prozent, gut dreimal so stark wie in den alten Bundesländern. Damit wurde der bisherige Tiefstand von 1993 unterschritten. Ohne massiven Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente wäre der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland noch höher ausgefallen. Der Arbeitsmarkt wird noch lange Zeit die große Sorge in Ostdeutschland bleiben.³³⁰

Die Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft war ein viel mühseligerer Prozeß als zunächst erwartet. Inzwischen ist er jedoch fast abgeschlossen, die Umstrukturierung innerhalb der privatisierten Betriebe wird jedoch noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Die Investitionen in Ostdeutschland lagen in den vergangenen Jahren bei ca. 150 Prozent des westdeutschen Niveaus (pro Kopf). Von 1990 bis einschließlich 1997 sind in Ostdeutschland – brutto und in den Preisen von 1991 – insgesamt rund 1 150 Mrd. DM investiert worden. Die Investitionsquote, gemessen am ostdeutschen Bruttoinlandsprodukt, ist von fast 26 Prozent im Jahre 1991 auf 45,1 Prozent im Jahre 1997 gestiegen, wobei die Bauinvestitionen fast 70 Prozent davon ausmachten. Zu diesen Investitionen zählten vor allem Verbesserungen in der Infrastrukturausstattung Ostdeutschlands, besonders im Verkehr und in der Telekommunikation.³³¹ Mit den hohen Investitionsleistungen konnte der Kapitalstock stark vergrößert werden (vgl. Tabelle 24 und Tabelle 25). Staat und Privatwirtschaft haben dazu beigetragen, daß sich im Zeitraum 1990-1997 in Ostdeutschland ein neues Anlagevermögen von rund 550 Mrd. DM gebildet hat. 1997 entsprach der ostdeutsche Kapitalstock ca. 53 Prozent des westdeutschen Niveaus (vgl. Tabelle 24), 1992 waren es nur knapp 40 Prozent.³³² Das Wachstum des Kapitalstocks hat sich aber stark abgeschwächt, 1997

³³⁰ Vgl. O.V. (1998d): Die Lohn-Lücke im Osten schließt sich, in: Der Tagesspiegel, 15.8.1998; DEUTSCHE BUNDESBANK (4/1998), S. 48; WEGNER (1995), S. 113-114. Bemerkenswert ist, daß die Beschäftigung in praktisch allen Bereichen ziemlich unabhängig von der Produktionsentwicklung deutlich geringer wurde. Zwar sind die absoluten Veränderungen schon allein wegen der unterschiedlichen Ausgangsgrößen des Beschäftigungsumfangs verschieden, aber das Muster des Abbaus ist etwa in der produktionsmäßig expandierenden Mineralölverarbeitung nahezu identisch mit dem im schrumpfenden Maschinenbau. Das läßt darauf schließen, daß der Beschäftigungsabbau nicht allein von den ökonomischen Notwendigkeiten, sondern auch von anderen, zum Beispiel politischen Überlegungen beeinflusst wurde vgl. HOFFMANN (1993), S. 54-55.

³³¹ Vgl. WEGNER (1995), S. 99.

³³² Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (4/1998), S. 45; GROS (1996), S. 752; WEGNER (1995), S. 97, 100. Schätzungen des DIW Berlin, zitiert nach BUNDESREGIERUNG (1998): Stand der

betrug es nur noch 2,25 Prozent.³³³ Ein großes Problem im Osten bleibt die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen, die oft zu gering ist. Vielen Unternehmen fehlt so die Ausdauerfähigkeit, auch schwere Zeiten zu überbrücken.³³⁴

Seit 1996 ist der Export wieder zum Zugpferd des Wachstums in Deutschland geworden. Er ist inzwischen so hoch, daß selbst der Saldo der Leistungsbilanz tendenziell wieder positiv ausfällt.³³⁵ Auch das Exportgeschäft ostdeutscher Unternehmen hat sich ausgeweitet und deutet somit auf eine Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit ostdeutscher Betriebe und eine zunehmende Integration in die internationale Arbeitsteilung hin. Die Industrieunternehmen in den neuen Bundesländern haben im letzten Jahr überdurchschnittlich am Exportboom partizipiert. Dennoch ist das Auslandsgeschäft dort noch immer vergleichsweise schwach, die Exportquote Ostdeutschlands liegt mit 15 Prozent deutlich unter der in den alten Bundesländern mit 33 Prozent. Besonders problematisch ist der Absatz der Industrieprodukte. Der ostdeutsche Beitrag am Auslandsumsatz der deutschen Industrie insgesamt war bisher nicht größer als 5 Prozent (1997). Ein großer Wandel im Export ist besonders darin zu sehen, daß die Ostblockstaaten als Absatzmarkt für Ostdeutschland keine so wichtige Rolle mehr spielen. Diese nehmen jetzt die westeuropäischen Staaten ein.³³⁶

2. Sektorale und regionale Unterschiede

Bei all diesen im Grunde positiven Daten ist jedoch nicht zu übersehen, daß sich das Wachstum der ostdeutschen Wirtschaft seit 1997 abgeschwächt hat. Lag es in den

deutschen Einheit. Die verschiedenen Angaben der Tabellen 24 und 25 sollen erneut illustrieren, daß die Berechnungen aufgrund unterschiedlicher Annahmen zu anderen Ergebnissen führen.

³³³ Vgl. SACHVERSTÄNDIGENRAT (1997), S. 43. Der Umfang des Kapitalstocks in Ostdeutschland ist noch viel zu gering, vgl.: O.V. (1995): Nach wie vor große Defizite beim ostdeutschen Kapitalstock, in: DIW-Wochenbericht 31/1995, S. 535-544; DIETRICH, Vera (1997): Kapitalausstattung und Produktivitätsrückstand im ostdeutschen Unternehmenssektor, in: Wirtschaft im Wandel 7/1997, S. 5-9.

³³⁴ Zur Lage der ostdeutschen Unternehmen vgl.: DEUTSCHE BUNDESBANK (7/1998): Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse ostdeutscher Unternehmen im Jahr 1996, in: Monatsbericht Juli 1998, S. 35-49. Ab 1995 sind die Daten für Ost- und Westdeutschland vom Statistischen Bundesamt nicht mehr getrennt aufgeschlüsselt, Aussagen über die Weiterentwicklung des Kapitalstocks stützen sich deshalb auf Ifo-Berechnungen.

³³⁵ Für 1998 gilt das allerdings nur für das 2. Quartal, im ersten Quartal war ein Defizit von 7 Mrd. DM zu verzeichnen. Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (9/1998), S. 59-65.

³³⁶ Vgl. DIW/IFW/IWH (1998); PILZ/ORTWEIN (1992), S. 34; DEUTSCHE BUNDESBANK (4/1998), S. 44-45.

Jahren 1993 und 1994 bei knapp 10 Prozent pro Jahr und machte Ostdeutschland zur dynamischsten Wirtschaftsregion Europas, sank es 1997 mit 1,6 Prozent jährlich zum ersten Mal unter die Expansionsrate Westdeutschlands; auch der Produktivitätsfortschritt ließ deutlich nach. Diese Entwicklung trifft jedoch nicht auf alle Regionen und Sektoren zu. Erst die sektoralen und regionalen Daten erlauben ein fundiertes Urteil darüber, was sich tatsächlich an tiefgehenden Veränderungen vollzogen hat.³³⁷

Das Sinken der ostdeutschen Wachstumsrate ist durch die massiven staatlichen Investitionen zunächst verdeckt worden. Die 1997 eingetretene Abschwächung des Wirtschaftswachstums unter die westdeutsche Rate ist maßgeblich auf den Rückgang des Baugewerbes zurückzuführen. Rund ein Sechstel der realen Wertschöpfung und der Arbeitsplätze entfiel in den vergangenen Jahren auf diesen Bereich. Selbst ohne die indirekte Auswirkung auf vor- und nachgelagerte Wirtschaftszweige gerechnet, war dies dreimal so viel wie im Westen. Ein Abflachen der Bautätigkeit war nicht zu vermeiden, wenn man bedenkt, in welchem Tempo sich die Versorgung der ostdeutschen Bevölkerung mit Infrastruktureinrichtungen und Wohnraum den westlichen Standards annäherte. Bei diesen Größenordnungen mußte sich das zwangsweise auf die gesamte Wirtschaft auswirken.

Von dem Gesamtbild wird auch verdeckt, daß das verarbeitende Gewerbe deutlich expandiert ist, 1997 um über 10 Prozent; auch für 1998 wird ein ähnliches Wachstum erwartet. Die Produktivität hat sich in diesem Bereich zwischen 1991 und 1997 vervierfacht. Das ist besonders bemerkenswert, weil das verarbeitende Gewerbe mit seinen Produkten mehr als andere Wirtschaftsbereiche im nationalen und internationalen Wettbewerb konkurrieren mußte und deshalb dem größten Anpassungsdruck ausgesetzt war. Diese Tatsache weist darauf hin, daß der industrielle Neuaufbau gut vorankommt.³³⁸ Allerdings hat die Industrie im gesamtwirtschaftlichen Vergleich erheblich an Bedeutung verloren, zwei Drittel aller Arbeitsplätze wurden in diesem

³³⁷ Vgl. WEGNER (1995), S. 115.

³³⁸ Vgl. O.V. (1998g): Ostdeutsche Wirtschaft holt auf, in: Der Tagesspiegel, 13.8.1998; DEUTSCHE BUNDESBANK (4/1998), S. 42; DIW/IFW/IWH (1998); GUERTLER, Joachim (1998): Ostdeutsche Industrie. Produktion, Beschäftigung, Ertragslage, in: Ifo-Schnelldienst 11/12-1998, S. 3-9; GLADISCH, Doris (1998): Weiterkonsolidierung der ostdeutschen Industrieunternehmen, in: Wirtschaft im Wandel 11/ 1998, S. 20-24. Diese Entwicklung ist besonders beachtlich, weil die industrielle Produktion von 1989 bis 1991 auf ein Drittel gesunken war. Ein besonders starker Einbruch war im investitionsgüterproduzierenden Gewerbe zu verzeichnen, aber auch im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, vgl. SIEBERT (1992), S. 32.

Sektor zwischen 1991 und 1997 abgebaut. Weniger als ein Zehntel aller Beschäftigten arbeiten noch in Industrieunternehmen, das ist nach wie vor eine viel zu schmale industrielle Basis (16 Prozent Anteil an der Bruttowertschöpfung, in den alten Bundesländern sind es 27 Prozent).³³⁹

Auch sonst haben sich die Strukturen in den vergangenen Jahren erheblich verändert und neue Schwerpunkte herausgebildet. Das Ernährungsgewerbe und die Produktion von Metallerzeugnissen sind in Ostdeutschland inzwischen doppelt so stark wie in Westdeutschland, die chemische Industrie jedoch nur halb so stark. Baunahe, wenig technologieintensive und unterdurchschnittlich handelbare Güter sind allgemein Erzeugnisgruppen mit überproportionalem Anteil in der ostdeutschen Wirtschaft. Hinzu kommen Strukturentwicklungen, die in ähnlicher Weise in vielen hochindustrialisierten Ländern auftreten: Arbeitsintensive Industriezweige verlieren zunehmend an Bedeutung, die Dienstleistungen nehmen zu. Hier, wie auch im Handel, hat sich der Wachstumsbeitrag 1997 erneut deutlich vermindert.³⁴⁰

Die eigentlichen Träger der Wachstumsdynamik sind eine Vielzahl klein- und mittelständischer Betriebe. Bei ihnen ist die Orientierung an Marktchancen am ausgeprägtesten und die Subventionsmentalität am geringsten. Neben ihnen existieren zwei weitere Kategorien von Betrieben: staatlich gestützte Relikte aus den Zeiten der sozialistischen Planwirtschaft (z.B. Braunkohle- und Stahlwerke) und vereinzelte Produktivitätsinseln mit modernen und äußerst kapitalintensiven Arbeitsplätzen (z.B. das Opelwerk in Eisenach). Für die Zukunft der ostdeutschen Wirtschaft sind diese Beispiele allerdings nicht besonders entscheidend.³⁴¹

Der Blick auf die generelle Entwicklung Ostdeutschlands verstellt auch die Sicht auf die Vielfalt regionaler Entwicklungen. Die südlichen Gebiete entwickeln sich in der Tendenz besser als die nördlichen Regionen. Im Süden können viele Unternehmen mit günstigeren Produktionsbedingungen und größerem Marktkapital rechnen. Daß

³³⁹ Vgl. SCHMID, Klaus-Peter (1997): Im Osten zu wenig Neues. Der Versuch, industrielle Kerne zu retten, ist bis auf wenige Ausnahmen gescheitert, in: *Die Zeit*, 14.2.1997.

³⁴⁰ Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (4/1998), S. 44-45.

³⁴¹ Zur Strukturpolitik in Ostdeutschland vgl. u.a. LÖBBE, Klaus/Ullrich HEILEMANN (1996): *The Structural Renewal of Eastern Germany: Some Initial Observations*, in: WELFENS (1996), S. 9-35; MAYER, Otto G./Michael KRAKOWSKI (1993): *The Services Sector in Eastern Germany: An Engine for Growth and Employment?*, in: GHAUSSY/SCHÄFER (1993), S. 177-189.

es viele Unternehmen ins Umland und nicht in Kernstädte zieht, ist ein weiterer Trend, der zu beobachten ist.³⁴²

3. Verwendung der Transfers

Mit den staatlichen Transfers sollte „Hilfe zur Selbsthilfe“ geleistet werden. Vor allem eine effiziente Infrastruktur erschien als unverzichtbare Voraussetzung, um den ostdeutschen Wachstumsprozeß in Gang zu bringen und privates Kapital anzuziehen. Hinzu kam die Renovierung der Städte, insbesondere des Wohnungsbestands sowie die Beseitigung großer Umweltschäden. Doch auch die Fortbildung und Umschulung der Arbeitskräfte und die sozialen Abfederungsmechanismen in den neuen Bundesländern mußten aus den Transfers finanziert werden.

Die Verwendungsstruktur ergibt, daß in den Jahren 1991 bis 1998 jeweils rund ein Fünftel der Transfers für die Bereiche Arbeitsmarkt und Wirtschaft eingesetzt wurden, allein 7 Prozent für die Wirtschaftsförderung. Auf nicht-zweckgebundene Transfers im Rahmen des Finanzausgleiches einschließlich der Zerlegung der Umsatzsteueranteile entfiel ein Viertel der Mittel. Knapp ein weiteres Fünftel der Transfers sind sozialen Ausgaben zuzuordnen, davon etwa 75 Prozent den Sozialversicherungen. Ungefähr 11 Prozent der Mittel kamen dem Ausbau der Infrastruktur zugute. Die Beschäftigungswirkungen der verschiedenen Investitionen sind kaum abzuschätzen und im Einzelfall auch nicht nachprüfbar. Das gilt insbesondere auch für die vom Bund initiierten Förderprogramme.

Mit der Zeit hat sich die Verwendung der Mittel verändert. Die Transfers für Privatisierungsaufgaben sind aufgrund des Endes der Treuhandanstalt nach 1994 deutlich gesunken. 1991 bis 1994 betrug ihr Anteil an den gesamten Transfers noch 14 Prozent. Zwischen 1995 und 1998 waren es nur noch 0,6 Prozent. Gestiegen sind hingegen die Aufwendungen für die Investitionsförderung. Ihr Anteil stieg von 4,2 Prozent (1991-1994) auf 6,6 Prozent (1995-1998). Auch die Transfers für die Eisenbahn haben sich erhöht, was an den hohen Defiziten der Deutschen Bahn in den neuen Ländern und am gestiegenen Engagement des Bundes bei der Finanzierung des regionalen Schienenverkehrs lag. Am deutlichsten haben aber die Ausgaben für die So-

³⁴² Vgl. MIHM, Andreas (1998): Nahaufnahmen aus dem wilden Osten, in: Der Tagesspiegel, 13.8.1998; O.V. (1997a): Regionale Disparitäten bei der Errichtung neuer Produktionskapazitäten in Ostdeutschland, in: Wirtschaft im Wandel 9/1997, S. 8-15.

zialversicherung zugenommen. Hier haben sich die Transfers im Zeitraum von 1995 bis 1998 gegenüber der Periode von 1991-1994 mehr als verdoppelt. Dieser Anstieg basierte zum einen auf der immer größer werdenden Differenz zwischen der Beitragskraft der neuen Länder und den dortigen Versorgungsansprüchen. Zum zweiten gründete sich das Wachstum aber auch auf Änderungen in der Arbeitsmarktpolitik, durch die viele Arbeitnehmer, die in den ersten Jahren nach der Vereinigung Vorruchstandsgelder erhielten, jetzt Altersrenten beziehen.³⁴³

Es ist nicht ganz einfach zu bestimmen, welchen Anteil die eindeutig investiven Ausgaben im Vergleich zu den nicht eindeutig investiven Ausgaben an den Transferzahlungen haben. Zum einen gestattet das vorhandene Datenmaterial häufig keine klare Trennung zwischen investiver und konsumtiver Verwendung. Zum anderen können auch nicht unmittelbar in den Sachkapitalstock fließende Mittel mitunter auch investiven Charakter haben, so zum Beispiel die Aufwendungen für Qualifizierungsmaßnahmen der Arbeitnehmer. Sie stellen Investitionen in das Humankapital dar und sind unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten also auch als Investition einzustufen. Im ganzen stellte sich jedoch heraus, daß – entgegen der ursprüngliche Intention – die konsumtiven und sozialen Ausgaben die für investive Zwecke bei weitem übertrafen. Die Transfers sind im Laufe der Zeit zu einem Instrument geworden, mit dem die Fehler der Lohnpolitik und die Anpassungskrise der ersten Jahre bewältigt wurden.³⁴⁴

Der Anteil der investiven Ausgaben belief sich – ohne die Steuervergünstigungen, Kredit- und Bürgschaftsprogramme sowie Hilfen der Treuhandanstalt – auf etwa 20 Prozent. Insgesamt liegt für die gesamten Transferzahlungen der Anteil investiver Ausgaben bei ungefähr einem Drittel, knapp 70 Prozent der Hilfen wurden also für sogenannte konsumtive Zwecke verwendet. Wenn man davon ausgeht, daß etwa zwei Drittel der Transfers durch Verschuldung finanziert werden, wird so – grob

³⁴³ Vgl. LICHTBLAU (1998), S. 201.

³⁴⁴ Vgl. WEGNER (1995), S. 80-81; FUEST/KROKER (1993), S. 15; MEINHARD, Volker u.a. (1993): Transferzahlungen in die neuen Bundesländer, Berlin; DEUTSCHE BUNDESBANK (3/1992): Öffentliche Finanztransfers für Ostdeutschland in den Jahren 1991 und 1992, in: Monatsbericht März 1992, S. 15-22 (20). Die problematische Abgrenzung zwischen investiv und konsumtiv wird besonders deutlich in der Arbeit von BOSS/ROSENSCHON (1996), S. 28-30. Hier wird gezeigt, daß die als investiv eingestuften Budgetpositionen nicht unbedingt investiv sind. Forschungsausgaben werden beispielsweise als konsumtiv bewertet, der Bau von Theatern jedoch investiv. Insgesamt muß der Anteil der investiven Ausgaben deshalb vermutlich noch geringer veranschlagt werden als 20 Prozent.

gerechnet – zwischen 40 bis 50 Prozent der konsumtiven Transfers zukünftigen Generationen angelastet.³⁴⁵

An den Förderprogrammen des Bundes ist erhebliche Kritik geübt worden. Sie waren zwar wichtig zur Beschleunigung der Investitionen, haben aber auch zu beträchtlichen Fehlallokationen geführt. Dazu gehören nicht nur die Überkapazitäten an Büro- und Wohnhäuser, auch im Verarbeitenden Gewerbe hat die Förderpolitik falsche Schwerpunkte gesetzt, indem sachkapitalintensive Investitionsprojekte (in der Chemie, Eisenschaffenden Industrie, Mineralverarbeitung) bevorzugt und humankapitalintensive Produktionszweige (Elektrotechnik, Feinmechanik, Maschinenbau) vernachlässigt wurden. Die Kapitalknappheit und die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte hätte aber genau die umgekehrten Prioritäten verlangt.³⁴⁶

4. Perspektiven des Strukturwandels

Die Veränderungen in der ostdeutschen Wirtschaft seit der Wende sind gewaltig, obwohl das Wachstum sich in den letzten zwei Jahren erheblich abgeschwächt hat. In Ostdeutschland wird eine neue Wirtschaftsstruktur sichtbar, die erwartungsgemäß völlig ganz anders aussieht als die vor der Wende aber auch deutlich anders als die in Westdeutschland, wobei die Veränderungen je nach Branche und Region höchst unterschiedlich ausfallen. Es gibt jedoch immer noch große Probleme, dazu zählen z.B. die unzureichende Kapitalausstattung, Defizite im Technologiemanagement und in der Betriebsorganisation, ungenügende Innovationstätigkeit, falsche Spezialisierung, absatzwirtschaftliche Schwächen und insbesondere die hohen Personalkosten. Nimmt man jedoch die desolante Lage der DDR-Wirtschaft und die begrenzte Leis-

³⁴⁵ Vgl. HOFFMANN (1993), S. 111. Insgesamt wird die Belastung der künftigen Generationen so hoch sein, daß sie nur durch eine 30prozentige Erhöhung der jetzigen Einkommenssteuer auszugleichen wäre. Vgl. O.V. (1998e): Generationenbilanzen: Die Abgabenlast unserer Enkel, in: Der Tagesspiegel, 25.8.1998. Vgl. ebenso: KITTERER, Wolfgang (1996): Intergenerative Belastungsrechnungen („Generational Accounting“) – Ein Maßstab für die Belastung zukünftiger Generationen?, in: OBERHAUSER (1996), S. 215-257.

³⁴⁶ Das BMWi hat die Anstoßwirkungen des Investitionszuschusses und der Sonderabschreibungen bis Mitte 1995 auf 85 Mrd DM, die der Kreditförderung auf 70 Mrd DM beziffert, vgl. LICHTBLAU, Karl (1993): Investitionsförderung in den neuen Bundesländern, in: IW-Trends 3/1993, S. 17-34; DIW/IFW/IWH (1998).

tungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft zum Maßstab, entspricht das Ergebnis der letzten acht Jahre dem, was realistischerweise zu erwarten war.³⁴⁷

Eine sich selbst tragende Wirtschaft liegt aber noch in weiter Ferne, und um die zu erreichen, braucht es nicht nur Fördermaßnahmen, sondern vor allem eine konsequente Strukturpolitik.³⁴⁸ Dazu gehört auch, daß die Löhne in Ostdeutschland niedrig bleiben, so schmerzhaft das für die Bevölkerung auch sein mag. Steigen sie weiter, wird die Lage eher schlimmer und noch mehr Menschen verlieren ihren Arbeitsplatz.³⁴⁹ Transferzahlungen und Fördermaßnahmen aus dem Westen werden noch auf Jahre hinaus in großem Umfang nötig sein, sie sollten jedoch nicht mehr nach dem „Gießkannenprinzip“, sondern gezielt und effektiv eingesetzt werden, um den Strukturwandel in Ostdeutschland weiter zu fördern und Fehlallokationen zu verhindern. Die Abschaffung der Sonderabschreibungen ab dem Jahr 1999 ist eine Maßnahme, die in die richtige Richtung führt.

Der Mittelstand ist das dynamische Zugpferd dieser Entwicklung, er muß mehr als bisher unterstützt werden. Weniger Unterstützung sollte für strukturschwache Altindustrien bereitgestellt werden, die nur zur Konservierung einiger weniger Arbeitsplätze dienen. Der neue industrielle Kern, insbesondere die Produktion der über den lokalen Bedarf hinausgehenden, handelbaren Güter, sollte mehr als bisher gefördert werden.³⁵⁰ Aufgrund der regionalen Unterschiede sollten die Förderinstrumente für eine Spezialisierung auf die schwächer entwickelten Regionen eingesetzt werden. Die Einschränkung der wirtschaftlichen Gemeinschaftsaufgabe und der Investitions-

³⁴⁷ Vgl. CZADA, Roland/Gerhard LEHMBRUCH (Hrsg.) (1998): Transformationspfade in Ostdeutschland. Beiträge zur sektoralen Vereinigungspolitik, Frankfurt a. M.; KERSTING, Silke (1998): Viele Ostfirmen zehren von der Substanz, in: Der Tagesspiegel, 15.8.1998.

³⁴⁸ Vgl. z.B. MAIER-MANNHART, Helmut (1991): Lichtblicke zwischen den Hiobsbotschaften. Die deutsche Einheit erfordert mehr als große Summen, in: Süddeutsche Zeitung, 15.4.1991; vgl. z. B. auch: SCHILLER (1994), 147-180; SIEBERT (1992), S. 193-213; HOFFMANN (1993), S. 132-159. Hier werden Lohndifferenzierung, Privatisierung der Infrastruktur, institutionelle Modernisierung, die Dynamisierung der Unternehmerschaft und der Gewerkschaften, Subventionsabbau, weitere Lohnsubventionen u.v.a.m. vorgeschlagen. Zu neueren Vorschlägen für eine Verbesserung der Standortfaktoren vgl. PFEIFFER, Ulrich/Harald SIMONS (1998): Wirtschaftliche Entwicklungsdefizite und Entwicklungsstrategien für Ostdeutschland. Gutachten, Bonn. Hier werden weitere Lohndifferenzierungen, spezielle Agenturen zur Anwerbung von Direktinvestitionen, eine Einkaufsinitiative Ost u.ä. empfohlen.

³⁴⁹ Vgl. DETTMER, Markus/Armin MAHLER: „Dann bricht das Chaos aus“. Der Ökonom Hans Werner Sinn über die Lehren der Krise in Ostdeutschland, in: Der Spiegel 25/1996, S. 114-117.

zulagen für bestimmte Gebiete sind richtige Entscheidungen, könnten aber noch weiter gehen. Es könnte sich auch immer noch als sinnvoll erweisen, die verwirrende Vielfalt der Förderinstrumente durch eine allgemeine Steuerpräferenz für den gewerblichen Mittelstand zu ersetzen. Weiterhin sollte die einseitige Orientierung an der Sachkapitalförderung eingeschränkt werden und die Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmer eine noch wichtigere Rolle einnehmen als bisher. Eine aktive, wachstumsorientierte Arbeitsmarktpolitik bleibt weiterhin unverzichtbar.³⁵¹

VII. Ökonomische, politische und gesellschaftliche Folgen der Einheit

„Niemand muß für die deutsche Einheit auf irgend etwas verzichten.“³⁵²

Helmut Kohl (1990)

1. Die Finanzierung der deutschen Einheit – eine Bilanz

Die Politik der deutschen Einheit ist als „*Fehlstart*“³⁵³ bezeichnet worden, die Geschichte ihrer Finanzierung als eine „*Korrektur von Irrtümern*“³⁵⁴, die die gesellschaftlichen Konflikte in Deutschland so anheizte, daß noch 1991 „*nachhaltige Folgen für den sozialen Frieden in Deutschland*“³⁵⁵ erwartet wurden. Ganz so schlimm ist es nicht gekommen: Die Wirtschafts- und Finanzpolitik in dieser Zeit war bestimmt kein Meisterstück, sie als eine Katastrophe zu bezeichnen aber wäre entschieden übertrieben. Die bisherige Zwischenbilanz ist – im Rahmen dessen, was möglich war – gar nicht so schlecht. Das erscheint um so erstaunlicher, da es zum einen kein Gesamtkonzept gab und darüber hinaus ein enormes Mittelaufkommen zu mobilisie-

³⁵⁰ Vgl. SCHILLER (1994), S. 42, WEGNER (1995), S. 167-169. Wie sich die unterschiedliche Ausgestaltung von Wirtschaftsförderprogrammen auf Investitionen und Beschäftigung auswirkt, ist modelltheoretisch dargestellt in: KLODT (1996), S. 164-166.

³⁵¹ Vgl. O.V. (1998h): Regierung nennt Hilfe im Osten unerlässlich, in: Süddeutsche Zeitung, 28.5.1998.

³⁵² Zitiert nach MARSH (1994), S. 263. Er hat es auch so formuliert, daß es „keinem schlechter, aber vielen besser“ gehen werde, was der Pareto-Effizienz entspricht, vgl. SCHRETTL (1992), S. 146.

³⁵³ Buchtitel von HICKEL/PRIEWE (1994).

³⁵⁴ HICKEL/PRIEWE (1994), S. 138.

³⁵⁵ SINN/SINN (1993), S. X (Vorwort).

ren war, und dabei eine Vielzahl konkurrierender Ziele gleichzeitig erreicht werden mußten.³⁵⁶

Die Regierung muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie ihr sich eröffnende Chancen vertan hat. Ein Fehler war, daß sie sich die durchaus vorhandene Solidaritäts- und Opferbereitschaft innerhalb der Bevölkerung nicht zunutze gemacht hat. Wie Churchill 1940 mit seiner „Blut, Schweiß und Tränen“-Rede das englische Volk auf große, aber sich letztlich auszahlende Entbehrungen einschwor, hätte der Bundeskanzler die Bevölkerung davon überzeugen müssen, daß die Vereinigung eine nie dagewesene Herausforderung darstelle, aber auch nie dagewesene Anstrengungen (wie beispielsweise erhebliche Steuererhöhungen) erfordere. Statt dessen hielt man in Politik und Gesellschaft an eingefahrenen Verhaltensmustern fest. Das Fehlen eines *new frontier spirit* dürfte einer der größten Mängel im deutschen Vereinigungsprozeß gewesen sein. Viele Politiker erweckten zunächst den Eindruck, daß sich mit relativ geringen Mitteln aus Westdeutschland zwischen Greifswald und dem Erzgebirge eine Art „Schlaraffenland“ errichten lasse. Dadurch wurde das Anspruchsdenken der Bürger gesteigert und die gegenwärtige Krise vorgezeichnet.³⁵⁷

Der zweite große Fehler bei der Finanzierung der Deutschen Einheit war der Vorrang der politischen vor den ökonomischen Zielen.³⁵⁸ Viele Entscheidungen über die Finanzierung der Deutschen Einheit waren das Ergebnis politischen Kalküls, unzureichender Informationen und eines sehr verbreiteten „Nichtwissenwollens“. Die wirtschaftlichen Folgen der Entscheidungen wurden oft ignoriert oder aus wahltaktischen Überlegungen ganz bewußt verschleiert. Andere Aktivitäten wurden zusätzlich aus Gründen des Parteienwettbewerbs und föderativer Blockaden vertagt.³⁵⁹ Der

³⁵⁶ Dies lag daran, daß sich eine Vielzahl voneinander abhängiger, aber unterschiedlich informierter und interessierter Akteure aufeinander abstimmen mußten. Auf diesem Wege konnte sich trotz Unsicherheit und Erfolgsdruck eine kollektive Problemsicht entwickeln, die letztlich handlungsleitend geworden ist, vgl. CZADA (1995), S. 95. Vgl. auch: KLOTEN, Norbert (1996): Deutsche Einheit: Die wirtschaftliche Last der Folgen für Ost und West, in: Deutsche Bundesbank. Auszüge aus Presseartikeln, 8/1996, S. 11-17.

³⁵⁷ Vgl. SCHNEIDER, Jens (1998): Der Preis des Versprechens, in: Süddeutsche Zeitung, 2.9.1998; MARSH (1992), S. 262; SCHMIDT, Helmut (1991): Uns Deutsche kann der Teufel holen, in: Die Zeit, 17.5.1991.

³⁵⁸ Es gab auch andere Interpretationen, z.B. von SCHRETTL (1992), vgl. oben (Anm. 325), der argumentiert, daß im Rahmen eines Versicherungsvertrag-Modells die ökonomischen vor den politischen Zielen gelegen hätten. Dieser Ansatz ist in der Literatur aber nicht weiter verfolgt worden.

³⁵⁹ Vgl. MÄDING (1992), S. 194-195. Kohl räumte 1991 ein, die Probleme im Osten unterschätzt zu haben. Sein damaliger Berater, Horst Teltchik, erklärte, daß das Versäumnis, die Steuern

Vorrang der politischen vor den wirtschaftlichen Zielen mußte dazu führen, daß kein klares ökonomisches Gesamtkonzept zur Finanzierung der Einheit oder zur Wirtschaftspolitik in Ostdeutschland entwickelt wurde. Die Bundesregierung betrieb im Gegenteil lediglich kurzatmiges Krisenmanagement, es wurde „zu spät, zu wenig, zu einfallslos“³⁶⁰ geholfen. Die schnelle Einführung der D-Mark in Ostdeutschland ist das beste Beispiel dafür, daß sich die Ökonomie an falscher Politik rächt. Der Umtauschkurs von 2:1 sollte Abwanderungen in den Westen verhindern und nicht zuletzt der CDU den Wahlsieg sichern. In Folge dieses Kurses wurde aber auch die Wettbewerbsfähigkeit der meisten ostdeutschen Betriebe zerstört. Die dortige Wirtschaft leidet heute noch unter der Lücke zwischen Löhnen und Produktivität.

Das fehlende Gesamtkonzept hatte folgende Konsequenzen: Zum einen führte es dazu, daß der Finanzbedarf für Ostdeutschland ununterbrochen nach oben korrigiert werden und die Hilfen immer wieder aufgestockt werden mußten. Die Finanzpolitik der Regierung hat durch diese Maßnahmen an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Die zweite Folge war, daß es keine regionale und branchenorientierte Strukturpolitik gab. Es wurde zum falschen Zeitpunkt zu viel an falschen Stellen gefördert und investiert, aber entsprechend zu wenig an den richtigen. In der ostdeutschen Wirtschaft konnten sich so ineffiziente strukturelle Schwerpunkte entwickeln.

Eine weitere Folge des fehlenden Konzeptes war, daß es zu einer hohen Nettoneuverschuldung kam, damit die Transfers und Fördermaßnahmen finanziert werden konnten. Durch diese hohe Verschuldung ist ein keynesianisches Strohfeuer entfacht worden, was die Preisstabilität in Deutschland gefährdete.³⁶¹ Zudem konnte die Regierung ohne Gesamtkonzept auch nicht der Reduzierung der außenwirtschaftlichen Aktivitäten entgegenwirken. Westdeutschland exportierte nach der Einheit einen

schon früher zu erhöhen, „eine spektakuläre Fehlentscheidung“ gewesen sei, was auch Volker Rühle, der damalige Generalsekretär der CDU, als „großen Fehler“ erkannte. Otto Schlecht, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, sagte: „Wir haben uns etwas vorgemacht, was den Umfang und die Tiefe der Umstrukturierungskrise betraf. Wir betonten [bezüglich der wirtschaftlichen Aussichten der DDR, die Verf.] das Positive und drängten das Negative in den Hintergrund. Wir verhielten uns so, weil wir wollten, daß die Leute Mut fassen – und weil Wahlkampf war.“ Alle Zitate nach MARSH (1992), S. 281-282.

³⁶⁰ WEGNER (1995), S. 176. Vgl. dazu auch: ANDERSEN (1996), S. 239, 241. Vgl. auch HERZ, Wilfried/Ralf NEUBAUER (1995): Die Sturzgeburt war unvermeidlich. Interview mit Horst Köhler, in: ZEIT-Punkte 5/1995, S. 67-68 (68); LEICHT, Robert (1991): Nur halbe Sachen. Der Kanzler tut zu wenig für die Einheit, in: Die Zeit, 8.3.1991.

³⁶¹ Vgl. JOCHIMSEN (1997), S. 21.

Großteil seiner Produkte nicht mehr ins Ausland, sondern nach Ostdeutschland, was zwischen 1991 und 1996 zu einem Leistungsbilanzdefizit führte.

Der dritte große Fehler bei der Finanzierung der Deutschen Einheit war die unsoziale Lastenverteilung, womit eine fundamentale Säule des deutschen Wohlfahrtsstaats in Frage gestellt wurde. Die regressive Wirkung, die bei der Erhöhung indirekter Steuern eintritt, traf insbesondere die unteren Einkommensschichten, die Kürzung der Sozialleistungen belastete ebenso vor allem die sozial Schwächeren. Auch der anfangs große Anteil der Sozialversicherungen an den Transfers bewirkte, daß die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten überproportional die Finanzierung der Einheit zu tragen hatten. Dieses Ungleichgewicht ist durch die erneute Einführung des Solidaritätszuschlags mittlerweile etwas ausgeglichen worden, es trug aber lange Zeit dazu bei, daß sich das soziale Klima in Deutschland deutlich verschlechtert hat.

2. Innenpolitische und gesellschaftliche Konsequenzen

Politiker und Ökonomen erwarteten sich von der deutschen Einigung mittelfristig einen wirtschaftliche Aufschwung für Gesamtdeutschland, doch nach Abflauen des Nachholbedarfs in Ostdeutschland haben sich die Wachstumsimpulse deutlich abgeschwächt, und vielen erscheint nunmehr die ehemalige DDR sogar eher wie ein „Klotz am Bein“, der die Entwicklung hemmt. Durch die Deutsche Einheit fließen viele Mittel nach Ostdeutschland, die sonst zu Steuersenkungen, Umstrukturierungen oder Modernisierungen in Westdeutschland hätten genutzt werden können. Die Chancen für einen allgemeinen zukunftsweisenden Umbau der Wirtschaftsstrukturen sind in ganz Deutschland allerdings nur halbherzig in Angriff genommen und durch die verfehlte Förderpolitik zum Teil sogar erschwert worden.

Doch nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet ist das Zusammenwachsen der Deutschen langwierig und mühsam. Die Einheit hat den gesellschaftlichen Konsens in der Bundesrepublik auf eine harte Probe gestellt. Der Bevölkerung im Osten sind Anpassungslasten und Lernzwänge auferlegt worden, die im Westen vermutlich zu Aufruhr geführt hätten. Die Anpassung an die neue Gesellschaft ging für die neuen Bundesbürger häufig nicht nur mit dem Verlust des Arbeitsplatzes, sondern auch mit Beeinträchtigungen ihres Gesundheitszustands, dem starken Rückgang von Eheschließungen und einer erheblich geringeren Geburtenrate einher. Andererseits haben die westdeutschen Steuerzahler die zusätzlichen Lasten im großen und ganzen

ohne allzu viel Murren auf sich genommen. Zugeständnisse haben also beide Seiten auf ihre Art machen müssen und gemacht, doch deren Verschiedenheit führte und führt immer noch oft genug zu Mißverständnissen.³⁶²

Nach neueren Untersuchungen stehen viele Ostdeutsche dem marktwirtschaftlichen System inzwischen mit zunehmender innerer Distanz, wenn nicht sogar mit Ablehnung gegenüber.³⁶³ Ihren langjährigen Erfahrungen entsprach es, vor allem vom Staat die Lösung der Probleme einzufordern. Daß heute viele Aufgaben den Bürgern selbst überlassen werden, stößt deshalb auf Unverständnis und führt nicht selten zur Verklärung der DDR-Vergangenheit. Westdeutsche empfinden dagegen die Unselbständigkeit der Ostdeutschen als „Drückebergerei“, die „Ostalgie“ als Undankbarkeit und den Ruf nach mehr Staat als gefährlich. Die „unsoziale Lastenverteilung“ hat die Solidarität der Bürger untereinander nicht gestärkt, die Debatten über die Abschaffung des Solidaritätszuschlags und die rapide Senkung der Transfers verschärfen das ohnehin rauhe Klima.

3. Ökonomische und außenpolitische Konsequenzen

In dieser Arbeit ist versucht worden, die Kosten der Einheit und die Finanzierung dieser Kosten darzustellen. Als Ergebnis läßt sich sagen, daß es vor allem die Bürger der alten Bundesrepublik waren, die diese getragen haben. Die Deutsche Einheit ist sie teuer zu stehen gekommen. Doch man darf nicht vergessen, diesen Kosten das Positive gegenüberzustellen, das letztlich die gesamte Bundesrepublik durch die Einheit gewonnen hat. Diese Vorteile sind allerdings nicht genau quantifizierbar, weil hier politische und ökonomische Faktoren ineinandergreifen.

Vor der Einheit ist Westdeutschland häufig als „ökonomischer Riese und politischer Zwerg“ charakterisiert worden. Wenn es um Entscheidungen von weltpolitischer Di-

³⁶² Vgl. HAUSER, Richard (1997): Die Vereinigung ist abgeschlossen – die Unterstützung für den Osten wird fortgeführt, in: Das Parlament, 17./24.1.1997; POHL, Rüdiger (1997): Es ist nicht die Aufgabe des Staates, für stabile Einkommen und für Vollbeschäftigung zu sorgen, in: Volksstimme (Magdeburg), 27. 5.1997, HELEMANN, Ullrich/Herrmann RAPPEN (1997): The Seven Year Itch? German Unity from a Fiscal Viewpoint, Washington D.C., S. 16-20.

³⁶³ Vgl. POLLACK, Detlef/Gert PICKEL (1998): Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung. Die Einstellung der Ostdeutschen zu sozialer Ungleichheit und Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/42-1998, 2.10.1998. Vgl. ebenso: WEDEL, Mathias (1994): Einheitsfrust, Berlin; ANDREß, Hans-Jürgen (Hrsg.) (1995): Fünf Jahre danach. Zur Entwicklung von Arbeitsmarkt und Sozialstruktur im vereinten Deutschland, Berlin/New York.

mension ging, verhielt sich die Bundesrepublik in aller Regel zurückhaltend und betrieb sich dabei auf das „kollektive Gedächtnis“ an die Greuel des Nationalsozialismus, was ihr einen normalen Machtgebrauch versage. Nicht selten wurde den Deutschen im Ausland vorgeworfen, daß sie sich durch diese vermeintliche Bescheidenheit lediglich größerer Verantwortung verweigern wollten. Mit der Wende und Deutschlands Aufbruch in die „Berliner Republik“ sind die Forderungen nach den „Führungsqualitäten“ der wieder Deutschen lauter geworden. Gleichzeitig ist innerhalb des Landes die außenpolitische Selbstbeschränkung Schritt für Schritt einem Gefühl von *assertiveness* gewichen. Die Bundesrepublik gehört zu den wichtigsten Wirtschaftsmächten der Welt, sie ist *économie dominante* in Europa und deshalb gezwungen und nunmehr auch willens, jenes Maß an Verantwortung zu tragen, das diesem ökonomischen Gewicht entspricht. Die Sonderrolle weicht also zunehmend der Normalität. Die Einheit hat in Deutschland aber auch innenpolitisch und gesellschaftlich ein verändertes Selbstverständnis geschaffen, das östlicher, preußischer, protestantischer und vielleicht auch atheistischer ist als zuvor.³⁶⁴ Die gerade erfolgte Abwahl des „Kanzlers der Einheit“, Helmut Kohl, mag ein Anzeichen dieses inneren Wechsels sein.

Daß Deutschland durch die Einheit „östlicher“ geworden sei, ist nicht nur eine geographische, sondern auch eine politische Feststellung. Das große Engagement der Bundesrepublik für die Osterweiterung der Europäischen Union ist unmittelbare Konsequenz der Deutschen Einheit. In Osteuropa existieren nach dem Ende des Kalten Krieges Unsicherheiten, deren Abbau sich die Bundesrepublik in Tradition ihrer Ostpolitik zur Aufgabe gemacht hat. Die gewachsenen Verbindungen Ostdeutschlands zum ehemaligen RGW-Raum fordern und fördern die Zusammenarbeit und Integration. Dieses Engagement wird zu ganz beträchtlichen wirtschaftlichen Folgen führen. Zehn ostmitteleuropäische Staaten drängen auf schnelle Mitgliedschaft in der EU. Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien und Estland sind wegen ihrer Reformen-

³⁶⁴ Lothar de Maizière zitiert nach GROß, Johannes (1995): Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts, Stuttgart. Der Begriff „Berliner Republik“ entstammt ursprünglich einem Band von Daniel S. HAMILTON (1994): *Beyond Bonn. America and the Berlin Republic*, Washington, D.C.. Inzwischen ist er zum Schlagwort für das neue außen- und innenpolitische Selbstverständnis Deutschlands nach der Wende geworden. Zu einem weiteren Werk, das sich mit diesem Thema auseinandersetzt, vgl. MARKOVITS, Andrei S./Simon REICH (1998): *Das deutsche Dilemma. Die Berliner Republik zwischen Macht und*

folge zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen akzeptiert worden. Mit ihrer Aufnahme kann, trotz Zurückhaltung der EU, ab dem Jahr 2003 gerechnet werden, versehen allerdings mit langen Übergangsfristen. Die Kosten für die Integration dieser Länder werden auf 25 bis 100 Mrd. DM geschätzt.³⁶⁵ Diese Schätzungen kann man mit Fug und Recht anzweifeln. Aufgrund der völlig untertriebenen Kalkulationen zur Finanzierung der Deutschen Einheit muß man wohl davon ausgehen, daß auch diese Kosten um ein Vielfaches höher liegen werden. Deutschland wird als finanzkräftigstes Land Europas einen Großteil dieser Lasten tragen müssen, kann bei seinem Engagement für die Osterweiterung allerdings auf wenig Solidarität seitens der eigenen Bevölkerung und auch insbesondere der der südeuropäischen EU-Mitgliedsländer hoffen, weil ihnen die Dringlichkeit dieser Aufgabe nicht deutlich zu machen sein wird. Wenn Deutschland seinen Versprechen gegenüber Osteuropa jedoch nicht nachkommt, kann es zu einem Vertrauensverlust kommen, der nicht nur in Osteuropa die Transformation beeinträchtigen, sondern auch „neue Grenzen“ in Europa zwischen neu aufgenommenen EU-Mitgliedern und dem „armen“ Osten schaffen würde.

Die Einheit hat der Bundesrepublik nicht nur relativ mehr Gewicht im europäischen politisch-ökonomischen Kontext, sondern auch in der Weltwirtschaft verschafft. Nach den Vereinigten Staaten und Japan ist die Bundesrepublik nun zur drittgrößten Wirtschaftsmacht der Welt geworden. Mit einem neuen Selbstverständnis fordert sie auch mehr Verantwortung und Macht ein, sowohl in den internationalen Wirtschaftsinstitutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds als auch in der Runde der G 7. In diesen Zusammenhang gehört auch die Forderung nach Anpassungsreformen der Stimmrechte in der Europäischen Union und nach einem Sitz im UNO-Sicherheitsrat. Mit mehr Rechten sind jedoch immer auch mehr Pflichten verbunden. Ein größeres Engagement bei Nato-Einsätzen und UNO-Blauhelmmissionen wird von Deutschland ebenso erwartet wie höhere Beiträge an die Bretton-Woods-Organisationen und ein größerer Einsatz der Bundesrepublik zur Stabilisie-

Machtverzicht, Berlin. Vgl. zu demselben Thema: O.V. (1998c): Schröder's Germany, in: *The Economist*, 3.10.1998, S. 18.

³⁶⁵ Es gibt unterschiedliche Angaben zu den Kosten, die eine Osterweiterung der EU mit sich bringt, vgl. dazu die Aufstellung in: WEISE, Christian u.a. (1996): *Die wirtschaftliche Integration der assoziierten Länder Mittel- und Osteuropas in die Europäische Union – Außen- und binnenwirtschaftliche Auswirkungen im Hinblick auf die künftige EU-Mitgliedschaft*. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Berlin, S. 285. Zu anderen Kalkulationen

rung der Weltwirtschaft. In einer solchen neuen Weltordnung fällt der Bundesrepublik auch ein sehr viel höheres Maß an regionaler Verantwortung zu, beispielsweise für Osteuropa und Rußland.

Es ist davon auszugehen, daß die mühsamen und schmerzhaften Anpassungsprozesse sich auch innerhalb Deutschlands noch lange Zeit hinziehen werden, denn es wird mit größter Wahrscheinlichkeit noch mehrere Jahrzehnte dauern, bis die wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen Ost und West überwunden sind. Die gesellschaftliche Anpassung wird voraussichtlich mindestens ebenso viel Zeit in Anspruch nehmen. Es kann deshalb abschließend festgestellt werden, daß die Aussage Kohls, niemand würde für die Einheit auf etwas verzichten müssen, so nicht stimmt. Zumindest kurz- und mittelfristig haben sowohl die Bürger in Ost- wie auch die in Westdeutschland erheblichen Verzicht geleistet. Langfristig aber wird sich dieser Verzicht auszahlen, denn durch die Einheit hat das Gewicht Deutschlands im weltweiten politischen und wirtschaftlichen Zusammenhang eindeutig zugenommen, und davon werden alle Bürger des Landes letztlich profitieren.

VIII. Anhang

1. Abkürzungsverzeichnis

ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
AfA	Abschreibung für Anlagen
Art.	Artikel
BA	Bundesanstalt für Arbeit
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
Bd./Bde.	Band/Bände
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzesblatt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMGB	Beteiligungsmanagementgesellschaft Berlin
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BSP	Bruttosozialprodukt
BvS	Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben
BVVG	Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft
bzw.	beziehungsweise
Cocom	Coordinating Committee
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Ders./Dies.	Derselbe/ Dieselbe(n)
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DM	Deutsche Mark
DVB	Deutsches Verwaltungsblatt
EAGFL-A	Europäischer Fonds für Ausrichtung und Garantie in der Landwirtschaft – Abteilung Ausrichtung
ECU	Europäische Recheneinheit
EFRE	Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EIB	Europäische Investitionsbank
ELF	Erblastentilgungsfonds
ERP	European Recovery Program
ESF	Europäischer Sozialfonds
etc.	Et cetera
EU	Europäische Union
EV	Einigungsvertrag
EWS	Europäisches Währungssystem
EZB	Europäische Zentralbank
f./ff.	folgende/fortfolgende
FDE	Fonds Deutsche Einheit
FIAF	Finanzierungsinstrument zur Ausrichtung der Fischerei
FKPG	Föderales Konsolidierungsprogramm
FS	Forschungsstelle für Gesamtdeutsche Wirtschaftliche und Soziale Fragen

G7	Group of Seven
GA	Gemeinschaftsaufgabe
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GBI	Gesetzesblatt
Gem.bed.	Gemeindebedarf
GG	Grundgesetz
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
Hrsg.	Herausgeber
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
IFG	Investitionsfördergesetz
Ifo	ifo-Institut für Wirtschaftsforschung München
IfW	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
insb.	insbesondere
Inv.	Investitionen
IW	Institut der deutschen Wirtschaft Köln
IWF	Internationaler Währungsfonds
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle
KAF	Kreditabwicklungsfonds
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
LFA	Länderfinanzausgleich
max.	maximal/Maximum
Mio.	Million/Millionen
Mrd.	Milliarde/Milliarden
MwSt	Mehrwertsteuer
NATO	North Atlantic Treaty Organization
O.V.	Ohne Verfasser
ÖNVP	Öffentlicher Personennahverkehr
qm	Quadratmeter
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung
s.	siehe
SGB	Sozialgesetzbuch
SKWP	Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm
SPNV	Schienen-Personennahverkehr
THA	Treuhandanstalt
TLG	Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft
Tsd.	Tausend
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UStG	Umsatzsteuergesetz
u.v.a.m.	und vieles andere mehr
Verf.	Verfasser/Verfasserin
Vgl.	Vergleiche
vH	von Hundert
VM	Valutamark
WiSt	Wirtschaftswissenschaftliches Studium
WisU	Das Wirtschaftsstudium
WSI	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung
z.B.	zum Beispiel

2. Tabellen

Tabelle 1:	Erwartungen des Kapitalbedarfs für Infrastrukturinvestitionen
Tabelle 2:	Nachtragshaushalte des Bundes 1990
Tabelle 3:	Synopse der Schätzungen der Bruttotransfers öffentlicher Haushalte an die neuen Bundesländer
Tabelle 4:	Kosten der deutschen Einheit. Eine Analyse der laufenden Staatsschulden
Tabelle 5:	Synopse: Brutto- und Nettotransfers des Staates 1991-1997 (in den jeweiligen Abgrenzungen)
Tabelle 6:	Verschuldung der öffentlichen Haushalte 1989-1997
Tabelle 7:	Öffentliche Finanztransfers für Ostdeutschland (einschließlich Sozialversicherungen) I: Bundesministerium der Finanzen
Tabelle 8:	Öffentliche Finanztransfers für Ostdeutschland (einschließlich Sozialversicherungen) I: Institut für Weltwirtschaft
Tabelle 9:	Leistungen des Bundes an die neuen Länder
Tabelle 10:	Bund- und Länderleistungen für den Fonds „Deutsche Einheit“
Tabelle 11:	Zur Entwicklung ausgewählter Fördermaßnahmen für Unternehmen in Ostdeutschland 1990-1996
Tabelle 12:	Steuerliche Förderung der neuen Länder ab 1999
Tabelle 13:	Öffentliche Verschuldung in Nebenhaushalten
Tabelle 14:	Finanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“
Tabelle 15:	Verteilung der Leistungen des Fonds „Deutsche Einheit“ auf die neuen Länder
Tabelle 16:	Gesamtfinanzen der Treuhandanstalt und Nachfolgeeinrichtungen
Tabelle 17:	West-Ost-Transferzahlungen und Anteile der Europäischen Strukturfonds 1991-1996
Tabelle 18:	Belastungszunahme bzw. Belastungsabnahme beim Bund und den alten Ländern durch das Föderale Konsolidierungsprogramm 1995
Tabelle 19:	Leistungen der alten Bundesländer ab 1995
Tabelle 20:	Bruttoinvestitionen 1991-1996 (in jeweiligen Preisen)
Tabelle 21:	Investitionen nach Wirtschaftsbereichen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost
Tabelle 22:	Zahler und Mittelempfänger im Prozeß der deutschen Einigung
Tabelle 23:	Eckdaten für die ostdeutsche Wirtschaft
Tabelle 24:	Entwicklungen des Kapitalstocks in Ostdeutschland nach Wirtschaftssektoren 1992-1996
Tabelle 25:	Kapitalstock in Ostdeutschland

Tabelle 1:

**Erwartungen des Kapitalbedarfs für
Infrastrukturinvestitionen von 1991 bis 2005**

<i>in Mrd. DM, in Preisen von 1990</i>	Ersatz	Neu- und Ausbau	Insgesamt
Energieversorgung	81,3	26,2	107,5
Wasserversorgung	23,3	8,7	32,0
Verkehrsinfrastruktur	164,7	161,5	326,2
Nachrichtenübermittlung	20,0	70,0	90,0
Abwasser und Abfallbeseitigung	33,0	101,1	134,1
Soziale und kulturelle Infrastruktur	128,0	40,0	168,8
Infrastruktur insgesamt	450,3	407,5	857,8

Quelle: Bach, Stefan (1994): Private Bereitstellung von Infrastruktur unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in den neuen Bundesländern, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 3/1994, S. 208-243 (211).

Tabelle 2:

Nachtragshaushalte des Bundes 1990

in Mrd. DM

1. Nachtragshaushalt vom 23. März 1990

Reise Devisenfonds/ 1,6

Globaltitel für verschiedene Hilfsmaßnahmen
und Sofortmaßnahmen zur Sicherung der
medizinischen VersorgungMaßnahmen zugunsten der mittelständischen
Wirtschaft (einschl. Aufstockung
ERP-Sondervermögen) 1,5Förderung von Verkehrsinvestitionen,
Umweltprojekten und Infrastrukturmaßnahmen 0,8**Insgesamt 3,9**2. Nachtragshaushalt vom 22. Juni 1990Anschubfinanzierung für die Arbeitslosen-
und Rentenversicherung 2,8Zuschuß zur Finanzierung des Fonds Deutsche
Einheit 2,0**Insgesamt 4,8**3. Nachtragshaushalt vom 26. Oktober 1990Übernahme des zusätzlichen Defizits im
Haushalt der ehemaligen DDR

Mehrausgaben * 17,7

Mindereinnahmen 6,6

Insgesamt 24,3**Gesamtsumme 33,0**

Nachrichtlich:

Einsparungen durch nicht abgerufene Haushaltsmittel (7,0 - 8,0)

* U.a. zusätzliche Anschubfinanzierung zur Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung rd. 9 Mrd. DM., Zuweisungen an die Bezirke rd. 3 Mrd. DM, zusätzliche Agrar-, Energie- und Wohnungssubventionen rd. 4,5 Mrd. DM.

Quelle: Höhnen, Wilfried (1991): Die Finanzierung der deutschen Einheit. Eine Zwischenbilanz,
in: WSI-Mitteilungen 5/1991, S. 307-314 (308).

Tabelle 3:

**Synopse der Schätzungen der Transfers öffentlicher
Haushalte an die neuen Bundesländer**

Brutto

<i>in Mrd. DM</i>	1990	1991	1992	1993	1994	1995
EG-Kommission (1990)	190	190	190	190	190	dann abnehmend
Bundesbank (1992)	170	218				
Bundeskanzleramt (1993)	139	152	177	174		
Hickel/Priewe (1994)		200	200	200		

Netto

Karl-Bräuer Institut (1991)		134	163	135		
Dresdener Bank (1991)	45	140	183			
Institut der deutschen Wirtschaft (1991)		153	170	168		
Deutsche Bundesbank (1992)		139	180			
Sachverständigenrat (1991, 1992, 1993)		125	150			
Forschungsinstitute (1993)		129	150	163	166	

Quelle: Czada, Roland (1995): Der Kampf um die Finanzierung der deutschen Einheit,
in: Lehmbruch, Gerhard (Hrsg.): Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach
dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen, S. 73-102 (77).

Tabelle 4:

Kosten der deutschen Einheit
Eine Analyse der laufenden Staatsschulden 1990-2000

<i>in Mrd. DM</i>	insgesamt	jährliche Kosten
A. Soziale Kosten		
Arbeitslosigkeit (20 %)		25,6
Krankenversicherung (30-40 Mrd. DM über 5-10 Jahre verteilt)		7,0
Rentenversicherung (50-70 % des BRD- Niveaus)		2,5
Laufendes DDR-Haushaltsdefizit		15,0
Gesamt		50,1
<i>(in Prozent des BSP)</i>		<i>1,9 %</i>
Gesamtes Haushaltsdefizit (BRD und DDR)		121,1
<i>(in Prozent des BSP)</i>		<i>4,7 %</i>
B. Kosten des Wiederaufbaus in der DDR (nach Morgan-Stanley-Modell)		
Straßen/Eisenbahnen	200	20
Wohnungsbau	200	20
Umweltsanierung	300-500	30-50
Telekommunikation	100-200	10-20
Gesamt	800-1100	80-110
<i>(in Prozent des BSP)</i>		<i>3-4 %</i>
C. Gesamtkosten		
Laufende soziale Kosten und Kosten des Wiederaufbaus		130,1-160,1
<i>(in Prozent des BSP)</i>		<i>5,0-6,2 %</i>

Quelle: Roche, David C., Morgan Stanley & Co., zitiert nach von Dohnanyi, Klaus (1990):
Das deutsche Wagnis, München, S. 271.

Tabelle 5:

Synopse: Brutto- und Nettotransfers des Staates 1991-1997 (in den jeweiligen Abgrenzungen)

<i>in Mrd. DM</i>		1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	Summe
Bundesfinanzministerium/	brutto	139	151	167	169	185	187	183	1.181
Deutsche Bundesbank ¹⁾	netto	106	114	128	126	140	140	136	890
Sachverständigenrat ²⁾	brutto	172	234	248	-	-	-	-	-
	netto	106	131	136	131	161	-	-	-
Institut der deutschen	brutto	159	187	209	219	198	-	-	-
Wirtschaft Köln I ³⁾	netto	131	148	169	162	152	-	-	-
Institut der deutschen	brutto	-	-	-	-	-	-	-	1.636
Wirtschaft Köln II ⁴⁾	netto	-	-	-	-	-	-	-	1.262
Institut für Wirtschaftsfor-	brutto	-	-	-	-	-	-	-	-
schung Halle ³⁾	netto	129	152	175	169	154	135	-	-
Institut für Weltwirtschaft	brutto	151	208	229	201	181	-	-	-
Kiel ⁵⁾	netto	129	253	198	165	143	-	-	-
DIW/IWH/IfW ⁶⁾	brutto	140	164	-	166	195	-	-	-
	netto	106	129	147	145	134	135	130	926

¹⁾ Nach Angaben des BMF am 20.10.1998.

²⁾ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1995): Im Standortwettbewerb. Jahresgutachten 1995/1996, Stuttgart, S. 143.

³⁾ Deutsche Bundesbank (10/1996): Zur Diskussion über die öffentlichen Transfers im Gefolge der Wiedervereinigung, in: Monatsbericht Oktober 1996, S. 17-32 (26).

⁴⁾ Angaben von 1991-1998, nach Lichtblau (1998): Transferzahlungen nach Ostdeutschland: Faß ohne Boden, in: WISU, S. 201-202 (201).

⁵⁾ Boss, Alfred/Astrid Rosenschon (1996): Öffentliche Transferleistungen zur Finanzierung der deutschen Einheit: Eine Bestandsaufnahme, Kiel, S. 19.

⁶⁾ DIW/IWH/IfW (1998): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, Achtzehnter Bericht, in: DIW-Wochenbericht 33/1998.

Tabelle 6:

Verschuldung der öffentlichen Haushalte 1989-1997

<i>in Mrd. DM</i>	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Bund	491	542	586	611	685	712	756	840	906
Länder (West)	310	329	347	367	394	415	443	478	505
Länder (Ost)	-	-	5	23	40	56	69	82	90
Gemeinden (West)	121	126	132	140	149	156	160	161	161
Gemeinden (Ost)	-	-	9	14	24	32	37	39	40
Sondervermögen									
davon u.a.:									
ERP	7	9	16	24	28	28	34	34	34
Fonds "Deutsche Einheit"	-	20	51	74	88	89	87	84	80
Kreditabwicklungsfonds	-	28	27	91	101	102	-	-	-
Erblastentilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	352	332	328
Bundeseisenbahnvermögen	-	-	-	-	-	71	78	78	77
Ausgleichsfonds Steinkohleneinsatz			4	5	5	5	2	3	3
Altschulden und Ausgleichsforderungen	11	10	12	11	11	11	10	10	-
THA	-	14	39	106	168	205	-	-	-
Summe	929	1053	1.174	1.345	1.509	1.662	1.996	2.129	2.219
Einnahmen in Mrd. DM	679	703	850	958	988	1057	1091	1066	-
davon Steuern in Mrd. DM	536	550	662	732	749	786	814	800	-
Ausgaben in Mrd. DM	701	749	971	1068	1120	1163	1201	1187	-
davon Zinsausgaben in Mrd. DM	61	65	77	101	102	114	129	130	-
Zinsquote in vH	8,98%	9,25%	9,06%	10,54%	10,32%	10,79%	11,82%	12,20%	-
Zinsausgaben im Verh. zum Steueraufkommen in vH	11,4%	11,8%	11,6%	13,8%	13,6%	14,5%	15,8%	16,3%	-
Neuverschuldung der öffentl. Haushalte in Mrd. DM	34	90	131	115	140	106	98	110	96
Bruttoinlandsprodukt in Mrd. DM	2224	2426	2854	3079	3164	3328	3443	3523	3624
Neuverschuldung zum BIP in vH	1,53%	3,71%	4,59%	3,73%	4,42%	3,19%	2,85%	3,12%	2,65%
Schuldenstandsquote in vH	41,8%	43,4%	41,1%	43,7%	47,7%	49,9%	58,0%	60,4%	61,2%
Schuldenstand pro Kopf in DM	11.613	13.163	14.675	16.813	18.863	20.775	24.950	26.613	27.738
Finanzierungssaldo in Mrd. DM	-22	-46	-122	-110	-132	-106	-110	-121	-

Quelle: Verschiedene Monatsberichte der Deutschen Bundesbank; Sachverständigenrat für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (1997):

Wachstum, Beschäftigung, Währungsunion - Orientierungen für die Zukunft, Jahresgutachten 1997/1998, S. 352; eigene Berechnungen.

Tabelle 7:

**Öffentliche Finanztransfers für Ostdeutschland (einschließlich
Sozialversicherungen)¹⁾ I: Bundesfinanzministerium**

<i>in Mrd DM</i>	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
I. Bruttotransfers:									
Bundeshaushalt ²⁾	75	88	114	114	135	138	131	139	140
Fonds "Deutsche Einheit" ³⁾	31	24	15	5	-	-	-	-	-
EU ⁴⁾	4	5	5	6	7	7	7	7	7
Rentenversicherung ⁵⁾	-	5	9	12	17	19	18	18	19
Bundesanstalt für Arbeit ⁶⁾	25	38	38	28	23	26	26	28	28
Länder/Gemeinden West ⁷⁾	5	5	10	14	10	11	11	11	11
Gesamt ⁸⁾	139	151	167	169	185	187	183	189	194
II. Rückflüsse:									
Steuermehreinnahmen Bund ⁹⁾	31	35	37	41	43	45	45	46	48
Verwaltungsmehreinnahmen Bund	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Gesamt	33	37	39	43	45	47	47	48	50
III. Nettotransfers (I./II.):									
Nettotransfers Bund:	42	51	75	71	90	91	84	91	90
Nachrichtlich:									
Defizit der Treuhandanstalt	9	14	24	24	-	-	-	-	-

¹⁾ Von den Transferleistungen zu unterscheiden sind die finanziellen Gesamtbelastungen der öffentlichen Haushalte aus der Vereinigung. Dazu gehören neben den Transfers z.B. einigungsbedingte Zinsaufwendungen, Zinserstattungen an den Fonds "Deutsche Einheit", den Erblastentilgungsfonds sowie die Zahlungen für die Truppen der Westgruppe der Sowjetunion.

In einer Belastungsrechnung wären einigungsinduzierte Steuermehreinnahmen im Westen und der Abbau teilungsbedingter Ausgaben gegenzurechnen.

Mit wachsendem zeitlichen Abstand lassen sich diese Effekte nicht mehr quantifizieren.

²⁾ Ab 1995 auch Steuerverzichte des Bundes aufgrund Neuregelung Finanzausgleich;

ab 1996 auch Steuermindereinnahmen wegen Systemumstellung beim Kindergeld;

ab 1996 Angaben z. T. geschätzt; 1999 auf Basis des Haushaltsentwurfs.

³⁾ Kreditfinanzierte Leistung, also ohne die Zuschüsse von Bund und Ländern.

⁴⁾ Grobe Schätzung; länderweise Aufteilung nur für Ausgaben der EU-Strukturfonds möglich.

⁵⁾ Ohne Bundeszuschüsse.

⁶⁾ Gesamtdefizit Ost (einschl. Bundeszuschuß an BA).

⁷⁾ Ab 1995 im wesentlichen Leistungen im Rahmen des neugeregelten Finanzausgleichs.

⁸⁾ Ohne Doppelzählung des Bundeszuschusses zur BA (vgl. Fn. 5).

Leistungen für die neuen Länder sind darüber hinaus die Steuermindereinnahmen bei Bund und Ländern/Gemeinden West aufgrund der Steuervergünstigungen für Ostdeutschland.

⁹⁾ Grobe Schätzung; ab 1996 einschließlich Auswirkungen des Jahressteuergesetzes ohne Systemumstellung beim Kindergeld (Kindergeld ist in der Pos. "Bundeshaushalt" berücksichtigt).

Tabelle 8:

**Öffentliche Finanztransfers für Ostdeutschland (einschließlich
Sozialversicherung)¹⁾II: Institut für Weltwirtschaft**

<i>in Mrd. DM</i>	1991	1992	1993	1994	1995
I. Ausgaben					
Finanztransfers zugunsten von	54,33	72,59	84,65	84,51	108,79
- Ostdt. Privaten Haushalten	27,20	32,91	52,63	45,15	43,07
- Unternehmen	19,70	22,89	20,19	27,13	27,56
- Öffentlichen Haushalten	9,40	6,29	7,11	7,04	32,27
Ausgaben für bundeseigene Verkehrsinfrastruktur	2,26	4,07	3,30	3,81	4,23
Zusätzlicher Bundeszuschuß an die Renten- und Arbeitslosenversicherung	-4,23	6,43	1,42	1,38	1,66
Zuweisungen an					
- den Fonds "Deutsche Einheit"	6,00	15,02	17,98	23,98	2,65
- den Kreditabwicklungsfonds	1,14	7,65	4,18	2,72	-
- den Erblastentilgungsfonds	-	-	-	-	22,00
Gesamt	61,47	95,26	106,81	111,21	133,44
II. Mindereinnahmen des Bundes					
Steuerausfälle durch die					
Steuervergünstigungen für Ostdeutschland	0,60	1,76	1,85	1,54	1,74
Verminderung des Bundesanteils an der USt.	-	-	-	-	16,46
Gesamt	0,60	1,76	1,85	1,54	18,20
III. Bruttoleistungen (I.+II.)	62,07	97,02	108,66	112,75	151,64
IV. Mehreinnahmen des Bundes durch die Einheit	22,40	27,63	30,71	36,07	40,00
V. Nettoleistungen (III. ./. IV.)	39,67	69,39	77,95	76,68	111,64

Quelle: Boss, Alfred/Astrid Rosenschon (1996): Öffentliche Transferleistungen zur Finanzierung der deutschen Einheit, Kiel, S. 20.

Tabelle 9:

Leistungen des Bundes in die neuen Länder

<i>in Mrd. DM</i>	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	(Ist)	(Ist)	(Ist)	(Ist)	(Ist)	(Ist)	(Ist)	(Soll)	(RegE)
I. Zahlungen an die Länder-/Gem.haushalte									
Kommunale Inv./IFG Aufbau Ost	5,3	-	1,5	-	6,6	6,6	6,6	6,6	6,6
Gemeinschaftsaufgabe "Wirtschaft" "	2,0	2,7	3,7	3,2	3,1	3,0	2,9	2,9	2,6
Gemeinschaftsaufgabe "Agrar" "	0,5	1,0	1,0	1,0	1,1	1,1	0,8	0,7	0,7
Kommunaler Straßenbau/OPNV	2,0	3,2	1,8	1,8	1,5	1,3	0,8	0,8	0,8
Städtebau	0,8	0,4	0,4	0,5	0,8	0,7	0,6	0,6	0,5
Sozialer Wohnungsbau	0,7	1,4	0,5	0,5	0,6	0,8	0,8	0,9	0,8
GA Hochschulbau/Hochschulsonderprogramme	0,4	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6
Zinshilfe Altschulden Wohnungsbau	-	-	-	1,3	1,3	-	-	-	-
Finanzhilfen Pflegeeinrichtungen Ost	-	-	-	-	0,8	0,8	0,1	0,8	0,8
Förderung kultureller Infrastruktur	1,1	0,6	0,6	-	-	-	-	-	-
Wohngeld	0,4	1,7	1,3	0,9	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
BAföG	0,5	0,6	0,5	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3
Kriegsopferfürsorge	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3	0,2	0,1	0,1
Kindergeld Landes-/Gemeindebed.	0,4	0,6	0,8	1,1	1,0	-	-	-	-
FDE (Zuschuß Bund)	4,0	9,9	14,2	19,5	-	-	-	-	-
Sonstiges	2,8	1,8	1,3	1,1	1,0	1,0	1,0	0,7	0,7
Zwischensumme	21,0	24,7	28,4	32,1	19,7	17,4	15,4	15,7	15,2
II. Leistungen an die Bevölkerung									
Kriegsopferversorgung	0,3	1,0	1,1	1,2	1,2	1,3	1,2	1,1	0,9
Arbeitslosenhilfe/ABM/§§272 ff. SGB III u.ä.	2,8	4,7	4,5	5,5	7,0	8,0	9,3	10,6	11,0
Zuschuß an die BA	5,9	8,9	24,4	10,2	6,9	13,8	9,6	14,1	11,0
Vorruhestand-/Altersübergangsgeld	5,7	5,1	5,0	7,2	8,2	5,7	2,0	0,3	
Sozialversicherung	9,5	10,2	11,0	13,4	15,5	16,7	18,2	19,2	23,5
Erziehungsgeld	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	1,0	1,0
Kindergeld (ohne Landes-/Gem.bed.)	5,3	5,1	3,4	3,4	4,0	0,2	0,1	-	-
Zwischensumme	30,1	35,7	50,1	41,7	43,6	46,5	41,2	46,3	47,4
III. Sonstige Aufgaben des Bundes									
Bundeswasserstraßen	0,4	0,4	0,3	0,3	0,4	0,6	0,7	0,7	0,8
Straßenbauplan	2,1	4,0	3,2	3,7	3,8	3,9	4,1	4,1	4,1
Eisenbahnen	7,7	9,5	10,1	15,0	13,5	9,4	7,9	8,5	7,5
Wismut GmbH	1,1	1,1	0,7	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Bundesvermögens-/Bauangelegenheiten	1,0	0,9	0,8	0,6	0,7	0,8	0,6	0,7	0,6
Eigenkapitalhilfeprogramm	0,2	0,5	0,7	0,9	1,2	1,2	1,0	1,0	0,8
Gasölverbilligung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Forschung und Entwicklung (BMBF, BMWi)	0,8	1,6	2,0	2,2	2,4	2,4	2,1	2,2	2,3
Sonderprogramme Lehrstellen Ost	-	-	-	0,1	0,1	0,2	0,3	0,2	0,2
KfW-/ERP-Programme (Zinszuschüsse)	-	-	0,4	1,0	1,5	1,5	1,6	2,1	1,8
Treuhand-Nachfolgeeinrichtungen	-	-	-	-	1,1	0,5	0,5	1,4	1,2
Verteidigung	4,2	3,2	4,8	5,0	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
Zivildienstleistende	0,4	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,5	0,6	0,6
Wesentliche Personalausgaben	0,5	0,5	0,7	0,7	0,7	0,6	0,8	0,7	1,2
Gewährleistungen	-	0,2	3,2	3,4	2,7	1,8	1,4	1,0	1,0
Bundeshilfe Berlin	1,3	2,0	2,5	1,5	-	-	-	-	-
Grunderwerb/Baumaßnahmen Berlin	-	0,5	0,5	0,3	0,4	0,6	1,1	1,6	1,8
Sonstiges	3,6	3,0	4,7	4,2	4,0	3,5	3,5	3,5	3,5
Zwischensumme	23,5	27,8	35,0	39,9	37,1	31,5	30,3	32,5	31,6
Gesamtsumme Ausgaben (gerundet)	75	88	114	114	100	95	87	95	94
Neuregelung Finanzausgleich (Einnahmemind.)	-	-	-	-	34,7	35,0	35,2	36,2	37,0
Systemumstellung Kindergeld (Einnahmemind.)	-	-	-	-	-	5,0	5,0	5,0	5,0
Regionalisierungsgesetz für SPNV (Einnahmemind.)	-	-	-	-	-	2,8	3,8	3,9	3,9
Gesamtsumme Leistungen (gerundet)	75	88	114	114	135	138	131	140	140

¹⁾ Ohne EU-Rückflüsse.

Positionen sind z.T. grob geschätzt; Differenzen durch Rundung möglich; 1999 auf Basis des Haushaltsentwurfs.
Quelle: Übermittlung per e-mail seitens der Grundsatzabteilung des Bundesministeriums der Finanzen.

Tabelle 10:

Bund- und Länderleistungen für den Fonds "Deutsche Einheit"

Jahr	in Mrd. DM Gesamtleistungen ¹⁾	Finanzierung ²⁾					Abdeckung des Schuldendienstes (Annuität von 10 %)				
		Haushaltsmittel von Bund und Ländern				Kredit- aufnahme	zusammen	zu Lasten von			
		zusammen	Einsparung Kosten der dt. Teilung	Erträge aus MwSt-Erhö- hung 1993	Sonstige ³⁾			Bund ⁴⁾	Ländern (West) ⁵⁾	Gemeinden (West) ⁶⁾	
1990	22,0	2,0	2,0	-	-	20,0	-	-	-	-	
1991	35,0	4,0	4,0	-	-	31,0	2,0	1,00	0,60	0,40	
1992	33,9	9,9	4,0	-	5,9	24,0	5,1	2,55	1,53	1,02	
1993	35,2	20,2	5,0	10,5	4,7	15,0	7,5	3,75	2,25	1,50	
1994	34,6	29,6	5,0	12,9	11,7	5,0	9,0	4,50	2,70	1,80	
ab 1995	-	-	-	-	-	-	9,5	2,65	4,11	2,74	
1990-1994	160,7	65,7	20,0	23,4	22,3	95,0	23,6	11,80	7,08	4,72	

¹⁾ Ohne Kreditbeschaffungskosten, Zinszahlungen, Zuführungen an Tilgungsrücklage.

²⁾ Ohne Zinsen aus der Zwischenanlage sowie ohne Zuschüsse zur Abdeckung der Schuldendienstverpflichtungen und der Kreditbeschaffungskosten und Entnahmen aus der Tilgungsrücklage.

³⁾ Einschließlich Zuweisungen aus dem erwarteten Mehraufkommen im Zusammenhang mit dem Zinsabschlagsgesetz und der sonstigen Zahlungen gemäß den Vereinbarungen zum Solidarpakt.

⁴⁾ Nach Abzug der Ländererstattungen an den Bund. Ohne Bundeszuschuß zur Finanzierung der Kreditbeschaffungskosten.

⁵⁾ Nach Abzug der von den Gemeinden zu erbringenden Finanzleistungen zugunsten der Länder.

⁶⁾ Finanzerstattungen an den Bund.

Quelle: Hartwig, Karl-Hans/Ingo Pies: Das Finanzmanagement der deutschen Einheit: Eine politökonomische Betrachtung, in: Gutmann, Gernot/ Ulrich Wagner (1994): Ökonomische Erfolge und Mißerfolge der deutschen Vereinigung - eine Zwischenbilanz, Stuttgart, S. 159-182 (177).

Tabelle 11:

**Zur Entwicklung ausgewählter Fördermaßnahmen für
Unternehmen in Ostdeutschland 1990-1996**

<i>in Mrd. DM</i>	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Steuerliche Förderung						
Investitionszulagen für Ausrüstungsinvestitionen ¹⁾	-	1,04	4,19	4,89	4,44	3,64	2,49
Sonderabschreibungen für Investitionen ²⁾	-	3,40	4,90	6,30	7,10	9,10	9,50
	Bewilligte Investitionszuschüsse und Förderkredite						
Investitionszuschüsse		7,52	6,38	6,98	6,70	5,08	6,27
Kreditprogramme							
ERP-Kredite	2,20	8,15	6,12	6,80	6,02	4,10	3,58
Kreditanstalt für Wiederaufbau		5,91	6,34	3,96	3,79	2,05	2,14
KfW-Mittelstandsprogramme	-	0,23	0,37	3,73	3,64	2,01	2,14
KfW-Investitionskreditprogramm	-	5,68	5,97	-	-	-	-
KfW/THA-Industrieprogramm	-	-	-	0,23	0,15	0,04	-
Deutsche Ausgleichsbank	0,50	3,52	3,88	3,49	3,14	2,47	2,47
Eigenkapitalhilfeprogramm	0,50	3,17	3,54	2,95	2,76	2,17	1,82
Existenzgründungsprogramm	-	0,35	0,34	0,54	0,38	0,30	0,65

¹⁾ Gemäß Investitionszulagengesetz im Rahmen der Einkommens- und Körperschaftssteuer.

²⁾ Gemäß Fördergebietsgesetz, Schätzung des BMF.

³⁾ Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" und des Europäischen Regionalfonds. Einschließlich 4. Vierteljahr 1990.

⁴⁾ ERP-Existenzgründungsprogramm, ERP-Modernisierungsprogramm (KfW), ERP-Aufbauprogramm, und ERP-Beteiligungsprogramm (KfW).

⁵⁾ KfW-Mittelstandsprogramme, Investitionskreditprogramm (zum Jahresende 1992 ausgelaufen), KfW/THA-Industrieprogramm.

⁶⁾ KfW Mittelstandsprogramm sowie weitere KfW-Mittelstandsprogramme (Liquiditätshilfe, Leasing und Arbeitsplatzförderung der EU).

⁷⁾ Ab 1995 einschließlich Eigenkapitalergänzungsprogramm.

Quelle: Sachverständigenrat für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (1997): Wachstum, Beschäftigung, Währungsunion - Orientierungen für die Zukunft, Jahrgutachten 1997/1998, S. 81; Deutsche Bundesbank (7/1995): Fortschritte im Anpassungsprozeß in Ostdeutschland und der Beitrag der Wirtschaftsförderung, in: Monatsbericht Juli 1995, S. 39-66 (50).

Tabelle 12:

Steuerliche Förderung der neuen Länder ab 1999*

I. Investitionszulagen	Fördersätze		
	1999-2001	2001-2004	
1. Bewegliche Anlagegüter			
Verarbeitendes Gewerbe	Grundzulage	10%	10%
	Mittelstandszulage	20%	20%
Handwerk (außerhalb des Verarb. Gewerbes)		10%	-
	Kleinflächiger, innerstädtischer Handel	10%	-
Produktionsnahe Dienstleistungen	Grundzulage	10%	10%
	Mittelstandszulage	20%	20%
Nutzungsüberlassung (insb. Leasing)	Grundzulage	10%	10%
	Mittelstandszulage	20%	20%
2. Eigengenutzte Betriebsgebäude			
Verarbeitendes Gewerbe, produktionsnahe Dienstl.		10%	10%**
Handwerk, kleinflächiger Handel		10%	-
3. Wohngebäude			
Mietwohnungsneubau Innenstädte von max. Herstellungskosten je qm Wohnfläche		10%	-
Modernisierung und Sanierung im vor 1991 fertiggestellten Wohnungsbestand		4.000 DM	15%**
- bei selbstgenutztem Wohneigentum		15%	
- bei Mietwohnungen pro qm Wohnfl.		40.000 DM	
- Selbstbehalt		1.200 DM	
		5.000 DM	
II. Besteuerung der Umsätze			
	Umsatzsteuergrenze		
	1999-2001	2001-2004	
nach vereinnahmten Entgelten gemäß § 20 UstG	1 Mio. DM	1 Mio. DM	

* Bei Nr. I 1. und 2., II. Fördergebiet: Neue Länder einschließlich Gesamtberlin.

** Absenkung ab 2002 soll im Jahre 2000 geprüft werden.

Quelle: Abrufbar unter: www.bundesregierung.de/themen05/aufbau-ost.

Tabelle 13:

Öffentliche Verschuldung in Nebenhaushalten

Position	Mrd. DM
I. Vereinigungsbedingte Nebenhaushalte (einschl. Treuhandanstalt)	
Kreditabwicklungsfonds (bis Ende 1994)	
Schuldenstand Ende 1994	102
davon: ¹⁾	
Schulden des DDR-Staatshaushalts	28
Ausgleichsforderungen des Ausgleichsfonds "Währungsumstellung" aus asymmetrischer Umstellung der Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken	30
Aufstockung des Eigenkapitals der Banken auf 4 % der Bilanzsumme	5
Abschreibung von Forderungen an nicht mehr sanierungsfähige Unternehmen	39
Treuhandanstalt (bis Ende 1994)	
Schuldenstand Ende 1994	205
davon:	
Refinanzierung der von den angeschlossenen Unternehmen übernommenen Altkredite	73
Kreditaufnahme zur Finanzierung des laufenden Defizits	129
Sonstiges	2
Erblastentilgungsfonds (ab Anfang 1995)	
Schuldenstand Ende 1996	332
davon:	
Übernahme der Schulden des Kreditabwicklungsfonds	102
Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt	205
Übernahme der Schulden der ostdeutschen Wohnungsunternehmen	29
Übernahme der Schulden auf gesellschaftliche Einrichtungen der Gemeinden	8
Übernahme von Ausgleichsforderungen seit Anfang 1995	7
Zwischenzeitlich erfolgte Tilgungen	-20
Fonds "Deutsche Einheit"	
Schuldenstand Ende 1996	84
davon:	
Kreditaufnahme zur Finanzierung von allgemeinen Zuweisungen an die ostdeutschen Länder bis Ende 1994	95
Zwischenzeitlich erfolgte Tilgungen	-11
ERP-Sondervermögen	
Schuldenstand Ende 1996	34
davon:	
Schuldenstand Ende 1989	7
Verschuldungszuwachs seit 1990, der größtenteils der Finanzierung zinsverbilligter Darlehen an die ostdeutsche Wirtschaft diente.	27
II. Sonstige Nebenhaushalte	
Bundeseisenbahnvermögen	
Schuldenstand Ende 1996	78
davon:	
Übernahme der Altschulden der Bahnen	71
Kreditaufnahme zur Finanzierung der laufenden Defizite	7
Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes	3

¹⁾ Aufteilung teilweise geschätzt

Quelle: Deutsche Bundesbank (3/1997): Die Entwicklung der Staatsverschuldung seit der deutschen Vereinigung, in: Monatsbericht März 1997, S. 17-32 (22).

Tabelle 14:

Finanzierung des Fonds "Deutsche Einheit"

<i>in Mrd. DM</i>	1990	1991	1992	1993	1994	Gesamt
Volumen						
16. Mai 1990	22,0	35,0	28,0	20,0	10,0	115,0
14. Februar 1992	(22,0)	(35,0)	33,9 +5,9	31,5 +11,5	23,9 +13,9	146,3 +31,3
13. März 1993	(22,0)	(35,0)	(33,9)	35,2 +3,7	34,6 +10,7	160,7 +14,4
Finanzierung						
Kreditaufnahme	20,0	31,0	24,9	15,0	5,0	95,0
Zuschuß des Bundes	2,0	4,0	9,9	14,2	19,5	49,6
Zuschuß der alten Länder				5,9	10,1	16,1

Quelle: Mäding, Heinrich (1995): Reform oder Rekonstruktion: föderative Finanzkonflikte im Einigungsprozeß und ihre Beurteilung, in: Lehmann, Gerhard (Hrsg.): Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen, S. 103-114 (113); Vesper, Dieter (1995): Finanzpolitisches Handeln im Vereinigungsprozeß - ein Rückblick auf fünf Jahre Deutsche Einheit, in: Vierteljahrshefte für Wirtschaftsforschung 64, S. 367-385 (370).

Tabelle 15:

Verteilung der Leistungen des Fonds " Deutsche Einheit" auf die neuen Länder *

<i>in Mrd. DM</i>	1991	1992	1993	1994	Summe
Länder und Gemeinden:					
Sachsen	10,4	10,1	10,4	10,2	41,1
Sachsen-Anhalt	6,3	6,1	6,3	6,2	24,9
Thüringen	5,7	5,5	5,7	5,6	22,5
Brandenburg	5,6	5,5	5,7	5,6	22,4
Mecklenburg- Vorpommern	4,2	4,1	4,2	4,1	16,6
Berlin-Ost	2,7	2,7	2,9	2,9	11,2
Gesamt**	34,9	34,0	35,2	34,6	104,7 ¹⁾
Fondsvolumen, davon an:					
Länder	21,0	16,8	12,0	6	55,8
Gemeinden	14,0	11,2	8,0	4,0	37,2
Gesamt**	35,0	33,9	35,2	34,6	115

* Unter Zugrundelegung der Einwohnerzahlen vom 30. Juni des jeweiligen Jahres.

** Abweichungen aufgrund von Rundungen.

¹⁾ Die Differenz zu der gesamten Fondssumme wurde zur Gesamtfinanzierung des nicht nach Gebietskörperschaftsebenen untergliederten Haushalts des Beitrittsgebiets verwendet.

Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung (1992): Finanzierung der deutschen Einheit, Bonn, S. 12; Weidenfeld, Werner/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.) (1996): Handbuch zur deutschen Einheit, S. 792.

Tabelle 16:

Gesamtfinanzen der Treuhandanstalt und Nachfolgeeinrichtungen

Positionen	<i>in Mrd. DM</i>
<u>I. Leistungen der THA/Nachfolger</u>	
Übernahme der Altkredite (Entschuldung der Unternehmen DM 73 Mrd., Zinslast 26 Mrd. DM)	99
Ökologische Sanierung (Gefahrenabwehr, Beräumung, Bergbau-Altlasten, Kernkraftsanierung)	43
Unternehmerisch-finanzielle Sanierung einschließlich Abwicklung (Investitionszuschüsse im Sanierungsprozeß und bei der Privatisierung, Eigenkapitalbeiträge, Verlustausgleich Darlehen, Zweckzuwendungen für Sozialpräne, Bürgschaftsgewährung mit späterer Ablösung sowie Zinsaufwand der Treuhandanstalt)	153
Sonstige Ausgaben	37
Gesamtsumme	332
<u>II. Einnahmen der THA/Nachfolger</u>	76
<u>III. Defizit der THA/Nachfolger (I ./. II)</u>	256

Quelle: Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (1995): Abschlußstatistik der Treuhandanstalt per 31.12.1994, S. 15.

Tabelle 17:

West-Ost-Transferzahlungen und Anteile der Europäischen Strukturfonds 1991-1996

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1991-1996
<i>in Mrd. DM</i>							
Wirtschaft	36,1	44,1	56,1	61,5	38,8	35,4	272,0
Infrastruktur	21,2	21,7	20,6	18,1	26,5	25,9	134,0
Arbeitsmarkt	38,4	44,8	49,5	40,8	38,1	31,4	243,0
Sozialpolitik	16,8	24,0	26,8	32,1	39,5	39,2	178,4
Finanzausgleich	35,0	33,9	35,2	34,6	39,0	42,0	219,7
Sonstiges	16,9	16,5	19,5	17,9	15,3	13,2	99,3
Rückflüsse	-33,0	-37,0	-39,0	-43,0	-45,0	-50,0	-247,0
Nettotransfers	131,4	148,0	168,7	161,9	152,1	137,0	899,1
<i>in vH</i>							
- in vH des BIP-Ost	63,8	56,3	54,7	46,7	40,4	34,7	-
- in vH des BIP-West	5,0	5,3	5,9	5,4	4,9	4,3	-
<i>in Mrd. DM</i>							
EU-Strukturfonds (geplanter Mitteleinsatz in den neuen Ländern)	1,9	1,9	1,9	3,6	3,8	4,1	17,3
<i>in vH</i>							
- in vH der Transfers in den Bereichen: Wirtschaft, Infra- struktur, Arbeitsmarkt	2,0	1,7	1,5	3,0	3,7	4,5	2,7
- in vH der Nettotransfers	1,5	1,3	1,1	2,2	2,5	3,0	1,9

Quelle: Riedel, Jürgen/Frank Scharr (1998): Die Europäischen Strukturfonds in den neuen Bundesländern, in: ifo-Schnelldienst 2/1998, S. 7-17 (9).

Tabelle 18:

**Belastungszunahme (-) bzw. Belastungsabnahme (+) beim Bund und den
alten Ländern durch das Föderale Konsolidierungsprogramm 1995**

in Mrd. DM

<i>Leistungen</i>	Bund	alte Länder
1. Erblastentilgungsfonds (ohne die aus dem Bundesbankgewinn finanzierten Ausgaben)	-25,4	-
2. Neuverteilung Umsatzsteueranteile	-16,8	+0,9
3. Neuregelung Länderfinanzausgleich	-	-9,9
4. Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen	-4,9	+1,2
5. Politische Führung: Bundesergänzungszuweisungen	-1,5	+0,6
6. Sonderbedarf: Bundesergänzungszuweisungen	-14,0	-
7. Finanzhilfen neue Länder	-6,6	-
8. Folgekosten Treuhand	-5,1	-
9. Wohnungsbaualtschulden neue Länder	-1,5	-
10. Übergangs-Bundesergänzungszuweisungen	-1,3	+1,3
11. Sanierung Bremen-Saarland	-3,4	+3,4
12. Wegfall Fonds Deutsche Einheit (Zinsübernahme durch Länder in Höhe von 2,1 Mrd. DM berücksichtigt)	+21,3	+1,3
13. Wegfall Berlin-Hilfe	+5,5	-
14. Schuldendiensthilfe Kreditabwicklungsfonds (In Ziff. 1. enthalten, da KAF 1995 im Erblastentilgungsfonds aufgegangen ist.)	+2,7	-
15. Wegfall Bundesergänzungszuweisungen alte Länder	+3,8	-3,8
16. Insgesamt	-47,2	+0,3

Quelle: Rensch, Wolfgang (1998): Die Finanzierung der deutschen Einheit und der finanzpolitische Reformstau, in: Wirtschaftsdienst 6/1888, S. 348-356 (349).

Tabelle 19:

Leistungen der alten Bundesländer ab 1995

Maßnahmen	<i>in Mrd. DM</i>
Aufhebung des Strukturhilfegesetzes	2,45
Annuitäten für den Fonds "Deutsche Einheit"	6,85
"Netto"-Leistungen im horizontalen Finanzausgleich	9,00
Abbau der Mischfinanzierungen	0,60
Mehrbelastung aus Annuitäten für Defizite auch Steuer. ausfällen (grob geschätzt)	3,00
Fortdauernde Verluste aus der Umsatzsteuerverteilung nach Einwohnern	*
Diverse weitere Mindereinnahmen durch die Schaffung neuer Abschreibungstatbestände und Subventionen sowie Lastenverschiebungen vor allem bei den Sozialausgaben zu Lasten der alten Länder	*
Summe	ca. 20-25

* Betrag nicht genau berechenbar.

Quelle: Renzsch, Wolfgang (1998): Die Finanzierung der deutschen Einheit und der finanzpolitische Reformstau,
in: Wirtschaftsdienst 6/1888, S. 348-356 (355).

Tabelle 20:

Bruttoinvestitionen 1991-1996 (in jeweiligen Preisen)¹⁾

in Mrd. DM	Insgesamt	Ausrüstungen ²⁾			Bauten ³⁾			Staat
		zusammen	Unternehmen ⁴⁾	Staat	zusammen	Unternehmen ⁴⁾		
						zusammen	darunter: Wohnbauten	
Alte Bundesländer								
1991	581,42	264,94	255,11	9,83	299,32	349,25	151,43	50,07
1992	582,65	255,17	244,86	10,31	327,48	273,85	170,11	53,63
1993	527,45	211,28	201,80	9,48	327,29	275,73	177,79	51,56
1994	555,72	204,29	196,12	8,17	337,50	289,39	192,71	48,11
Neue Bundesländer								
1991	87,40	41,83	38,17	3,66	49,92	38,45	16,73	11,47
1992	124,99	46,62	42,55	4,07	80,09	60,89	25,28	19,20
1993	154,35	50,20	46,56	3,64	102,24	80,13	34,97	22,11
1994	186,85	53,83	50,70	3,13	130,55	103,56	51,03	26,99
Deutschland gesamt								
1991	668,82	306,77	293,28	13,49	349,24	287,70	168,16	61,54
1992	707,64	301,79	287,41	14,38	407,57	334,74	195,39	72,83
1993	681,80	261,48	248,36	13,12	429,53	355,86	212,76	73,67
1994	742,57	258,12	246,82	11,30	468,05	392,95	243,74	75,10
1995	766,73	262,33	251,03	11,30	479,65	407,83	256,75	71,82
1996	750,41	267,91	257,45	10,46	462,39	395,97	257,35	66,42

¹⁾ Ab 1995 vorläufige Ergebnisse.

²⁾ Käufe von neuen Ausrüstungen (einschließlich selbsterstellter Ausrüstungen) nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Ausrüstungen einschließlich Anlageschrott.

³⁾ Käufe von neuen Bauten (einschließlich selbsterstellten Bauten) sowie Käufe abzüglich Verkäufe von Land.

⁴⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quelle: Sachverständigenrat für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (1997): Wachstum, Beschäftigung, Währungsunion - Orientierungen für die Zukunft, Jahresgutachten 1997/1998, Stuttgart, S. 344-345.

Tabelle 21:

Investitionen¹⁾ nach Wirtschaftsbereichen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost

Wirtschaftsbereich	1991	1992	1993	1994	1995 ²⁾	1996 ²⁾	1997 ²⁾³⁾	Durchschnitt
	<i>Anteil in vH</i>							
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1,4%	1,0%	0,7%	0,5%	0,6%	0,7%	0,7%	0,8%
Produzierendes Gewerbe	32,2%	31,1%	27,8%	23,8%	22,2%	21,2%	20,3%	25,5%
davon:								
Energie/Wasser/Bergbau	8,7%	9,6%	8,7%	8,2%	8,3%	8,1%	7,6%	8,5%
Verarbeitendes Gewerbe	20,0%	18,5%	16,4%	13,4%	12,5%	11,9%	11,8%	14,9%
Baugewerbe	3,5%	3,0%	2,6%	2,2%	1,5%	1,1%	1,0%	2,1%
Handel	4,9%	4,2%	3,7%	3,2%	3,0%	2,8%	2,6%	3,5%
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	17,1%	16,9%	15,8%	14,7%	12,6%	12,3%	12,4%	14,5%
Dienstleistungsunternehmen	27,5%	27,9%	34,4%	40,3%	46,0%	48,0%	48,7%	39,0%
davon:								
Wohnungsvermietung	17,1%	18,1%	20,2%	24,1%	27,7%	29,7%	29,7%	23,8%
sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	10,3%	9,7%	14,1%	16,1%	18,3%	18,2%	18,9%	15,1%
Unternehmen insgesamt	83,1%	81,1%	82,4%	82,5%	84,4%	85,0%	84,7%	83,3%
Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck	17,0%	18,9%	17,7%	17,4%	15,6%	15,1%	15,2%	16,7%
	Summe							
	<i>in Mrd. DM</i>							
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1,3	1,3	1,1	0,9	1,2	1,4	1,3	8,4
Produzierendes Gewerbe	29,2	39,4	42,6	44,2	43,5	41,3	38,6	278,9
davon:								
Energie/Wasser/Bergbau	7,9	12,2	13,3	15,2	16,2	15,8	14,5	95,1
Verarbeitendes Gewerbe	18,1	23,5	25,2	24,9	24,5	23,2	22,5	161,8
Baugewerbe	3,2	3,8	4,0	4,1	2,9	2,1	1,9	22,0
Handel	4,4	5,3	5,7	5,9	5,9	5,5	4,9	37,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	15,5	21,4	24,2	27,3	24,7	24,0	23,6	160,7
Dienstleistungsunternehmen	24,9	35,4	52,8	74,8	90,0	93,6	92,7	464,2
davon:								
Wohnungsvermietung	15,5	23,0	31,0	44,8	54,2	57,9	56,5	282,8
sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	9,3	12,3	21,6	29,9	35,8	35,5	36,0	180,4
Unternehmen insgesamt	75,3	102,9	126,4	153,2	165,2	165,7	161,2	949,9
Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck	15,4	24,0	27,2	32,3	30,5	29,4	28,9	187,7
Summe⁵⁾	90,7	126,8	153,6	185,5	195,8	195,2	190,1	1137,6

¹⁾ Neue Anlagen, in jeweiligen Preisen.

²⁾ Quelle: Ifo.

³⁾ Schätzungen Ifo; Stand: September 1997.

⁴⁾ Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen.

⁵⁾ Abweichung aufgrund von Rundungen

Quelle: Sachverständigenrat für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (1997): Wachstum, Beschäftigung, Währungsunion - Orientierungen für die Zukunft, Jahresgutachten 1997/1998, Stuttgart, S. 79; eigene Berechnungen.

Tabelle 22:

Zahler und Mittellempfänger im Prozeß der deutschen Einigung

Mittelherkunft		Mittelverwendung	
Letztlich Belastete in Westdeutschland	Intermediäre	Intermediäre	Letztlich Begünstigte in Ostdeutschland
Steuerzahler	Öffentliche Haushalte, die als Finanzgeber fungieren: Bund ¹⁾	Öffentliche Haushalte, die Finanztransfers erhalten, um sie: - an Private weiterzuleiten ³⁾	Individuen in: - privaten Haushalten oder - Unternehmen, die monetäre Transfers/Subventionen erhalten
Beitragszahler			
Empfänger von Sozialeinkommen (soweit Regionaltransfers durch Leistungskürzungen finanziert werden)	Sonderhaushalte des Bundes	Arbeitslosenversicherung (Ost)	Allgemeinheit, die Realtransfers empfängt
Sonstige	ERP-Sondervermögen	Rentenversicherung (Ost)	Nutznießer von Steuervergünstigungen
	Fonds "Deutsche Einheit"	Gebietskörperschaften in den neuen Bundesländern	
	Kreditabwicklungsfonds	- für die Bereitstellung öffentlicher Güter im Beitrittsgebiet zu verwenden	
	Treuhandanstalt		
	Erblassentilgungsfonds		
	Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS)		
	Westdeutsche Länder und Gem.		
	Europäische Union		
	Arbeitslosenversicherung (West)		
	Rentenversicherung (West)		
	Restliche ²⁾		
	Bund über Bereitstellung bundeseigener Verkehrsinfrastruktur in Ostdeutschland		
	Bund und westdeutsche Bundesländer, die durch Steuervergünstigungen für Ostdeutschland Steuereinbußen haben		

¹⁾ Entsprechend dem Finanzierungsbeitrag Westdeutschlands.

²⁾ Förderbanken und Stiftungen, die hier nicht erfaßt sind.

³⁾ Möglich sind direkte Übertragungen ohne Zwischenschaltung von öffentlichen Empfängerhaushalten.

Tabelle 23:

Eckdaten für die ostdeutsche Wirtschaft

	Einheit	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Bevölkerung	in Tsd.	15.910	15.730	15.648	15.564	15.505	15.451	15.407
<i>Veränderung gegenüber Vorjahr</i>	<i>in vH</i>	-	-1,1	-0,5	-0,5	-0,4	-0,3	-0,3
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	in Mrd. DM	206,0	222,1	242,8	266,2	280,1	285,5	290,2
<i>Veränderung gegenüber Vorjahr ¹⁾</i>	<i>in vH</i>	-	7,8	9,3	9,6	5,2	1,9	1,6
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ²⁾	in Tsd. DM	31,3	38,9	47,7	52,3	55,4	56,8	56,8
<i>Inflationsrate ¹⁾</i>	<i>in vH</i>	-	19,6	11,3	3,3	3,2	2,0	0,5
Erwerbstätige	in Tsd.	7.321	6.387	6.219	6.330	6.396	6.259	5.965
<i>Veränderung gegenüber Vorjahr</i>	<i>in vH</i>	-	-12,8	-2,6	1,8	1,0	-2,1	-3,3
Unterbeschäftigung ³⁾	in Tsd.	2.692	2.988	2.706	2.388	2.055	1.974	1.980
darunter:								
Teilnehmer in ABM	in Tsd.	183	388	260	280	312	278	235
Registrierte Arbeitslose	in Tsd.	913	1.170	1.149	1.142	1.047	1.169	1.364
Produktivität ⁴⁾		31,0	43,5	53,1	56,0	57,8	59,4	60,4
Lohnstückkosten ⁵⁾		150,6	139,4	128,0	126,0	125,6	123,9	123,1
Nachrichtlich: BIP Gesamtdeutschland in Mrd. DM		2854	3079	3164	3328	3460	3542	-

¹⁾ In Preisen von 1991.

²⁾ In jeweiligen Preisen.

³⁾ Registrierte Arbeitslose, Teilnehmer in ABM, Vollzeitäquivalenten, Arbeitslose nach § 105 AFG, Bezieher von Vorruhestandsgeld.

⁴⁾ BIP in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen.

⁵⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten in Relation zum Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.

Quelle: Pohl, Rüdiger/Joachim Ragnitz (1998): Ostdeutsche Wirtschaft: Kein Grund zur Resignation, in: Wirtschaft im Wandel 7/1998, S. 3-18 (4); DIW/IWH/IfW (1998): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte, Achtzehnter Bericht, in: DIW-Wochenbericht 33/1998; eigene Berechnungen.

Tabelle 24:

Entwicklung des Kapitalstocks in Ostdeutschland nach Wirtschaftssektoren 1992-1997 ¹⁾

	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	in Mrd. DM					
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	70	70	71	69	68	67
Produzierendes Gewerbe	260	288	320	353	386	417
Handel und Verkehr	168	190	214	237	260	282
Dienstleistungsunternehmen	509	533	566	618	680	745
darunter:						
Wohnungsvermietung	406	422	446	481	525	573
Unternehmen insgesamt (ohne Wohnungsvermietung)	600	659	725	797	869	938
Unternehmen insgesamt	1006	1082	1170	1278	1394	1511
	pro Kopf in % des westdeutschen Durchschnitts					
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	79,8	80,9	82,2	81,5	-	-
Produzierendes Gewerbe	48,3	53,1	59,0	65,3	70,4	-
Handel und Verkehr	56,8	63,0	69,4	76,5	-	-
Dienstleistungsunternehmen	31,7	32,6	33,9	36,4	-	-
darunter:						
Wohnungsvermietung	32,7	33,7	34,9	37,1	-	-
Unternehmen insgesamt (ohne Wohnungsvermietung)	46,7	50,3	54,6	59,5	63,7	-
Unternehmen insgesamt	39,9	42,2	45,0	48,5	52,6	-

¹⁾ Jeweils Jahresanfangswerte des Bruttoanlagevermögens in Preisen von 1991.

Quelle: Riedel, Jürgen/Frank Scharr (1998): Die Europäischen Strukturfonds in den neuen Bundesländern, in: Ifo-Schnelldienst 2/1998, S. 7-17 (9).

Tabelle 25:

Kapitalstock in Ostdeutschland 1991-1995

	in Mrd. DM					Pro-Kopf- Wert in vH von West- dtl. 1994
	1991	1992	1993	1994	1995	
Unternehmen	477	479	462	501	551	38
Wohnungsvermietung	380	389	398	407	426	32
Staat	101	104	110	115	120	41
Alle Wirtschaftsbereiche	958	972	970	1023	1098	35

Quelle: O.V. (1995): Nach wie vor große Defizite beim ostdeutschen Kapitalstock, in: DIW-Wochenbericht 31/1995, S. 535-544 (536).

3. Literaturverzeichnis

3.1 QUELLEN/DOKUMENTE

- ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK (1991): Memorandum 1991. Gegen Massenarbeitslosigkeit und Chaos – Aufbaupolitik in Ostdeutschland, Köln.
- BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT (1998): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 1/1998.
- BUNDESANSTALT FÜR VEREINIGUNGSBEDINGTE SONDERAUFGABEN (1995): Abschlußstatistik der Treuhand per 31.12.1994, Berlin.
- BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (Hrsg.) (1990): Finanznachrichten, 22.5.1990, Nr. 28/1990, Bonn.
- BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (Hrsg.) (1993): Finanzbericht 1994, Bonn.
- BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (Hrsg.) (1998): Finanzbericht 1999, Bonn.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT (1995): Jahreswirtschaftsbericht 1995, Bonn.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT (1998): Fakten zum Aufbau Ost, erhalten per e-mail am 20.10.1998.
- BUNDESREGIERUNG (1998): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 1998, 3. Kapitel: Wirtschaft im Umbruch (Bericht auf Grundlage der Beschlüsse des Deutschen Bundestages, Bundestagsdrucksache 13/3643 und 13/7835), erhalten per e-mail am 20.10.1998.
- BUNDESREGIERUNG (1998): Stand der deutschen Einheit, erhalten per e-mail am 20.10.1998.
- DDR-VOLKSKAMMER (1990): Stenographische Niederschrift, 10. Wahlperiode, 6. Tagung, 10.5.1990.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (1976): Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876-1975, Frankfurt a. M.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (7/1990): Die Währungsunion mit der Deutschen Demokratischen Republik, in: Monatsbericht Juli 1990, S. 14-29.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (3/1992): Öffentliche Finanztransfers für Ostdeutschland in den Jahren 1991 und 1992, in: Monatsbericht März 1992, S. 15-22.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (7/1992): Der Einfluß des deutschen Vereinigungsprozesses auf die wirtschaftliche Entwicklung in den europäischen Partnerländern, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1992, S. 23-29.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (5/1993): Die Bedeutung von Nebenhaushalten im Zuge der deutschen Vereinigung, in: Monatsbericht Mai 1993, S. 43-57.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (6/1993): Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 1993, in: Monatsbericht Juni 1993, S. 5-75.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (7/1994): Die Finanzentwicklung der Bundesanstalt für Arbeit seit Beginn der neunziger Jahre, in: Monatsbericht Juli 1994, S. 33-49.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (4/1995): Zur Finanzentwicklung der Länder seit der Vereinigung, in: Monatsbericht April 1995, S. 35-50.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (7/1995): Fortschritte im Anpassungsprozeß in Ostdeutschland und der Beitrag der Wirtschaftsförderung, in: Monatsbericht Juli 1995, S. 39-66.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (3/1996): Funktion und Bedeutung der Ausgleichsforderungen für ostdeutsche Banken und Unternehmen, in: Monatsbericht März 1996, S. 35-53.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (4/1996): Zur Entwicklung und gegenwärtigen Lage der Bauwirtschaft in Deutschland, in: Monatsbericht April 1996, S. 19-33.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (5/1996): Zum Stand der außenwirtschaftlichen Anpassung nach der deutschen Vereinigung, in: Monatsbericht Mai 1996, S. 49-61.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (10/1996): Zur Diskussion über die öffentlichen Transfers im Gefolge der Wiedervereinigung, in: Monatsbericht Oktober 1996, S. 17-31.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (3/1997): Die Entwicklung der Staatsverschuldung seit der deutschen Vereinigung, in: Monatsbericht März 1997, S. 17-32.

- DEUTSCHE BUNDESBANK (4/1998): Zur Wirtschaftslage in Ostdeutschland, in: Monatsbericht April 1998, S. 41-54.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (7/1998): Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse ostdeutscher Unternehmen im Jahr 1996, in: Monatsbericht Juli 1998, S. 35-49.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (9/1998): Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 1998, in: Monatsbericht September 1998, S. 5-71.
- DEUTSCHER BUNDESTAG (1987): Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, Drucksache 11/11, Bonn.
- DEUTSCHER BUNDESTAG (1990): Bundestagsausschuß Deutsche Einheit, 3. Sitzung, 16.5.1990, Bonn.
- DEUTSCHER BUNDESTAG, REFERAT ÖFFENTLICHKEITSARBEIT (Hrsg.) (1994): Treuhandanstalt, Bericht des 2. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages, Bonn.
- EG-KOMMISSION (1991): Gemeinschaftliches Förderkonzept 1991-1993 für die Gebiete Ost-Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen, Bundesrepublik Deutschland, Luxemburg.
- PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG (Hrsg.) (1990a): Der Staatsvertrag, Berlin/Bonn.
- PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG (Hrsg.) (1990b): Der Einigungsvertrag, Berlin/Bonn.
- PRESSE- UND INFORMATIONSAMTS DER BUNDESREGIERUNG (Hrsg.) (1990c): Entwurf des Bundeshaushalts 1991 und Finanzplan 1991-1994, in: Bulletin Nr. 89, 5.6.1990, Bonn.
- PRESSESTELLE DES NIEDERSÄCHSISCHEN FINANZMINISTERIUMS (1990): Breuel: "Deutschlandfonds" – Instrument zur Finanzierung der DDR-Hilfen, Presseinformation 49/1990, 8.5.1990, Hannover.
- SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (1990a): Brief vom 9. Februar 1990 an den Bundeskanzler zur Frage einer Währungsunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR, in: DERS. (1990b): Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, Jahresgutachten 1990/1991, Stuttgart.
- SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (1990b): Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, Jahresgutachten 1990/1991, Stuttgart.
- SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (1991): Marktwirtschaftlichen Kurs halten. Zur Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer, Sondergutachten vom 13. April 1991, in: SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (1990b): Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, Jahresgutachten 1990/1991, Stuttgart, S. 306ff.
- SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (1992): Für Wachstumsorientierung – gegen lähmenden Verteilungsstreit, Jahresgutachten 1992/ 1993, Stuttgart.
- SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (1997): Wachstum, Beschäftigung, Währungsunion – Orientierungen für die Zukunft, Jahresgutachten 1997/1998, Stuttgart.
- SCHÜRER, Gerhard u.a. (1989): Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen (Schürer-Papier) vom 27. Oktober 1989, abgedruckt in: Treuhandanstalt (1994), Bd. 1, S. 833-841.
- TREUHANDANSTALT (Hrsg.) (1994): Dokumentation 1990-1994, 15 Bde., Berlin.
- WEISE, Christian u.a. (1996): Die wirtschaftliche Integration der assoziierten Länder Mittel- und Osteuropas in die Europäische Union – Außen- und binnenwirtschaftliche Auswirkungen im Hinblick auf die künftige EU-Mitgliedschaft. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Berlin.

3.2 MONOGRAPHIEN UND BEITRÄGE IN SAMMELBÄNDEN

- AKERLOF, George A./Andrew K. ROSE u.a. (1991): East Germany in from the Cold - The Economic Aftermath of Currency Union, Washington D.C.

- ANDEL, Norbert (1993): Die Rentenversicherung im Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands, in: HANSMEYER, Karl-Heinrich (Hrsg.) (1993b): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit II: Aufbau und Finanzierung der sozialen Sicherung, Berlin, S. 63-111.
- ANDERSEN, Uwe (1992): Die Finanzierung der deutschen Einheit, in: HARTWICH, Hans-Hermann/Göttrik WEWER (Hrsg.) (1992): Regieren in der Bundesrepublik IV. Finanz- und wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren des Regierens im Bundesstaat – unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Vereinigungsprozesses, Opladen, S. 227-243.
- ANDERSEN, Uwe (1996): Finanzierung der Einheit, in: WEIDENFELD, Werner/Karl-Rudolf KORTE (Hrsg.) (1996): Handbuch zur deutschen Einheit, Bonn, S. 294-307.
- ANDREß, Hans-Jürgen (Hrsg.) (1995): Fünf Jahre danach. Zur Entwicklung von Arbeitsmarkt und Sozialstruktur im vereinten Deutschland, Berlin/New York.
- BAAR, Lothar/Rainer KARLSCH/Werner MATSCHKE (1993): Kriegsfolgen und Kriegslasten Deutschlands. Zerstörungen, Demontagen und Reparationen, Berlin.
- BELLMANN, Lutz (1992): Argumente für und gegen ein Lohnkostensubventionsprogramm in den neuen Bundesländern, in: PETERS, Wilhelm (Hrsg.) (1992): Zur Arbeitsmarktentwicklung und zum Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente in den neuen Bundesländern, Gelsenkirchen, S. 71-82.
- BIEHL, Dieter (1993): Die Rolle des EG-Regionalfonds bei der Regionalpolitik und ihre Finanzierung in den neuen Bundesländern, in: HANSMEYER, Karl-Heinrich (Hrsg.) (1993a): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit I: Staatsverschuldung, EG-Regionalfonds, Treuhandanstalt, Berlin, S. 11-38.
- BISCHOFF, Joachim (1995): Das Scheitern der Vereinigung, in: STEINITZ, Klaus (Hrsg.) (1995): Vereinigungsbilanz, Hamburg, S. 87-95.
- BOHLEY, Peter (1995): Der kommunale Finanzausgleich in den neuen Bundesländern, in: OBERHAUSER, Alois (Hrsg.) (1995): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit III: Ausbau der Infrastruktur und kommunaler Finanzausgleich, Berlin, S. 189-245.
- BORNER, Joachim (1991): Unsere neuen ökologischen Altlasten und wie wir sie uns leisten, in: BUSCH, Ulrich (Hrsg.) (1991): Probleme der Einheit, Bd. 3: Monetäre Probleme, Marburg, S. 61-79.
- BOSS, Alfred/Astrid ROSENSCHON (1995): Öffentliche Finanzen im Dienste der deutschen Einheit – Bestandsaufnahme, Bewertung und wirtschaftspolitische Überlegungen, Kiel.
- BOSS, Alfred/Astrid ROSENSCHON (1996): Öffentliche Transferleistungen zur Finanzierung der deutschen Einheit: Eine Bestandsaufnahme, Kiel.
- BREUEL, Birgit (1993): Treuhand intern. Tagebuch, Frankfurt.
- BRUNS, Wilhelm (1990): Die äußeren Aspekte der deutschen Einigung, Bonn.
- BUSCH, Andreas (1991): Die deutsch-deutsche Währungsunion: Politisches Votum trotz ökonomischer Bedenken, in: LIEBERT, Ulrike /Wolfgang MERKEL (Hrsg.) (1991): Die Politik zur Deutschen Einheit. Probleme, Strategien, Kontroversen, Opladen, S. 185-207.
- BUSCH, Ulrich (1991): Probleme der Einheit, Bd. 3: Monetäre Probleme, Marburg.
- CARLIN, Wendy/Peter RICHTHOFEN (1994): The Financial System in the Transition: The Special Case of East Germany, in: HÖLSCHER, Jens u.a. (1994): Bedingungen ökonomischer Entwicklung in Zentralosteuropa, Bd. 2: Wirtschaftliche Entwicklung und institutioneller Wandel, Marburg, S. 223-250.
- CHRIST, Peter/Ralf NEUBAUER (1991): Kolonie im eigenen Land. Die Treuhand, Bonn und die Wirtschaftskatastrophe der fünf neuen Länder, Berlin.
- CORNELSEN, Doris (1991): Wirtschafts- und Währungsunion, in: WEIDENFELD, Werner/Karl-Rudolf KORTE (Hrsg.) (1991): Handbuch zur Deutschen Einheit, Bonn, S. 755-764.
- CZADA, Roland (1995): Der Kampf um die Finanzierung der deutschen Einheit, in: LEHMBRUCH, Gerhard (Hrsg.): Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen, S. 73 -102.
- CZADA, Roland/Gerhard LEHMBRUCH (Hrsg.) (1998): Transformationspfade in Ostdeutschland. Beiträge zur sektoralen Vereinigungspolitik, Frankfurt a. M.
- DITGES, Johannes: Privatisierungsstrategien in den neuen Bundesländern, in: GUTMANN, Gernot/Ulrich WAGNER (1994): Ökonomische Erfolge und Mißerfolge der deutschen Vereinigung – eine Zwischenbilanz, Stuttgart usw., S. 37-58.

- FLASSBECK, Heiner/Wolfgang SCHEREMET (1991): *Economic Aspects of German Unification*, Berlin.
- FORSCHUNGSINSTITUT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, ABT. WIRTSCHAFTSPOLITIK (1992): *Finanzierung der deutschen Einheit*, Bonn.
- FRANKE, Hans-Hermann/Harald NITSCH (1996): *Der Beitrag der Währungsumstellung zur Finanzierung der deutschen Einheit*, in: OBERHAUSER, Alois (1996): *Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit IV: Spezielle Finanzierungsaspekte im Zeitablauf*, Berlin, S. 37-68.
- FRITSCH-BOURNAZEL, Renata (1990): *Europa und die deutsche Einheit*, Bonn.
- FUEST, Winfried/Rolf KROKER (1993): *Die Finanzpolitik nach der Wiedervereinigung*, Köln.
- GAWEL, Erik (1994): *Die deutsch-deutsche Währungsunion. Verlauf und geldpolitische Konsequenzen*, Baden-Baden.
- GHAUSSY, A. Ghanie/Wolf SCHÄFER (Hrsg.) (1993): *The Economics of German Unification*, London/New York.
- GOTTFRIED, Peter/Wolfgang WIEGARD (1991): *Finanzausgleich nach der Vereinigung: Gewinner sind die alten Länder*, Regensburg.
- GÖTZ-COENENBERG, Roland (1990): *Währungsintegration in Deutschland: Alternativen und Konsequenzen*, Köln.
- GROS, Daniel (1991): *The Effects of Unification on Germany's External Accounts*, London.
- GROS, Jürgen (1994): *Entscheidung ohne Alternativen? Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik im deutschen Vereinigungsprozeß 1989/1990*, Mainz.
- GROß, Johannes (1995): *Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart.
- GUTMANN, Gernot/Ulrich WAGNER (Hrsg.)(1994): *Ökonomische Erfolge und Mißerfolge der deutschen Vereinigung – eine Zwischenbilanz*, Stuttgart usw.
- HALLER, Gert (1994): *Das Wort „Anschluß“ war tabu; einige persönliche Erinnerungen*, in: WAIGEL, Theo/Manfred SCHELL (Hrsg.) (1994): *Tage, die Deutschland und die Welt veränderten*, München, S. 149-159.
- HAMILTON, Daniel S. (1994): *Beyond Bonn. America and the Berlin Republic*, Washington, D.C.
- HANSMEYER, Karl-Heinrich (Hrsg.) (1993a): *Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit I: Staatsverschuldung, EG-Regionalfonds, Treuhandanstalt*, Berlin.
- HANSMEYER, Karl-Heinrich (Hrsg.) (1993b): *Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit II: Aufbau und Finanzierung der sozialen Sicherung*, Berlin.
- HARTWICH, Hans-Hermann/ Göttrik WEWER (Hrsg.) (1992): *Regieren in der Bundesrepublik IV. Finanz- und wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren des Regierens im Bundesstaat – unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Vereinigungsprozesses*, Opladen.
- HARTWIG, Karl-Hans/Ingo PIES: *Das Finanzmanagement der deutschen Einheit: Eine politökonomische Betrachtung*, in: GUTMANN, Gernot/Ulrich WAGNER (Hrsg.) (1994): *Ökonomische Erfolge und Mißerfolge der deutschen Vereinigung – eine Zwischenbilanz*, Stuttgart usw., S. 159-182.
- HEDTKAMP, Günther: *Die Bedeutung der Infrastruktur in makroökonomischer Sicht*, in: OBERHAUSER, Alois (Hrsg.) (1995): *Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit III: Ausbau der Infrastruktur und kommunaler Finanzausgleich*, Berlin, S. 9-69.
- HELEMANN, Ullrich/Herrmann RAPPEN (1997): *The Seven Year Itch? German Unity from a Fiscal Viewpoint*, Washington D.C., S. 16-20.
- HENKE, Klaus-Dirk/Wulf-Dietrich LEBER (1993): *Territoriale Erweiterung und wettbewerbliche Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)*, in: HANSMEYER, Karl-Heinrich (Hrsg.) (1993b): *Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit II: Aufbau und Finanzierung der sozialen Sicherung*, Berlin, S. 11-62.
- HICKEL, Rudolf/Jan PRIEWE (1991): *Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung*, Frankfurt a. M.
- HICKEL, Rudolf/Jan PRIEWE (1994): *Nach dem Fehlstart. Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung*, Frankfurt a. M.

- HOFFMANN, Lutz (1993): Warten auf den Aufschwung. Eine ostdeutsche Bilanz, Regensburg.
- HOFFMANN, Walther G./Hans Jürgen MÜLLER (1959): Das deutsche Volkseinkommen 1851-1957, Tübingen.
- HÖLSCHER, Jens u.a.: Bedingungen ökonomischer Entwicklung in Zentralosteuropa, Bd. 2: Wirtschaftliche Entwicklung und institutioneller Wandel, Marburg.
- HUMMEL, Detlev (1991): Reprivatisierung und Kapitalmarktfinanzierung in den neuen Ländern, in: BUSCH, Ulrich (1991): Probleme der Einheit, Bd. 3: Monetäre Probleme, Marburg, S. 46-60.
- IFO-INSTITUT DRESDEN (Hrsg.) (1997): Die Europäischen Strukturfonds in den neuen Bundesländern, München.
- INSTITUT „FINANZEN UND STEUERN“ E.V. (1995): Die Entwicklung der Haushalte der Flächenländer in West- und Ostdeutschland. Ist-Ergebnisse bis 1993, Bonn.
- INSTITUT FÜR ANGEWANDTE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (Hrsg.) (1990): Die Ostdeutsche Wirtschaft 1990/1991, Berlin.
- INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE (1992): Frühjahrsgutachten 1992, Halle.
- IPSEN, Dirk/Egbert NICKEL (Hrsg.) (1992): Probleme der Einheit, Band 8: Wirtschaftspolitische sowie arbeits- und unternehmensrechtliche Gestaltungsaspekte der Systemtransformation, Marburg.
- JACOBSEN, Hanns-Dieter (1997): COCOM, in: ALBRECHT, Ulrich/Helmut VOLGER (Hrsg.): Lexikon der internationalen Politik, München/Wien, S. 95-97.
- JÜRGS, Michael (1997): Die Treuhändler. Wie Helden und Halunken die DDR verkauften, München/Leipzig.
- KAISER, Karl (1991): Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte, Bergisch-Gladbach.
- KITTERER, Wolfgang (1993): Finanzierung der deutschen Einheit durch Staatsverschuldung, in: HANSMEYER, Karl-Heinrich (1993a): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit I: Staatsverschuldung, EG-Regionalfonds, Treuhandanstalt, Berlin, S. 39-76.
- KITTERER, Wolfgang (1996): Intergenerative Belastungsrechnungen („Generational Accounting“) – Ein Maßstab für die Belastung zukünftiger Generationen?, in: OBERHAUSER, Alois (1995): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit III: Ausbau der Infrastruktur und kommunaler Finanzausgleich, Berlin, S. 215-257.
- KLEMM (1994), Peter: Die Verhandlungen über die deutsch-deutsche Währungsunion, in: WAIGEL, Theo/Manfred SCHELL (Hrsg.) (1994): Tage, die Deutschland und die Welt veränderten, München, S. 135-148.
- KÖHLER, Horst (1994): Alle zogen mit, in: WAIGEL, Theo/Manfred SCHELL (Hrsg.) (1994): Tage, die Deutschland und die Welt veränderten, München, S. 118-134.
- LEHMBRUCH, Gerhard (Hrsg.) (1995): Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen.
- LENK, Thomas (1992): Lohnsubventionen: Pro und Contra, in: IPSEN, Dirk/Egbert NICKEL (Hrsg.) (1992): Probleme der Einheit, Band 8: Wirtschaftspolitische sowie arbeits- und unternehmensrechtliche Gestaltungsaspekte der Systemtransformation, Marburg, S. 237-245.
- LIEBERT, Ulrike /Wolfgang MERKEL (Hrsg.) (1991): Die Politik zur Deutschen Einheit. Probleme, Strategien, Kontroversen, Opladen.
- LIPSCHITZ, Leslie/Donogh MCDONALD (Hrsg.) (1990): German Unification. Economic Issues, Washington, D.C.
- LÖBBE, Klaus/Ullrich HEILEMANN (1996): The Structural Renewal of Eastern Germany: Some Initial Observations, in: WELFENS, Paul J. J. (Hrsg.): Economic Aspects of German Unification, Berlin usw.², S. 9-35.
- MACKSCHEIDT, Klaus (1993): Die Transferaktivität der Bundesanstalt für Arbeit nach der Deutschen Vereinigung – Dynamik und Effizienz, in: HANSMEYER, Karl-Heinrich (1993a): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit I: Staatsverschuldung, EG-Regionalfonds, Treuhandanstalt, Berlin, S. 113-153.
- MÄDING, Heinrich (1992): Die Föderativen Finanzbeziehungen im Prozeß der deutschen Vereinigung – Erfahrungen und Perspektiven, in: HARTWICH, Hans-Hermann/ Göttrik WEWER (Hrsg.) (1992): Regieren in der Bundesrepublik IV. Finanz- und wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren des Regierens im Bundesstaat – unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Vereinigungsprozesses, Opladen, S. 183-213.

- MÄDING, Heinrich (1995): Reform oder Rekonstruktion: Föderative Finanzkonflikte im Einigungsprozeß und ihre Beurteilung, in: LEHMBRUCH, Gerhard (Hrsg.): Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen, S. 103-114.
- MARKOVITS, Andrei S./Simon REICH (1998): Das deutsche Dilemma. Die Berliner Republik zwischen Macht und Machtverzicht, Berlin.
- MARSH, David (1992): Die Bundesbank. Geschäfte mit der Macht, München
- MASSON, Paul R./Guy MEREDITH (1990): Domestic and International Macroeconomic Consequences of German Unification, in: LIPSCHITZ, Leslie/Donogh MCDONALD (Hrsg.) (1990): German Unification. Economic Issues, Washington, D.C., S. 93-114.
- MAYER, Otto G./Michael KRAKOWSKI (1993): The Services Sector in Eastern Germany: An Engine for Growth and Employment?, in: GHAUSSY, A. Ghanie/Wolf SCHÄFER (Hrsg.) (1993): The Economics of German Unification, London/New York, S. 177-189.
- MCDONALD, Donogh/Günther THUMANN (1990): Investment Needs in East Germany, in: LIPSCHITZ, Leslie/Donogh MCDONALD (Hrsg.) (1990): German Unification. Economic Issues, Washington, D.C., S. 71-77.
- MEINHARD, Volker u.a. (1993): Transferzahlungen in die neuen Bundesländer, Berlin.
- MÖLLER, Michael (1994): Auswirkungen der Vereinigung auf Handelsströme, Leistungsbilanz und Kapitalbilanz, in: GUTMANN, Gernot/Ulrich WAGNER (Hrsg.) (1994): Ökonomische Erfolge und Mißerfolge der deutschen Vereinigung – eine Zwischenbilanz, Stuttgart usw., S. 253-266.
- NUTI, Domenico Mario/Richard PORTES (1993): Central Europe - The Way Forward, in: PORTES, R. (Hrsg.) (1993): Economic Transformation in Central Europe – A Progress Report, London/Luxemburg.
- OBERHAUSER, Alois (Hrsg.) (1995): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit III: Ausbau der Infrastruktur und kommunaler Finanzausgleich, Berlin.
- OBERHAUSER, Alois (Hrsg.) (1996): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit IV: Spezielle Finanzierungsaspekte im Zeitablauf, Berlin.
- OPITZ, Gerhard (1994): Enteignung und Restitution, in: GUTMANN, Gernot/Ulrich WAGNER (Hrsg.) (1994): Ökonomische Erfolge und Mißerfolge der deutschen Vereinigung – eine Zwischenbilanz, Stuttgart usw., S. 59-76.
- OPPENLÄNDER, Karl Heinrich (Hrsg.) (1997): Wiedervereinigung nach sechs Jahren: Erfolge, Defizite, Zukunftsperspektiven im Transformationsprozeß, Berlin.
- PETERS, Wilhelm (Hrsg.) (1992): Zur Arbeitsmarktentwicklung und zum Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente in den neuen Bundesländern, Gelsenkirchen
- PFÄHLER, Wilhelm u.a.: Infrastruktur und Wirtschaftsentwicklung. Kritische Bestandsaufnahme, Erweiterungen und Fallstudien, in: OBERHAUSER, Alois (Hrsg.) (1995): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit III: Ausbau der Infrastruktur und kommunaler Finanzausgleich, Berlin, S. 71-187.
- PFEIFFER, Ulrich/Harald SIMONS (1998): Wirtschaftliche Entwicklungsdefizite und Entwicklungsstrategien für Ostdeutschland. Gutachten, Bonn.
- PILZ, Frank/Heike ORTWEIN (1992): Das vereinte Deutschland. Wirtschaftliche, soziale und finanzielle Folgeprobleme und die Konsequenzen für die Politik, Stuttgart/Jena.
- POND, Elizabeth (1993): Beyond the Wall. Germany's Road to Unification, Washington D.C.
- POSEN, Adam S. (1995): Less than a Universe of Difference: Evaluating the Reality of German Finance, in: SHINGLETON, A. Bradley u.a. (Hrsg.) (1995): Dimensions of German Unification. Economic, Social and Legal Analyses, Boulder usw., S. 43-56.
- RENZSCH, Wolfgang (1991): Finanzverfassung und Finanzausgleich, Bonn.
- RICHTER, Wolfram F./Kerstin SCHNEIDER (1996): Staatliche Exportkreditversicherungen. Eine theoretische Analyse, in: OBERHAUSER, Alois (Hrsg.) (1995): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit III: Ausbau der Infrastruktur und kommunaler Finanzausgleich, Berlin, S. 69-104.
- RÜHL, Christof (1992): Probleme der Einheit 6: Konsolidierung des Binnenmarktes in den neuen Ländern, Marburg.

- SARRAZIN, Thilo (1994): Die Entstehung und Umsetzung des Konzepts der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion, in: WAIGEL, Theo/Manfred SCHELL (Hrsg.) (1994): Tage, die Deutschland und die Welt veränderten, München, S. 160-225.
- SCHÄFER, Wolf (1993): German Unification and the External Value of the Deutschmark, in: GHAUSSY, A. Ghanie/Wolf SCHÄFER (Hrsg.) (1993): The Economics of German Unification, London/New York, S. 123-133.
- SCHÄUBLE, Wolfgang (1991): Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart.
- SCHELL, Manfred (1994): Zusammenbruch mit Perspektive, in: WAIGEL, Theo/Manfred SCHELL (Hrsg.) (1994): Tage, die Deutschland und die Welt veränderten, München, S. 12-25.
- SCHELL, Manfred (1994): War der Weg richtig? Ein Rückblick nach vier Jahren. Interview mit Bundesfinanzminister Waigel, in: WAIGEL, Theo/Manfred SCHELL (Hrsg.) (1994): Tage, die Deutschland und die Welt veränderten, München, S. 243-247.
- SCHILLER, Karl (1994): Der schwierige Weg in die offene Gesellschaft. Kritische Anmerkungen zur deutschen Vereinigung, Berlin.
- SCHINASI, Garry J./Leslie LIPSCHITZ/Donogh MCDONALD (1990): Monetary and Financial Issues in German Unification, in: LIPSCHITZ, Leslie/Donogh MCDONALD (Hrsg.) (1990): German Unification. Economic Issues, Washington, D.C., S. 144-154.
- SCHNABEL, Claus (1996): Structural Adjustment and Privatization of East German Economy, in: WELFENS, Paul J. J. (Hrsg.): Economic Aspects of German Unification, Berlin usw.², S. 287-315.
- SCHMIDT, Hans (1991): Das Investitionsproblem in Ostdeutschland aus monetärer Sicht, in: BUSCH, Ulrich (1991): Probleme der Einheit, Bd. 3: Monetäre Probleme, Marburg, S. 31-45.
- SCHWINN, Oliver (1997): Die Finanzierung der deutschen Einheit. Eine Untersuchung aus politisch-institutionalistischer Sicht, Opladen.
- SHINGLETON, A. Bradley u.a. (Hrsg.) (1995): Dimensions of German Unification. Economic, Social and Legal Analyses, Boulder usw.
- SIEBERT, Horst (1992): Das Wagnis der Einheit. Eine wirtschaftspolitische Therapie, Stuttgart.
- SINN, Gerlinde/Hans-Werner SINN (1993): Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, München³.
- SINN, Hans-Werner (1996): Macroeconomic Aspects of German Unification, in: WELFENS, Paul J. J. (Hrsg.): Economic Aspects Of German Unification, Berlin usw.², S. 135-189.
- SMITH, Adam (1776): An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, deutsch (1978): Der Wohlstand der Nationen, München.
- SPAHN, Heinz-Peter (1992): Geldmengenpolitik in der Bundesrepublik. Theoretische Grundlagen, empirische Erfahrungen und neue Probleme, in: RÜHL, Christof (1992): Probleme der Einheit 6: Konsolidierung des Binnenmarktes in den neuen Ländern, Marburg, S. 119-140.
- STEINITZ, Klaus (Hrsg.) (1995): Vereinigungsbilanz, Hamburg.
- STERN, Klaus/Bruno SCHMIDT-BLEIBTREU (Hrsg.) (1990): Staatsvertrag zur Währungs- Wirtschafts- und Sozialunion. Mit Vertragsgesetz, Begründungen und Materialien, München.
- TELTSCHIK, Horst (1991): 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin.
- THIEME, H. Jörg (1994): Währungsunion in Deutschland: Konsequenzen für die Geldpolitik, in: GUTMANN, Gernot/Ulrich WAGNER (1994): Ökonomische Erfolge und Mißerfolge der deutschen Vereinigung – eine Zwischenbilanz, Stuttgart usw., S. 131-158.
- TIETMEYER, Hans (1994): Erinnerungen an die Vertragsverhandlungen, in: WAIGEL, Theo/Manfred SCHELL (Hrsg.) (1994): Tage, die Deutschland und die Welt veränderten, München, S. 57-117.
- TUREK, Jürgen (1996): Treuhandanstalt, in: WEIDENFELD, Werner/Karl-Rudolf KORTE (Hrsg.) (1996): Handbuch zur deutschen Einheit, Bonn, S. 662-671.
- USZCZAPOWSKI, Igor (1992): Der Aufbau von Kredit- und Kapitalmärkten, in: RÜHL, Christof (1992): Probleme der Einheit Bd. 6: Konsolidierung des Binnenmarktes in den neuen Ländern, Marburg, S. 61-67.

- VESPER, Dieter (1992): Finanzierung öffentlicher Aufgaben in den neuen Ländern, in: RÜHL, Christof (1992): Probleme der Einheit, Bd. 6: Konsolidierung des Binnenmarktes in den neuen Ländern, Marburg, S. 15-33.
- VOIGT, Manfred (1995): Fünf Jahre Treuhandanstalt – treu zu wessen Händen?, in: STEINITZ, Klaus: (Hrsg.) (1995): Vereinigungsbilanz, Hamburg, S. 57-68.
- VON DER LIPPE, Peter (1994): Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987 als statistische Grundlage für die Staatsverträge mit der ehemaligen DDR, in: GUTMANN, Gernot/Ulrich WAGNER (1994): Ökonomische Erfolge und Mißerfolge der deutschen Vereinigung – eine Zwischenbilanz, Stuttgart usw., S. 3-35.
- VON DOHNANYI, Klaus (1990): Das deutsche Wagnis. Über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Einheit, München.
- WAIGEL, Theo (1994): Tage, die die Welt veränderten, in: WAIGEL, Theo/Manfred SCHELL (Hrsg.) (1994): Tage, die Deutschland und die Welt veränderten, München, S. 26-56.
- WAIGEL, Theo/Manfred SCHELL (Hrsg.) (1994): Tage, die Deutschland und die Welt veränderten, München.
- WEDEL, Mathias (1994): Einheitsfrust, Berlin.
- WEGNER, Manfred (1995): Bankrott und Aufbau. Ostdeutsche Erfahrungen, Baden-Baden.
- WEIDENFELD, Werner/Karl-Rudolf KORTE (Hrsg.) (1991): Handbuch zur deutschen Einheit, Bonn.
- WEIDENFELD, Werner/Karl-Rudolf KORTE (Hrsg.) (1996): Handbuch zur deutschen Einheit, Bonn².
- WELFENS, Paul J. J. (Hrsg.) (1996): Economic Aspects of German Unification, Berlin usw.².
- ZELIKOW, Philip /Condoleezza RICE (1995): Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft, Cambridge, Mass./London.

3.3 AUFSÄTZE IN ZEITSCHRIFTEN

- ANDEL, Norbert (1991): Die Steuertabuisierung und ihre Folgen, in: Wirtschaftsdienst 2/1991, S. 69-75.
- BACH, Stefan (1994): Private Bereitstellung von Infrastruktur unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in den neuen Bundesländern, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 3/1994, S. 208-243.
- BARTH, Alfons (1992): Investitionsbedarf bis zum Jahr 2000, in: IAB Werkstattbericht Nr. 12/1992 Nürnberg.
- BECKER, Peter (1998): Der Nutzen der Osterweiterung für die Europäische Union, in: Integration 4/1998, S. 225-237.
- BRANTZSCH, Hans-Ulrich/Christian DREGER (1998): Im Osten nichts Neues: Die Lohnbelastung ist zu hoch, in: Wirtschaftsdienst 1/1998, S. 34-39.
- BUSCH, Berthold (1990): Verkehrs- und Telekommunikationsstruktur, in: IW Trends 2/1990 (Schwerpunkt: Bestandsaufnahme DDR), S. III-1 - III-13.
- CORNELSEN, Doris (1991): Die Wirtschaft der DDR 1990, in: FS Analysen 2/1991, S. 61-78.
- DIETRICH, Vera (1997): Kapitalausstattung und Produktivitätsrückstand im ostdeutschen Unternehmenssektor, in: Wirtschaft im Wandel 7/1997, S. 5-9.
- DIW/ IFW (1991a): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Erster Bericht, in: DIW-Wochenbericht 12/1991, S. 123-143.
- DIW/IFW (1991b): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland, Zweiter Bericht, in: DIW-Wochenbericht 24/1991, S. 323-346.
- DIW/IFW/IWH (1997): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, Fünfzehnter Bericht, in: DIW-Wochenbericht 3/1997, S. 45-64.
- DIW/IFW/IWH (1998): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Achtzehnter Bericht, in: DIW-Wochenbericht 33/1998, S. 571-610.
- FIEDLER, Jürgen (1990): Die Regelungen der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen im Einigungsvertrag, in: Deutsches Verwaltungsblatt, 1.12.1990.
- FRITZSCHE, Bernd u.a. (1995): Konsolidierungs- und Wachstumserfordernisse – Fiskalperspektiven der Bundesrepublik in den neunziger Jahren, in: RWI-Mitteilungen, 1/1995, S. 1-21.

- FUEST, Winfried/Rolf KROKER: Die Vorschläge sind ökonomisch und verfassungsrechtlich problematisch, in: Wirtschaftsdienst 7/1992, S. 345-348.
- GAWEL, Erik/Michael THÖNE(1996): Zur Neuen Politischen Ökonomie der deutsch-deutschen Währungsunion, in: Kredit und Kapital 1/1996, S. 1-30.
- GERSTENBERGER, Wilhelm/Friedrich NEUMANN (1996): Der Um- und Neubau der ostdeutschen Wirtschaft im Spiegel der Investitionstätigkeit, in: Ifo-Schnelldienst 13/1996, S. 8-21.
- GESKE, Otto-Erich (1991): Die Finanzierung der ostdeutschen Länder nach dem Einigungsvertrag, in: Wirtschaftsdienst 1/1991, S. 33-39.
- GLADISCH, Doris (1998): Weiterkonsolidierung der ostdeutschen Industrieunternehmen, in: Wirtschaft im Wandel 11/1998, S. 20-24.
- GUERTLER, Joachim (1998): Ostdeutsche Industrie. Produktion, Beschäftigung, Ertragslage, in: Ifo-Schnelldienst 11-12/1998, S. 3-9.
- HERTLE, Hans-Hermann (1992a): Staatsbankrott. Der ökonomische Untergang des SED-Staates, in: Deutschland Archiv 10/1992, S. 1019-1030.
- HERTLE, Hans-Hermann (1992b): „Das reale Bild war eben katastrophal.“ Gespräch mit Gerhard Schürer, in: Deutschland Archiv 10/1992, S. 1031-1038.
- HÖHNEN, Wilfried (1991): Die Finanzierung der deutschen Einheit: Eine Zwischenbilanz, in: WSI-Mitteilungen 5/1991, S. 307-314.
- HOMBURG, Stefan (1995): Anreizwirkungen des deutschen Finanzausgleichs, in: Finanzarchiv 3/1995, S. 312-330.
- HUBER, Bernd/Karl LICHTBLAU (1997): Systemschwäche des Finanzausgleichs. Eine Reformskizze, in: IW Trends 4/1997, S. 24-45.
- JÄCKEL, Peter (1996): Investitionen in der ostdeutschen Industrie: Rückentwicklung zur „Normalität“ noch durch Großprojekte überlagert, in: Ifo-Schnelldienst 36/1996, S. 3-8.
- JOCHIMSEN, Reimut (1997): Die Rolle der Geldpolitik im Entwicklungsprozeß der Bundesrepublik Deutschland – Lehren aus der Wiedervereinigung, in: Deutsche Bundesbank. Auszüge aus Presseartikeln 38/1997, S. 20.
- KLODT, Henning (1996): West-Ost-Transfers und Strukturprobleme in den neuen Ländern, in: Die Weltwirtschaft, Jahresverzeichnis 1996, S. 158-170.
- KLÖS, Hans-Peter (1990): Wohnungs- und Städtebau, in: IW-Trends 2/1990 (Schwerpunkt: Bestandsaufnahme DDR), S. V-1 - V-8.
- KLOTEN, Norbert (1996): Deutsche Einheit: Die wirtschaftliche Last der Folgen für Ost und West, in: Deutsche Bundesbank. Auszüge aus Presseartikeln, 8/1996, S. 11-17.
- KÖRNER, Josef (1997): Steueraufkommen neue Bundesländer: Steuerquote erreicht nur drei Viertel des Westniveaus, in: Ifo-Schnelldienst 21/1997, S. 10-17.
- KRAUSE-JUNK, Gerold (1990): Die Finanzierung der deutschen Einheit und Art. 115 I, 2 GG, in: Wirtschaftsdienst 12/1990, S. 607-610.
- KÜHL, Jürgen (1993): Beitragszahler tragen die Hauptlast der vereinigungsbedingten Arbeitsmarktkosten, in: IAB Kurzbericht 11/1993, Nürnberg.
- LICHTBLAU, Karl (1993): Investitionsförderung in den neuen Bundesländern, in: IW-Trends 3/1993, S. 17-34.
- LICHTBLAU, Karl (1998): Transferzahlungen nach Ostdeutschland: Faß ohne Boden?, in: WISU 3/1998, S. 201-202.
- MACKSCHEIDT, Klaus (1990): Die parlamentarische Kontrolle muß gewährleistet bleiben, in: Wirtschaftsdienst 3/1990, S. 301-309.
- MÜLLER-KÄSTNER, Burkhard (1994): Finanzierungsaspekte der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern: Stand – Probleme – Perspektiven, in: Ifo-Schnelldienst 20/1994, S. 3-9.
- O.V. (1990a): Umschau 15. März bis 15. April, in: Deutschland Archiv 5/1990, S. 646-662.
- O.V. (1991b): Zur Finanzsituation der Sozialversicherungen in West- und Ostdeutschland, in: DIW-Wochenbericht 8/1991, S. 69-74.

- O.V. (1991a): Westdeutsches Rentenrecht - Vorteile und Nachteile für die Sozialversicherten in Ostdeutschland, in: DIW-Wochenbericht 21/1991, S. 279-286.
- O.V. (1992a): Differenzierte Entwicklung bei der Sozialversicherung, in: DIW-Wochenbericht 38/1992, S. 453-456.
- O.V. (1992b): Wer finanziert die deutsche Einheit? Zur Diskussion um die Gerechtigkeitslücke, in: RWI-Konjunkturbrief 3/1992.
- O.V. (1993a): Treuhandanstalt – Vor dem Endspurt, in: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, Nr. 27/1993, S. 1-10.
- O.V. (1995a): Die Belastung der privaten Haushalte in West- und Ostdeutschland durch direkte und indirekte Steuern, in: DIW-Wochenbericht 46/1995, S. 781-788.
- O.V. (1996a): Sind die Finanzprobleme in Ostdeutschland durch die Neuordnung des Finanzausgleichs gelöst?, in: DIW Wochenbericht 17/1996, S. 267-276.
- O.V. (1997a): Regionale Disparitäten bei der Errichtung neuer Produktionskapazitäten in Ostdeutschland, in: Wirtschaft im Wandel 9/1997, S. 8-15.
- O.V. (1997b): Wirtschaftsschwache Bundesländer trotz Finanzausgleich in der Klemme. Zur Entwicklung der Länderfinanzen seit 1992, in: DIW-Wochenbericht 34/1997, S. 601-612.
- O.V. (1998a): Einkommensanpassung in den neuen Ländern verliert an Tempo, in: DIW-Wochenbericht 39/1998, erhalten per e-mail am 17.9.1998.
- O.V. (1998b): Länderfinanzausgleich: Neuer Verteilungsstreit zwischen West und Ost, in: DIW-Wochenbericht 7/1998, S. 122-141.
- PEFFEKOVEN, Rolf (1995): Reform des Finanzausgleichs – eine vertane Chance, in: Finanzarchiv 3/1995, S. 281-311.
- PETERS, Hans Rudolf (1992): Transformation der Wirtschaftsordnung in Ostdeutschland, in: WiSt 9/1992, S. 447-452.
- POLLACK, Detlef/Gert PICKEL (1998): Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung. Die Einstellung der Ostdeutschen zu sozialer Ungleichheit und Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41-42/1998, S. 9-23.
- RAUSCHNING, Dietrich (1990): Der deutsch-deutsche Staatsvertrag als Schritt zur Einheit Deutschlands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 33/1990, S. 3-16.
- RENZSCH, Wolfgang (1998): Die Finanzierung der deutschen Einheit und der finanzpolitische Reformstau, in: Wirtschaftsdienst 6/1998, S. 348-356.
- RIEDEL, Jürgen/Frank SCHARR (1998): Die Europäischen Strukturfonds in den neuen Bundesländern, in: Ifo-Schnelldienst 1-2/1998, S. 7-17 und 7/1998, S. 16-24.
- SCHRETTL, Wolfram (1992): Transition with Insurance: German Unification Reconsidered, in: Oxford Review of Economic Policy 1/1992, S. 144-155.
- TIETMEYER, Hans (1991): Gründe und Grenzen der Staatsverschuldung, in: Deutsche Bundesbank. Auszüge aus Presseartikeln Nr. 35/1991, S. 11-17.
- VESPER, Dieter (1995): Finanzpolitisches Handeln und Vereinigungsprozeß – ein Rückblick auf fünf Jahre Deutsche Einheit, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 4/1995, S. 367-385.
- VOGLER-LUDWIG, Kurt (1990): Verdeckte Arbeitslosigkeit in der DDR, in: Ifo-Schnelldienst 24/1990, S. 5-9.

3.4 ARTIKEL IN TAGES- UND WOCHENPRESSE

- AHLERS, Detlev (1990): Krause: Neuer Finanzausgleich erst 1995, in: Die Welt, 16.8.1990.
- BEISE, Marc (1998): Sag mir, wo die Blumen blühen, in: Handelsblatt, 2./3.10.1998.
- BLOHM, Bernhard/Rainer HUPE: „Das muß doch die DDR entscheiden.“ Ein Zeitgespräch mit Karl-Otto Pöhl, in: Die Zeit, 26.1.1990.
- BREUEL, Birgit: Grenzenlos überfordert, in: Die Zeit, 13.11.1992.
- BRYCHCY, Ulf (1997): Am Tropf bis in alle Ewigkeit?, in: Süddeutsche Zeitung, 14.7.1997.

- DETTMER, Markus/Armin MAHLER: „Dann bricht das Chaos aus“. Der Ökonom Hans Werner Sinn über die Lehren der Krise in Ostdeutschland, in: Der Spiegel 25/1996, S. 114-117.
- ENGELS, Wolfram (1991): Rat-Schläger, in: Wirtschaftswoche 23 (1991), 31.5.1991.
- FACK, Fritz Ulrich (1993): Hoffen auf den Solidarpakt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.2.1993.
- GADDUM, Johann Wilhelm (1991): Die Probleme der ökonomischen Vereinigung, in: Börsen-Zeitung, 29.6.1991.
- GERMIS, Carsten (1996): Portokasse ohne Boden. Jetzt rächt sich der Versuch, die Einheit größtenteils über Schulden zu finanzieren, in: Der Tagesspiegel, 19.3.1996.
- GRUNENBERG, Nina (1991): Zaunkönigs Klage. Der Hamburger Bürgermeister fürchtet um seinen Handlungsspielraum, in: Die Zeit, 1.3.1991.
- HAUSER, Richard (1997): Die Vereinigung ist abgeschlossen – die Unterstützung für den Osten wird fortgeführt, in: Das Parlament, 17./24.1.1997.
- HERZ, Wilfried (1992): Vom Traum zum Trauma, in: Die Zeit, 11.9.1992.
- HERZ, Wilfried/Ralf NEUBAUER (1995): Die Sturzgeburt war unvermeidlich. Interview mit Horst Köhler, in: ZEIT-Punkte 5/1995, S. 67-68.
- IPSEN, Erik (1992): A Debate on the Cost of United Germany. Expense of Reunification Spills into Rest of Europe, in: International Herald Tribune, 4.3.1992.
- KAISER, Johannes (1996): Die Industrie ging, die Autos kamen, in: Der Tagesspiegel, 10.11.1996.
- KERSTING, Silke (1998): Viele Ostfirmen zehren von der Substanz, in: Der Tagesspiegel, 15.8.1998.
- LEICHT, Robert (1991): Nur halbe Sachen. Der Kanzler tut zu wenig für die Einheit, in: Die Zeit, 8.3.1991.
- MAIER, Harry (1998): Gefährliche Schlagseite. Die Folgen der Treuhand-Politik wirken sich bis heute verheerend auf die ostdeutsche Wirtschaft aus, in: Die Zeit, 20.5.1998.
- MAIER-MANNHART, Helmut (1991): Lichtblicke zwischen den Hiobsbotschaften. Die deutsche Einheit erfordert mehr als große Summen, in: Süddeutsche Zeitung, 15.4.1991.
- MIHM, Andreas (1998): Nahaufnahmen aus dem wilden Osten, in: Der Tagesspiegel, 13.8.1998.
- NEUBAUER, Ralf (1992): Russisches Roulett. Die Ost-Ausfuhren brechen dramatischer ein als bisher befürchtet. In den neuen Bundesländern droht ein zusätzliches Arbeitslosenheer, in: Die Zeit, 4.9.1992.
- NEUBAUER, Ralf (1994): Arbeit bis zum Jahr 2000, in: Die Zeit, 30.12.1994.
- NOÉ, Claus (1995): Mark, Markt und Macht, in: Zeit-Punkte, Nr. 5/1995, S. 69-74.
- O.V. (1990b): DDR Verkehr. Instandsetzung kostet 300 Mrd. DM, in: Handelsblatt, 13./14.7.1990.
- O.V. (1990c): Die Betriebe in der DDR benötigen 50 Mrd. DM, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. 5.1990.
- O.V. (1990d): Die DDR ist mit mehr als 18 Mrd. Dollar verschuldet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.3.1990.
- O.V. (1990e): Keine zusätzlichen Mittel für die DDR-Wirtschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.5.1990.
- O.V. (1991c): Wiedervereinigung führt zur Wende im Außenhandel, in: Süddeutsche Zeitung, 15.2.1991.
- O.V. (1991d): „Es reißt mir das Herz kaputt“. Spiegel-Gespräch mit dem ehemaligen DDR-Wirtschaftslenker Günter Mittag über seine Politik und seine Fehler, in: Der Spiegel 37/1991, S. 88-104.
- O.V. (1992c): „Ein mühsamer Hürdenlauf“. Opfer für den Osten. Das Teilen beginnt, in: Der Spiegel 18/1992, 27.4.1992.
- O.V. (1993b): EG-Milliarden für Ostdeutschland. Nach Tauziehen einigen sich Finanzminister auf die Regionalhilfe, in: Süddeutsche Zeitung, 5.7.1993.
- O.V. (1994a): Kinder und Jugendliche Verlierer der Einheit, in: Süddeutsche Zeitung, 21.1.1994.
- O.V. (1994b): Lug und Trug im Comecon. DDR fälschte Wirtschaftsdaten, in: Der Tagesspiegel, 27.1.1994.
- O.V. (1994c): Schatten über Hermes, in: Der Tagesspiegel, 15. 2.1994.
- O.V. (1995b): DIHT: Die Ost-Subventionen bis 2000 abbauen, in: Rheinische Post, 28.7.1995.

- O.V. (1996b): Waigel: Bonner Finanzpolitik muß über das Jahr 2000 hinausschauen, in: Süddeutsche Zeitung, 22.3.1996.
- O.V. (1997c): Die Mär von der nicht erkennbaren Wirtschaftsmisere. Über den katastrophalen Zustand der DDR-Ökonomie nach der Wende wußte niemand besser Bescheid als Helmut Kohl, in: Süddeutsche Zeitung, 2./3.10.1997.
- O.V. (1997d): Ostdeutsche profitieren von Konzentration, in: Handelsblatt, 16.7.1997.
- O.V. (1998c): Schröder's Germany, in: The Economist, 3.10.1998.
- O.V. (1998d): Die Lohn-Lücke im Osten schließt sich, in: Der Tagesspiegel, 15.8.1998.
- O.V. (1998e): Generationenbilanzen: Die Abgabenlast unserer Enkel, in: Der Tagesspiegel, 25.8.98.
- O.V. (1998f): Helmut im Glück, in: Der Spiegel 24/1998.
- O.V. (1998g): Ostdeutsche Wirtschaft holt auf, in: Der Tagesspiegel, 13.8.1998.
- O.V. (1998h): Regierung nennt Hilfe im Osten unerlässlich, in: Süddeutsche Zeitung, 28.5.1998.
- O.V. (1998i): Studie „Sozialreport“. Ostdeutsche über Einheit enttäuscht, in: Süddeutsche Zeitung, 4.9.98.
- O.V. (1998j): Waigel lobt Leistungen für den Osten, Tagesspiegel, 17.9.1998.
- PAQUÉ, Karl-Heinz (1998): Die Gründe für das Gefälle sind durch Transfers nicht zu beseitigen, in: Der Tagesspiegel, 17.9.1998.
- PEFFEKOVEN, Rolf (1998): „Theo im Glück“ wäre zu märchenhaft. Die Bundesbank darf nur wenig vom Rekordgewinn nach Bonn überweisen, in: Der Tagesspiegel, 2.6.1998.
- POHL, Rüdiger (1997): Es ist nicht die Aufgabe des Staates, für stabile Einkommen und für Vollbeschäftigung zu sorgen, in: Volksstimme (Magdeburg), 27.5.1997.
- SARRAZIN, Thilo (1992): Die Finanzierung der Einheit ist ein Ritt über den Bodensee. Die Grundannahmen der mittelfristigen Finanzplanung sind unrealistisch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.10.1992.
- SCHMID, Klaus-Peter (1997): Im Osten zu wenig Neues. Der Versuch, industrielle Kerne zu retten, ist bis auf wenige Ausnahmen gescheitert, in: Die Zeit, 14.2.1997.
- SCHMID, Klaus-Peter (1998): Bescheidene Blüte. Ostdeutschland hat immer noch nicht die Wirtschaftskraft der Zeit vor der Wende erreicht, in: Die Zeit, 16.7.1998.
- SCHMIDT, Helmut (1991): Uns Deutsche kann der Teufel holen, in: Die Zeit, 17.5.1991.
- SCHNEIDER, Jens (1998): Der Preis des Versprechens, in: Süddeutsche Zeitung, 2. 9.1998.
- SELL, Friedrich L. (1996): Die Verantwortung der Lohnpolitik für die Beschäftigung, in: Neue Züricher Zeitung, 12.3.1996.
- SIEBERT, Horst (1997): Wenn wir die Arbeitslosigkeit wirklich halbieren wollen, in: Handelsblatt, 19./20.12.1997.
- VAN SUNTUM, Ulrich (1998): Die sieben mageren Jahre im Osten gehen zu Ende, in: Handelsblatt, 30.5.1998.